



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

59. Sitzung

3. Wahlperiode

Donnerstag, 5. April 2001, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

Inhalt	Karsten Neumann, PDS.....	3799
	Eckhardt Rehberg, CDU.....	3802
	Volker Schlotmann, SPD	3807
	Beschluss	3810
Mitteilungen des Präsidenten		3787
 Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Agenda 21 – Drucksache 3/1994 –		3787
Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 3/2028 –		3787
Peter Ritter, PDS		3787
Minister Dr. Wolfgang Methling		3788
Renate Holznagel, CDU.....		3790
Dr. Henning Klostermann, SPD		3791
Caterina Muth, PDS.....		3792
Beschluss		3793
 Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Sicherheit der Seeschifffahrt in der Ostsee – Drucksache 3/1995 –		3810
Antrag der Fraktion der CDU: Ostseesicherheit – Drucksache 3/2025 –		3810
Dr. Henning Klostermann, SPD		3810, 3828
Reinhardt Thomas, CDU.....		3812, 3820
Minister Dr. Wolfgang Methling		3815
Minister Dr. Rolf Eggert		3819
Caterina Muth, PDS.....		3825
Eckhardt Rehberg, CDU.....		3830
Beschluss		3831
 Antrag der Fraktion der CDU: Wirtschaftliche Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern „Zukunft Mecklenburg-Vorpommern“ – Drucksache 3/1998 –		3793
Jürgen Seidel, CDU		3793
Minister Dr. Rolf Eggert		3795
Antrag der Fraktion der CDU: Sofortprogramm Jugendarbeitslosigkeit – Drucksache 3/2000 –		3831
Eckhardt Rehberg, CDU.....		3831
Minister Helmut Holter.....		3833

Ministerin Sigrid Keler.....	3835	Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:	
Reinhard Dankert, SPD.....	3836	Mobilfunk-Sendeantennen: Gesundheitsgefahren vorbeugen, Akzeptanz erhöhen, Forschung intensivieren, Zusammenarbeit verbessern	
Harry Glawe, CDU	3837	– Drucksache 3/1993 –	3855
Barbara Borchardt, PDS.....	3839	Dr. Manfred Reißmann, SPD	3855, 3861
Beschluss	3842	Minister Dr. Wolfgang Methling	3856
		Wolfgang Riemann, CDU.....	3859
		Beschluss	3861
Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:		Antrag der Fraktion der CDU:	
Umwandlung stationärer Einrichtungen nach § 72 Bundessozialhilfegesetz (BSHG)		Verbesserung der Situation der in der DDR politisch verfolgten Schülerinnen und Schüler	
– Drucksache 3/1992 –	3842	– Drucksache 3/1996(neu) –	3861
Torsten Koplin, PDS	3842	Herbert Helmrich, CDU.....	3861, 3865, 3866
Harry Glawe, CDU	3845	Minister Erwin SELLERING	3862
Dr. Manfred Reißmann, SPD	3845	Götz Kreuzer, PDS.....	3863
Annegrit Koburger, PDS	3847	Heike Polzin, SPD	3864, 3865, 3866
Beschluss	3847	Wolfgang Riemann, CDU.....	3866
		Thomas Nitz, CDU	3866
		Beschluss	3867
Antrag der Fraktion der CDU:		Persönliche Erklärung des Abgeordneten Dr. Rolf Eggert, Fraktion der SPD, gemäß Paragraph 43 Absatz 2 der Geschäftsordnung...	
Verstöße der Staatskanzlei des Landes Mecklenburg-Vorpommern gegen den Datenschutz			
– Drucksache 3/1999 –	3848		
Steffie Schnoor, CDU	3848		
Minister Erwin SELLERING	3850		
Gabriele Schulz, PDS	3850		
Lorenz Caffier, CDU.....	3853		
Reinhard Dankert, SPD.....	3854		
Beschluss	3855	Nächste Sitzung	
		Mittwoch, 16. Mai 2001	3868

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 59. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Agenda 21, Drucksache 3/1994. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2028 vor.

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Agenda 21

– Drucksache 3/1994 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 3/2028 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter von der PDS-Fraktion. Bitte sehr Herr Ritter.

Peter Ritter, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ursprünglich hatte ich mich gefreut, dass dieses wichtige Thema am Anfang der Tagesordnung des heutigen Tages steht, aber vielleicht wäre es doch besser gewesen, das Thema kurz vor der Mittagspause aufzurufen,

(Beifall Friedbert Grams, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

vielleicht wäre der Saal dann voller. Außerdem liegt der Änderungsantrag noch nicht vor, so dass wir darauf auch noch nicht Bezug nehmen können. Das ist also etwas problematisch. Sei es, wie es sei.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Anlass unseres Antrages war nicht die erneute Weigerungshaltung des amerikanischen Präsidenten, die Beschlüsse des Weltklimagipfels von Kyoto anzuerkennen. Anlass für uns war, fast zehn Jahre nach der Verkündung der Agenda 21 – Beschlüsse von Rio – eine Bestandsaufnahme in unserem Land vorzunehmen, um vor allem weitere Handlungsschritte zu beraten und festzulegen. So hätte die Überschrift unseres Antrages auch lauten können: „Vom Leitbild zur Umsetzung“.

In der Präambel der Agenda 21 ist zu lesen: „Die Menschheit steht an einem entscheidenden Punkt ihrer Geschichte. Wir erleben eine zunehmende Ungleichheit zwischen den Völkern und innerhalb von Völkern, eine immer größere Armut, immer mehr Hunger, Krankheit und Analphabetentum sowie fortschreitende Schädigung der Ökosysteme, von denen unser Wohlergehen abhängt.“ Diese richtige wie traurige Wahrheit veranlasste Regierungsvertreter von 178 Staaten, 1992 die Agenda 21 zu verabschieden. Mit dieser wurden ökonomische, ökologische und soziale Aspekte als integrale Bestandteile als unabdingbare Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung anerkannt.

Sieht man sich heute die weltweite Bilanz aber an, muss man feststellen, dass die ungleiche Entwicklung der Völker weiter zugenommen hat. Hunger, Kriege und Krankheiten nehmen zu. Die reichen Industrienationen des Nordens weigern sich, die Tatsachen anzuerkennen. So werden auch in der Bundesrepublik nicht die Fluchtursachen von Menschen in Not, sondern die in Not befindlichen und bei uns Zuflucht suchenden Menschen bekämpft.

Spricht man in unserem Land Menschen auf diese Zusammenhänge an, reiben sie sich oft verwundert die Augen. Denn, so fragen sie, was hat das mit Umweltpolitik zu tun? Die Frage wird deshalb immer wieder so gestellt, weil die Agenda unberechtigt auf Ökologie reduziert und im politischen Agieren auch noch oft so verstanden wird. So ist es auch nicht verwunderlich, dass es auf Landesebene in Mecklenburg-Vorpommern zwar eine Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern für ökologische Schwerpunkte Lokaler Agenden gibt, Richtlinien zur Unterstützung von ökonomischen und sozialen Schwerpunkten sucht man aber noch vergebens.

Dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat auch in unserem Land eine positive Entwicklung stattgefunden. Im Februar 1998 gab es in 16 Kommunen eine Beschlussfassung zur Erarbeitung einer Lokalen Agenda. Acht weitere waren in Vorbereitung. Im Februar 2001 gab es bereits in 87 Kommunen unseres Landes einen entsprechenden Beschluss, 40 weitere waren in Vorbereitung. Bei diesem Prozess sind die Kommunen natürlich auf Unterstützung angewiesen und diese suchen sie zuerst beim Land. Dann müssen sie feststellen, dass die Nachfrage bei schon erwähnter Richtlinie des Umweltministers so groß ist, dass die Auslastung des entsprechenden Haushaltstitels schon jetzt nahezu 100 Prozent beträgt.

Sie müssen weiter feststellen, dass andere Förderprogramme des Landes, die durchaus Agenda-relevant sind, für sie nicht greifen. Für die eine Kommune ist das eine Programm zu groß, für die andere ist das Programm zu klein, oder aber Vorhaben sind im Rahmen der kommunalen Agenda im Sinne der Förderprogramme nicht förderbar, Umstände, auf die wir zum Beispiel bei einer Diskussionsrunde des Arbeitskreises „Lebenswerte Reuterstadt Stavenhagen“ mit dem Umweltminister aufmerksam gemacht wurden.

So sind die Kommunen oftmals gezwungen, ihre Vorhaben an die Förderrichtlinien anzupassen. Wir denken aber, das ist der falsche Weg. Wir meinen, dass es an der Zeit ist, Richtlinien und Förderprogramme auf ihre Tauglichkeit hin zu überprüfen, zu bündeln und sie damit effektiver zu machen. Das erfordert nicht in jedem Fall mehr Geld. Das bringt aber oft einen effektiveren Einsatz der vorhandenen Mittel. Notwendig aber ist auf jeden Fall, um auch den Anforderungen der Agenda 21 besser oder, besser gesagt, nachhaltiger gerecht zu werden, ein stärkeres ressortübergreifendes Handeln der Regierung und des Parlaments. Es reicht also nicht, Kapitel 28 der Agenda 21, die Erarbeitung kommunaler Agenden, hervorzuheben und umzusetzen. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen auch endlich einen Blick in die anderen Kapitel der Agenda werfen. Ich nenne hier beispielhaft nur einige:

– Kapitel 24 „Frauen bei einer nachhaltigen Entwicklung“

Lesen wir unter diesem Gesichtspunkt noch einmal die Redebeiträge der Landtagssitzung vom März diesen Jahres zur Frage des Landesgleichstellungsgesetzes.

– Kapitel 25 „Kinder und Jugendliche bei einer nachhaltigen Entwicklung“

Lassen wir an dieser Stelle noch einmal die Aktuelle Stunde des gestrigen Tages Revue passieren und überlegen, was in diesem Zusammenhang geäußert wurde.

- Kapitel 27 „Partnerschaften mit Nichtregierungsorganisationen“
Analysieren wir in diesem Zusammenhang die Aktivitäten des Landes auf entwicklungspolitischem Gebiet.
- Kapitel 4 „Veränderung der Konsumgewohnheiten“
Wie steht es denn mit der Förderung einer effizienteren Nutzung von Energie und Energieressourcen in unserem Land?
- Kapitel 7 „Förderung einer nachhaltigen Siedlungspolitik“
Welche Kriterien gibt es denn für nachhaltige Flächennutzungspläne? Welche Vorstellungen gibt es, umweltverträgliche Verkehrssysteme zu fördern und Verkehrsplanungen vorzunehmen, die zu einem Rückgang der Verkehrsnachfrage führen?

Ein Beispiel dazu, um das zu verdeutlichen: Am Wochenende spricht sich der Wirtschaftsminister unseres Landes richtigerweise für umweltgerechte Tourismusentwicklung aus. Beklagt wird dabei vor allem die Zunahme der autobennutzenden Wochenendtouristen. Aber fast gleichzeitig beraten die Wirtschaftsminister der Nordländer über die aus ihrer Sicht notwendige Nordverlängerung der Autobahn A 14. Sie streiten sich allerdings nur noch über die Streckenführung! Sind das nicht zwei grundgegensätzliche Auffassungen, meine sehr verehrten Damen und Herren?

- Aus der Fülle der Aufgaben will ich schließlich noch auf das Kapitel 36 „Förderung der Schulbildung, des öffentlichen Bewusstseins und der beruflichen Aus- und Fortbildung“ hinweisen. Bildung ist gemäß der Agenda 21, ich zitiere, „eine unerlässliche Voraussetzung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und die Verbesserung der Fähigkeit der Menschen, sich mit Umwelt- und Entwicklungsfragen auseinander zu setzen.“ Und daher brauchen auch wir Strategien, um Bildung zur Bildung für Nachhaltigkeit zu entwickeln. Das ist unerlässliche Voraussetzung, um im öffentlichen Bewusstsein die Überzeugung auszuprägen, dass nachhaltige Entwicklung mehr ist als der Kampf einiger weniger für eine gesunde Umwelt.

Wesentlicher Bestandteil der Umsetzung des Agenda-21-Prozesses ist natürlich die Beförderung dieses Prozesses auf der kommunalen Ebene. Nachhaltigkeit in ihrem Dreiklang von ökonomischer, ökologischer und sozialer Entwicklung muss von der eigenen Haustür beginnen. Wir brauchen einen umfassenden Konsultationsprozess von Kommunalverwaltungen, Bürgerinnen und Bürgern, örtlichen Organisationen und der örtlichen Wirtschaft. In diesem Prozess brauchen die Akteure vor Ort Unterstützung.

„Die Erfahrung bei uns und in anderen Ländern lehrt aber auch, dass eine Aufgabe umso erfolgreicher durchgeführt wird, wenn sie als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen und bewältigt wird.“, so Angela Merkel in Ihrer Zeit als Umweltministerin.

Wir müssen auf dem Agenda-Weg weitergehen. Nutzen wir den vorliegenden Antrag der Koalition, um am Leitbild für nachhaltige Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern weiterzuarbeiten und um vom Leitbild einen weiteren Schritt zur Umsetzung zu gehen! – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat das Wort der Umweltminister Herr Professor Methling. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass die Koalitionsfraktionen diesen Antrag auf die Tagesordnung gesetzt haben, weil wir uns nun mit einem Thema beschäftigen, das seit 1992 in aller Munde ist.

Mit der 1992 von 178 Staaten verabschiedeten Agenda 21 hat sich die internationale Staatengemeinschaft auf die nachhaltige Entwicklung als ein Leitbild der Entwicklung der Weltgemeinschaft für das 21. Jahrhundert verständigt. Dieses Leitbild der nachhaltigen Entwicklung wurde jedoch nicht erst im Jahre 1992 in Rio erfunden. Es hat viele Vorläufer in verschiedenen Bewegungen, in Emanzipationsbewegungen und auch in christlichen Bewegungen. Dieses Dokument der internationalen Staatengemeinschaft hat viele vorbereitende Aktivitäten gehabt.

Das große Verdienst dieser Konferenz besteht darin, ein globales Bewusstsein für die Notwendigkeit der Harmonisierung von Ökonomie, Ökologie und den sozialen Systemen geschaffen zu haben. Dieser globale Ansatz bedarf allerdings einer Untersetzung durch nationale und lokale Akteure.

Seit der Rio-Konferenz sind nun fast neun Jahre vergangen, und es laufen weltweit die Vorbereitungen auf den Weltgipfel „Rio plus 10“ oder „Johannesburg“, ich weiß nicht genau, wie er heißen wird. Ich habe Verständnis, dass Südafrika möchte, dass ein Name aus Südafrika mit diesem Gipfel verbunden ist.

Die weltweite Bilanz der letzten neun Jahre hinsichtlich der Umsetzung des Leitbildes fällt eher ernüchternd aus. Von Anfang an wurde die Agenda 21 mit ihren 100 Programmbereichen und 300 Empfehlungen von armen und reichen Staaten unterschiedlich aufgenommen und interpretiert.

Die armen Staaten der so genannten Dritten Welt erkannten in der Agenda 21 eher einen hoffnungsvollen Ansatz für ein Entwicklungsprogramm. Verbunden mit der Zusage der Industriestaaten, die öffentliche Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes zu erhöhen, sah man reale Chancen zur Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung. Tatsächlich ist die Entwicklungshilfe seit 1992 in fast allen Industriestaaten aber rückläufig.

In den Industriestaaten wurden sehr oft zunächst die Umweltverwaltungen mit der Umsetzung der Agenda 21 betraut. Dies war angesichts der großen Probleme im Umweltbereich sicherlich auch sinnvoll, aber eben nur, wenn Umweltschutz als integrative Querschnittsaufgabe verstanden wird. Wir stehen heute jedoch vor der Situation, dass die Agenda 21 von vielen als ein geschickt verkleidetes Umweltschutzprogramm angesehen wird, und dieses darf es nicht sein. Wer sich für die Agenda 21 einsetzt, steht manchmal unter einem Rechtfertigungsdruck nach der Devise: Haben wir wirklich keine dringenderen Probleme? Was ist mit Arbeitsplätzen, was ist mit Gesundheit und was ist ganz aktuell mit BSE, MKS und

anderen Problemen? Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer so argumentiert, hat die Zielsetzung der Agenda 21 und der nachhaltigen Entwicklung offensichtlich nicht richtig verstanden.

(Beifall Caterina Muth, PDS)

Aus welcher Fraktion war dieser Beifall? – Aus meiner eigenen?

(Caterina Muth, PDS: Ja.)

Das ist ja ganz erstaunlich.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Viele unserer Probleme – auch im Umweltbereich – sind nicht das Ergebnis des Wirkens eines bösen Willens von Einzelnen, sondern sind das Ergebnis eines Alltagsverhaltens, das uns täglich begleitet und das wir praktizieren. Und damit kann eine Lösung immer nur in einem integrativen Ansatz gelingen und die Auswirkungen des eigenen Tuns auf die anderen Bereiche müssen berücksichtigt werden.

Wie dringend notwendig ein solcher Ansatz ist, zeigt das Beispiel des Klimaschutzes. Herr Ritter hat schon darüber gesprochen. Viele Umweltprobleme haben sich verschärft, statt sich zu verbessern. Als Küstenland mit viel Landwirtschaft und Tourismus treffen Klimaänderungen Mecklenburg-Vorpommern in besonderem Maße. Es ist also in unserem eigenen Interesse, alles uns Mögliche zu tun, um die Auswirkungen des Klimawandels so gering wie jetzt noch möglich zu halten. Und eine große Industriemacht, die USA, ist immer weniger bereit, ihren Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen zu leisten. Die Haltung des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten kann in diesem Zusammenhang nur als klimapolitischer Bush-Brand verstanden werden.

Das darf uns aber nicht davon abhalten, unsere eigenen Beiträge in Europa, in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern zu leisten. Viel wird davon abhängen, ob es uns gemeinsam gelingt, das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung für Mecklenburg-Vorpommern umzusetzen. Das kann nicht allein die Aufgabe der Landesregierung sein, sie muss jedoch hierbei wertvolle Unterstützung leisten.

Die nachhaltige Entwicklung kann selbstverständlich auch nicht allein ein Thema für den Umweltminister sein. Das Umweltministerium sorgt sich um die Umwelt, ist aber für ihren Zustand nicht allein verantwortlich. Ein aktuelles Beispiel dafür, der der Transport gefährlicher Frachten auf der Ostsee, der uns ja heute noch beschäftigen wird. Die Umwelt soll optimalerweise nicht nachsorgend, sondern vor allem präventiv geschützt werden. Und das geht nur mit und durch die Wirtschaft, das geht nur mit und durch die Kommunen und das geht letztendlich nur mit und durch die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Es ist meines Erachtens sehr wichtig, dass wir an vielen guten Beispielen darstellen, welche Potentiale für die nachhaltige Entwicklung für unser Land vorhanden sind. Hierzu ist zunächst sicher oftmals eine Förderung durch Land, Bund und die Europäische Union notwendig. Viele Projekte finden jedoch keine geeigneten Fördertöpfe, da diese – ähnlich wie in der Verwaltung insgesamt – stark sektoral ausgeprägt sind. Es ist daher erforderlich, über Möglichkeiten eines erleichterten kumulativen Einsatzes von Fördermitteln nachzudenken, um solche Projekte besser zu fördern.

Dies erfordert auch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, um die vielfältigen Fördermöglichkeiten des Landes besser bekannt zu machen. Das Umweltministerium arbeitet daher gemeinsam mit verschiedenen externen Partnern an einem so genannten Kompetenzhandbuch „Nachhaltige Entwicklung und EU-Strukturfonds“, in dem zumindest die Förderrichtlinien in den Kontext der nachhaltigen Entwicklung gestellt werden, über die die Strukturfondsgelder ausgereicht werden sollen. Ziel ist also einmal die Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Fördermöglichkeiten, aber auch die Darstellung der Potentiale der Fördermöglichkeiten hinsichtlich der Umsetzung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung.

Die Agenda 21 wendet sich in verschiedenen Kapiteln auch an die kommunale Ebene. Das Bekannteste ist aus dieser Sicht das Kapitel 28 „Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21“, in dem die Kommunen aufgefordert werden, unter Beteiligung der örtlichen Bevölkerung eine Lokale Agenda zu erarbeiten. Das Umweltministerium unterstützt diese Maßnahmen in vielfältiger und, ich kann sagen, seit 1998 in besonders intensiver Art und Weise. So wurden beispielsweise regionale Agenda-Büros in allen Staatlichen Ämtern für Umwelt und Natur eingerichtet. Die Mitarbeiter dort verstehen sich als Agenda-21-Berater vor Ort und arbeiten eng mit den Kommunen zusammen, von denen einige inzwischen auch Lokale-Agenda-21-Büros eingerichtet haben. Eine landesweite Koordinierung erfolgt über die im April 2000 eröffnete Landes-Agenda-Transferstelle in Güstrow. Durch diese Unterstützung konnte die Zahl der Lokalen-Agenden-21-Initiativen in Mecklenburg-Vorpommern von 20 im Jahr 1998 auf 100, also auf das Fünffache in diesen zwei Jahren erhöht werden.

Fast alle Mitarbeiter, die in diesen Büros tätig sind, haben aber nur zeitlich befristete Verträge. Nach Ablauf der Förderung durch das Arbeitsministerium und die Arbeitsämter geht im besten Falle mit dem Ausscheiden des Stelleninhabers die erworbene Kompetenz verloren. Teilweise jedoch werden die Büros sogar ganz geschlossen. Es wäre daher wichtig, wenn wir gemeinsam Möglichkeiten einer längerfristigen Unterstützung finden könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich möchte mich bei aller Unsicherheit, die es für die Zukunft dieser Mitarbeiter und dieser Einrichtungen gibt, heute ganz ausdrücklich beim Arbeitsministerium für die bisher gewährte Unterstützung auf diesem Gebiet bedanken. Ohne diese Unterstützung wäre es nicht gelungen, diese Ergebnisse zu erreichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Eine weitere Unterstützung durch das Umweltministerium erfolgt durch die Gewährung von Fördergeldern im Rahmen der „Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern für ökologische Schwerpunkte Lokaler Agenden in Mecklenburg-Vorpommern“. Dieser Fördertitel wird seitens der Kommunen sehr stark nachgefragt, obwohl sie 50 Prozent Eigenmittel in die Projektfinanzierung einbringen müssen. Dieser Titel wurde 1999 neu eingerichtet, um Impulse für Lokale Agenden 21 zu setzen, was an vielen Stellen in unserem Lande, wie Sie aus den Zahlen entnehmen können, auch gelungen ist.

Einige Projekte jedoch, meine Damen und Herren, mussten wir auch ablehnen, nicht weil vielleicht die Kon-

zeption nicht stimmig war, sondern weil das Thema eher ökonomische oder soziale Schwerpunkte hatte und daher nicht in den Aufgabenbereich des Umweltministeriums fiel. Es wäre daher wünschenswert, dass ähnliche Förderlinien mit ökonomischen beziehungsweise sozialen Schwerpunkten eingerichtet werden könnten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Dabei denke ich nicht an die Einrichtung eines besonders umfangreichen Fördertitels in meinem Haus, das sind zurzeit 400.000 DM an Landesmitteln für die Agenda-21-Arbeit. Die Lokale Agenda ist immer dann schwach, wenn sie nur in Richtung Förderung zielt. Sie muss vielmehr als bisher nicht nur als ökologische, sondern auch als ökonomische und soziale Herausforderung verstanden werden, die nicht nur mit Fördermitteln zu lösen ist, sondern die eine Orientierung in der Politik voraussetzt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

So verstehe ich auch die Ziffer 2 des Antrages der Koalitionsfraktionen. Ich kann es nur begrüßen, wenn das Hohe Haus hier zu einer Verbreiterung der Aktivitäten hin zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise beitragen möchte und dieses offensichtlich auch kann. Ich würde mir wünschen, dass es entsprechende Beratungen in den Ausschüssen gibt, damit wir bald zu greifbaren Erfolgen kommen.

Ich denke, mit Recht sagen zu können, dass das Umweltministerium und seine nachgeordneten Ämter in den letzten zwei Jahren eine gewisse Vorreiterrolle gespielt haben als Initiator, als Koordinator in einer Weise gewirkt haben, dass es eine große Unterstützung für die Kommunen gewesen ist.

(Heinz Müller, SPD: Das ist richtig.)

Ich darf neben diesen Beispielen ein paar andere noch benennen, die auch dazugehören, wenn es um die Agenda-21-Bewegung und um Fortschritte in der nachhaltigen Entwicklung geht. Wir haben eine Abteilung für integrierten Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung im Umweltministerium gebildet. Wir sind das einzige Umweltministerium in der Bundesrepublik, das eine solche Abteilung hat. Wir haben einen wissenschaftlichen Beirat gebildet, der ein Leitbild der ökologischen nachhaltigen Entwicklung, also einer Agenda 21 für Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet. Unser Ziel wäre, dass es ein Beitrag ist für eine Agenda 21 in Mecklenburg-Vorpommern. So etwas gibt es in Bayern, so etwas gibt es in Kärnten, wo Herr Haider regiert. Und ich denke, es wäre für das Land Mecklenburg-Vorpommern ein gutes Zeichen, wenn wir auch an einem solchen Dokument arbeiten würden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Wir haben einen Förderverein gebildet, für eine Akademie für nachhaltige Entwicklung. Dieses soll eine private Stiftung werden, weil wir einfach konstatieren müssen, dass öffentliche Mittel nicht ausreichen, um diesen Prozess zu befördern, also müssen wir auch private Mittel dafür akquirieren.

Wir haben einen Fördertitel eingerichtet für kommunale Öko-Audits. Kommunale Öko-Audits sind etwas Besonderes, denn normalerweise sollen Öko-Audits ein umweltgerechtes Wirtschaften befördern. Wir haben eine

Umweltallianz vereinbart mit dem Wirtschaftsministerium und Wirtschaftsverbänden. Wir haben den kommunalen Umweltwettbewerb auf regionale Agenden 21 ausgelegt. Und wir haben eine Initiative ergriffen für eine regionale Agenda 21 Vorpommern/Woiwodschafft Westpommern, dies gemeinsam mit dem Arbeitsministerium. Eine entsprechende Vereinbarung werden wir am 20.04.2001 in Stettin unterzeichnen. Ich freue mich jetzt schon darauf, dass wir auch grenzüberschreitend die Agenda-21-Arbeit voranbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden weitere Aktivitäten in diese Richtung unternehmen. Über eine nachhaltige parlamentarische Unterstützung – und das ist offensichtlich mit dem vorliegenden Antrag gewünscht – würde ich mich sehr freuen. Das würde auch die Arbeit des Umweltministeriums nachhaltig unterstützen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Holznagel von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Holznagel.

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mich eigentlich hier nur anschließen. Die Zeit drängt, denn bereits im Mai 1992 hat die Staatengemeinschaft auf dem UN-Gipfel in Rio die Kommunen weltweit in die Pflicht genommen, vor Ort einen Prozess für eine Lokale Agenda 21 in Gang zu setzen.

„Agenda 21“ oder „nachhaltige Entwicklung“, das sind Schlagworte, die derzeit in aller Munde sind. Fragt man allerdings nach, können viele Mitmenschen dieses Anliegen des Agenda-Prozesses so richtig doch noch nicht erläutern. Doch sehe ich es gerade als ein Verdienst meiner Partei an, die soziale Marktwirtschaft zur ökologischen sozialen Marktwirtschaft geformt zu haben.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Caterina Muth, PDS: Oh, nee, nee!)

Es ist schlimm, wenn Sie sich daran nicht mehr erinnern können, deswegen habe ich es auch für notwendig erachtet, hier darauf noch mal hinzuweisen.

(Peter Ritter, PDS: Das war wohl nicht so
nachhaltig, was da gemacht worden ist?! –
Zuruf von Barbara Borchardt, PDS –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Glocke des Präsidenten)

Konservative Politik hat es in den zurückliegenden Jahren verstanden, wirtschaftliche soziale und ökologische Interessen im Gleichgewicht zu halten.

(Beifall Friedbert Grams, CDU)

Leider muss man sagen, dass dies von der heutigen Politik der Bundesregierung so nicht zu sagen ist.

(Barbara Borchardt, PDS:
Das glaubt Ihnen sowieso keiner.)

Ein beredtes Beispiel hierfür legte der Klimagipfel in Den Haag ab. Hier hat die grüne Umweltpolitik mit ihren Maximalforderungen doch kläglich versagt,

(Heiterkeit bei Caterina Muth, PDS –
Annegrit Koburger, PDS: Ohne die
Maximalforderungen wären sie keinen
Millimeter nach vorne gegangen.)

denn es ist hier zu keinen konkreten Absprachen gekommen. Aufgrund der mangelnden Kompromissbereitschaft seitens der Bundesrepublik Deutschland endete der Klimagipfel in Den Haag doch in einem Desaster. Klar aber ist, dass es auch künftig nicht möglich sein wird, den Umweltbereich völlig losgelöst von wirtschaftlichen und sozialen Aspekten zu betrachten. Wie sagte schon Klaus Töpfer: „Der größte Feind der Umwelt ist die Armut.“

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Während der Agenda-Prozess bisher in unserem Lande zum überwiegenden Teil von den Kommunen ausging, ist es meines Erachtens

(Peter Ritter, PDS: Nachhaltig.)

für die Zukunft notwendig, den Agenda-Prozess auch aus der Wirtschaft und den verschiedenen sozialen Gruppen heraus zu entwickeln, und hier, da kann ich Herrn Ritter Recht geben, haben die Frauen doch schon eine kleine Vorreiterrolle eingenommen. Gerade zehn Jahre nach dem Gipfel von Rio müssen wir ein neues Verständnis vom Agenda-Prozess vermitteln, wenn nicht der nächste Klimagipfel in Bonn ein ähnliches Schicksal wie der in Den Haag erleiden soll.

Meine Damen und Herren! Die Enquetekommission des Deutschen Bundestages hat deutlich herausgestellt, was nachhaltige Entwicklung in Bezug auf Ressourcen bedeutet. Sie hat festgesetzt, dass nicht mehr verbraucht werden darf, als regeneriert oder substituiert wird. Ressourcenschonung ist neben Klimaschutz, Schutz des Naturschutzes und der menschlichen Gesundheit eines der wesentlichen Handlungsfelder des Agenda-Prozesses. Die Inanspruchnahme von Ressourcen durch Industrieländer stellt eines der größten globalen Umweltprobleme dar. Auch hier hat die konservative Umweltpolitik in den zurückliegenden Jahren Fortschritte erreichen können. Mit der Verabschiedung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes 1996 wurden gerade im Abfallbereich neue Maßstäbe gesetzt, die unter der heutigen Bundesregierung leider noch ihresgleichen vermissen lassen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Obwohl Mecklenburg-Vorpommern ein durch ländliche Strukturen geprägtes Land ist, gibt es mittlerweile viele geeignete Beispiele Lokaler Agenden. Oft ist es den Mitwirkenden vor Ort gar nicht bewusst, dass sie sich bereits mitten im Agenda-Prozess befinden. Die Arbeit an einem solchen Prozess muss als Chance und als Entwicklungsmotor verstanden werden, der die Zukunft der Gemeinde mitbestimmt. Gerade hier ist es künftig notwendig, bestehende Defizite in den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung und Qualifikation zu überwinden.

Vor allem in der lokalen Wirtschaft muss das Engagement aller beteiligten Akteure gestärkt werden, den notwendigen Wandel zu einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern. Hierzu zählen insbesondere die Einschränkung des stofflichen und energetischen Ressourcenverbrauchs, die Verringerung der Emissionen und Immissionen, die Verstärkung technisch organisierter Innovationen und die Schaffung zukunftssträchtiger Arbeitsplätze sowie die Möglichkeiten zur angemessenen Qualifikation. Gerade bei der Erarbeitung solcher Lokaler Agenden ist es wichtig, den Blick auch über den eigenen Kirchturm hinauszurichten. Wenn auch jede Gemeinde ihren eigenen

Weg finden muss, so ist dennoch ein Erfahrungsaustausch von großem Wert. Die in unserem Land installierten Büros der Lokalen Agenden stellen hierfür einen richtigen Weg dar. Hier muss ich dem Umweltminister zustimmen.

Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen macht deutlich, dass auch hier der Mangel der bisherigen Betrachtungsweise des Agenda-Prozesses erkannt wurde. Es macht eben keinen Sinn, die Lokale Agenda 21 nur durch die ökologische Brille zu betrachten.

(Beifall Lutz Brauer, CDU)

Vielmehr muss hier durch eine umfassende Bestandsaufnahme die Abstimmung der weiteren Zukunftsentwicklung mit allen Beteiligten und Betroffenen gewährleistet werden. Ressourceneffizienz und ein attraktives Erscheinungsbild der Kommunen erhöhen die Anziehungskraft für den Tourismus und die Wirtschaft. Der Dreiklang von Ökologie, Wirtschaft und Sozialem darf kein Missklang sein. Aus diesem Grunde ist es notwendig, dass alle drei Bereiche gleichberechtigt nebeneinander betrachtet werden.

Der vorliegende Antrag ist hierfür meines Erachtens ein guter Schritt in die richtige Richtung. Nichtsdestotrotz hält es meine Fraktion für notwendig, den Antrag zu konkretisieren, um über ein Überprüfen hinauszukommen und der Landesregierung einen zeitlichen Rahmen abzustecken. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, dem Änderungsantrag meiner Fraktion zuzustimmen.

(Beifall Lutz Brauer, CDU)

Herr Ritter bemängelte, dass er den Änderungsantrag noch nicht in seine Rede einbeziehen konnte. Ich bin davon ausgegangen, dass der Änderungsantrag schon gestern Abend verteilt wurde. Aber ich denke, es ist doch sehr deutlich geworden – und Herr Minister Methling hat das ja auch noch mal deutlich dargestellt –, was alles schon geleistet wurde, so dass die Terminierung bis zum 30.06.2001 im Punkt 2 dann wohl kein Problem sein kann. Deswegen bitte ich hier um die Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall Lutz Brauer, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Vielen Dank, Frau Holznagel.

Der Änderungsantrag war in der Tat gestern verteilt worden. Wir haben ihn aber heute noch mal verteilt.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Klostermann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Klostermann.

Dr. Henning Klostermann, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Holznagel, eins kann ich hier nicht so im Raum stehen lassen: Sie sprachen davon, der größte Feind der Umwelt ist die Armut.

(Renate Holznagel, CDU: Das
war ein Zitat von Herrn Töpfer.)

Ja, aber so isoliert, denke ich, können wir das nicht stehen lassen. Auch die Armut hat Ursachen, anthropogene Ursachen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Der Mensch ist es letztlich, der der Natur nicht so gegenübersteht, wie er es müsste, und der hier also doch Schuld und Verantwortung trägt über Generationen. Und ich denke, deshalb stehen in Verantwortung die Gesellschaft, stehen in Verantwortung die Staaten, die Familien und auch jeder Einzelne.

(Renate Holznagel, CDU: Das stimmt.)

Das bloß als Hinweis, selbst wenn es Herr Töpfer gesagt hat, aber ich denke, es gab da sicher noch einen Kontext.

(Renate Holznagel, CDU: So, wie Sie das gesagt haben, stimmt es dann wieder.)

Meine Damen und Herren, in den vom Umweltministerium gefüllten Freudenbecher zum Aufschwung Lokaler Agenden 21 in Mecklenburg-Vorpommern werden durch den zur Debatte stehenden Antrag der PDS und SPD auf der Drucksache 3/1994 ein paar Wermutstropfen geschüttet. Im Zusammenhang mit einem effektiven Mitteleinsatz läuft unserer Auffassung nach in Mecklenburg-Vorpommern nicht alles so glatt, wie Sie, Herr Minister, in Ihrer Pressemitteilung 36/01 vom 5. März glauben machen. Auch wenn die Bilanz aus der Sicht des Umweltministeriums durchaus erfreulich sei, die Zahl der Agenda-Prozesse hat sich in drei Jahren nahezu verfünffacht.

16 Lokale-Agenda-Beschlüsse aus 1998 sind bis heute auf über 100 angewachsen. Das ist ein Ergebnis der aktiven Arbeit von Initiativen, Verbänden und nicht zuletzt der Agenda-Büros in den Staatlichen Ämtern für Umwelt und Natur sowie der im April 2000 in Güstrow geschaffenen Landes-Agenda-Transferstelle. Seit August 1999 werden ökologische Schwerpunkte durch das Umweltministerium nach der entsprechenden „Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern für ökologische Schwerpunkte Lokaler Agenden“ gefördert. Das hat zweifellos viele Initiativen und Projekte auf den Weg zu bringen geholfen. Fördermittel zur Unterstützung von Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes, der Biotoperhaltung und des Naturschutzes werden nicht nur vom Land, sondern auch vom Bund und der Europäischen Union gewährt.

In Zeiten knapper Kassen ist höchste Effizienz des Mitteleinsatzes geboten. Wir meinen mit unserem Antrag, dass es durchaus wichtig und notwendig ist, in Sachen Verwendung der Fördermittel genauer nachzufassen und zu prüfen, wie durch den kumulativen Einsatz die Effektivität von Projekten im Sinne nachhaltiger Entwicklung gefördert werden kann. Das Zieldreieck, das ist heute auch schon mehrfach genannt worden, für das Leitbild, für eine nachhaltige Entwicklung verbindet die Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales. Doch die Richtlinie aus dem Umweltbereich steckt nur einseitig Parameter für ökologische Schwerpunkte ab. Es wäre also unserer Meinung nach richtig, entsprechend dem vorliegenden Antrag auch in den Häusern Wirtschaft, Arbeit und Soziales Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen für ökonomische, soziale und lokale Agenden zu erarbeiten und natürlich den Sachverstand, der in den Ministerien vorhanden ist, bei diesem Fördermitteleinsatz zu koordinieren, das wäre also möglich, auf Referentenebene zu bündeln. Zum Beispiel könnte sich ein interministerielles Projekt damit befassen, den Tourismus durch Einbeziehung bestimmter Kulturdenkmäler erlebbarer zu gestalten, als eine lohnende Aufgabe, zu deren Erfüllung Fördermittel aus den Bereichen Wirtschaft und Soziales

zufließen könnten. Dafür müssen jedoch praktische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es bisher nur aus dem Umweltministerium gibt.

Wir verstehen daher diesen Antrag als Impuls für eine Initialzündung, als Chance für einen zu vernetzenden Mitteleinsatz zur Verwirklichung der Lokalen Agenda 21 in Mecklenburg-Vorpommern. Meine Fraktion beantragt, abweichend zu der Empfehlung, Abstimmung über diesen Antrag. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Muth von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Muth.

Caterina Muth, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir über die Agenda 21 reden, dann reden wir vor allen Dingen über Nachhaltigkeit, reden wir über die Änderung der Arbeits-, Wirtschafts- und Lebensweise.

Zu unserer jetzigen Art, zu leben und zu wirtschaften, ist in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertal-Instituts Folgendes zu lesen: „Das Credo der Industriegesellschaft heißt: Weiter, schneller, mehr. Produktion und Konsumtion werden angekurbelt, Wegstrecken schneller überwunden, Kommunikation beschleunigt. Längst liegen Erkenntnisse vor, dass ein ‚Weiter so‘ nicht funktionieren kann oder dieses Funktionieren endlich ist. Es ist unbestreitbar, wirtschaftliches Wachstum hat vielen Menschen unerhörten Wohlstand, ja Befreiung von Last und Mühsal gebracht. Wirtschaftliches Wachstum brachte aber auch Massenarmut in vielen Regionen des Südens der Erde und das Anwachsen der Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern dieses Wachstums sowohl im Nord-Süd-Verhältnis als auch bei uns selbst in den Industrieländern.“ Und ich ergänze an dieser Stelle: Daran wird sich so lange nichts ändern, solange nicht diese Entwicklungslogik unterbrochen wird und sowohl der jetzige Ressourcenverbrauch als auch die jetzige Wirtschaftsweise sowie die jetzige Kapitalverwertungslogik nicht unterbrochen werden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Mit schlichten Worten gesagt, Umsteuern und Umverteilen sind unvermeidlich. Und Umweltschutz ist eben nicht nur zu definieren über nachsorgenden Umweltschutz, wie es die CDU jahrelang gemacht hat, Frau Holznagel.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Dieser Anspruch des Umverteils und Umsteuerns ist im Grunde auch in der Agenda formuliert, allerdings nicht so grundsätzlich wie es einmal Al Gore sagte: „Änderungen in den ökonomischen Strukturen beziehungsweise im menschlichen Verhalten sind notwendig. Wer dieses jedoch fordert, dem unterstellt man subversive Absichten, verdächtigt ihn als verkappten Feind der bestehenden Ordnung, als Marxist oder Anarchist.“ Nun, wer heute die Umsetzung der Agenda 21 fordert, setzt sich dieses Verdachtes natürlich nicht aus, denn die Agenda ist, wie ich schon sagte, bei weitem nicht so grundsätzlich und konsequent in den Forderungen des Umsteuerns und leider benennt sie auch an vielen Stellen nicht die Ursachenzusammenhänge für die beschriebenen Zustände.

Aber aus meiner Sicht ist das Wertvolle an der Agenda 21, und deshalb ist es wichtig, dass wir auch heute

über dieses Thema reden, dass sie Wirkzusammenhänge vor Ort, in den Regionen, in den Kommunen und in den Ländern, benennt und sagt, auch hier können wir Verhältnisse ändern, auch wenn die grundsätzliche Schieflage in der Wirtschaftsweise damit eigentlich nicht angetastet wird. Die Agenda selbst ist also ein Aktionsrahmen, ein Handlungsrahmen für uns vor Ort. Sie benennt in vielen Punkten vor allem regionale, kleinräumige und auch kommunale Handlungsstrategien. Das ist auch für unseren Antrag von Bedeutung.

Die Koalitionsfraktionen gehen davon aus, dass im Land – der Umweltminister hat es heute schon deutlich gemacht – für die Agenda schon viel getan wurde. Wir haben Fördermittel aufgelegt, wir unterstützen durch Projekte, durch Wettbewerbe, wir machen die Agenda bekannt und viele Akteure vor Ort ergreifen die Initiative und sagen: Ja, wir haben die Agenda verstanden. Wir werden sie nutzen, um regionale nachhaltige Entwicklungen zu befördern. Und dann geschieht es immer noch allzu oft vor Ort, dass die Akteure entmutigt werden, dass sie wissen, nachdem sie Leitlinien und Handlungskonzepte erarbeitet haben, diese bleiben oft Papier, diese werden nicht realisiert in Projekten, diese bleiben vielleicht die nächsten fünf Jahre in der Schublade, weil Parlamente vor Ort sich nicht entscheiden können, kommunale Mittel für die Umsetzung dieser Konzepte einzusetzen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Weil sie keine Mittel haben.)

Genau so ist es. Genau so ist es, Herr Riemann. Ich benenne hier auch Ursachen, nicht nur die globalen, auch die regionalen. Völlig richtig.

Und genau vor diesem Hintergrund, denken wir, ist es an der Zeit, darüber nachzudenken, nicht nur im umweltpolitischen Bereich Mittel einzusetzen, wie es der Umweltminister heute schon benannt hat, sondern in den sozialen Bereichen, in den Wirtschaftsbereichen, auch in den Bildungsbereichen darüber nachzudenken, wie Mittel vernetzt werden können, damit der Gedanke der Lokalen Agenda, die Projekte der Lokalen Agenda zukünftig besser realisiert werden können,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

zum einen, um die Akteure vor Ort über Jahre nicht zu demotivieren – denn die Gefahr liegt einfach vor uns, das muss man so klar benennen, wenn man vor Ort Bescheid weiß und sieht, was da los ist –, und zum anderen, damit auch ganz praktisch was passiert. In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

Und nun sei noch eins gesagt zum CDU-Antrag:

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der ist gut. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Peter Ritter, PDS: Wenn Ihnen
das mal schon 1995 eingefallen wäre. –
Zuruf von Dr. Henning Klostermann, SPD)

Ich will hier keine Wortklauberei betreiben, aber ich denke, die Intention unseres Antrages ist ganz klar. Es ist klar, wozu wir die Regierung auffordern. Ich denke, daran müssen wir nichts ändern. Wir sagen nicht, dass nur überprüft werden soll, sondern wir sagen, wir wollen eine Veränderung. Wie dies geschieht, das muss die Regierung natürlich erst mal erarbeiten. Ich denke, das ist alles klar formuliert. Das andere: Ich denke, Ihre Terminsetzung ist illusorisch.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie trauen der
Regierung aber wirklich gar nichts zu.)

Wenn wir es wirklich ernsthaft meinen und umsteuern wollen, dann, bei aller Liebe, ist bis zum 30.06.2001 der Termin zu kurz gesetzt. Und das wissen Sie auch.

(Peter Ritter, PDS: Das ist
Aktionismus à la CDU.)

Ich denke, wir sollten hier ganz solide miteinander arbeiten und umgehen, die Regierung beauftragen – natürlich nicht mit Ihrer Terminsetzung, sondern grundsätzlich – und sagen: Packen Sie es an! Wir werden sie auch befragen zu gegebener Zeit.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich freue mich, dass Dr. Klostermann auch schon beantragt hat, dass wir direkt abstimmen, denn ich denke, wir sollten den Auftrag heute auslösen und nicht noch im Landtag oder im Ausschuss darüber debattieren.

(Harry Glawe, CDU: Denken,
denken, und passieren tut nichts.)

Ich bitte also um Zustimmung zu unserem Antrag und wir werden den Antrag der CDU ablehnen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2028 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1994 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. –

(Torsten Koplin, PDS: Sehr erstaunlich! –
Harry Glawe, CDU: Ja, Sie staunen öfter.)

Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1994 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion und vier Stimmen der CDU-Fraktion, bei fünf Gegenstimmen und einer Enthaltung auf Seiten der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Wirtschaftliche Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern „Zukunft Mecklenburg-Vorpommern“, auf Drucksache 3/1998.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Wirtschaftliche Entwicklung des
Landes Mecklenburg-Vorpommern
„Zukunft Mecklenburg-Vorpommern“
– Drucksache 3/1998 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Seidel von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Seidel.

Jürgen Seidel, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem nun mehr als zehn Jahre seit der Wiedervereinigung vergangen sind, erleben wir ja allort die üblichen Jubiläen, ich meine da in erster Linie

die zehnjährigen. Es werden Erfolge aufgezeigt, Bilanzen werden gezogen, es wird auf noch zu Leistendes hingewiesen. Auch zur Entwicklung unseres Bundeslandes gab und gibt es ja immer wieder Reden der führenden Politiker. Hier werden dann hauptsächlich Erfolge aufgezeigt, ich denke ja auch, zu einem großen Teil zu Recht, das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Nehmen wir zum Beispiel nur die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt. Wer hätte gedacht, dass sich in der Tat in weniger als zehn Jahren dieses Problem absolut lösen lässt. Jeder kann heute die Wohnung haben, die seinem Bedarf und seinen Möglichkeiten, das muss man fairerweise sagen, entspricht. Oder nehmen wir die Entwicklung der technischen Infrastruktur, besonders auch unter dem Stichwort Telekommunikation. Nun geht die Zeit allerdings weiter, das will ich nur einflechten. Auch da hört man, das Glasfaserkabel ist nicht der letzte Schrei der Dinge,

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

es gibt inzwischen wieder neue Erkenntnisse. Aber so ist das Leben heutzutage. Nehmen wir den Straßenbau, nehmen wir die Entwicklung der A 20, nehmen wir die Tourismuswirtschaft – ich denke, wir können durchaus sagen, hier gibt es Erfolge, ohne jetzt Probleme, die im Einzelnen bestehen, kleinreden zu wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, zu einer Bilanz gehören immer zwei Seiten der Medaille. Von daher war es zu erwarten, dass – und ich bezeichne sie jetzt doch mal so – die Jubelreden unseres Ministerpräsidenten im letzten Jahr dann auch zur Ernüchterung führen mussten, die ja nun doch ein wenig eingetreten ist. Ich verweise hier noch einmal auf die Meldungen des Statistischen Landesamtes nur mal aus diesem Jahr. Ich erwähne mal die Meldung vom 28.02.2001: In Mecklenburg-Vorpommern sank die Zahl der Erwerbstätigen in 2000 um 10.100 Personen mit Arbeitsort hier im Lande. Oder die Meldung vom 06.03.2001: 16,6 Prozent Rückgang bei den Baugenehmigungen in 2000. Oder die Meldung vom 21.03.2001: Das Wirtschaftswachstum im Jahre 2000 betrug preisbereinigt 0,6 Prozent. Im Vergleich dazu: in den alten Bundesländern bei 3 Prozent und im Durchschnitt der neuen Länder bei 1,1 Prozent. Oder nehmen wir uns den Arbeitsmarktbericht des Landesarbeitsamtes Nord vor. Hier wird ausgeführt, die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern hat sich weiter verschlechtert.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?)

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Februar – heute kriegen wir ja wohl die neuen Zahlen –

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

auf 184.000 angewachsen, was der bekannten Arbeitslosenquote von 20 Prozent entspricht. Nur im Februar 1998 gab es mehr Arbeitslose im Lande. Inzwischen haben wir fast 24.000 arbeitslose Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern zu konstatieren, den höchsten Stand seit der Wende.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, dies, ich betone das noch einmal, ist nicht Schlechtreden, das ist das Zur-Kenntnis-Nehmen von Fakten.

(Dr. Berndt Seite, CDU: Man muss endlich mal die Fakten sehen. – Harry Glawe, CDU: Sie wollen doch alles besser machen.)

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob der Bundestagspräsident Thierse Recht hat, wenn er formulierte, der Osten steht auf der Kippe.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Rot-Rot hat versagt. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Auf jeden Fall halte ich sehr viel davon, dass wir nüchtern Bilanz ziehen

(Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

und uns fragen, ob es nicht vielleicht doch erforderlich ist, in einigen Bereichen eine Kursüberprüfung oder dann eventuell auch eine Kurskorrektur vorzunehmen.

(Harry Glawe, CDU: Die sollen zurücktreten.)

Ich denke, das sind Aktivitäten, die in jedem Unternehmen, in jedem größeren und kleineren Unternehmen völlig normal sind. Nur, ganz offensichtlich, die Politik aller Couleur tut sich immer wieder schwer, nüchtern Bilanz zu ziehen.

Ich will einmal sieben Fragen formulieren, ohne hier den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben:

Erstens. Gibt die gegenwärtige Wirtschaftspolitik auch bei uns im Lande die richtigen Antworten auf die strukturelle Situation Mecklenburg-Vorpommerns,

(Dr. Ulrich Born, CDU, und

Dr. Berndt Seite, CDU: Nein. –

Harry Glawe, CDU: Ganz bestimmt nicht.)

auf die Anforderungen der Globalisierung oder auf die bestehende EU-Osterweiterung?

Zweitens. Wie können wir Infrastrukturdefizite, die zweifelsohne im Lande nach wie vor vorhanden sind, zügiger abbauen?

(Harry Glawe, CDU: Die Regierung muss ausgewechselt werden.)

Drittens. Wie können wir im Land wieder eine Stimmung erzeugen, die geprägt ist von dem Wunsch, sich selbstständig zu machen?

Viertens. Wie kann die Finanzkraft der Kommunen als unbestritten größter Investitionsauftraggeber gestärkt werden?

(Harry Glawe, CDU: Der Deckel muss noch fester drauf.)

Fünftens. Wie kommen wir wieder zu mehr Aufträgen am Bau? Denn die Arbeit ist uns ja nicht ausgegangen im Lande Mecklenburg-Vorpommern, wir haben ja viel Arbeit. Wenn wir zum Beispiel von Infrastrukturdefiziten reden, dann bedeutet dies Arbeit.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, aber das Problem ist, dass das nicht Arbeit für Hochbauer ist, sondern für Tiefbauer. Herr Seidel, Sie wissen das doch viel besser.)

Aber wie können wir dies hier in Aufträge umsetzen?

Sechstens. Wenn Bildung der wichtigste Standortfaktor auch in unserem Land ist, wie kommen wir dann zu einer Bildungsoffensive, statt nur davon zu reden?

(Andreas Bluhm, PDS: Das ist eine gute Frage. – Dr. Berndt Seite, CDU: Und mehr Lehrer.)

Siebtens. Wie gestalten wir im Lande ein auch gemeinsam getragenes Standortmarketing, das ein glaubhaftes

Signal von Mecklenburg-Vorpommern sendet? Zu dem Punkt habe ich jetzt was in der Zeitung gelesen vom designierten Wirtschaftsminister. Ich bin gespannt und freue mich auf die Diskussion zu diesem Punkt.

Meine Damen und Herren, wir legen Ihnen deshalb heute einen Antrag vor, der den Versuch darstellt, einerseits sicherlich eine Grundsatzdiskussion zu führen, der andererseits aber zumindest auch Vorschläge, konkrete Vorschläge enthält für das weitere Vorgehen im Bereich der Wirtschaftspolitik. Das schließt allerdings die schonungslose Analyse der Situation genauso ein wie – und das, meine ich, sollten wir tun – die Nutzung von externem Sachverstand, um eben notwendige Schlussfolgerungen und Maßnahmen zu finden.

Lassen Sie mich vielleicht noch auf drei Punkte eingehen:

Erstens. Ich rege an, dass wir bei der Förderung noch mal überlegen, ob die Entscheidung richtig war, zwischen Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen Unterschiede zu machen. Ich halte das nach wie vor für falsch, aber ich denke, auch hier sollten wir uns eine Analyse vorlegen lassen und uns von externen Beratern die Dinge einmal etwas näher erklären lassen.

Meine Damen und Herren, ich will mich auch deutlich dagegen wenden, dass wir nach wie vor in Mecklenburg-Vorpommern Existenzgründungsförderung betreiben in Bereichen, die keinen Markt haben.

(Gesine Skrzepski, CDU: Ja.)

Ich sage nach wie vor, alles, was an Existenzgründungsförderung im Baubereich läuft – und hier spreche ich weniger den Wirtschaftsminister an als vielmehr den Arbeitsminister –,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der ist nicht da. –
Dr. Berndt Seite, CDU: Der ist nicht da. Das ist schlimm. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

halte ich für falsch, und ich meine, hier ist dringend eine Kurskorrektur angezeigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein zweiter Punkt ist der Vorschlag, die GfW und das LFI näher zusammenzubringen, sie eventuell sogar zu fusionieren, ich sage das hier mal etwas locker, ich weiß, so schnell geht das nicht. Aber ich will diesen Gedanken einmal aufgreifen, weil ich die Kritik kenne, dass hier auch zum Teil ohne tiefgründiges Förderwissen agiert wird. Das ist vorgekommen und das könnte verbessert werden.

(Angelika Gramkow, PDS: Selbstkritik.)

Man könnte vielleicht auch besser auf das volkswirtschaftliche Wissen der Norddeutschen Landesbank, die ja dafür ganze Abteilungen vorhält, zurückgreifen. Ich denke, hier wäre eine Mittelverstärkung – unter Umständen sogar aus Synergien – durchaus möglich. Ich halte diesen Punkt zumindest mal für überprüfbar.

Und der dritte Punkt. Diese berühmten Standortmanager, die Vereinigung der Unternehmensverbände, sagt dazu, Ansiedlungsmanager, streiten wir uns mal nicht. Auch hier meine ich, sollten wir darüber nachdenken, wie wir die Ansiedlungspolitik dieses Landes weiter professionalisieren können. Ich stelle mir das so vor, dass das so eine Art Honorarkonsul für die Wirtschaft ist, den man auch erfolgsorientiert honorieren könnte. Wenn jetzt

gefragt wird, wo kommt das Geld her. Wir haben zwar eine Bemerkung dazu im Antrag gemacht, aber ich will Ihnen dazu gleich ein Beispiel nennen. Wissen Sie, Sie haben uns ja gestern bewiesen, wenn man etwas unbedingt will – Stichwort Bildungsfreistellungsgesetz –, findet man auch Geld. Für die 600.000 DM könnten wir sechs Leute garantiert für zwei Jahre diesbezüglich ins Land schicken.

(Erhard Bräunig, SPD: Zwei.)

Nein, nein, ich rede ja nicht davon, dass wir die voll finanzieren müssen. Ich kann mir vorstellen, es gibt auch andere Länder, die so etwas machen, dass man hier sicherlich Aufwendungen auf ehrenamtlicher Basis erstattet, aber ansonsten letztlich nur auf Erfolgsprovision finanziert.

Ich will diese drei Dinge hier nur einmal erwähnen, weil ich wirklich gespannt bin, ob es möglich sein wird, eine Diskussion sach- und zielorientiert zu führen, denn nach wie vor gilt meines Erachtens der Satz: Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Und so gesehen bin ich interessiert zu hören, ob Sie uns ein Diskussionsangebot machen oder ob Sie diesen Antrag wie bei fast allen 46 Anträgen zu wirtschaftlichen Entwicklungen, die wir bisher gestellt haben, auch wieder in den Papierkorb senden. Ich bin gespannt, wie Sie sich entscheiden werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Wirtschaftsminister Professor Eggert. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Rolf Eggert: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Abgeordneten! Ich denke, der Antrag selbst ist völlig berechtigt. Der Landtag kann erwarten, dass die Landesregierung quasi in einem steten Prozess ihre Politik überdenkt und den sich tatsächlich – und da haben Sie völlig Recht, Herr Seidel – manchmal rapide ändernden Erfordernissen anpasst. Aber da dies von dieser Landesregierung selbstverständlich so praktiziert wird, können Systemfehler in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, wie eben im Antrag ohne weitere Angaben erwähnt, nicht entstehen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aha!)

Sollte die CDU ihre eigenen Irrtümer der vergangenen Legislatur meinen, möchte ich hier namens der Landesregierung auf die erheblichen Korrekturen der vergangenen zweieinhalb Jahre insbesondere in der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik verweisen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Ich denke, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist in Mecklenburg-Vorpommern seit der Gründung des Landes ein Politikfeld mit höchster Priorität, und dies sicher nicht, weil die verschiedenen Landesregierungen, egal in welcher Zusammensetzung, der Arbeitslosigkeit diese Priorität beimaßen, sondern weil es de facto so ist. Es bedarf

demnach keiner besonderen Aufforderung an die derzeitige Landesregierung.

Meine Damen und Herren, eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik braucht ein langfristiges Konzept und keinen parlamentarischen Aktionismus. Die von dieser Landesregierung vorgenommene Neuausrichtung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ist gescheitert.)

folgt einer solchen langfristigen Strategie und wurde hinsichtlich der Förderinstrumente für den Zeitraum 2000 bis 2006 in den Operationellen Programmen zu den europäischen Strukturfonds einvernehmlich – einvernehmlich, betone ich – mit allen Sozialpartnern festgelegt. Und zu den Sozialpartnern gehören bekanntlich auch die Unternehmensverbände, die Unternehmensvertretungen,

(Harry Glawe, CDU: Und der DGB.)

aber selbstverständlich auch die Gewerkschaft.

(Harry Glawe, CDU: Genau so ist es. Sehr schön.)

Einvernehmlich festgelegt! Und hierbei ist natürlich die Verzahnung von Arbeitsmarktpolitik und Wirtschafts- und Strukturpolitik das leitende Handlungsprinzip für alle beteiligten Fachressorts. Das leitende Handlungsprinzip!

Und die Arbeitsmarktpolitik hat dabei eine Doppelfunktion:

Erstens die Förderung, mir ist aufgeschrieben worden, von Humankapital – ich verwende das Wort ungern, ich denke, die Förderung von Qualifizierung und Ausbildung ist hier gemeint – zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit und des Unternehmergeistes. Und hier sind ja die Schritte eingeleitet. Man muss sie nur registrieren, Herr Seidel, man muss sie wahrnehmen und aufnehmen.

(Jürgen Seidel, CDU: Ja, sie wirken ja gar nicht. – Wolfgang Riemann, CDU: An den Ergebnissen sind sie zu messen, nicht an den Worten.)

Und zweitens die Sicherung des sozialen Zusammenhaltes im Zuge wirtschaftlicher Umbauprozesse.

(Wolfgang Riemann, CDU: An den Ergebnissen sind sie zu messen, nicht an Worten.)

Die Infrastrukturförderung der Arbeitsmarktpolitik konzentriert sich dabei auf nachhaltig wirksame Qualifizierungs- und Beratungsangebote.

Zur künftigen Effizienzsteigerung einer verzahnten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wird die gemeinsame Identifizierung und Förderung von Interventionsschwerpunkten in ausgewählten zukunftssträchtigen Feldern zählen. Dieser Konzentrationsprozess in den jeweiligen Förderpolitiken auf erfolgversprechende Potentiale wird zwangsläufig auch unbequeme Entscheidungen zu Lasten einer Förderpolitik, zum Beispiel mit der Gießkanne, notwendig machen. Und diese Schritte haben wir genau am Beginn unserer Legislaturperiode eingeleitet. Herr Seidel, ich gehe darauf noch im Einzelnen ein.

Vorrang hat hierbei die Schaffung von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen, weil nur dadurch die Arbeitslosigkeit reduziert werden kann.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Ebenfalls richtig ist, hierfür den Unternehmen die für die Schaffung von Arbeitsplätzen notwendigen günstigen

wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Und richtig ist weiter, die Strukturen im Landeshaushalt so zu bemessen, dass wirtschaftliches Wachstum im Lande unterstützt wird, ohne die Handlungsfähigkeit des Landes in der Zukunft zu beschneiden.

In der Haushaltssituation, in der sich das Land aktuell befindet, kann dies nur strikte Ausgabenbegrenzung in allen Bereichen bedeuten. An erster Stelle möchte ich die Personalausgaben nennen. Diese sind unverändert zu hoch. Die Landesregierung wird Ihnen mit dem Haushaltsplanentwurf 2002 und 2003 weitere Schritte vorstellen, wie wir dieses Problem angehen.

(Harry Glawe, CDU:
Drei Jahre Zeit gehabt dafür.)

Bereits jetzt ist im Haushalt der Abbau von weiteren rund 10.000 Stellen festgeschrieben. Nach Vollzug wird das Land nur noch rund 36.000 bis 37.000 Stellen im Landesdienst vorhalten. Und obwohl auch die Investitionsausgaben des Landes bei einer notwendigen Konsolidierung des Haushaltes nicht von Eingriffen freigehalten werden können, ist es gelungen, die Absenkungen schrittweise und mit Augenmaß zu vollziehen. Wir geben daher auch heute noch pro Kopf fast dreimal so viel für Investitionen aus wie westliche Flächenländer.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Ich verweise auf das von der Bundesregierung beschlossene und von unserem Land unterstützte Steuerentlastungsprogramm.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Das ist aber sehr
mau. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Allein in Mecklenburg-Vorpommern stehen damit den Verbrauchern und der Wirtschaft zusätzliche Mittel in Höhe von 500 Millionen DM zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zu einem Feld kommen, was ich für besonders wichtig ansehe. Die im Antrag angesprochene Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gehört neben der steuerlichen Investitionszulage zu den prioritären Instrumenten der Investitions- und Wirtschaftsförderung und wird auch künftig ihren Beitrag dazu leisten, den Kapitalstock der Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern zu erweitern und zu modernisieren. Dies ist ohne Zweifel eine zentrale Voraussetzung für die Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze und einen sich selbst tragenden Aufschwung.

Und, Herr Seidel, ich sage Ihnen eines, wenn man das Thema „Förderung von Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen“, wie Sie es getan haben, anspricht: Es gibt in den vergangenen zweieinhalb Jahren nicht einen Antrag, der aufgrund der veränderten Förderbedingungen abgelehnt oder nicht genehmigt worden ist. Nicht einen einzigen Antrag!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Das stimmt nicht! Das
kann ich Ihnen zeigen, ich habe einen dabei!)

Ja, dann bringen Sie ihn mir! Dann werden wir uns das angucken.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja. – Heiterkeit
bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Garantiert werden Sie den nicht finden, Herr Riemann!

Förderschwerpunkt der Gemeinschaftsaufgabe ist bekanntlich die Unterstützung der regionalen Investitionstätigkeit, um Einkommen und Beschäftigung in der Region zu erhöhen.

(Harry Glawe, CDU: Wir brauchen 15.000 Arbeitsplätze, Herr Minister!)

Die direkten Zuschüsse zu den Investitionskosten privater Unternehmen und zu kommunalen wirtschaftsnahen Infrastrukturprojekten

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

sind einmalige Beihilfen für Investitionsvorhaben in Betriebsstätten, die sich längerfristig auch ohne weitere Förderung durch den Staat am Markt behaupten müssen. Das vergessen Sie bei diesen Betrachtungen immer.

(Harry Glawe, CDU: Es fehlen 17.000 Unternehmen im Land, Herr Minister. Sagen Sie mal, wie wir das schaffen wollen!)

Bis Ende 2004 steht die GA als bewährtes strukturpolitisches Förderinstrumentarium zur Verfügung

(Harry Glawe, CDU: Sagen Sie, wie wir Arbeit ins Land holen! Etwas anderes wollen wir nicht hören.)

und kann auch zur Bewältigung erweiterungsbedingter Probleme und Anpassungen der Unternehmen eingesetzt werden. Die notwendigen Umstrukturierungen der Unternehmen werden bis 2004 nicht abgeschlossen sein. Deshalb müssen die Unternehmen bereits jetzt auf den stärkeren Wettbewerb und zunehmenden Anpassungsdruck vorbereitet werden. Der Schwerpunkt der Förderung wird daher auch weiterhin beim Mittelstand liegen.

In diesem Zusammenhang ist aber zu berücksichtigen, dass die Gemeinschaftsaufgabe für sich allein natürlich nicht die Anpassungs- und Arbeitsmarktprobleme der strukturschwachen Regionen löst, sondern nur die allgemeine Wirtschaftspolitik flankieren kann. Zum einen scheitert dies schon an dem begrenzten Mittelansatz der Gemeinschaftsaufgabe, zum anderen macht die GA mit ihrer Förderung nur ein Angebot. Ob und in welchem Umfang dieses von Investoren wahrgenommen wird, hängt von deren Investitionsplänen und Standortentscheidungen ab.

Und lassen Sie mich noch eines in diesem Zusammenhang bemerken: Wenn wir Veränderungen in den Rahmenplänen vornehmen und, Herr Seidel, zum Beispiel die Bettenförderung herausnehmen oder, wie damals ja auch von Ihnen, glaube ich, ohne weiteres unterstützt, herausnehmen die Baustoffproduktion, die Bauleistung, die Supermärkte rausnehmen aus der Förderung, wenn wir diese Förderbedingungen so ändern, dann reduzieren sich doch automatisch auch die Anträge. Das ist doch wohl selbstverständlich. Und damit muss man natürlich konstatieren, dass die Antragszahlen sich insgesamt verändern. Ich darf hier einmal auf die Zeitung „Wirtschaft und Markt“ verweisen, wo mein Kollege Schuster in diesem Zusammenhang zitiert wird, wo ähnliche Entwicklungen in Thüringen eingetreten sind, was ja im Moment als Musterland im Osten bezeichnet wird. Sie können sich ja mal gerne durchlesen, was Herr Schuster dazu sagt.

Und in diesem Zusammenhang spielt natürlich das Standortmarketing eine Rolle. Aber auch hier ist es natürlich schwieriger, große Investitionen in das Land zu holen.

Wir hoffen ja, dass wir mit BMW erfolgreich hier eine Ansiedlung realisieren können.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und Volker Schlotmann, SPD)

Aber auch die Fähigkeiten der Unternehmer, ihre Unternehmen wettbewerbsfähig zu machen und zu halten, spielt für den Erfolg der Wirtschaftspolitik eine große Rolle. Coaching- und Beratungsprogramme sind sicherlich eine wirkungsvolle Unterstützung hierbei, bedürfen für sich jedoch keiner neuen Wirtschaftspolitik im Sinne des Antrages.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und Volker Schlotmann, SPD)

Viel wichtiger – und hier verweise ich wiederum auf die von mir zitierte Zeitung und auf das, was Edgar Most, der Vertreter der Deutschen Bank in Ostdeutschland, in diesem Zusammenhang sagt – ist meines Erachtens, die Strukturprobleme, die die Wirtschaft in Ostdeutschland insgesamt hat, stärker in den Fokus der Wirtschaftspolitik zu nehmen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und Reinhard Dankert, SPD)

Und da will ich drei Dinge ansprechen:

Erstens. Durch stärkere Kooperation der kleinen Wirtschaftsunternehmen sollte die Kleinteiligkeit überwunden werden. Größerer Umsatz durch stärkere Kooperation und dadurch Gewinn von weiteren Marktanteilen überregionaler Märkte, das muss das Ziel der Politik sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zweitens. Die Eigenkapitalschwächen der Unternehmen, die sich immer stärker auswirken, und zwar nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, durch Ausweitung des Beteiligungsprogramms, zum Beispiel über die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft, hier in Mecklenburg-Vorpommern überwinden zu helfen, das ist ein weiterer Schwerpunkt.

Drittens. Ich denke, dass gerade technologieorientierte Unternehmen stärker unterstützt werden müssen, dass ihnen stärker das Risiko abgenommen werden muss bei der Gründung neuer Unternehmen, neuer Existenzen und der Ausweitung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit.

Sie hatten eine weitere Verbesserung angesprochen, die Abstimmungsprozesse zwischen GfW und LFI. Herr Seidel, wir führen seit mindestens eineinhalb Jahren regelmäßig einen gemeinsamen Jour fixe zwischen LFI, GfW und Wirtschaftsministerium durch. Und in diesem Jour fixe werden alle Vorhaben besprochen, alle Infrastrukturvorhaben. Es wird jedes Mal gemeinsam analysiert, woran scheitert zum Beispiel die Investition oder warum kann die Kofinanzierung nicht bereitgestellt werden, et cetera, et cetera.

Und natürlich unterstützen und helfen wir hier an der Stelle, wo es Probleme gibt. Ich verweigere mich überhaupt nicht – und ich denke, auch mein Amtsnachfolger nicht –, hierzu neue Überlegungen anzustellen. Aber so zu tun, als würde an dieser Stelle überhaupt nichts gemacht, das will ich hier zurückweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine letzte Bemerkung, Herr Seidel, noch zu dem Thema Existenzgründungen.

(Jürgen Seidel, CDU: Ja.)

Sie hatten ja hier den Kollegen Holter angesprochen. Ich möchte vielleicht noch einmal etwas näher erläutern, wie das Ganze zustande kommt. Sie wissen alle, dass Existenzgründungen nicht nur durch das Arbeits- und Bauministerium gefördert worden sind, sondern auch durch das Landesarbeitsamt. Und Sie wissen auch, dass bei den Arbeitsämtern diese Existenzgründungen besprochen werden, nämlich in den Begleitausschüssen. In diesen Begleitausschüssen wird zum Beispiel von den Kammern entweder unterstellt, es ist eine nachträgliche Existenzgründung oder keine. Ich habe jetzt gerade eine Antwort der Kammern bekommen, nämlich der IHK, die mir mitgeteilt haben, dass sie sich außer Stande erklären zu bewerten, ob es hier einen Verdrängungsmarkt gibt oder keinen. Und hier müssen wir also auch die Verantwortung gerade der Kammern und Verbände einfordern, nämlich hier in den Begleitausschüssen so tätig zu werden, dass das vermieden wird, was Sie fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und als Letztes will ich Ihnen noch eines sagen: Der Arbeits- und Bauminister hat seit dem 01.03.2001 die Förderung zum Beispiel für Existenzgründungen im Baubereich eingestellt.

(Jürgen Seidel, CDU: Dann muss
man das auch mal laut sagen.)

Seit dem 01.03.2001, meine Damen und Herren!

Meine Damen und Herren! Die Landesförderung zum Bau von Eigenheimen – nun komme ich auf einen anderen Punkt Ihres Antrages zurück – wird sich in Mecklenburg-Vorpommern zukünftig qualitativ verändern. Die Bevölkerungsverluste gerade in den großen Städten unseres Landes haben ihre Hauptursache in einer Abwanderung in selbstgenutztes Wohneigentum im städtischen Umland. Alle wissen das. Da sich an den Wohnprioritäten der Bevölkerung in absehbarer Zeit nichts Wesentliches ändern wird, wird auch diese Abwanderung auf die „grüne Wiese“ weitergehen, sofern nicht die Rahmenbedingungen der staatlichen Eigentumsförderung geändert werden.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Die Erhöhung der Eigentumsquote in den neuen Ländern bleibt nach wie vor eine wohnungspolitische Priorität. Das gehört zur Angleichung der Lebensverhältnisse Ost und West. Und auch der Bau von Einfamilienhäusern soll und muss grundsätzlich möglich sein, und zwar auch mit staatlicher Hilfe. Worum es geht, ist der richtige Standort. Da bedarf es ganz offensichtlich einer stärkeren Steuerung, sowohl in der direkten als auch in der indirekten staatlichen Wohneigentumsförderung. Es macht keinen Sinn, angesichts einer weiter sinkenden Bevölkerungszahl immer neuen Wohnraum durch Neubau zu schaffen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Die Expertenkommission zum wohnungswirtschaftlichen Strukturwandel in den neuen Ländern empfiehlt dringend, die Wohneigentumsbildung zukünftig verstärkt in den Bestand zu lenken.

(Jürgen Seidel, CDU: Das ist doch in Ordnung!)

Dies muss bei allen Überlegungen eine entscheidende Rolle spielen.

In dem sich derzeit vollziehenden Umstrukturierungsprozess sind natürlich die Plattenbaugebiete wie auch die Innenstadtgebiete verstärkt mit einzubeziehen. Wohnungsfeldgestaltung, Rückbau und auch im Einzelfall ganze Abrissmaßnahmen gehören selbstverständlich in den Rahmen zukünftiger Überlegungen einer sinnvollen und notwendigen Wohnungspolitik.

Meine Damen und Herren! Die im Antrag unter Ziffer 8 angesprochene inhaltliche Überprüfung der Landesgesetze, Verordnungen und Richtlinien darauf, ob sie dem wirtschaftlichen Aufschwung entgegenstehen, ist aus Sicht der Landesregierung ein Zeugnis für das Unverständnis der CDU, was die Zusammenhänge in unserem politischen System betrifft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich kann da nur sagen: Mein Gott, Sie waren doch auch in der Regierung! Sie wissen, dass alle Gesetze, Verordnungen und Richtlinien aus der Feder der Landesregierung unter anderem genau auf diese Frage hin geprüft werden.

(Heidemarie Beyer, SPD: Schon zu lange her.)

Sie wissen auch, dass jede Landesregierung die sie tragenden Fraktionen bei Gesetzentwürfen des Landtages in dieser Frage beraten hat.

(Jürgen Seidel, CDU: Wer hat Sie denn
beraten beim Bildungsfreistellungsgesetz?)

Das ist das einzige Vorhaben, was Sie angesprochen haben, Herr Seidel, ...

(Wolfgang Riemann, CDU:
Beispielhaft, ja, beispielhaft!)

Und gut, Sie sprechen mich jetzt direkt darauf an, dann will ich auch dazu Stellung nehmen, nicht!? Es stellt zwar in seiner Grundkonstruktion ohne Zweifel eine Belastung der Unternehmen dar – hier finden Sie mich ja an der Seite der Skeptiker –, aber dennoch ist das im Landtag nunmehr beschlossene Gesetz in sich ausgewogen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Wir werden einfach abzuwarten haben, ob die standardisierten Ablehnungen des Gesetzes zu Recht vorgetragen wurden oder nicht.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Das ist doch gerade der Prozess, den Sie einfordern. Grundsätzlich gelten auch hier meine einleitenden Worte: Die Landesregierung und der Landtag werden immer wieder Beschlüsse und Gesetze auf ihre Wirkung hin überprüfen müssen.

(Jürgen Seidel, CDU: Aber wir machen
doch nicht Gesetze auf Probe, Herr Eggert!)

Meine Damen und Herren, Herr Seidel, Sie sollten sich einmal einen Vortrag anhören von einem bedeutenden Consulter, der große Unternehmen in Deutschland beraten hat, die größten Unternehmen in Deutschland. Sie sollten sich einmal diesen Vortrag anhören, was er zum Beispiel zu Trial and Error sagt, zu diesem Prinzip in der Wirtschaft. Aber vielleicht sollten wir auch mehr in der Politik darüber nachdenken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Initiative des Thüringer Ministerpräsidenten Vogel,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

das so genannte Sonderprogramm Ost 2001 und 2004, ist grundsätzlich zu begrüßen, wobei die Konkretisierung des Vorschlages tatsächlich vor allem auf solche Maßnahmen gerichtet sein sollte, die zwingend notwendig, erkennbar und umgehend realisierbar sind, aber nicht finanziert werden konnten. Und ein Teil der Infrastruktur, dazu zählt natürlich die Überwindung der Finanzschwäche der Kommunen. Das sind wichtige Punkte, auf die wir uns konzentrieren sollten. Die Landesregierung wird sich an dieser Diskussion beteiligen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Schon jetzt steht eben allerdings fest, dass diese Diskussion angesichts der doch eher kargen Untersetzung durch den Kollegen Vogel noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Ob nach Abschluss der Beratungen dem Landtag ein Nachtragshaushalt für das Jahr 2001 vorgelegt werden muss, zeigt sich naturgemäß erst angesichts der tatsächlichen Ergebnisse dieser Diskussion.

Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, sehr umfassend auf Ihren Antrag hin zu antworten. Ich denke, ich habe das auch in der angemessenen Sachlichkeit getan.

Lassen Sie mich abschließend meiner wohl letzten Rede in diesem Landtag eine Bitte äußern. Wenn ich zurück auf meine erste Landtagssitzung im Jahre 1990 blicke und die Lage der Menschen und der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern mit heute vergleiche, auch die Anzahl der Probleme, die wir damals hier auf dem Tisch hatten, so können die Bürger, die Unternehmer und auch die Politiker auf das Erreichte hier im Lande stolz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und der Stolz sollte sich mischen mit der Dankbarkeit für die erfahrene Hilfe durch den Bund und die westlichen Bundesländer. Was die Bürger oft nicht wissen können, sollte ja den Mitgliedern des Landtages bekannt sein: Die erfahrene Hilfe war enorm, sie war enorm!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und unser Stolz sollte sich jedoch auch mischen mit einem realistischen Blick auf das Erreichte. Wir sind noch weit vom Hafen entfernt und das Wetter ist in diesem Jahre wahrlich nicht ruhiger geworden, eher das Gegenteil ist der Fall. Was wir unverändert brauchen, ist trotz aller Unterschiede die Betonung des Gemeinsamen. Und hier komme ich auf das erste Jahr zurück und schließe mit einem Wort des von mir verehrten Willy Brandt: „Wir waren schon einmal weiter!“ – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, einzelnen Abgeordneten
der PDS und Martin Brick, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Vielen Dank, Herr Wirtschaftsminister. Ich wünsche Ihnen – ich denke, im Namen aller Mitglieder des Hauses – für Ihren weiteren beruflichen Weg alles Gute und viel Erfolg, auch im Interesse unseres Landes!

(Beifall bei der SPD und
einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Neumann von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Neumann.

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist für mich relativ schwierig, nun als neuer Abgeordneter

(Angelika Gramkow, PDS: Langsam
nicht mehr. – Kerstin Kassner, PDS:
Das ist aber jetzt schon eine Weile her.)

nach einer solchen Rede eines scheidenden Ministers mich zu dem vorliegenden Antrag der Fraktion der CDU äußern zu müssen, aber um manche Dinge kommt man nicht herum.

(Reinhard Dankert, SPD: So ist das Leben.)

So ist das Leben, genau!

Und es ist auch sehr spannend für mich zu erleben, wie offensichtlich innerhalb der CDU-Fraktion die Arbeit organisiert ist. Wie im letzten Monat beim Antrag Zivilprozessreform kann ich mich nicht des Eindrucks erwehren, dass es die einen gibt, die die Anträge formulieren, und ganz andere sie dann einbringen. Denn nach Ihren Ausführungen, Herr Seidel, kann ich nicht nachvollziehen, wie bei Ihrem Wunsch nach sachlicher Diskussion der Probleme ein solcher Antrag herauskommen konnte,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

denn sachlich ist an diesem Antrag herzlich wenig, außer Punkt 9.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Die Drucksachennummernverteilung – darüber musste ich mich auch belehren lassen – erfolgt im Landtag nach dem Eingang, aber die Nummer 3/1998 des vorliegenden Antrages bringt mich auf die Idee, ob es vielleicht angezeigt wäre, dass die CDU im Jahre 1998 diesen Antrag hätte stellen sollen, in dem Jahr nämlich, als sie mit Verantwortung trug für die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Lande seit acht Jahren.

(Jürgen Seidel, CDU: Am
besten noch vor 16 Jahren.)

Die Frage ist für mich also: Was ist der rationale Inhalt dieses Antrages? Und die zweite Frage ist wie im letzten Monat: Wer ist der Autor?

Zur ersten Frage lautet meine vorläufige Antwort wie folgt: Unter Punkt 1 fordern Sie die Landesregierung im Kern zum Rücktritt auf. Das ist Ihr gutes Recht als Opposition. Die Koalition wird dieses Ansinnen ablehnen, es ist insgesamt nicht neu.

Im Satz 2 des ersten Punktes wird es schon spannender: Die „Systemfehler der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzpolitik“ sollen beseitigt werden. Mit dieser Forderung üben Sie ein Maß an Selbstkritik, das ich Ihnen nicht zugetraut hätte, das gebe ich zu.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Jürgen Seidel, CDU: Können Sie mal
zur Sache kommen? – Heiterkeit bei
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Er ist mittendrin! Er ist mittendrin!)

Ich könnte zur Sache kommen, Herr Seidel, wenn die sachliche Auseinandersetzung in Ihrem Papier nicht erst im Punkt 9 anfangen würde.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Rudolf Borchert, SPD –
Heiterkeit bei Caterina Muth, PDS –
Zurufe von Martin Brick, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Muss ich nicht. Genau das ist ja das Problem, das ich sehr genau beobachte. Es gibt einen herzlichen Unterschied zwischen der Diskussion hier im Landtag oder in den Ausschüssen und der Darstellung desselben Sachverhaltes in der Öffentlichkeit, oft auch durch dieselben Politikerinnen und Politiker.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Richtig, Karsten!)

Dass nun gerade die CDU in diesem Punkt in die Systemopposition gegangen ist, ist mir bisher nicht aufgefallen. Auch dieser Punkt ist mir heute neu, zugegebenermaßen ist das allerdings geschickt.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der
CDU – Martin Brick, CDU: Mal was Neues,
Herr Neumann. – Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Es ist geschickt, sich hinzustellen, Herrn Seidel diesen Antrag einführen zu lassen sowie für sachliche Diskussion zu werben und in der Öffentlichkeit im Papier eine solche Form von unsachlicher Auseinandersetzung zu verteilen.

Sie fordern die Änderungen der politischen Rahmenbedingungen in Ihrem Papier. Politische Rahmenbedingungen werden durch Wahlen gesetzt. Auch Ihren Antrag auf Neuwahlen werden wir also ablehnen.

(Jürgen Seidel, CDU: Das ist doch wirklich
Unsinn, was Sie da erzählen! So ein Quatsch!)

Ja, Entschuldigung, Sie haben es nicht weiter erläutert, was Sie unter Änderung politischer Rahmenbedingungen hier verstehen. Was sind denn politische Rahmenbedingungen?

(Jürgen Seidel, CDU: Da gebe
ich Ihnen mal ein Seminar.)

Die Gesetze in diesem Land, die Verfassung in diesem Land und das gewählte Parlament.

(Martin Brick, CDU: Das ist sehr einseitig
gesehen von Ihnen. Das müssen Sie noch ein
bisschen lernen. – Dr. Armin Jäger, CDU: Meinen
Sie nicht auch das Handeln der Landesregierung?
Dann sind Sie ja wohl doch noch ziemlich neu.)

Durch diese Neuwahlen wollen Sie nun „eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung“ unter der Überschrift „Zukunft Mecklenburg-Vorpommern“ initiieren.

(Unruhe bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Ja, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung wollen wir alle. Ich freue mich auf Ihre Unterstützung bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages zwischen SPD und PDS aus 1998.

(Jürgen Seidel, CDU: Und das sind jetzt neue
politische Rahmenbedingungen, oder was?)

Sie fordern hier die Umschichtung von Mitteln aus dem konsumtiven zum investiven Bereich, unterschlagen aber, dass auch dies Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor vernichten würde, Handel und Verkehr et cetera. Das mag ja gerechtfertigt sein, aber nur unter der Bedingung, dass durch diese Investitionsbemühungen mehr Arbeitsplätze entstehen. Und hier empfehle ich Ihnen etwas mehr Aufmerksamkeit der gesamtwirtschaftlichen Rechnung oder einen genauen Blick in den analytischen Teil der am 2. April 2001 vorgestellten Wachstumsinitiative der Vereinigung der Unternehmensverbände Mecklenburg-Vorpommern, die sehr detailliert darstellen, mit welchen Kostenfaktoren in welchem Bereich Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Zu Ihrem Punkt 4 des Antrages: Wie die Vereinigung der Unternehmensverbände fordern Sie die Zusammenlegung von GfW und LFI. Der Herr Minister hat aus dem einen Blickwinkel hier darüber schon gesprochen.

Ich möchte zu einem anderen Punkt etwas sagen. Es wurde die so genannte Beratungslücke angesprochen. Das heißt, die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung wirbt und sucht Investoren, Unternehmen, die bereit sind und die sich hier in Mecklenburg-Vorpommern niederlassen wollen. Dem Landesförderinstitut obliegt dann später die Aufgabe, diese Förderungsanträge tatsächlich zu entwickeln, zu diskutieren, die Unterlagen einzufordern und, und, und. Hier hat es das LFI momentan mit 720 Betreuungsfällen zu tun. Wenn wir also wollen, dass bei diesen 720 Betreuungsfällen der Personalaufwand und das Personal so weit aufgestockt wird, dass das LFI effektiv in der Lage wäre, tatsächlich im Wege der Antragsbetreuung all diese Betreuungsfälle zu begleiten, dann können wir uns die personellen Konsequenzen einer solchen Forderung ausrechnen.

Für mich ist es interessant zu beobachten, dass es für diesen Bereich der Begleitung von Unternehmen in der Beantragung von Fördermitteln in Brüssel einen sehr umfangreichen Dienstleistungssektor gibt, nämlich privatwirtschaftlich organisiert, hier in Mecklenburg-Vorpommern offensichtlich nicht. Ich glaube, das wäre neben der schon angesprochenen Zusammenarbeit zwischen GfW und LFI ein möglicher Lösungsweg für die Schließung dieser Beratungslücke.

Ihr Finanzierungsvorschlag, den Herr Seidel hier auch in seiner Rede nicht explizit aufgeführt hat, ist die Streichung der ÖBS-Mittel.

(Angelika Gramkow, PDS: Na, die haben
wir ja inzwischen 30-mal gestrichen.)

Das ist übrigens der einzige Finanzierungsvorschlag in diesem Antrag.

Nur nebenbei, auch aus Ihrem Antrag zitiert: Einen so genannten „3. Arbeitsmarkt“ gibt es nicht. Sondern, wenn wir vom ÖBS sprechen, dann sprechen wir vom dritten Sektor als Bestandteil des Dienstleistungssektors im ersten Arbeitsmarkt,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

denn es handelt sich hier um bezahlte Arbeit.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, und
Schulsozialarbeiter wollen die Landräte
doppelt so viel haben, wie sie haben können.)

Da kämpfen Sie nun so lange gegen den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und wissen immer

noch nicht, wovon Sie reden. Man sollte sein Feindbild doch zumindest kennen.

Der Dienstleistungsbereich umfasst Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Dienstleistung, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte. Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor beschreibt die Deckung des Gemeinwohlbedarfes aus Werten der Gesellschaft in Verbindung mit Ehrenamt aus Freiwilligkeit bei einer Wertschöpfung ohne Renditeerwartung. Und das ist der wesentliche Unterschied! Dabei entstehen vielfältige fließende Übergänge zwischen eher marktbestimmten Dienstleistungen, wie Verkehr, und eher personennahen Dienstleistungen, wie Gesundheitswesen, Kultur, Sozial- und Erziehungswesen, ökologische und kulturelle Tätigkeiten. Hierfür möchte ich Ihnen nur einige wenige Beispiele aufführen: Haushaltshilfen, familienentlastende Dienste, Streetworker, Breitensportagenturen, Seniorenfreizeitangebote, multikulturelle Initiativen, Stadtbegrünung, Denkmalpflege, Verbraucher- und Schuldnerberatung, Gesundheitsaufklärung und, und, und.

Im Kern mag sich das kompliziert anhören, ist aber ganz einfach. Es geht um die Anregung und Erschließung neuer Arbeitsmärkte durch Verwertung vorhandener Nachfragebereiche. Und dass Nachfrage in diesen Bereichen besteht, beweisen gerade die Antragszahlen bei ABM, SAM und anderen Maßnahmen.

Zu den Vorteilen dieser öffentlich geförderten Beschäftigung gehört die Vermittlung sinnvoller und dauerhafter Beschäftigungen für Arbeitslose, Milderung von regionalen und sektoralen Beschäftigungsproblemen, Nutzung des Humankapitals erfahrener Arbeitnehmer, Erhaltung der Qualifikation und Motivation der Arbeitskräfte unter Tarifbedingungen, Minderausgaben bei der Finanzierung von Arbeitslosigkeit. Also im Kern: Der gesellschaftliche Wohlstand wird zur Finanzierung sinnvoller Arbeit statt sinnloser Arbeitslosigkeit genutzt.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner
übernimmt den Vorsitz.)

Autor dieser Punkte ist übrigens ein Papier aus der Diözese Aachen.

Die Politik der Landesregierung entspricht also bereits der gemeinsamen Forderung. „Der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss dabei höchste Priorität beigemessen werden.“ So das Zitat aus Ihrem Antrag.

Darüber hinaus entsprechen die Bemühungen der Landesregierung nun einmal auch dem internationalen Trend. Der Dienstleistungssektor ist der einzige Bereich, in dem in den letzten 20 Jahren EU-weit Arbeitsplätze geschaffen wurden. In der Industrie und in der Landwirtschaft ist die Zahl der Beschäftigten beständig zurückgegangen. Ihnen dürfte doch auch klar sein, dass wir mit öffentlichen Investitionsförderungen nur die regionale Verteilung von immer weniger Arbeitsplätzen steuern können und dass wir genau in dieser Frage im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern stehen.

Der einzige Wachstumsmarkt ist der Dienstleistungssektor. Die EU-Kommissarin für Beschäftigung und Soziales führte zum dritten Sektor aus: „Verglichen mit den öffentlichen Verwaltungen scheinen die Organisationen des Dritten Systems sich besonders mit dem neu entstehenden Bedarf identifizieren zu können und sie wandeln die Nachfrage schnell in innovative Dienstleistungen und

Produkte um. Im Vergleich mit profitorientierten Unternehmen“ auf der anderen Seite „sind sie besser bereit, mit Dienstleistungen zu versorgen, sogar in solchen Bereichen, wo es um niedrigen Profit geht.“ Die Dienstleistungen sind der Wachstumsmarkt für Beschäftigung in den USA, in Europa und auch in Deutschland, mit 55 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Osten und 58 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb muss dieser Sektor gestärkt und ausgebaut werden. Mit der Anregung und Entwicklung des ÖBS greifen die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung den internationalen Trend auf und das ist gut so.

Sie, Werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, können hier weiter dagegen diskutieren. Sie können weiterhin versuchen, die sieben Millionen, die wir dort effektiv ausgeben, für alle möglichen Vorhaben hier zur Deckung vorzuschlagen. Wir werden diese Deckungsvorschläge aus diesem Bereich ablehnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Zu Punkt 5 möchte ich so viel sagen, dass auch aus unserer Sicht die Landesförderung zum Bau von Eigenheimen vor allen Dingen in den Städten verbessert werden muss, um einer Verödung entgegenzuwirken. Da sind wir im Übrigen mit dem Deutschen Mieterbund einer Meinung. Dies heißt aber auch, um das von Ihnen benutzte Wort „Strohfeuer“ aufzugreifen, die Finanzströme in die Städte umzulenken. Wir wissen und der Arbeitsminister weiß, wie schwer dies ist. Ein Weg führt an dieser Maßnahme allerdings nicht vorbei.

Im Punkt 6 fordern Sie eine Trendwende der Arbeitsmarktpolitik – auch hier sind wir einer Meinung. Nur überrascht es mich doch, wenn Sie einerseits fordern, die ABM-Mittel zu kürzen und in Bereiche wie Bildung und Kultur umzusteuern. Wie, bitte schön, soll denn dann diese Arbeit organisiert werden? Durch Ausweitung des Personalbestandes im öffentlichen Dienst, den Sie aber auch senken wollen? Tut mir Leid, Sie sprachen es vorhin an, da reicht meine Phantasie tatsächlich nicht aus.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Dafür können wir aber nichts.)

Im Punkt 7 nun fordern Sie das Aufgreifen von Erfahrungen des europäischen Auslandes. Dies will ich hier gerne mal tun: Im Hochlohnland Dänemark sind die Arbeitskosten elf Prozent niedriger als in Deutschland. Allerdings finden wir dort eine geringere Lohndifferenzierung bei solidarischer Lohnpolitik. So verzeichnen unqualifizierte Arbeitskräfte seit 1989 stärkere Reallohnzuwächse und der Mindestlohncharakter der Tarifverträge verhindert ein Ausbrechen der Löhne nach unten. Kombilohnmodelle und Lohnkostenzuschüsse, wie sie hier von der CDU oft gefordert werden, können kein adäquates Gewicht darstellen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

da sie zeitlich befristet sind und das Einstellungsverhalten in Unternehmen nicht dauerhaft beeinflussen können.

In einer 1993 in Dänemark begonnenen Reform wurden Qualifizierungsmaßnahmen und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen durch Dezentralisierung und eine stärkere Ausrichtung auf den Bedarf des Marktes gelenkt. Reduziert wurde das Arbeitskräfteangebot insgesamt durch eine Senkung des Renteneintrittsalters, Vorruhestandsregelungen für die über 60-Jährigen und ein Übergangspro-

gramm in den Vorruhestand für die über 50-Jährigen. Hinzu kam die Einführung gesetzlicher Regelungen für Kindererziehungsurlaub, das Sabbatjahr und den Bildungsurlaub. Arbeitsangebote in subventionierte Arbeit sind nach zweijähriger Arbeitslosigkeit zwingend vorgeschrieben, für Jugendliche bereits nach sechs Monaten. Hinzu kommt die Erstellung individueller Handlungspläne. Diese werden gemeinsam von der Arbeitsverwaltung und dem Arbeitslosen erstellt und enthalten Angebote unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Arbeitsmarktes und der Wünsche und Bedürfnisse des Arbeitslosen. Sie sehen also, die entsprechenden Initiativen des Arbeitsministers greifen solche Erfahrungen bereits auf – auch hierzu bedarf es dieses Antrages nicht.

Ich sage hier auch gerne etwas über die europäischen Erfahrungen mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, die auch immer wieder ein beliebtes Thema sind, sich aber in der deutschen Diskussion jedenfalls bisher immer gegen diejenigen richten, die arbeiten wollen, aber darauf angewiesen sind, dies schwarz zu tun. Spanien schaffte jährlich die Hälfte aller neuen Arbeitsplätze in der Europäischen Union durch folgende Maßnahmen: Für jeden neu geschaffenen Dauerarbeitsplatz gibt es 60 Prozent Rabatt auf die Sozialversicherungsbeiträge. Über 800.000 Schwarzarbeiter wurden gezwungen, sich als Freischaffende anzumelden. Dazu erhielten Sie 6.000 DM zu den Sozialversicherungsbeiträgen des ersten Jahres. Für die Einstellung langzeitarbeitsloser Frauen wurden 100 Prozent der Sozialversicherungsbeiträge erlassen, für Frauen zwischen 16 und 45 Jahren 25 Prozent der Beiträge, bei Menschen mit Behinderungen 80 Prozent. In Italien erhielten die Firmen Straffreiheit und 10.000 DM Prämie, wenn sie Schwarzarbeitsverhältnisse in Dauerarbeitsplätze umwandelten. Erfolg: 700.000 neue Arbeitsplätze im Jahr 2000.

Zu Punkt 8 – Bildungsfreistellungsgesetz – will ich mich nun heute nicht mehr äußern, die Debatte gestern war dazu ja wohl deutlich.

Zu Punkt 9, dem Vogel-Vorschlag. Die PDS unterstützt jedes Bemühen, dem Bund und auch den alten Bundesländern deutlich zu sagen, dass der Bund Träger der gesamtstaatlichen Verantwortung zur Beseitigung der teilungsbedingten Schäden ist und nicht die Geschädigten dafür die Lasten tragen, wie es Herr Vogel vor dem Thüringer Landtag sagte. Die PDS sagt aber auch, der Bund ist auch verantwortlich für die einigungsbedingten Schäden durch die Treuhandpolitik der Kohl-Regierung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie haben nun die einzelnen Teile des Vogel-Vorschlages aufgelistet. Da wir und die Landesregierung die Unterlagen von Herrn Vogel aber auch haben, bedarf es auch für diese Diskussion Ihres Antrages nicht.

Im Ergebnis lässt sich also feststellen, der CDU-Antrag fordert den Rücktritt der Regierung und im übrigen Neuwahlen, kritisiert die Systemfehler der CDU-Politik, lehnt die Förderung des einzigen Wachstumsmarktes zur Schaffung von Arbeitsplätzen ab und fordert ansonsten die Fortsetzung der Regierungspolitik, allerdings mit einem Nachtragshaushalt.

(Martin Brick, CDU: Sie haben eine eigenartige Art, das zu interpretieren. Das ist ja eulenspiegel-reif. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Dann gibt sie uns eine Kurzfassung der Initiative des thüringischen Ministerpräsidenten an die Hand. Vielen

Dank dafür! Zum Schluss beantwortet sich die eingangs gestellte Frage des Autors des Antrages von selbst: viele Köche aus Thüringen, der PDS, der SPD in einem Topf aus CDU-Politik und Lernunwilligkeit, Reformunfähigkeit und Widersprüchen. Da wir alle wissen, was viele Köche mit dem Brei anstellen, werden die Koalitionsfraktionen den Antrag der CDU-Fraktion ablehnen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Kollege.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rehberg von der CDU-Fraktion.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ein Philosoph sagte einmal: „Alle Mängel im menschlichen Leben sind keine Veranlassung zur weinerlichen Klage, sondern eine Aufgabe.“ Meine Damen und Herren, die Bewältigung des Aufbau Ost und damit die Sicherung einer guten wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns sind eine nationale Aufgabe allerersten Ranges. Um es ganz klar und deutlich zu sagen: Der Behauptung Wolfgang Thierses, der Osten stehe gleichsam auf der Kippe, widerspreche ich ganz entschieden und ich weise sie an dieser Stelle noch einmal mit allem Nachdruck zurück. Diese Behauptung demotiviert Menschen im Osten, macht sie mut- und perspektivlos und verschärft eher mögliche Vorurteile und Stimmungen im Westen, außer der ewigen Jammerei bringe der Osten nichts zuwege. Außerdem zeigt Herr Thierse wie auch Sie, Herr Minister Eggert, und Sie, Herr Neumann, keinen Weg auf, wie die problematische Situation – ich komme noch darauf zurück –, in der sich die neuen Bundesländer insgesamt und Mecklenburg-Vorpommern im Besonderen befinden, gelöst werden kann. Symptomatisch für die Situation in der deutschen Sozialdemokratie ist, dass der nominelle dritte Mann im Staate, der Bundestagspräsident, seine eigene Partei aufrütteln musste.

Meine Damen und Herren, Herr Eggert, ich freue mich, dass Sie gesagt haben, dass wir stolz sein können und sollten auf die Erfolge seit 1990. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie persönlich und Ihre Partei dieses auch bis 1998 deutlich gemacht hätten. Lesen Sie sich Ihre eigenen Reden, Reden Ihrer Kolleginnen und Kollegen gerade und auch bis 1998 hier im Landtag durch! An der Tatsache, dass seit 1997 die Schere zwischen Ost und West immer weiter auseinander geht, Herr Eggert, sind Sie wohlweislich vorbeigegangen. Und wenn Sie sich hier hinstellen, in einer Situation, wo wir ein Wirtschaftswachstums von 0,6 Prozent haben, in einer Situation, wo wir die höchste Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern haben, die höchste Jugendarbeitslosigkeit, dann sagen Sie, die Landesregierung praktiziert selbstverständlich langfristige Konzepte. Herr Eggert, ist das nicht eine traurige Darstellung, die Sie hier gegeben haben?

(Dr. Rolf Eggert, SPD: Nee, die ist realistisch.)

Wissen Sie, was realistisch ist, Herr Eggert? Es ist für mich ganz realistisch, dass Sie seit zweieinhalb Jahren mit Ihrer Politik gescheitert sind.

(Erhard Bräunig, SPD: Na, na, na, na!)

Und das sind die beiden entscheidenden Komponenten: Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das werden Sie jeden Monat vor Augen geführt bekommen.

Und jetzt lassen Sie uns einmal über die Ursachen reden, die auch Sie mitzuverantworten haben!

(Heidemarie Beyer, SPD: Da müssen Sie überlegen, wie tief sie gesunken sind.)

Sie konnten sich nicht durchsetzen in der rot-roten Koalition, dass man Ja sagt zum Transrapid.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie konnten sich nicht durchsetzen, dass das Bildungsfreistellungsgesetz nicht verabschiedet wird.

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Ich kann die Latte endlos weiterführen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das sind nun wirklich ernst zu nehmende Gründe, was?!)

Und, Herr Eggert, fragen Sie sich nicht selber,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Jaja.)

ja, fragen Sie sich nicht wirklich einmal selber,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Lassen Sie doch mal das Krümelkacken, Herr Rehberg!)

ob man mit dem Transrapid nicht bessere und größere Chancen bei BMW gehabt hätte oder haben wird? Fragen Sie sich das wirklich nicht? Ich will Ihnen eins sagen, dieser Transrapid, diese Politik, die Sie da betrieben haben, und Sie haben sie mitgetragen letztendlich, ...

(Dr. Rolf Eggert, SPD: Nun tun Sie doch nicht so, als ob wir den allein verhindert hätten! Das ist doch absoluter Blödsinn, was Sie hier sagen.)

Sie haben aber ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Also wissen Sie, Herr Abgeordneter Eggert, ich erzähle hier keinen Mist. Tatsache ist Folgendes, nämlich dass Sie in den Koalitionsvertrag reingeschrieben haben, wir wollen den Transrapid nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Wer so eine Politik betreibt wie Sie und, das muss ich sagen, was Sie beim Airbus veranstaltet haben, die ganze Landesregierung, auch da sind Sie auf die Nase gefallen!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Da wären Sie doch ganz genau so auf die Nase gefallen. – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Reinhardt Thomas, CDU)

Und ich kann es immer weitererzählen. Herr Eggert, Sie sind nicht glaubwürdig,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, wir haben langfristige Konzepte, wir haben die Politik neu ausgerichtet.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und eins will ich Ihnen auch noch sagen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Dr. Rolf Eggert, SPD)

so, wie Sie in den letzten zweieinhalb Jahren, in der Zeit, in der Sie Wirtschaftsminister gewesen sind, geschöpft worden sind von der Finanzministerin, wie die Investitionsquote gesenkt worden ist

(Dr. Rolf Eggert, SPD: Das stimmt doch gar nicht.)

in allen Bereichen, dieses Ergebnis haben Sie heute hier: Wirtschaftswachstum gegen null tendierend, Arbeitslosigkeit ohne Ende.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Dr. Rolf Eggert, SPD, und Reinhardt Thomas, CDU)

Das ist die Realität, die Sie zu verantworten haben.

(Dr. Rolf Eggert, SPD: Gucken Sie doch mal in den Haushalt, Herr Rehberg! Sie kennen nicht mal den Haushalt. – Angelika Gramkow, PDS: Richtig, den kennt er ja nicht. Sonst wüsste er ja, wie die Investitionen steigen. – Dr. Rolf Eggert, SPD: Wir haben dieses Jahr mehr GA-Mittel.)

Nach der Mittelfristigen Finanzplanung, die Sie 1999 aufgestellt haben bis zum Jahr 2004,

(Dr. Rolf Eggert, SPD: Das Abschmelzen der GA hat Ihre eigene Regierung noch beschlossen. Ihre eigene Regierung! Das weiß Herr Riemann noch. Fragen Sie ihn mal!)

sinken die Investitionen um 800 Millionen und sind aktuell bis heute um die Hälfte gesunken. Das ist die Realität.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie machen offenbar eine Politik – und, Herr Eggert, Sie haben es wieder gemacht –, das machen wir doch alles schon, der rote Teppich ist doch ausgerollt und im Himmel ist Jahrmarkt.

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU)

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie endlich eine realistische Bestandsaufnahme machen und Ihre Schlüsse ziehen und dass Sie sich als Wirtschaftsminister zum Beispiel gegen solche sozialistischen Spielwiesen wie „Jugend baut“ aussprechen und gegen den öffentlichen Beschäftigungssektor.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Das erwarte ich von Ihnen als Wirtschaftsminister. Aber, meine Damen und Herren, bei zweieinhalb Jahren Rot-Rot, vielleicht ist es die Farbe, die die potentiellen Investoren bei ihrem Teppich das eine oder andere Mal stört.

(Barbara Borchardt, PDS: Die haben Sie doch in Ihrem Parteizeichen auch drin. –

Dr. Rolf Eggert, SPD: BMW stört das nicht. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sehr geehrter Herr Eggert, ich wünsche mir,

(Unruhe bei Dr. Rolf Eggert, SPD, und Martin Brick, CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

ich wünsche mir, Herr Eggert, dass wir auch weiter dabei bleiben.

Wenn Sie mir mal einen Augenblick zuhören könnten, wäre es gut.

Wenn ich sehe, wie in Hamburg im Mühlenberger Loch die Umwelt vergewaltigt werden muss, um die Fläche für die Airbus-Ansiedlung zu schaffen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

dann kann ich nur eins sagen,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

dann kann ich nur eins sagen, dass diese Investition nach Rostock-Laage nicht gekommen ist, das hat sehr viel mit Politik zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heidemarie Beyer, SPD:

Das hat aber auch Gründe, Herr Rehberg.

Die sind hier nicht von Ihnen genannt

worden. Reden Sie uns die Möglichkeit,

Zulieferindustrie zu kriegen, nicht kaputt! –

Angelika Gramkow, PDS: Das ist doch das Ziel.)

Frau Beyer, Frau Beyer, ich habe doch eben gerade für den Standort Mecklenburg-Vorpommern geworben. Sie haben mir nicht zugehört.

(Heidemarie Beyer, SPD: Doch, habe ich.

Ich kann's nur nicht so sehen wie Sie. –

Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern ist das einzige Bundesland, in welchem im Vorjahresvergleich die Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Bei Herrn Holter, dem dafür zuständigen Minister, zumindest steht das in seiner Ministeriumsbezeichnung,

(Barbara Borchardt, PDS: Da haben Sie schon einen großen Denkfehler drin.)

sagte am 22. März in der „Schweriner Volkszeitung“: „Ich bin für Arbeitsmarktpolitik verantwortlich, nicht für Beschäftigungspolitik.“ Herr Minister, werfen Sie einen Blick auf die Zahlen des Arbeitsmarktes und gestehen Sie ein, dass Sie ausweislich dieser mit Ihrer Politik von A bis Z gescheitert sind! Und weiter sagt Herr Holter: „Was wir brauchen, sind mehr Arbeitsplätze auf dem ersten, dem allgemeinen Arbeitsmarkt.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hat er doch wenigstens gelernt.)

Richtig, Herr Minister, nach zweieinhalb Jahren schien auch Sie das endlich kapiert zu haben. Aber es schien eben nur so.

(Barbara Borchardt, PDS: Aber ÖBS ist auch allgemeiner Arbeitsmarkt. Das haben Sie bloß noch nicht begriffen. Er versteht's nicht.)

Denn die Frage, was er denn damit meine, beantwortet er dann wie folgt: „Gemeinwohlorientierte Arbeitsförderprojekte wären so ein Weg. ... insbesondere im soziokulturellen Bereich ...“

(Barbara Borchardt, PDS: Ja. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist eine sozialistische Denkweise,

(Angelika Gramkow, PDS: Ha!)

schlimmer geht es nicht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten

der CDU – Barbara Borchardt, PDS:

Die haben aber wohl Ihre Landräte auch. –

Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Und Herr Neumann hat es auch bewiesen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten

der SPD, CDU und PDS –

Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Herr Neumann, nicht Nachfrage ist entscheidend, sondern entscheidend ist, dass Sie Arbeitsplätze auch im Dienstleistungssektor schaffen, die Wertschöpfung bringen. Und wenn Sie diese mit Steuermitteln subventionieren wie im ÖBS, dann kommt letztendlich keine Wertschöpfung dabei heraus. Arbeitsplätze sind nur dann wettbewerbsfähig, wenn wirklich Wertschöpfung entsteht, man kann das auch als Gewinn bezeichnen. Das ist die Realität und nicht anders.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und dann: Wenn Sie das, was Sie jetzt hier mit dem so genannten dritten Sektor bezeichnen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der dritte Weg.)

mit Amerika vergleichen, dann kann ich mich nur totlachen.

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Berndt Seite, CDU:

Der dritte Weg! Der dritte Weg!)

Also in Amerika gibt es keine Regierung, die Dienstleistungsberufe subventioniert. Dort hat sich jeder knallhart am Markt durchzusetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ob als Kofferträger, ob als Kurier in New York oder im Callcenter im IT-Bereich.

(Barbara Borchardt, PDS: Aber Sie

sehen immer nur die eine Seite. Die

anderen Arbeitsplätze sehen Sie nicht. –

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Rehberg,

ich empfehle Ihnen den Kofferträger.)

Es ist typisch, die Zwischenrufe sind ganz typisch. Sie sind überhaupt nicht in der sozialen Marktwirtschaft angekommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –

Dr. Christian Beckmann, CDU: Genau.)

Sie denken immer noch, wenn der Staat sagt, hier werden Arbeitsplätze geschaffen, wenn der Staat das Geld dafür gibt, dann sind die Arbeitsplätze auch wettbewerbsfähig.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist doch noch schlimmer als Linke-Tasche-rechte-Tasche-Wirtschaft. Und diese Begriffsmanipulation, die Sie hier miteinander veranstalten, die führt doch nur dazu, dass man zur Feststellung kommen muss, dass die Grenze zwischen Dreistigkeit und Dummheit offenbar mehr als fließend ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Ja, aber Dummheit,
das trifft auf Sie auch wirklich zu.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren und Herr Minister Eggert, ich freue mich, dass Sie als erstes Mitglied der Landesregierung die Initiative von Bernhard Vogel zu seinem Sonderprogramm „Aufbau Ost“ begrüßt haben,

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU,
und Jürgen Seidel, CDU)

denn sowohl der Ministerpräsident als auch die Finanzministerin haben das ja als populistisch und als nicht machbar bezeichnet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, die verstehen's
nicht. – Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wollen wir denn bis zum Abschluss des Solidarpaktes II, bis zum Länderfinanzausgleich tun? Wie wollen wir denn die Schere zwischen West und Ost wieder zusammenkriegen? Die Wahrheit ist doch folgende: Wenn gesamtdeutsch ein Wirtschaftswachstum von zwei Prozent erreicht wird, dann brauche ich im Osten ein Wachstum von sechs Prozent, damit die Schere nicht weiter auseinander geht. Das ist Realität. Und davon sind wir weit, weit entfernt.

(Barbara Borchardt, PDS: Das ist aber auch eine
Illusion und das wissen Sie ganz genau. –
Wolfgang Riemann, CDU: 0,6.)

Das heißt, im Augenblick steigt der Sockel des Bruttoinlandproduktes pro Kopf im Westen drastisch an, während wir im Osten die Basis weiter auf einem sehr niedrigen Niveau halten. Das heißt, der Angleichungsprozess der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West, wenn wir nichts dagegen tun, wird immer länger dauern und immer weiter auseinander gehen.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Finanzministerin, dieses Programm von Bernhard Vogel würde dem Landeshaushalt nicht eine müde Mark kosten. Kämpfen Sie doch dafür, setzen Sie sich für dieses Programm ein! Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, setzen Sie hier doch auch endlich mal einen Kontrapunkt gegen die Politik von Rot-Grün in Berlin, ich sage es bewusst, gegen den Aufbau Ost!

(Beifall Dr. Christian Beckmann, CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Hören Sie mir mal bitte zu, welche Mittel im Bundeshaushalt 2001 zurückgefahren worden sind gegenüber dem Bundeshaushalt 2000! Ein paar Beispiele:

- F und E in den neuen Ländern: minus 30 Millionen
- Bundesstraßenbau: minus 48 Millionen
- Nachholinvestitionen im Bereich der Deutschen Reichsbahn: minus 1,5 Milliarden
- sozialer Wohnungsbau: minus 102 Millionen
- Finanzhilfen für Pflegeeinrichtungen Ost: minus 58 Millionen

Ich könnte die Liste bis auf die Gesamtsumme von 12,5 Milliarden DM fortsetzen. Der Löwenanteil, das gebe ich zu, sind dabei über 7 Milliarden DM Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kann man sehr wohl geteilter Meinung sein. Aber wenn eine Beschäftigungsgesellschaft in Vorpommern sagt, sie hat heute 450 Maßnahmen und sie wird im Dezember nur noch 27 haben, dann ist hier von Rot-Grün, von Herrn Schröder eine Axt angelegt worden, schlimmer geht es nicht. Die Axt ist so scharf, dass sie wirklich mehr als Probleme bringen wird. Und ich sage Ihnen nur zwei Dinge: Ich habe ordnungspolitisch seit Jahren Probleme mit ABM, aber was machen wir mit nicht mehr oder nur schwer Vermittelbaren? Treiben wir die in die Altersarmut, weil sie die Rentenanwartschaften nicht mehr erwerben können? Und noch ein zweites Thema: Wie kommen die Leute klar – gestiegene Heizkosten, Ökosteuer und so weiter und so fort, gerade im ländlichen Raum? Und? Schweigen im Walde. Betretenes Schweigen bei SPD und PDS auch bei diesem Thema.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einmal, damit ich nicht missverstanden werde, bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist eine Menge falsch gelaufen in den letzten Jahren. Aber das, was im Augenblick von Rot-Grün in diesem Bereich gemacht wird, das wird desaströse Folgen noch in Jahren haben, gerade und auch für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU:
So ist das. – Jürgen Seidel, CDU:
Die werden sich noch wundern.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, worum geht es Bernhard Vogel? Es geht ihm darum, dass Infrastruktur gefördert wird, und zwar Verkehrsinfrastruktur. Und hier geht es darum, pro Jahr 570 Millionen DM nach Mecklenburg-Vorpommern zu schieben, auf vier Jahre. Ich habe das mal auf die Einwohnerzahl umgelegt. Der zweite Bereich, Infrastrukturpauschale für Städte und Gemeinden, 250 Millionen – ist das was Negatives bei der kommunalen Finanzsituation, die Sie heraufbeschworen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das Dritte ist, es geht um den Abbau regionalspezifischer Defizite, Städtebauförderung zum Beispiel, Sanierung und Wohnumfeldverbesserung und so weiter und so fort, noch mal 250 Millionen. Meine Damen und Herren von SPD, gerade von der SPD, warum sagen Sie nicht Ja zu diesem Programm? Vorbehaltlos. Das heißt, das ist kein konjunkturelles Strohfeuer, was hier entfacht werden soll, sondern es soll überhaupt das Fundament gelegt werden, damit im Osten die Konjunktur anspringen kann. Das ist Sinn und Inhalt der Vogel'schen Vorschläge.

(Zuruf von Dr. Rolf Eggert, SPD)

Und jetzt kann man sich immer über die Gegenfinanzierung streiten. Hier sage ich nur ein paar Stichworte: Bundesbankgewinn, Veräußerung der Deutschen Ausgleichsbank, die Zinsersparnisse durch den Verkauf der UMTS-Lizenzen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, hier ist eine gewisse finanzielle Basis vorhanden.

Aber wie sieht die Chefsache „Aufbau Ost“ denn wirklich aus? Wenn man einem Artikel von Spiegel-Online vom

30. März diesen Jahres glauben darf, gibt es einen Maulkorb Ost statt eines Aufbau Ost für SPD-Politiker. Es ist die Rede von einem vertraulichen Vorbereitungspapier für eine Sitzung der ostdeutschen Funktionsträger der SPD-Bundestagsfraktion. Als Teilnehmer der Besprechung sind neben den SPD-Parlamentariern die Ministerpräsidenten Höppner und Ringstorff genannt sowie der brandenburgische SPD-Landesvorsitzende Platzeck. In dem Papier wird das Thüringer Sonderprogramm als populistisch abqualifiziert.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, das machen sie immer.)

Herr Ministerpräsident Ringstorff,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der ist nicht da.)

ich frage Sie von dieser Stelle aus ganz direkt und konkret: Existiert ein solches Papier? Wenn es existiert, ist sein Inhalt für Sie so peinlich, dass es den Vermerk „Vertraulich“ erhalten muss? Ist es wahr, dass laut Aussage dieses Papiers der Bundeskanzler im Zusammenhang mit der Zukunft des Aufbau Ost die Parole „Mund halten!“ ausgegeben hat? Erklärt sich Ihre kritiklose Übernahme rot-grüner Politik vielleicht daraus, dass Sie fortlaufend mit Maulkörben aus Berlin versehen werden?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und auch an Sie, Herr Neumann, gerichtet, dieses Programm von Herrn Vogel, das ist kein parteipolitisches Süppchen. Das ist die Darlegung, wie wir wirklich wieder dazu kommen, dass die Wachstumsraten im Osten über den Wachstumsraten des Westens liegen.

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Rehberg,
sagen Sie doch ehrlich, worum es Herrn
Vogel wirklich geht bei diesem Programm!
Sagen Sie es doch wirklich ehrlich!)

Das will ich Ihnen sagen, es geht ihm darum, dass wir endlich die Nachholbedarfe, die die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute auch im Auftrag der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern benannt haben, die sich auf 300 Milliarden DM beziffern, im Bereich der technischen und sozialen Infrastruktur schneller aufholen, als das im Augenblick Rot-Grün in Berlin erwarten lässt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Herr Rehberg!)

Um nicht mehr und nicht weniger geht es Bernhard Vogel.

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Rehberg,
es geht um nicht weniger und mehr
als um die Autobahn in Thüringen.)

Ach! Frau Gramkow,

(Angelika Gramkow, PDS: Ich wollte
das nur im Protokoll haben, Herr Rehberg.)

Frau Gramkow, und das kommt auch ins Protokoll.

(Angelika Gramkow, PDS: Falls Sie das
nicht wissen von Ihrem Parteifreund aus
Thüringen. Falls Sie das nicht wissen.)

Da ich Bernhard Vogel etwas besser als Sie kenne, Bernhard Vogel ist für mich einer der seriösesten deutschen Ministerpräsidenten, die ich kennen gelernt habe.

(Angelika Gramkow, PDS: Er hat das im
Landtag von Thüringen gesagt, Herr Rehberg.)

Das muss ich Ihnen sehr, sehr klar und deutlich sagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Bernhard Vogel geht es um Thüringen, das ist selbstverständlich. Aber Bernhard Vogel geht es um den Osten insgesamt.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Er kämpft wenigstens für sein Land.)

Und das hat er seit fast zehn Jahren als thüringischer Ministerpräsident bewiesen, auch und gerade in Verhandlungen mit dem Bund und in der Ministerpräsidentenkonferenz aller Länder.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist wohl wahr.)

Auf Bernhard Vogel lasse ich nichts kommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Letztes Jahr
war es noch Biedenkopf, glaube ich.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie Zeugen brauchen – Herr Höppner: Man muss die nötigen Mittel jetzt schnell einsetzen. Herr Stolpe: Wir müssen mehr tun mit Blick auf ältere Langzeitarbeitslose und bei der Infrastruktur. Sogar Herr Holter sagt, wenn jetzt die Weichen nicht anders gestellt werden können, droht ein Abriss.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und was macht er?)

Professor Pohl vom Wirtschaftsforschungsinstitut aus Halle findet diesen Vorschlag auch gut. Oder, um Ihre Bundesvorsitzende Frau Zimmer zu zitieren, Frau Gramkow: Die Forderung Vogels basiert auf der realen Einschätzung der Verhältnisse.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Angelika Gramkow, PDS:
Deswegen haben wir trotzdem andere
Vorschläge gemacht, Herr Rehberg.)

Als Letztes lassen Sie mich als Kronzeugen einen völlig unbefangenen Politiker nennen, der immense Verdienste um die Deutsche Einheit hat, und zwar Hans-Dietrich Genscher. Hans-Dietrich Genscher sagt: „Der Wirtschaftsstandort Deutschland gewinnt insgesamt an Attraktivität,“ – und jetzt hören Sie gut zu, gerade diejenigen, die sagen, junge Leute sollten zuerst mal nach draußen gehen – „wenn er die großen menschlichen Ressourcen im Osten voll vor Ort zu nutzen weiß und wenn er eine moderne Infrastruktur, Forschung und Entwicklung eingeschlossen, flächendeckend vorweisen kann.“ Und weiter sagt er: „Sonderprogramm 2001 bis 2004 und Solidarpakt II sind die Themen. Die Zeit drängt, die Sache duldet keinen Aufschub.“ Meine Damen und Herren, wer in diesem Hause möchte da Hans-Dietrich Genscher widersprechen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist kein Strohfeuerprogramm, Frau Keler, wie die Konjunkturprogramme – ich bin gleich fertig – aus den 70er Jahren. Ich würde an Ihrer Stelle als Finanzministerin wirklich mal darüber nachdenken, wenn dieses Programm realisiert wird, wie viele Steuermärker dann bei der Realisierung dieses Programms nach Mecklenburg-Vorpommern fließen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.
Das muss sie endlich mal lernen. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann. Bitte sehr, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Rehberg, nicht unser Genosse Thierse ist derjenige, der demotiviert, sondern, ich glaube, was hier demotiviert hat in den vergangenen Jahren, sind die bösen und falschen Versprechungen der CDU, insbesondere Ihres Frontmannes, von blühenden Landschaften,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Unruhe bei Abgeordneten der CDU –

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, Herr Thierse hat was anderes gesagt. – Dr. Christian Beckmann, CDU: Sie weiden sich doch auch an den blühenden Landschaften. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

die sich eben nicht bewahrheitet haben. Das gehört zur Wahrheit, meine Damen und Herren der CDU!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Kollege Riemann, dass Sie gleich wieder losschreien, das war schon mal klar.

Meine Damen und Herren! Mit schöner Regelmäßigkeit präsentiert uns die CDU-Fraktion hier im Landtag Anträge wie den heute vorliegenden zur wirtschaftlichen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. In einem Rundumschlag will die Opposition den Eindruck vermitteln, sie wüsste allein, wie die Zukunft unseres Landes zu gestalten sei.

(Jürgen Seidel, CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

Meine Damen und Herren der CDU, ...

Ja, das stimmt, da gebe ich Ihnen Recht, das ist wirklich nicht wahr, Herr Seidel. Das ist wirklich nicht klar.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wissen überhaupt nichts. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das, was Sie uns heute hier erneut präsentieren, ist ein typischer Oppositionsantrag, ein weiterer Oppositionsantrag und eben nichts Neues.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Kommen Sie doch mal zur Sache!)

Schaut man genauer hin, dann wird klar: Der Antrag enthält ein ganzes Sammelsurium von Pseudolösungen. Anträge, denen es an inhaltlicher Substanz fehlt, gleichen das oft durch Länge wieder aus, Kollege Rehberg. Ihr Antrag reicht zum Beispiel von A wie ABM über B wie Bildungsfreistellungsgesetz und N wie Nachtragshaushalt bis hin zu W wie Wohnumfeldverbesserung. Ich sage Ihnen: Die Koalition braucht Ihre Ratschläge wirklich nicht, zumal nicht in dieser Art und Weise,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das sehen wir. –
Wolfgang Riemann, CDU: Er ist nämlich der Allwissende! – Jürgen Seidel, CDU:
Ihr bringt doch nichts zustande. –
Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

und sie weiß, was sie zu tun hat. Das wussten Sie 1998 nicht mehr, deswegen sitzen Sie da so frustriert!

Und, Kollege Rehberg, man sollte ja meinen, dass Sie jetzt als Oppositionspartei wenigstens genügend Zeit hätten, sich sinnvoll, ich betone, eigene Gedanken zu machen. Da ist es dann umso enttäuschender für uns alle, wenn Teile Ihres Antrages nichts Neues oder anderes enthalten als das, was beispielsweise die Unternehmerverbände gerade gefordert haben beziehungsweise aus Thüringen gefordert wird.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, was ist denn daran falsch? – Jürgen Seidel, CDU:
Was ist denn daran schlecht?)

Fazit: Nichts Neues von der Opposition in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Meine Damen und Herren, ich muss zugeben, nach der gestrigen makabren Showveranstaltung der CDU-Fraktion

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Seien Sie mal ganz ruhig!)

fällt es mir umso schwerer, ernsthaft in eine Debatte über Ihren Antrag einzusteigen.

Wissen Sie, Kollege Jäger, Sie haben gar nicht die Macht und die Befugnis, hier Rednern im Parlament das Wort zu verbieten! Also halten Sie sich doch mal zurück!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hat er auch nicht getan. – Jürgen Seidel, CDU:
Wer hat denn das gesagt?)

Das höre ich schon sehr genau, was Sie da rumschreien!

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Bei so langweiligen Reden.)

Wissen Sie, Dr. Jäger, mit solchen Veranstaltungen wie gestern schaden Sie dem Land, schaden Sie beispielsweise dem Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern

(Sylvia Bretschneider, SPD: Ja, sehr richtig! –
Jürgen Seidel, CDU: Ja, ja, ja!)

in einer kaum wieder gutzumachenden Art und Weise. Und letztendlich, auch wenn es Ihnen nicht gefällt, und deswegen krakeelen Sie ja so rum:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ihr Nichtstun schadet. –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU –
Glocke des Präsidenten)

Sie sind das Investitionshindernis Nummer 1 in diesem Lande!

(Sylvia Bretschneider, SPD: Genau so ist das! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ich lache mich tot!)

Viel Spaß dabei!

Die gestrige Veranstaltung hat sich nur eingereicht in die Art und Weise, in der die CDU seit 1998 Oppositionspolitik versteht: Schlechtreden, parteitaktische Shows und Profilierung auf Kosten beinahe jeden Themas.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

Ihre Oppositionspolitik beschränkt sich auf Geschrei und den Missbrauch toter Kreaturen. Wahrhaft christlich, meine Damen und Herren!

(Jürgen Seidel, CDU: Kommen Sie doch mal zur Sache! – Dr. Armin Jäger, CDU: Haben Sie nicht mehr zu sagen? – Eckhardt Rehberg, CDU: Er hat nicht mehr zu bieten.)

Im Übrigen ...

Sie haben doch nur das zu bieten, was Sie gestern hier geboten haben, nämlich makabre, perverse Schauspiele!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Im Übrigen: Auch Ihre öffentlichen Äußerungen zur Berufung des neuen Wirtschaftsministers passen dazu.

(Jürgen Seidel, CDU: Ja, ja, ja!)

Welch ein Stil, neue Minister schon vor Amtsantritt zu diffamieren!

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Aber den kennen wir doch.)

Sie sind gar nicht erst gewillt, dem neuen Wirtschaftsminister auch nur eine Chance zu geben, mal ganz zu schweigen von den üblichen hundert Tagen Schonfrist, die in allen anderen Bundesländern so praktiziert werden. Hier bei der CDU natürlich nicht!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Letztes Aufgebot.)

Stattdessen wie immer nur Vorverurteilungen und Polemik.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Naja.)

Und liest man Ihre Pressemitteilung dazu, so bekommt man fast den Eindruck, liebe Kollegen von der CDU, als würden Sie sich diebisch darüber freuen, wenn Schwerin nicht den Zuschlag für BMW bekommen würde,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wer sagt denn das?)

nur damit Sie parteipraktisch daraus Honig saugen könnten!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Sie müssen erst mal beweisen, dass Sie die Infrastruktur auch so hinkriegen! – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben doch keine Ahnung! – Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident! Meine ...

(Harry Glawe, CDU: Sie haben bisher immer dafür gesorgt, dass Infrastrukturmaßnahmen ...)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Präsident Hinrich Kuessner: Ich bitte um Ruhe und dem Redner zuzuhören!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Glawe!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Glawe! Herr Glawe, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, weil Sie nicht zuhören können!

(Heiterkeit bei Jürgen Seidel, CDU:
Dem kann man ja nicht zuhören!)

Volker Schlotmann, SPD: Na, vielleicht wollen Sie sich erst mal austoben.

Meine Damen und Herren! Nicht, dass ich an dieser Stelle falsch verstanden werde: Es ist das Recht und die

Pflicht der Opposition, Kritik an der Landesregierung zu üben. Aber sachlich und fair

(Jürgen Seidel, CDU: Ach nee?!)

und auf den Grundlagen parlamentarischer Zusammenarbeit basierend. So muss sie dann schon sein, denke ich mir.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte trotz allem versuchen, im Folgenden auf den Antrag der Opposition einzugehen.

Es ist sicherlich notwendig und richtig, regelmäßig Politik zu überdenken und sie vor allem den veränderten Erfordernissen anzupassen. Aber eines ist auch klar: Politik kann nur Rahmenbedingungen setzen, Arbeitsplätze aber werden in der Wirtschaft geschaffen. Ich habe manchmal den Eindruck, als würden Sie diese beiden Fakten nur allzu gerne durcheinander werfen. Und wer dann bewusst in Hamburg oder anderswo über Mecklenburg-Vorpommern herzieht, der schadet dem Land erst recht, meine Damen und Herren!

Mecklenburg-Vorpommern ist nicht so schlecht, wie es insbesondere von Ihnen immer wieder dargestellt wird!

(Wolfgang Riemann, CDU: Mecklenburg-Vorpommern ist nicht schlecht, nur die Landesregierung ist schlecht.)

Ich kann nur alle auffordern: Gehen wir mit mehr Mut und Optimismus vor, denn wie der zukünftige Wirtschaftsminister richtig sagt: Niemand kommt gerne in ein Jammertal. Und erste Bereiche, in denen wir erfolgreich sind, gibt es. Ich nenne hier als Beispiel die Holzindustrie, ich nenne die Bio- und Medizintechnik, den Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie,

(Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

aber auch den Bereich der Windenergie.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Schlotmann, wissen Sie, wer das gemacht hat?)

Mecklenburg-Vorpommern ...

Ja, ich weiß das.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU:
Sie haben keine Ahnung!)

Damit rennen Sie gerne im Land herum, ich weiß das, Kollege Jäger!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Fragen Sie mal Frau Wilcken! Fragen Sie mal in Wismar nach! – Zuruf von Dieter Markhoff, CDU)

Mecklenburg-Vorpommern befindet sich auf dem richtigen Weg der wirtschaftlichen Strukturanpassung. Dazu hat ...

Hören Sie doch mal zu!

... ja sogar die CDU in der Vergangenheit ein Stückchen mit beigetragen. Das spricht Ihnen doch gar keiner ab!

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Toll, was? Jetzt sind Sie richtig geschockt!

Meine Damen und Herren! Mecklenburg-Vorpommern ist aber eben nicht nur ein Tourismusland, sondern auch

ein Technologieland. Und ich gebe dem Kollegen Glawe Recht. Wir waren beide zeitlich voneinander getrennt auf der CeBIT. Wir haben gesehen, welche Entwicklungen stattfinden, die man manchmal gar nicht mehr nachvollziehen kann. Insbesondere auch Firmen aus unserem Lande sind daran beteiligt. Ich halte das für ein gutes Zeichen. Das sollten wir auch gemeinsam hervorheben.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich sage, hier können Menschen leben und arbeiten, wo andere Urlaub machen. Das ist ein Standortvorteil, den wir unbedingt betonen müssen.

Und, meine Damen und Herren, Sie fordern weniger kurze Strohfeuer in der Wirtschaftsförderung und stattdessen Zielgerichtetheit und Effizienz. Unternehmensansiedlungen wie im Rahmen der Bio- und Medizintechnologiebranche – das zeigt der bisherige Erfolg – waren und werden kein Strohfeuer sein. Das wissen Sie ganz genau! Hier haben sich wettbewerbs- und zukunftsfähige Unternehmen angesiedelt, die moderne und langfristige Arbeitsplätze geschaffen haben. Die Tourismusbranche ist hier ebenfalls zu nennen. Der Tourismus ist eine der wesentlichen Dienstleistungen von morgen und wesentlich für unser Land. Dass die Branche steigerungsfähig ist und sich bestens im bundesdeutschen Wettbewerb behauptet, das zeigen die Zahlen eindeutig. Auch hier kann also nicht davon gesprochen werden, dass wir Strohfeuer haben, es sei denn, Sie verschließen ganz bewusst Ihre Augen vor den Realitäten.

Gleichzeitig muss man aber auch ehrlich sein. Wirtschaftsförderung ist immer nur ein Angebot, ein Angebot an investitionsbereite Unternehmen. Ob und in welchem Umfang sich Investoren dann davon hier ins Land holen lassen, liegt nicht ausschließlich in unserer Hand. Genau so wenig kann die Landesregierung irgendein Unternehmen zwingen, sich an einem bestimmten Ort anzusiedeln. Dass Unternehmen eher dazu tendieren, in wirtschaftlichen Ballungsräumen zu investieren, dürfte auch bei Ihnen bekannt sein. Hier stellt sich dann die Aufgabe des Wirtschaftsministeriums und der Wirtschaftsförderungsgesellschaften, zukünftige Investoren von einem Standort zu überzeugen. Und ich bin mir sicher, hier wird bereits jetzt auch gute Arbeit geleistet.

(Wolfgang Riemann, CDU: Alles wird gut.)

Die Gründung des Business Clubs in Berlin im Rahmen des Biocon-Valley-Verbundes ist genau so ein Schritt in diese richtige Richtung. Mecklenburg-Vorpommern muss außerhalb der Landesgrenzen als das verkauft werden, was es ist: Ein interessanter Investitionsstandort mit attraktiven Angeboten und Möglichkeiten.

(Beifall Erhard Bräunig, SPD,
und Dr. Rolf Eggert, SPD –
Martin Brick, CDU: Aber wie?)

Eben, und da streiten sich die Geister, lieber Kollege Brick.

Und – das sagte ich eingangs ja bereits – jammern, damit gebe ich Ihnen Recht, Kollege Brick, macht eben keinen guten Eindruck, sondern nur einen schlechten.

(Martin Brick, CDU: So ist das. So ist das. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ihr Vorschlag, die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mit dem Landesförderinstitut zusammenzulegen, die Wirt-

schaftsförderung investorenfreundlicher zu gestalten, wäre sicher zu überprüfen und auch zu diskutieren. Ob aber allein eine bessere Mittelausstattung dieser Gesellschaft zu einem verbesserten Standortmarketing führen wird, das bezweifle ich.

Meine Damen und Herren, Sie schlagen in Ihrem Antrag eine stärkere Bedeutung von Coaching- und Beratungsprogrammen für Existenzgründer vor. Der Risikokapitalfonds, den wir im Rahmen des Zukunftsfonds um 10 Millionen DM in den nächsten fünf Jahren aufgestockt haben, strebt genau dieses an.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo denn? Sie sind sich doch nicht mal einig, wie Sie den Zukunftsfonds verwenden! Haben Sie das nicht gelesen, Herr Schlotmann? Sie haben noch nicht eine einzige Mark für diesen Zukunftsfonds, nicht eine einzige Mark ...!)

Zusätzlich zur Investitionsförderung ...

Herr Riemann, Sie haben gewiss Kenntnislücken, die uns allen bekannt sind.

... werden innovative Existenzgründungen durch Beratung und Coaching begleitet.

(Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU,
und Reinhardt Thomas, CDU)

Ihre Idee ist also auch an dieser Stelle überhaupt nicht neu.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zu der nach wie vor ideologisch geführten Debatte um das Bildungsfreistellungsgesetz sagen, insbesondere von Ihrer Seite.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Es handelt sich ja augenscheinlich um ein Lieblingsthema der CDU-Opposition.

Ja, ich weiß nicht, ob Sie gleich noch so lachen!

Mir ist eine Tickermeldung vom Dienstag in die Hänge gelangt, aus der hervorgeht – als Beispiel –, dass die CDU-Bundessozialausschüsse Forderungen der IG-Metall bei den gerade gestarteten Tarifverhandlungen unterstützen, mit denen für die Beschäftigten ein allgemeiner tariflich verankerter Anspruch auf Weiterbildung gesichert werden soll.

(Jürgen Seidel, CDU: Es geht um etwas ganz anderes. Das wissen Sie ja!)

Nach dort zitierten Äußerungen des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse, Herrn Ahrens, bedeutet lebenslanges Lernen nicht nur für den Einzelnen einen persönlichen Gewinn, sondern sei auch unerlässlich, um die Qualität des Standortes Deutschland insgesamt zu sichern.

(Martin Brick, CDU: Das hat schon Lenin gesagt. – Harry Glawe, CDU: Sie müssen die Dinge richtig lesen und nicht auf den Kopf stellen!)

Dieses, so wörtlich „unglaublich moderne und zukunftsweisende Angebot“, Herr Ahrens, CDU,

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

sollten die Arbeitgeber im eigenen Interesse unbedingt annehmen, mahnt das CDU-Präsidiumsmitglied.

(Wolfgang Riemann, CDU: Er weiß nicht den Unterschied zwischen staatlich und übertariflich.)

Meine Damen und Herren, dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Meine Damen und Herren, wenn wir ernsthaft über eine nachhaltige zukunftsfähige Entwicklung der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern diskutieren wollen, dann gehört eben eines auch dazu: Legen Sie Ihre ideologischen Scheuklappen ab, die Sie uns immer vorwerfen, und hören Sie auf, bestimmte Themen wie ein Schild vor sich herzutragen, es sei denn, Sie wollen dahinter verbergen, dass es Ihnen selbst an eigenen Konzepten mangelt, meine Damen und Herren der CDU!

Auch Punkt 9 Ihres Antrages enthält nichts Neues. Hier sind ja lediglich die Forderungen aus dem „Sonderprogramm Ost“ des Thüringischen Ministerpräsidenten Vogel aufgegriffen worden.

(Jürgen Seidel, CDU: Was nichts Schlimmes ist.)

Aber dazu eine Anmerkung, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, hören Sie zu: Der Herr Schommer, sollte Ihnen bekannt sein, Wirtschaftsminister in Sachsen, CDU, sagt sehr deutlich zu dem Programm von Herrn Vogel: völlig unausgegoren, ist absolut abzulehnen.

(Heiterkeit bei Martin Brick, CDU:
Das sagt er nur, weil es nicht von ihm ist.)

Man höre und staune!

Ja, ja, Kollege Brick, das haben wir dem Kollegen Schommer so vorgegeben! Ich wusste gar nicht, dass die CDU das macht, was wir von ihr verlangen!

(Sigrid Keler, SPD: Der Dr. de Maizière hat das auch gesagt. – Wolfgang Riemann, CDU:
Schlecht hören kann er anscheinend auch schon.)

Wunderbar.

Und um dann noch oben einen draufzusetzen: Der CDU-Wirtschaftsrat auf Bundesebene hat das Gleiche gefordert und geht sogar noch über die schönen Aussagen vom Kollegen Rehberg hinaus, denn die Kollegen der CDU sagen, man müsste die Förderung Ost eigentlich grundsätzlich einstellen. Man höre und staune! Das werde ich nicht kommentieren.

(Zurufe von Martin Brick, CDU,
und Jürgen Seidel, CDU)

Kollege Rehberg, ich rede doch über Ihre Partei, nicht über meine.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Sie sollten aber lieber über Ihre reden und nicht über unsere.)

Das überlasse ich Ihnen, ständig über meine Partei zu reden als über Ihren eigenen Verein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kollege Rehberg: Erst Sachsen, dann Thüringen, wenn Sie mit Ihren Plagiaten so weitermachen, dann schaffen Sie es vielleicht ja noch bis 2002,

(Harry Glawe, CDU:
Sie werden abgewählt 2002.)

auch hier im Land anzukommen und über die hiesigen Begebenheiten zu sprechen. Wir sind jedenfalls darauf gespannt. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1998. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** a) Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Sicherheit der Seeschifffahrt in der Ostsee, Drucksache 3/1995, in Verbindung mit b) Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Ostseesicherheit, Drucksache 3/2025.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Sicherheit der Seeschifffahrt in der Ostsee
– Drucksache 3/1995 –**

**Antrag der Fraktion der CDU:
Ostseesicherheit
– Drucksache 3/2025 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages auf Drucksache 3/1995 hat der Abgeordnete Herr Klostermann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Klostermann.

Dr. Henning Klostermann, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Gestatten Sie mir zunächst noch eine Bemerkung, nicht zu dem unwürdigen Eklat gestern Vormittag, der sich selbst disqualifiziert, sondern zu einem weiteren Eklat. Ich suche vergeblich den Abgeordneten Caffier, der diesen verursacht hat, indem er nämlich bewusst die Unwahrheit gesprochen hat

(Caterina Muth, PDS: Ja.)

in seiner Erklärung „Ölvoelaktion war voll gerechtfertigt“. Er sagte wörtlich: „Über diese Problematik nur in den Fachausschüssen zu beraten ist generell abgelehnt worden.“

(Wolfgang Riemann, CDU: Dreimal, dreimal in diesem Landtag! – Peter Ritter, PDS:
Soll ich Ihnen mal sagen, wie oft wir das im Umweltausschuss beraten haben?)

Das heißt also, in den Fachausschüssen ist nicht ...

Hören Sie doch mal zu!

In den Fachausschüssen ist nicht die Problematik ...

(Unruhe bei den Abgeordneten)

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren! Meine dringende Bitte ist bei dieser Debatte, dass wir jetzt wirklich mal zuhören! Ich werde nicht akzeptieren, dass sie so gestört wird wie gestern, das sage ich sehr deutlich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Peinlich.)

Dr. Henning Klostermann, SPD: Ich wiederhole: In den Fachausschüssen ist nicht debattiert worden.

(Harry Glawe, CDU: Sollen wir alle rausgehen?)

Das ist bewusst die Unwahrheit, denn Herr Caffier war übrigens am 5. Mai auf der Rückfahrt von der 9. Parlamentarierkonferenz auf dem Fährschiff, Frau Holznagel

war auch dabei. Da haben wir einen Antrag schon vorbereitet, der dann am 21.09. hier mehrheitlich verabschiedet wurde – ich glaube, sogar einstimmig –, in dem es unter Punkt 4 heißt: „Der Landtag beauftragt seine Fachausschüsse, zu der unter Ziffer 3 angesprochenen Thematik geeignete Schritte zur inhaltlichen Vorbereitung der 10. Ostseeparlamentarierkonferenz in die Wege zu leiten,“

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

„das Thema insgesamt aufzubereiten und die Ergebnisse im Vorfeld der nächsten Konferenz dem Landtag vorzulegen.“ Genau dieses, meine Damen und Herren, haben wir getan!

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Es wird viel zu lange geredet.)

Und Herr Caffier ist hier völlig im Unrecht!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und wenn jetzt mehrfach Abgeordnete meinen, es sei nicht debattiert worden, also dann haben Sie geschlafen

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir können
noch ein paar Papiere vorlegen.)

oder Sie haben die Aktivitäten ignoriert, das ist es! Und ich kann Ihnen sagen, wir haben mindestens acht Umweltausschusssitzungen gehabt mit der Tagesordnung genau zum Thema Schiffsicherheit.

(Lutz Brauer, CDU: Und was hat es geholfen?)

Ich habe nicht einmal den Abgeordneten Thomas erlebt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Jeder Abgeordnete kann jederzeit in jeden Fachausschuss gehen. Ich habe hier nur Klamauk gehört!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das wollte ich einmal am Anfang noch sagen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das war zu erwarten, ja.)

Im Übrigen hat auch die CDU natürlich nicht andere Möglichkeiten anderer Parlamente genutzt, zum Beispiel des Europaparlamentes. Wo ist denn die Aktivität des Herrn Gomolka? Wir sind in Brüssel gewesen mit dem Umweltausschuss. Wir haben auch mit Herrn Gomolka gesprochen. Aber über dieses Thema hat er überhaupt keine Frequenz aufgemacht. Also da gab es kein Echo. Wir hatten nur das Gespräch mit einer SPD-Abgeordneten im Europaparlament.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

Gut, das bloß nebenbei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Lutz Brauer, CDU: Zitieren Sie
doch mal das Gespräch!)

Meine Damen und Herren Abgeordnete! „Sicherheit der Seeschifffahrt in der Ostsee“, das ist der vorliegende Antrag 3/1995, den ich für die Koalitionsfraktionen hier einbringe. Er soll die grundsätzlichen Positionen des Landtages im Rahmen einer Entschließung artikulieren. Dabei geht es um die Vorgabe einer politischen Generallinie und um die Formulierung der übergeordneten strategischen Vorgehensweisen dieses Hohen Hauses.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh, oh!)

Trotz und gerade wegen der jüngsten Havarie, der Kollision der „Baltic Carrier“ mit der „Tern“ am 29.03.2001 im Bereich der Tonne 77 und DB 78 der Kadet-Rinne, haben die zehn Punkte unserer Entschließung volle Gültigkeit.

(Lutz Brauer, CDU: Die Position stimmt.)

Lediglich der erste Satz in der Begründung muss jetzt aktuell die bisherigen „Beinaheunfälle“ – so steht es da – auf das brisante Niveau einer Umweltkatastrophe durch mehrere tausend Tonnen ausgelaufenes und verdriftetes Schweröl heben. Nicht Dänemarks Küsten allein sind betroffen. Tausende Wasservögel und Ökosysteme in Tod, Not und Verendung besitzen keine Nationalität, können weder gewarnt noch geheilt werden.

(Lutz Brauer, CDU: Genau
das wollte ich gestern zeigen.)

Schreckensbilder werden in touristischen Herkunftsländern Europas das Ereignis 12/2001 als Abschreckung verbreiten, Fragen der Art: Was tut ihr dagegen? Was tut ihr zur Erhöhung der Sicherheit

(Dr. Christian Beckmann, CDU, und
Wolfgang Riemann, CDU: Ausschusssitzungen.)

der Seeschifffahrt und zur Minimierung der Risiken? Nehmt ihr das Gefährdungspotential überhaupt wahr und, wenn ja,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Nur, weil die CDU das beantragt.)

wie ernst ist es euch mit Veränderungen?

Ich meine, wir sind in Mecklenburg-Vorpommern mittel- und langfristig Betroffene. Wir sind nicht noch einmal davongekommen, das Glück war nur scheinbar und kurz.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Und was tut der Bund?)

Die Sommersaison mit angeschwemmten Öklumpen am Darßer Weststrand oder am Prerower Strand werden es zeigen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist genau
das Problem. – Lutz Brauer, CDU:
Gestern wurde alles schwarzgeredet.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Fakten und Zahlen zum derzeitigen Seeverkehr und seiner prognostischen progressiven Entwicklung haben wir hier des Öfteren debattiert. Wir fordern deshalb grundlegende Verbesserungen in der Prävention von Seeunfällen, die nur auf der Basis internationaler Zusammenarbeit erreichbar sind, im Punkt 1 dieses Antrages.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Da das Netzwerk zur Verhinderung von Unfällen und Umweltverschmutzungen nicht funktioniert, wie es sollte, muss es auf den Prüfstand.

Mit der Entschließung dieses Hohen Hauses, Drucksache 3/1490, zu Ziffer 4 zur 10. Ostseeparlamentarierkonferenz im September 2000 in diesem Hohen Haus erfolgte der Startschuss zum unkonventionellen Handeln. Wir haben mit gezielter Lobbyarbeit, in Brest, da war ich im Auftrag des Präsidenten zu einem Auswertungsseminar bezüglich des Unglücks „Erika“, in Richtung Ostseerat, hier hat sich der Präsident im Vorbereitungskomitee der

ständigen Kommission und mit einem Treffen des Vorsitzenden des Ostseerates, derzeit Joschka Fischer, und anderer berufsständischer Gremien sehr eingesetzt, in Kleinarbeit dafür gesorgt, dass noch vor dem Ereignis „Baltic Carrier“ eine Sensibilisierung und Respekt vor unserer Initiative heranwuchsen. Spätestens jetzt wird man verstärkt aufmerksam.

Die vom Umweltausschuss für den 25. April vorgesehene internationale Expertenanhörung findet im Vorfeld ein gutes Echo. Selbst Nicht-EU-Staaten wie die baltischen Republiken und Russland werden teilnehmen. Wir erwarten nunmehr, dass Dänemark seine eher passive Haltung aufgibt. Des Weiteren lassen wir in einer wissenschaftlichen Bestandsaufnahme die gesamte Rechtsmaterie in ihrer Komplexität mit dem Ziel aufbereiten, dass wir mit fundierten Handlungsempfehlungen im politischen Rahmen die Risiken für den Ostseeraum minimieren können.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Der Bund wird das schon machen.)

Meine Damen und Herren! Das Gestrüpp internationaler Vorschriften und Vereinbarungen schreit förmlich nach Vereinfachungen und Verbesserungen, die die Seeschifffahrt sicherer machen.

(Lutz Brauer, CDU: Mehr wollen wir doch nicht.)

Und nur wenn wir fundierte und fachlich gestützte Vorschläge unterbreiten können, haben wir die Chance, auf dem internationalen Parkett auch ernst genommen zu werden und etwas zu bewegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Christian Beckmann, CDU: Packen wir es an!)

Diese Bestandsaufnahme – die ist übrigens bisher einmalig –

(Lutz Brauer, CDU: Stimmen
Sie unserem Antrag zu!)

wird durch die Kapazität der Universität Rostock hier im Mai auf den Tisch gelegt werden.

(Lutz Brauer, CDU: Eine Bestandsaufnahme?)

Folgerichtig muss das Tempo der europäischen Regelungen zu „Erika 1“ und „Erika 2“ – darüber wurde hier in diesem Parlament auch schon mehrfach gesprochen – und der Umsetzung der Grobecker-Empfehlungen, 30 an der Zahl, erhöht werden. Das Tempo muss erhöht werden, siehe Punkte 3 und 5 unseres Antrages. Darüber hinaus sind der deutsche Vorsitz im Ostseerat, das Helsinki-Übereinkommen

(Wolfgang Riemann, CDU: Und was
sagt der Bundesverkehrsminister dazu?)

und die Konferenz der peripheren Küstenregionen einzubinden,

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

in der unser Landtag auch vertreten ist, und natürlich, wie es durch Bund, Land und Landtag geschieht, siehe Punkte 7 bis 9.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Hauptwerbeträger Mecklenburg-Vorpommerns, die Ostseeküste, ist in Gefahr, sich selbst zu erledigen. Maritime Ressourcen, ökonomische wie ökologische wie soziale Einbindungen

(Lutz Brauer, CDU: Wenn Sie so
weitermachen, ist da nichts mehr.)

müssen wir nachhaltig und konsequent nun zur Chefsache machen, und nicht nur zur Chefsache,

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann soll doch
Herr Ringstorff mal zu Bodewig fahren!)

sondern auch zur Herzenssache aller Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Stichwort „Chefsache“. Der Ministerpräsident ist gegenwärtig zur Konferenz der Ministerpräsidenten in Berlin. Es gibt dort einen Beschlussvorschlag zur Schiffssicherheit, das wollte ich hierbei noch mit einflechten.

(Lutz Brauer, CDU: Da bin ich auf das
Ergebnis gespannt. – Dr. Armin Jäger, CDU: Na,
das ist doch mal was. – Jürgen Seidel, CDU: Da
sind wir auch nicht im Weg. – Peter Ritter, PDS:
Das hätte schon längst passiert sein können,
wenn Sie das ernst genommen hätten. –
Wolfgang Riemann, CDU: Er hat die
Position ja auch deutlich thematisiert.)

Wie im vorliegenden Fall der Entschließung stehen alle Kritiken und Vorschläge leider einem fundamentalen Tabu für seine rasche Umsetzung und einem Mythos gegenüber. Das ist der Mythos „Freiheit der Meere“. Ich werde darauf dann noch einmal eingehen. Ich meine, auch das müssen wir auf den Prüfstand stellen. Uneingeschränktes Navigieren, das kann ins Verderben führen. Wettbewerbsdruck ist dann kein Alibi mehr. Wir müssen handeln,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

sachlich und lösungsorientiert. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das haben Sie gut gesagt!)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort zur Begründung des Antrages auf Drucksache 3/2025 hat der Abgeordnete Herr Thomas von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten!

Herr Dr. Klostermann, jetzt erst zur Chefsache machen, nach zweieinhalb Jahren? Zweieinhalb Jahre nach der „Pallas“-Katastrophe? Ich glaube, ich höre nicht richtig!

(Lutz Brauer, CDU: Das ist die
Lichtgeschwindigkeit der SPD.)

Wir bildeten und bilden uns unsere Meinung mit den Praktikern, Bergungsprofis, Kapitänen, Lotsen und Seerechtlern. Das unterscheidet uns von Ihnen und Ihrem Ausschuss.

(Peter Ritter, PDS: Vorsicht!)

Diese fundierten Vorschläge liegen nämlich seit langem vor.

(Dr. Henning Klostermann, SPD:
Kommen Sie doch erst einmal hin!)

Bei und von Ihnen können wir leider nichts lernen, das ist unser Problem.

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU –
Dr. Henning Klostermann, SPD: Sie wollen
nicht lernen! Sie wollen nicht lernen!)

Uns geht es um die praktischen Maßnahmen und nicht um unpräzise Handlungsempfehlungen. Und das unterscheidet uns leider!

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Für die Geldbeschaffung sind Sie zuständig.

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU)

Wozu haben Sie Ihren Job?!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Henning Klostermann, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich bitte die Regierungsbank, nicht in die Diskussion einzugreifen.

Reinhardt Thomas, CDU: Es ist wieder einmal an der Zeit, leider an der Zeit, eine vorläufige Bilanz zu ziehen.

(Dr. Henning Klostermann, SPD:
Sie müssen in die Sitzung kommen!)

Ich sage das klar und deutlich: Wir als Opposition haben uns beim Thema Sicherheitskonzept Ostsee nichts, aber auch gar nichts vorzuwerfen.

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU –
Barbara Borchardt, PDS: Nee, nee!)

Wir haben klare und vernünftige Vorschläge vorgelegt. Und ich darf Sie daran erinnern, Januar 2000,

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Barbara Borchardt, PDS)

unsere sieben Punkte: Prävention, also das Vorhalten geeigneter Technik für extremste Situationen auf See, monographische Führungsstruktur, eine Kommandozentrale „Küstenwache“,

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Was ist das überhaupt? – Caterina Muth, PDS:
Was ist das nur? Das ist doch nicht mehr zu fassen in diesem Bereich!)

Sicherstellung der Notschlepp- und Feuerlöschkapazitäten, Hafenküstenwacht, also verbesserte Hafenstaatkontrollen, Nothafenkonzept, Lotsenpflicht,

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

realistische Seekatastrophenübungen, aktuell bis heute. Sie haben es abgeschmettert, ohne überhaupt darüber nachzudenken!

(Lutz Brauer, CDU: Die Arroganz der Macht. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Überheblich und arrogant. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Mai 2000 – wir haben gedacht, okay, sie brauchen noch ein bisschen Zeit, vielleicht haben wir sie überfordert:

(Dr. Henning Klostermann, SPD:
Nee, nee, lesen Sie mal!)

Straffung der vorhandenen Befehlsstruktur, Errichtung eines Lagezentrums, Seewache, Havariekommando in Rostock oder Warnemünde, Bau eines Sicherheitsschleppers über ein privates Finanzierungsmodell, Charterverträge Ostsee – privates Finanzierungsmodell deswegen, weil wir gesehen haben, Sie tun nichts, es wird knallen an der Küste –,

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Das Modell hat sich doch selbst erledigt.)

Erarbeitung eines Lotseneinsatzdienst- und Lotsenpflichtkonzeptes, klare Definition der Hoheitsrechte der ausschließlichen Wirtschaftszone, Erarbeitung eines Meldepflicht-, Verkehrsüberwachungs- und Radarüberwachungskonzeptes – damit hätte man im Übrigen wahrscheinlich diese Katastrophe verhindern können –,

(Minister Dr. Gottfried Timm: Das ist überhaupt nicht wahr! – Dr. Armin Jäger, CDU:
Das glaube ich auch.)

Katastrophenübungskonzepte für kombinierte und realistische See- und Landübungen. Und Anfang dieses Jahres, weil Sie unsere Anträge in unglaublicher Arroganz abgeschmettert haben, unser Notantrag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es war ein Notantrag, weil wir gesehen haben, die politisch Verantwortlichen warten und warten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Reden und reden.)

Die Sicherheitsgebühr von 1 DM wäre für jeden angesichts dieser Bilder und dieser furchtbaren Katastrophe akzeptabel gewesen,

(Zuruf von Dr. Henning Klostermann, SPD)

nicht aber das Sitzen und das Nichthandeln hier im Parlament so zu vertreten, wie Sie das machen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie wollen Umweltschützer sein?

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Gehen Sie doch mal in die richtigen Gremien!)

Sommer 2000: ...

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Gehen Sie doch mal in die richtigen Gremien!)

In Ihren richtigen Gremien wird nur geredet und nicht gehandelt! Das ist das Problem, was wir haben.

(Zurufe von Lutz Brauer, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Sommer 2000: In der Sommerpause haben wir mit der Kleinen Anfrage versucht, wenigstens das Mehrzweckschiff „Mellum“ in die Ostsee zu verlegen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Fakt ist, mit dem ständig zunehmenden Schiffsverkehr vor unserer Küste wuchs und wächst auch die Gefahr einer Katastrophe. Wir haben sie immer noch. In der Kadet-Rinne und vor Rügen liefen Schiffe auf Grund beziehungsweise kollidierten.

Der Schutz der Ostsee und der Küstenregion ist lebensnotwendig für unser Land. Da sind wir uns doch, Gott sei Dank, einig. Die Verhinderung von Schiffsunfällen, ich betone, die Verhinderung von Schiffsunfällen, mit verheerenden Auswirkungen auf die Region ist für die hier lebenden Menschen, für die Umwelt und den Fremdenverkehr von höchster Bedeutung.

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU)

Das Sicherheitskonzept Ostsee muss sich deswegen vor allem auf die Verhinderung von Grundberührungen, Seeunfällen und Katastrophen sowie auf die sofortige Hilfe nach einer Havarie konzentrieren. Und das ist unser Problem. Und hier sind wir der Meinung, Sie gehen den

falschen Weg! Weitere zeitraubende Diskussionen, auch in Ihren Ausschüssen, müssen beendet werden!

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Kommen Sie doch erst mal! Kommen Sie doch mal!)

Unverzügliches Handeln ist notwendig!

Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, bei Ihnen kann ich nichts lernen!

(Beifall Dr. Christian Beckmann, CDU)

Unverzügliches Handeln ist notwendig. Und deshalb fordern wir

(Zurufe von Lutz Brauer, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

und die Experten erneut – wir fordern es, weil wir sehen, Sie werden noch zehn Jahre reden und wir haben die nächste Katastrophe vor unserer Haustür und Sie werden sich nach der nächsten wieder hier hinstellen

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

und sagen, wir haben alles getan:

1. Errichtung eines Havariekommandos mit monographischer Befehlsstruktur, unterstützt von Sachverständigen – das ist wichtig –,

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Was heißt hier monographisch? Erklären Sie das mal!)

zum Beispiel Bergungsspezialisten, Tauchern, Seerechtlern und maritimen Umweltexperten, ...

O Gott, wenn ich Ihnen das noch erklären muss, dann können wir ganz aufhören.

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Sie meinten monolithisch. – Zuruf von Lutz Brauer, CDU – Barbara Borchardt, PDS: Hören Sie auf! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das wäre besser.)

... und unter Einbeziehung dänischer Kommandostellen

(Lutz Brauer, CDU: Solche dummen Fragen stellt er im Ausschuss auch.)

2. Fortsetzung des Tiefwasserweges Weg T durch die Kadet-Rinne sowie eine Verbesserung der Betonung Die Verbesserung, die Sie hier großtönend verkauft haben, die war Peanuts, die hat sich gar nicht bewährt. Das haben wir bei den nächsten Unfällen gesehen. Da sehen wir doch Ihre Fachkompetenz.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Hört! Hört!)

3. Einbeziehung der Kadet-Rinne und des Tiefwasserweges Weg T in die landgestützte Verkehrs- und Revierüberwachung sowie Regelung durch die Revierzentrale Warnemünde

Und das müssten Sie doch wissen, Herr Professor Methling, dass wir mit diesem Punkt eine Chance gehabt hätten, die Katastrophe zu verhindern.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Womit?)

Ach womit, fragen Sie auch noch! Okay.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS – Barbara Borchardt, PDS: Er hat es akustisch nicht verstanden.)

4. Lotsenannahmepflicht für alle Gefahrgutschiffe sowie für alle Schiffe über 50.000 TDW und für Schiffe mit mehr als zwölf Metern Tiefgang in der westlichen Ostsee

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

5. Prüfung der politischen Möglichkeiten – und das wäre ein Punkt, wo sich Dr. Klostermann durchaus gut einbringen könnte –

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wie gnädig von Ihnen.)

und Schaffung von Sonderregelungen im Einklang mit dem internationalen Seerecht, ...

Es tut mir Leid,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ja, mir tut auch manches Leid, Herr Kollege.)

ich habe andere praktische Hinweise von Ihnen und von Herrn Dr. Klostermann noch nicht gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie belügen sich selbst. Das ist auch gut so.)

... um den Umweltschutz und die Sicherheit der Schiffe besonders im Bereich der Kadet-Rinne zu gewährleisten

Und das ist vor unserer Haustür.

6. Bereitstellung eines Sicherheitsschiffes Ostsee – wie oft haben wir hier darüber geredet, Sie haben gesagt, der Thomas ist ja schon so was von lästig, den können wir gar nicht mehr hören – mit hoher Geschwindigkeit und Schleppleistung sowie hoher Feuerlöschleistung, Gasschutz- und Technik für Großschadensereignisse Wir können nämlich Großschadensereignisse hier in der Ostsee haben, in die Passagierschiffe verwickelt sind. Was wäre, wenn ein Passagierschiff mit 2.000 oder 3.000 Personen mit diesem Tanker zusammengeknallt wäre?

7. Erarbeitung eines Nothafenkonzeptes und Festlegung von Häfen und Reeden, die sich dafür eignen, Havarien aufzunehmen, damit uns eben nicht das passiert wie mit der „Erika“ vor der bretonischen Küste Im Übrigen, da reden wir selbst mit den Hafenkapitänen. Wir! Was macht denn diese Landesregierung? Mit welchen Hafenkapitänen haben Sie denn schon geredet, Herr Professor Methling?

(Heiterkeit bei Dr. Henning Klostermann, SPD)

8. Bereitstellung von Forschungsmitteln zur Fortentwicklung seegangsunabhängiger Ölskimmer sowie Schäume, die mit Öl eine unschädliche Verbindung eingehen, und zentrale Lagerung von Ölbekämpfungsmitteln, die land- und seeseitig erreichbar sind Ich frage mich, wie fördert diese Landesregierung diese Forschungsprojekte weiter an der Uni Rostock. Das ist in diesem Land, wo das erarbeitet wird. Ich habe noch nichts gehört von Ihnen, Herr Professor Klostermann.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Dr. Henning Klostermann, SPD: So schnell geht das.)

9. Verschärfung der Hafenstaatkontrollen in den Abgangshäfen der Ostsee bei Gefahrgutschiffen, vor allem Kontrolle der nautischen Ausrüstung

Wissen Sie, eines muss ich Ihnen wirklich sagen: Wenn Sie bei dem Thema noch so lachen, da fällt mir nichts mehr zu ein.

(Caterina Muth, PDS: Das sagen Sie? Mit Ihrem theatralischen Auftritt?! Na, ich weiß ja nicht.)

Ich finde nicht, dass es zum Lachen ist. Ich finde nicht.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und das sind die klaren Forderungen, die endlich umgesetzt werden müssen, um eine weitere Katastrophe zu verhindern. Denn die nächste Katastrophe steht schon vor der Tür. Oder haben Sie das immer noch nicht begriffen?!

(Caterina Muth, PDS: Sie steht immer vor der Tür. Seit 100 Jahren, seit über 100 Jahren, seitdem es überhaupt Schifffahrt gibt.)

Und es wäre für die Sache sehr hilfreich, wenn die Mitglieder der Landesregierung und die SPD- und PDS-Abgeordneten die Energie, die sie jetzt aufwenden, um die Journalisten davon zu überzeugen, dass man als Land angeblich nichts machen kann, investieren würden, um die Bundesregierung unter enormen Handlungsdruck zu setzen, denn das und nichts anderes wäre die Aufgabe der Landesregierung nach der furchtbaren „Pallas“-Katastrophe gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das wäre Ihre Aufgabe gewesen.

Und abschließend hätte ich gern Herrn Schlotmann – er ist leider nicht da – noch etwas Persönliches zu sagen. Ich arbeite – und das sage ich hier sehr deutlich – mit SPD-Männern in Schifffahrtsunternehmen und Ministerien von Land und Bund zusammen.

(Barbara Borchardt, PDS: Ach wie schön!)

Wir treffen uns regelmäßig zu Abstimmungsrunden, wer wie und was in seiner Partei vorantreibt.

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Denken Sie, wir reden nicht mit der CDU?!)

Und Sie sollten sich endlich von der Flussschifffahrt verabschieden und die Probleme auf hoher See erkennen,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

auch Sie, Herr Dr. Klostermann! – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Es wurde eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat das Wort der Umweltminister Herr Professor Methling. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich bei den Koalitionsfraktionen bedanken für ihren Antrag zur Sicherheit der Schifffahrt auf der Ostsee, weil damit parlamentarische Aktivitäten zum Ausdruck kommen, die dann auch in die Umsetzungsphase

gelangen. Und ich will auch zum Ausdruck bringen, dass ich Verständnis habe für den Dringlichkeitsantrag der CDU, dass wir dieses hier heute beraten.

Das Umweltministerium hat in dieser Woche am Dienstag in Berlin einen Parlamentarischen Abend gemeinsam mit unserer Landesvertretung durchgeführt. Sowohl der SPD- und PDS-Antrag als auch der Parlamentarische Abend wurden bereits vor dem jüngsten Tankerunglück vorbereitet. Wir hatten also schon vorher diese furchtbare Variante einkalkuliert, indem wir davon ausgegangen waren, dass wir weiterhin Druck machen müssen, damit wir zu den notwendigen Veränderungen kommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Ich werde noch darauf zurückkommen, was den Umgang mit den Anträgen der CDU betrifft, weil Sie hier eine Darstellung wählen, die so absolut nicht den Realitäten und den Tatsachen entspricht,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –

Dr. Armin Jäger, CDU: Wir doch nicht! –

Wolfgang Riemann, CDU: Nein, nein!

Und lächelnd werden sie abgelehnt.)

vor allen Dingen nicht in den Zusammenhängen, Herr Riemann.

Die Ursachen des Unglücks – und da bin ich nun sehr erstaunt, Herr Thomas, über Ihre Fachkompetenz, die Sie hier einbringen – sind nach wie vor ziemlich ungeklärt. Es gibt eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass es eine Mischung aus menschlichem und technischem Versagen gewesen ist und dass die Kommunikation auf den Schiffen nicht geklappt hat.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie dank Ihrer Fachkompetenz hier heute noch ernsthaft behaupten wollen, dass die Meldepflicht in diesem Zusammenhang entscheidend gewesen wäre, dann muss ich an Ihrer Fachkompetenz, die ich bisher immer in Rechnung gestellt habe, durchaus zweifeln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und
PDS – Minister Dr. Rolf Eggert: Sehr richtig.)

Möglicherweise hätten wir es verhindern können, wenn manche anderen Regelungen schon realisiert wären, die wir fordern, was also die Betonung betrifft,

(Lutz Brauer, CDU: Die Sie abgelehnt haben.)

was die Ausrichtung der Fahrinne betrifft und so weiter.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Wolfgang Riemann, CDU:
Ja, weil Sie es abgelehnt haben.)

Wir haben das überhaupt nicht abgelehnt.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Natürlich! Die Radarüberwachung.)

Ich komme noch darauf zurück. Und je lauter Sie sprechen, deswegen ist es auch nicht richtiger.

(Zuruf von Dr. Henning Klostermann, SPD)

Die Opposition nimmt dieses Unglück nun zum Anlass, um der Landesregierung wider besseres Wissen –

(Heidemarie Beyer, SPD: Das ist der Punkt.)

ich betone das, wider besseres Wissen – Versagen und Inaktivität vorzuwerfen, anstatt uns in unseren momentanen politischen Diskussionen zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Caterina Muth, PDS: Genau so ist es.)

Dieses hätten Sie übrigens besonders deutlich in Berlin machen können.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Herr Thomas und Frau Skrzepski hatten sich angemeldet. Sie hatten an diesem Abend aber offensichtlich etwas anderes zu tun.

(Birgit Schwebs, PDS: Vögel fangen.)

Der Tourismusverband, DEHOGA und andere waren dort. Sie haben ihre Meinung gesagt, sie haben Forderungen und an die Bundesregierung gerichtet und haben mich unterstützt. Sie hatten dafür keine Zeit. Ich habe mich seit dem Unfall ohnehin schon immer gewundert, dass die CDU so sacht reagiert hat, um nicht zu sagen, gar nicht.

(Lutz Brauer, CDU: Jetzt kommt
das, was in der Zeitung steht.)

Ihre Proteste hielten sich sehr im Rahmen und Ihre Vorwürfe an die Landesregierung auch,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach, du lieber Gott!)

weil Sie in diesem Zusammenhang natürlich oder vielleicht den Umweltminister des Landes hätten unterstützen müssen. Das wollten Sie aber nicht.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Also haben Sie sich zurückgehalten.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Gesine Skrzepski, CDU)

So still sind Sie gewesen. So still waren Sie. Und ich habe mir immer schon gedacht: Was werden die wohl ausbrüten?

(Wolfgang Riemann, CDU:
Bisher wird nur geredet.)

Was werden die wohl ausbrüten?

(Wolfgang Riemann, CDU: Bisher
haben Sie nur geredet, nur geredet!)

Und seit gestern früh weiß ich, was Sie ausgebrütet haben – tote Vögel haben Sie ausgebrütet!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von
Lutz Brauer, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie wollen damit, meine Herren und Damen, der Landesregierung und dem Umweltminister vorwerfen, dass wir nicht handeln würden. Sie wollen uns zum Handeln bewegen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Sie wollen uns aus dem Schlaf wecken. Und da kann ich Ihnen nur eines sagen: Wenn Sie den Umweltminister aus dem Schlaf wecken wollen, dann müssen Sie bedeutend eher aufstehen!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie wissen ganz genau, dass wir in den meisten Forderungen übereinstimmen. Das haben wir mehrfach festgestellt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber Sie haben
es ja abgelehnt, unsere Forderungen.)

Dass Ihre Anträge hier abgelehnt wurden, hatte ganz konkrete Zusammenhänge, die wir dann auch noch mal rekapitulieren müssen.

(Heiterkeit und Unruhe bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich darf Ihnen nur ein Beispiel dafür nennen: Ihre aberwitzige Vorstellung, die von allen anderen abgelehnt wurde, über eine Gebühr von Passagieren auf Fähren

(Dr. Henning Klostermann, SPD:
Das ist das Allerletzte.)

die Finanzierung der Ölbekämpfung zu sichern.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Mit diesem Vorschlag konnten Sie hier natürlich nicht landen und werden Sie auch nicht landen, auch nicht im Lande Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei der PDS und einzelnen Abgeordneten
der SPD – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Dieser anachronistische Vorschlag machte eigentlich so richtig deutlich,

(Reinhardt Thomas, CDU: Peinlich! Peinlich!)

wie ernst Ihnen die Sache ist.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Forderungen, meine sehr geehrten Damen und Herren – die kennen Sie auch, die habe ich auch hier im Landtag vorgetragen, aber ich muss sie Ihnen offensichtlich in Erinnerung bringen, damit wir nicht aneinander vorbeireden –, meine Forderungen sind gewesen, und die habe ich in verschiedener Form vorgetragen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo?)

in Briefen an die Bundesverkehrsminister ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Die
reinste Postagentur, Herr Minister!)

Herr Riemann, ich habe Ihnen schon mal gesagt, ...

(Wolfgang Riemann, CDU:
Die reinste Postagentur!)

Ich habe Ihnen schon mal was dazu gesagt.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Tun Sie was! Tun Sie was!)

Wir haben in Kabinettsitzungen darüber gesprochen, mit der Bundesregierung, wir haben in der Umweltministerkonferenz mehrfach darüber gesprochen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich bin
tief beeindruckt, Herr Minister.)

wir haben auf dem Parlamentarischen Abend in Berlin darüber gesprochen. Dort war die Parlamentarische Staatssekretärin des Bundesverkehrsministeriums anwesend.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das geht
alles nicht, hat die Dame gesagt.)

Und wo waren Sie?!

(Wolfgang Riemann, CDU: Das geht alles nicht, hat die Dame gesagt. Erzählen Sie doch mal, was die Dame gesagt hat! – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Passen Sie mal auf, Herr Riemann, ich spreche nicht für die Dame. Ich bin Umweltminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Setzen Sie sich doch mal durch gegenüber dem Bund!)

Und dieser Dame habe ich meine Meinung gesagt. Und Sie hätten auch die Gelegenheit gehabt, Ihre Meinung zu sagen, aber Sie mussten ja die Hühner reinholen hier.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Volker Schlotmann, SPD: Genau so ist das. – Dr. Armin Jäger, CDU: Überlegen Sie mal, was Sie getan haben!)

Ja, Herr Jäger, Ihre Kommentare sind ja immer ganz besonders auserlesen.

(Volker Schlotmann, SPD: Und hilfreich.)

Also, was habe ich schon immer gefordert?

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich habe die Lotsenpflicht gefordert. Ich habe die Radarüberwachung kombiniert mit der Meldepflicht gefordert.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Lutz Brauer, CDU: Da stimmen Sie also zu?)

Ich habe gefordert die schnellstmögliche Einführung des AIS und dafür nicht sieben Jahre zu brauchen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

Ich habe gefordert die Verbesserung und Ergänzung der Ausrüstungen. Dieses bezieht ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Und wo sind Sie mit Ihren Forderungen gelandet?)

Dieses bezieht, Herr Riemann, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: In der Rundablage sind Sie gelandet.)

Jaja.

(Wolfgang Riemann, CDU: In der Rundablage beim Bund sind Sie gelandet. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie in Berlin gewesen wären, wüssten Sie selbst das besser.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja! – Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Dieses bezieht entsprechende Notschleppkapazitäten ein, wenngleich wir andere Vorstellungen haben, wie diese zu sichern sind. Zu den Forderungen gehörte, dass endlich die notwendigen besseren administrativen Voraussetzungen geschaffen werden über ein Havariekommando, über andere Strukturen, die in der Ostsee zu sichern sind.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die haben Sie abgelehnt. Die haben Sie als Minister abgelehnt.)

Ich habe diese Forderungen immer erhoben und ich sage Ihnen noch einmal:

(Wolfgang Riemann, CDU: Abgelehnt! Die haben Sie abgelehnt.)

Erwecken Sie nicht den Eindruck, dass diese Inhalte hier abgelehnt worden sind. Es sind ganz andere Teile abgelehnt worden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jajaja.)

Ihre Unterstellung, dass die Landesregierung nicht handelt, das ist abgelehnt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Fadenscheinig! Fadenscheinig!)

Wir haben gefordert, genau wie Sie, eine bessere Betonung der Schifffahrtswege.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und wenn Sie, Herr Thomas, den Eindruck erwecken wollen, als ob ich dort die Tonnen gesetzt hätte – das ist ja geradezu abenteuerlich.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Dass Sie was tun, vermuten wir überhaupt nicht.)

Das haben die Verkehrsspezialisten beider Länder abgestimmt, was dort zu machen ist.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und denen werden Sie doch wohl nicht unterstellen, dass die nicht wissen, wo sie die Betonung anbringen müssen.

(Volker Schlotmann, SPD: Das weiß nur Herr Thomas.)

Ich habe mich dafür eingesetzt, dass wir die Hafenstaatenkontrollen verstärken. Dazu braucht man entsprechende internationale Regelungen, wie Sie wissen, und diese müssen erzielt werden. Und darüber ist auch am Dienstagabend in Berlin gesprochen worden. Aber auch dieses konnten Sie nicht wahrnehmen, weil Sie nicht da waren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Schön, dass Sie mal darüber geredet haben, Herr Minister.)

Und ich habe mich eingesetzt für größere Haftungsfonds.

Ja, es kommt darauf an, wie man miteinander redet. So, wie wir miteinander reden, Herr Riemann, kann bestimmt nichts herauskommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Es kommt darauf an, was herauskommt. Sie haben aber keinen Erfolg damit.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Forderungen, die Sie hier heute vorlegen, die meisten habe ich selbst schon immer gestellt

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na prima! Dann beschließen Sie sie doch!)

und vorgetragen bei den entsprechenden Gremien, bis auf Ihren Vorschlag – ich will das mal so nennen –, Ihre ...

(Lutz Bauer, CDU: Ende der Debatte! Abstimmung! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Brauer, gestern waren Sie ganz stark, jetzt lassen Sie mich heute erst mal reden. Ihr stärkster Auftritt war gestern. Vielleicht kommt er auch heute noch.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler –
Volker Schlotmann, SPD: Ihr
schwächster! Ihr schwächster.)

Also, Ihr ...

(Lutz Brauer, CDU: Es freut mich,
dass Sie das auch so erkannt haben.)

In Kommentaren sind Sie gut. Wenn Sie mit mir spre-
chen, werfen Sie mir manchmal vor,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

ich wäre nicht aufmerksam genug. Hören Sie erst mal
zu!

Also, ich teile alle Ihre Vorschläge, die hier aufgeführt
sind in Ihrem Antrag, bis auf einen, da muss man dann im
Detail darüber reden. Das ist Ihr so genanntes Sicher-
heitsschiff, das Sie, ich will das mal so sagen, zu einer
eierlegenden Wollmilchsau entwickeln wollen.

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD)

Also, alles geht auf einem Schiff nun auch nicht zu
machen,

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

aber es ist dort sehr viel zu machen und daran wird
gearbeitet. Das neue Schiff für Stralsund soll ein solches
Mehrzweckschiff sein,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nun sagen Sie uns
doch mal: Welches Schiff hätten Sie denn gern?)

und das wissen Sie auch ganz genau.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Also, ich frage Sie, meine Damen und Herren, wo ist
denn eigentlich unser Dissens? Der ist nur auf ganz weni-
gen Gebieten vorhanden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die kommt
Ihnen aber sehr spät, die Einsicht.)

In der Sache ist es kaum so. Und das wissen Sie ganz
genau, auch wenn Sie immer wieder das Gegenteil
behaupten.

(Lutz Brauer, CDU: Ich wiederhole mich:
Ende der Debatte! Abstimmung! Und schon
sind wir uns einig. – Barbara Borchardt, PDS:
Deshalb sind sie ja so wütend. – Zuruf
von Wolfgang Riemann, CDU)

Sie wissen ganz genau, was ich hier gesagt habe, und
ich weiß dieses auch genau.

Die CDU kocht, und das stelle ich hier fest, wiederholt
ihre parteipolitischen Süsschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Sie nehmen keine Rücksicht auf die Interessen des
Landes.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Sie schädigen den Tourismus, indem Sie unter ande-
rem gestern mit ...

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU –
Glocke des Präsidenten)

Sie schädigen unter anderem die Interessen des Lan-
des, indem Sie den Eindruck erwecken und befördern,
dass unsere Küste bereits akut gefährdet wäre.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –
Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Ich musste gestern Fragen von „Antenne Thüringen“
beantworten, ob man denn noch in Mecklenburg-Vor-
pommern Urlaub machen könne oder ob wir schon Öl am
Strand hätten. Das sind die Wirkungen dessen, was Sie
hier fabriziert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Volker Schlotmann, SPD: Hauptsache,
die CDU war in den Medien. – Zurufe von
Lutz Brauer, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir haben dazu gesicherte Informationen. Und damit
ich Ihnen diese hier vorstellen kann und damit auch zum
Ausdruck bringen kann, dass im Lande Mecklenburg-
Vorpommern sehr wohl in verschiedenster Weise gear-
beitet wird, will ich zitieren aus einer Information des Ost-
seeinstituts, des Instituts für Ostseeforschung War-
nemünde, dass man sich nämlich mit zwei Schiffen an
der dänischen Küste befindet und laufend Erkundungen
mit Messtechnik vornimmt, dass Wissenschaftler vor Ort
sind mit der „Alexander von Humboldt“ und mit der „Pro-
fessor Penck“. Sie sind dort im Einsatz gemeinsam mit
Greenpeace-Schiffen und abgestimmt mit dänischen
Behörden.

(Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Die bisherigen Proben haben keine Verschmutzungen
in den internationalen Gewässern ergeben.

(Lutz Brauer, CDU: Weil Strand auch kein
internationales Gewässer ist, Herr Professor.)

Die Schiffe befinden sich jetzt in der Kadet-Rinne, um
nach Ölkümpen zu suchen, die sich in tieferen Schichten
bewegen könnten. Es wird dort mit Fernerkundung gear-
beitet, es werden Strömungsberechnungen und so weiter
durchgeführt. Auch auf diesem Gebiet ist das Land Meck-
lenburg-Vorpommern mit wissenschaftlicher Kapazität
beteiligt.

(Beifall bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Na prima! Aber schöner
ist's, wenn die Unfälle vermieden werden. –
Volker Schlotmann, SPD: Gott, eh! Das ist einer!)

Herr Jäger, das war wirklich eine sehr weise Aussage.

(Volker Schlotmann, SPD: Der redet
einen Quatsch! Das ist dummes Zeug.
Das könnte mich schon wieder aufregen.)

Das Süsschen, meine sehr geehrten Damen und Her-
ren von der CDU, das Sie hier gekocht haben, wird offen-
sichtlich von den meisten Menschen in diesem Lande und
nach meinem Eindruck auch von den Medien als ekel-
und abscheuerregend abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Sylvia Bretschneider, SPD: Genau so ist es.)

Und ich prophezeie Ihnen, diese Suppe wird auf Ihre Füße tropfen und dann stehen Sie ganz schön bekleckert da –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS)

nicht erst heute.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Minister, wenn Sie mal wach geworden sind, war es der Mühe wert.)

Wenn Sie so weitermachen, das werde ich Ihnen garantieren, werden Sie keine politischen Punkte sammeln. Sie werden lediglich das Ansehen unseres Landes beschädigen. Aber das ist Ihnen offensichtlich völlig egal.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –

Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben noch nicht dargestellt, um was es geht.)

Noch ein Wort, Herr Thomas, zum überparteilichen Dialog: Den hatten Sie in Ihren Anträgen auch immer formuliert und Sie fordern den ein.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja schön.)

Ich kann sagen – und ich glaube, da wird mir selbst Herr Brauer nicht widersprechen können –, dass ich zu einem solchen Dialog immer bereit bin, wenn man mich einlädt.

(Volker Schlotmann, SPD: So ist das.)

Ich bin bisher von Ihnen noch nie eingeladen worden, auch zu Ihren Warnemünder Veranstaltungen nicht.

(Volker Schlotmann, SPD: Genau so.)

Und wenn Sie dort eine Warnemünder Erklärung beschließen – ich weiß nicht, mit welchen Teilnehmern, das ist mir auch egal, Sie haben ja gute Gründe dafür gehabt –, die bis heute nicht im Umweltministerium angekommen ist, frage ich mich, worauf Sie eigentlich abzielen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Dann haben Sie sie vielleicht nicht abgefordert, Herr Minister?!)

Und das geht in die Richtung, wie es Herr Dr. Klostermann gesagt hat:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wenn das Ihr Erkenntnisstand ist, dann wundert es mich nicht.)

Sie reden nur, um hier Publicity zu machen.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Genau so ist es.)

In der Sache sind Sie überhaupt nicht interessiert. Und wenn Sie der Auffassung sind, dass Sie der Einzige sind, der mit Spezialisten redet,

(Reinhardt Thomas, CDU: Ja.)

dann muss ich Sie belehren, dass dieses nicht so ist. Und das, was Sie hier vorgetragen haben, hat bei mir nicht unbedingt den Eindruck hinterlassen, dass das bei Ihnen nachhaltiger Wirkung hatte.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren der CDU, kann ich Ihnen nur zurufen: Beenden Sie endlich diese öltriefenden, unsachlichen Attacken!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aha!)

Halten Sie sich an das Gebot „Du sollst nicht falsches Zeugnis reden!“!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –

Unruhe bei Abgeordneten der CDU –

Sylvia Bretschneider, SPD: Richtig.)

Ich bitte die Abgeordneten aller Fraktionen, in diesem Sinne auf der Basis des vorliegenden Antrages der Koalitionsfraktionen parlamentarische Aktivitäten wie geplant zu entwickeln und zu erhöhen. Das wäre der beste Dienst am Lande Mecklenburg-Vorpommern. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Um das Wort hat jetzt der Wirtschaftsminister Professor Eggert gebeten. Bitte sehr, Herr Minister Eggert.

(Lutz Brauer, CDU: Jedenfalls ist Bewegung drin. – Wolfgang Riemann, CDU: Das muss ihm ja mächtig wehtun.)

Minister Dr. Rolf Eggert: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin aus zwei Gründen hier noch einmal ans Rednerpult gegangen. Der erste Grund ist der, dass ich gestern zu diesem Thema – weit vor diesem Unglück bereits terminlich festgelegt – vor dem Ausschuss der Regionen in Brüssel gesprochen habe und der AdR gestern eine entsprechende Stellungnahme verabschiedet hat. Und zum Zweiten möchte ich auch etwas sagen als Ingenieur.

Meine Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! Ich denke, es hat etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun, was wir hier machen, und ich halte es für sehr gefährlich, wenn man suggeriert, als gäbe es gefahrlose Technik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS und Minister Dr. Wolfgang Methling)

Von jeder Technik, die der Mensch erfunden hat, geht Gefahr aus.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und es ist zu überprüfen, inwieweit kann man diese Gefahr eingrenzen, inwieweit kann man das Risiko dieser Gefahr verringern, was kann man dazu tun. Das ist die entscheidende Frage, die wir uns stellen müssen. Und wenn wir in dieser Frage debattieren, glaube ich, sind wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich bitte Sie als scheidender Abgeordneter und Minister: Lassen Sie bitte dieses Thema nicht zur Provinzposse verkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich will das anhand folgender Sachlage in der Europäischen Union zu diesem Thema darlegen: Es gibt ein Gesetzgebungsverfahren in der Europäischen Union zu „Erika 1“ und „Erika 2“.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist alles bekannt.)

Bei diesen beiden Themen geht es um Schiffssicherheit, und zwar nicht nur in der Ostsee, sondern weltweit, europaweit.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. – Wolfgang Riemann, CDU: 2008.)

Der gemeinsame Standpunkt des Rates zu den Vorschlägen Klassifikationsgesellschaften, Hafenstaatkontrollen und Doppelhüllentanker ist unmittelbar in der Beratung. Ich kann Ihnen ja mal die Termine kurz nennen: Der Kommissionsvorschlag ist bereits am 15.09.2000 ergangen. Und nun gibt es eine Debatte um die Doppelhüllentanker. Bei den Doppelhüllentankern, die ja erst ab 2015 vorgeschrieben werden sollen, gibt es eine Initiative der Franzosen und der Deutschen, das auf europäischer Ebene vorzuziehen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

und zwar auf das Jahr 2007 oder 2008.

(Zuruf aus dem Plenum: Ja Wahnsinn!)

Also unterstützen wir doch gemeinsam die Initiative der deutschen Regierung, der französischen Regierung, das vorzuziehen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der PDS – Zurufe von
Lutz Brauer, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Und nun haben wir ja Glück gehabt, nicht nur bei dem Wind, sondern wir haben ja das große Glück gehabt, dass es hier ein Doppelhüllentanker der modernsten Bauart war, meine Damen und Herren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Lutz Brauer, CDU: Ja eben.)

Wenn es der nicht gewesen wäre, wäre die Katastrophe viel, viel schlimmer ausgefallen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Lutz Brauer, CDU: Ja, kein Widerspruch.)

Das heißt also, hier alles zu tun, damit wir Doppelhüllentanker schneller vorschreiben. Daran sollten wir doch gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Und dann gibt es zu „Erika 2“ drei Kommissionsvorschläge, 06.12.2000: Kontrolle des Seeverkehrs, Entschädigungsfonds für Umweltschäden, Europäische Agentur für Schiffssicherheit. Die Erste Lesung und die Stellungnahme und damit die Umsetzung auf europäischer Ebene ist für Juni diesen Jahres geplant. Und der Ausschuss der Regionen hat sich gestern ausdrücklich zu diesem Fahrplan bekannt und unterstützt das mit aller politischen Kraft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und nun sagen Sie doch noch einmal und behaupten, wir würden nichts tun, wir würden nicht aktiv sein, wir würden nur Briefe schreiben und würden die ganze Sache passiv zur Kenntnis nehmen!

(Lutz Brauer, CDU: Das hat
doch der Minister selbst gesagt.)

Behaupten Sie das doch noch einmal, meine Damen, in Anbetracht dieser Tatsache! – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und PDS –
Minister Dr. Wolfgang Methling:
Herr Brauer, so habe ich Sie noch nie erlebt.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Thomas von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Eigentlich, Herr Professor Methling, wollte ich mich völlig zurückhalten,

(Heiterkeit und Beifall bei
Abgeordneten der SPD und PDS –
Minister Dr. Wolfgang Methling: Oh ja!)

aber nach dem, was Sie gesagt haben, kann ich Ihnen nur noch sagen:

(Erhard Bräunig, SPD: Das steht nur Ihnen zu,
die Zurückhaltung. – Glocke des Präsidenten)

So tot wie diese Vögel war Ihre Umweltpolitik. Mit schönsten Grüßen von Frau Skrzepski, Insel Rügen!

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Minister Dr. Wolfgang Methling: Das ist ja stark.)

Wissen Sie, Herr Professor Methling, Sie haben drei Anträge abgelehnt.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Ich bin gar nicht Mitglied des Landtages. –
Barbara Borchardt, PDS: Herr Professor Methling
hat überhaupt gar keinen Antrag abgelehnt.)

Darauf darf ich doch wohl noch mal hinweisen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Glocke des Präsidenten)

Und diese toten Vögel, die haben nicht wir ausgebrütet, sondern die haben untätige Politiker wie Sie ausgebrütet.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Jaja.)

Das muss man doch mal sagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Caterina Muth, PDS: Ach, Herr Thomas!)

Und ich muss Ihnen ehrlich sagen, das war eine schwache Verteidigungsrede, die Sie hier gehalten haben.

(Caterina Muth, PDS: Wir fanden sie ganz stark. –
Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Die weltweiten Erfahrungen mit den jeweils verantwortlichen Regierungen nach Schiffsunfällen und Ölkatastrophen sind für engagierte Umweltschützer, Bergungs- und andere Profis, Seerechtler und die jeweils betroffenen Küstenbewohner ebenfalls durchaus vergleichbar. Trotz größter Katastrophen mit verheerenden Auswirkungen auf die Umwelt und die Lebensqualität in den Küstenregionen wurden kaum Lehren aus diesen Katastrophen gezogen. Die bitteren Erfahrungen brachten Bergungsprofis auf den Punkt: zu wenig, zu spät. Gerade wegen dieser Erfahrungen haben wir versucht, die Verantwortlichen in Berlin und die Landesregierung in Schwerin auf die Gefahren vor unserer Küste aufmerksam zu machen und mit konkreten Vorschlägen zum Handeln zu bewegen. Wir wussten, dass die Zeitbombe tickt.

(Caterina Muth, PDS: Herr Thomas, wussten wir das nicht auch schon vorher? –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Nach der „Pallas“-Katastrophe und den vielen Beinaheunfällen vor unserer Küste, vor allem in der Kadet-

Rinne, glaubten wir den Teufelskreis der weltweit negativen Erfahrungen durchbrechen zu müssen, durchbrechen zu können.

(Peter Ritter, PDS: Seit wann tickt denn die Bombe? Seit '98, oder was?!)

Wir wollten als CDU-Landtagsfraktion mit unserem politischen Engagement die Landesregierung dazu bringen, die lebenswichtigen Interessen unseres Landes gemeinsam mit uns zu vertreten und konkrete Maßnahmen zum Schutz der Ostseeregion schnell und unbürokratisch anzupacken und durchzusetzen. Es war bitter, mit ansehen zu müssen, wie wir auf die Katastrophe geradewegs zusteueren, und es war doppelt bitter, dabei die praktische Untätigkeit hier in Schwerin ertragen zu müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Mit der größten Umweltkatastrophe in der westlichen Ostsee ist das Horrorszenario wahr geworden,

(Volker Schlotmann, SPD: Was er nicht hören will, interessiert ihn auch nicht.)

welches wir mit unseren seit Dezember 1999 vorliegenden konkreten Vorschlägen verhindern wollten. Obwohl die langfristigen Auswirkungen der Ölkatastrophe in der Ostsee noch nicht absehbar sind, sind Verharmloser, Zyniker und ewige Besserwisser schon wieder dabei,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ein ewiger Besserwisser redet gerade. – Zuruf von Erhard Bräunig, SPD)

diesen Wahnsinn vor der Insel Møn kleinzureden.

(Erhard Bräunig, SPD: Das ist absoluter Unsinn, was Sie hier reden. Unsinn!)

Der bittere „Exxon-Valdez“-Spruch ist auch vor unserer Küste wahr geworden: „Wenn du denkst, Sicherheit ist teuer, dann lass es zum Unfall kommen.“

(Erhard Bräunig, SPD: Ein Mist hier!)

Die Landesregierung und die Bundesregierung haben es auch durch ihre Tatenlosigkeit zum Unfall kommen lassen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD – Erhard Bräunig, SPD: Das ist ja nicht zu fassen! – Volker Schlotmann, SPD: Die Ostsee gibt es erst seit 1990, oder was?!)

In der Presseerklärung vom 29.03.2001 betonte Umweltminister Methling,

(Erhard Bräunig, SPD: Das ist ja unmöglich!)

„dass diese Kollision mit mehrfach geforderten Maßnahmen vermeidbar gewesen wäre“.

(Angelika Gramkow, PDS: Hat er nicht Recht gehabt?)

Sie haben Recht, Professor Methling. Mit Meldepflicht, Radarüberwachung

(Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

sowie Lotsenpflicht als Komplexmaßnahmen wäre diese Katastrophe unter Umständen vermeidbar gewesen. Unsere Konzepte sowie Initiativen wie unter anderem die Lotsenpflicht, landseitige Verkehrsüberwachung in

der Kadet-Rinne mit Tiefwasserweg Weg T sowie die Bereitstellung eines Sicherheitsschleppers haben Sie abgeschmettert. Nicht einmal in den Ausschüssen wollten Sie mit uns und den Bergungsprofis reden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Henning Klostermann, SPD: Es hat Sie niemand daran gehindert. – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Unsere ersten sieben Punkte lagen schon vor dem Bericht der Grobecker-Kommission auf dem Tisch. Im Mai 2000 folgte von uns die nochmalige Konkretisierung.

All das, was Sie, Professor Methling, der Ministerpräsident und der Innenminister – um nur einige zu nennen – mit unseren Anträgen abgelehnt haben, fordern Sie heute populistisch

(Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS)

und lauthals über die Medien.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie haben Nullachtfünfehn-Briefe geschrieben, bis es knallte.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: In welchem Teil leben Sie eigentlich?)

Sie hätten vorher bei Schröder, dem Verkehrsminister und dem Finanzminister auf der Matte stehen müssen.

(Peter Ritter, PDS: Was haben Sie denn bei Kohl gemacht? Der hätte das alles schön einrühren können.)

Die eigene Verantwortung jetzt nur anderen zuschieben zu wollen ist unglaublich.

(Volker Schlotmann, SPD: Der Unglaublichste, das sind Sie.)

Wir haben beim Sicherheitskonzept Ostsee wirklich alles getan, um die Landesregierung ins Boot zu bekommen:

(Erhard Bräunig, SPD: O Gott, mir kommen gleich die Tränen.)

konkrete Landtagsanträge, öffentlicher Druck

(Heidemarie Beyer, SPD: Und was haben Sie getan, als Sie an der Regierung waren?)

durch Veranstaltungen mit Experten sowie immer und immer wieder neue Vorschläge als politische Steilvorlage für die Arbeit der Landesregierung. Noch am 22. März 2001, also sieben Tage vor der Katastrophe, fand in der Zentrale der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in Bremen aufgrund unserer Anregung

(Gesine Skrzepski, CDU: Richtig.)

eine Planübung „Seenotfall vor Rügen“ statt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Angenommen wurde die Kollision eines Bullcarriers mit einer Fähre zwölf Seemeilen vor Saßnitz mit nachfolgendem Ölaustritt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Die CDU! Alles in diesem Land geschieht durch die CDU.)

Wir haben das angeregt, weil wir wussten, die Zeit sitzt uns im Nacken. Wir wollten wenigstens im Kreis der Experten auf so einen Unfall vorbereitet sein.

Die Katastrophe ist da. Sie ist für uns besonders bitter, weil wir mit ansehen mussten, wie wir unausweichlich mit dieser Landes- und Bundesregierung darauf zusteuerten.

(Caterina Muth, PDS: Besonders schlimm für die Betroffenen.)

Wir appellieren auch an die Öffentlichkeit, diesen Umweltminister und diesen Regierungschef nicht an ihren Reden, sondern an ihren Taten zu messen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Genau!)

denn beide haben sie versagt.

(Volker Schlotmann, SPD:
Dafür sind Sie ja abgewählt worden.)

Ohne öffentlichen Druck werden wieder keinerlei Konsequenzen gezogen und dann ist die nächste Katastrophe hundertprozentig vorprogrammiert. Nach dieser verheerenden Katastrophe müssen wir der Verantwortung für unser Land gemeinsam gerecht werden.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Mit solchen Reden, Herr Thomas, was?!)

Nur wenn die Verantwortlichen, die das Thema Sicherheitskonzept Ostsee so haben schleifen lassen, öffentlich unter starken Handlungsdruck geraten, werden wir die nächste noch größere Katastrophe abwenden können.

(Barbara Borchardt, PDS: Das haben Sie schon mal gesagt. Reden Sie die jetzt herbei?)

Und das allein war für meine Fraktion und für mich der Grund, gemeinsam mit dem Kapitän des Greenpeace-Schiffes „Beluga“, Herrn Kucz, dänischen Freunden und der Scandlines-Reederei

(Volker Schlotmann, SPD: Dänischen Freunden! Sie sind so was von scheinheilig!)

die gestrige Aktion im Landtag zu organisieren.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Wir Küstenbewohner und Seeleute wollten aufrütteln, damit so eine Katastrophe nie wieder durch Versäumnisse politisch Verantwortlicher begünstigt wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Es hätte nämlich mit dem Tanker „Baltic Carrier“ und dem Zuckerfrachter „Tern“ noch viel schlimmer kommen können. Mit anderer Ölladung als Schweröl wäre der Tanker explodiert, in Brand geraten und ohne Besatzung zusammen mit dem Frachter manövrierunfähig bei Sturm auf die Küste zugetrieben, aufgelaufen und auseinander gebrochen. Das ist das Szenario, für das wir immer einen Sicherheitsschlepper mit hoher Schleppleistung, der bei extremsten Wetterlagen einen Havaristen auf den Haken nehmen kann, dringendst und schnell in der Ostsee benötigen.

(Zuruf von Erhard Bräunig, SPD)

Und aus diesen Gründen müssen wir sie benennen – die Versäumnisse, die Arroganz der Macht, die Ignoranz, die erschreckenden Kommentare nach der Katastrophe, ja auch die Naivität.

2. Februar 2000: „Darüber hinaus steht in den Häfen Mecklenburg-Vorpommerns ausreichend Notschleppkapazität zur Verfügung. ... Ich halte es daher für verfrüht, einen ‚Katastrophenschutz Ostsee‘ zu fordern, bevor die Vorschläge der Fachleute vorliegen. ... Ferner fordert die CDU von norddeutschen Anrainern, Technik präventiv vorzuhalten. Dies erscheint mir in ausreichendem Maße gegeben zu sein.“ Das war Professor Methling zu der von uns geforderten Schließung der gefährlichen Notschleppkapazitätslücke in Verbindung mit Feuerlöschkapazität sowie dem ersten 7-Punkte-Programm.

25. Mai 2000, O-Ton Methling zu unserem Antrag „Sofortmaßnahmen für ein Nationales Sicherheitskonzept Ostsee“: Alle 15 Jahre sei ein Ölunfall von einigen hundert Tonnen und alle 85 Jahre von einigen tausend Tonnen zu erwarten. „... ‚Herr Thomas, ...: Der Irrtum strömt, die Wahrheit sickert.“ Auswertung der Grobecker-Kommission abwarten und:

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

„Einen Schlepper wie die ‚Oceanic‘ ständig vorzuhalten erachte ich allerdings als nicht für erforderlich.“

(Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

Methling weiter: „Schweröl ist von Natur aus von einer solchen Konsistenz, dass auch durch noch so kräftiges Rumrühren es nicht gelingen wird, daraus Schaum zu schlagen.“

Das war der Umweltminister, der nicht schon wieder in vier Wochen zu diesem Thema sprechen oder gar handeln wollte. Er hätte ja nach eigener Definition noch 84 Jahre Zeit gehabt zum Handeln.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Jetzt haben wir das Thema wieder auf der Tagesordnung und ich bin alles andere als froh darüber.

25. Mai 2000, Zitat: „Wir können natürlich den Abgeordneten Herrn Thomas nicht daran hindern, weitere Ausflugsbutterfahrten, vielleicht einmal nach Sankt Petersburg, zu unternehmen oder zu organisieren.“ Das war Dr. Klostermanns Kommentar zur Fachtagung mit Bergungsprofis, Seerechtsexperten und Kapitänen auf der Fähre „Kronprinz Frederik“

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Warum haben Sie mich nicht eingeladen?)

25. Mai 2000, Zitat: „Es hat sich gezeigt, dass die Forderung nach hoher Schleppkraft eines Notfallschleppers allein nicht angebracht ist.“ – Caterina Muth, PDS.

(Caterina Muth, PDS: Richtig, dazu werde ich heute auch noch mal was sagen.)

28. August 2000 – Beantwortung meiner Kleinen Anfrage zur Verlegung des Mehrzweckschiffes „Mellum“ in die Ostsee, um die gefährliche Notschleppkapazitätslücke zu schließen: Nach Meinung der Landesregierung werde das Mehrzweckschiff „Mellum“ in der Ostsee nicht benötigt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

1. Februar 2001, Zitat: „Seichte Anträge ... werden dabei selbst von den relativ seichten Ostseewellen mit Sicherheit schnell über Bord gespült.“ – Professor Methling zu unserem erneuten Antrag.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Zugleich stellte Herr Dr. Klostermann am selben Tage fest, dass die Exekutive unseres Bundeslandes das Thema Schiffssicherheit sehr ernst nimmt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Weiter Frau Schwebs, PDS:

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

„Das ... Thema ‚Nationales Sicherheitskonzept‘ ist ... ein Evergreen.“ – Also, was quatscht der Thomas da eigentlich?! – Uns stellt sich „die Frage, ob die Parlamentssitzung in Mecklenburg-Vorpommern der richtige Ort ist“. Weiter: „Aber es gab in den letzten zehn Jahren nur einen einzigen Unfall pro Jahr“. Also konnten wir so weitermachen, es gab ja schließlich nur einen Unfall.

1. Februar 2001: „... eine generelle Lotsenpflicht für die gesamte Ostsee ist nicht nur unrentabel, sondern auch unnötig.“ Das sagte Dr. Klostermann zu unserer Forderung, Lotsenpflicht in den gefährdeten Seegebieten vor unserer Küste sofort einzuführen. Zitat: „Zur sachlichen Vertiefung habe ich“ – Dr. Klostermann – „... persönlich am Seminar ‚Verhütung von Seeunfällen‘ ... teilgenommen“.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Na prima.)

Das wird die Seminarteilnehmer aber beeindruckt haben!

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Allerdings, allerdings.)

Vor dem Hintergrund Ihrer heutigen Statements muss man Ihre Ausführungen wohl nicht mehr kommentieren.

(Lutz Brauer, CDU: Er macht ja heute noch Überlebenstraining.)

Sie gehen zu Konferenzen, aber die praktischen Vorschläge der Experten, die seit über zwei Jahren vorliegen, finden bei Ihnen immer noch kein Gehör.

(Caterina Muth, PDS: Wie bitte? Wie war das?)

Sie wollen wissenschaftliche Bestandsaufnahmen und suchen immer noch nach Problemlösungsvorschlägen – Bestandsaufnahmen und Briefe schreiben, bis es knallt! Diese SPD-Bestandsaufnahme kostet den Landtag per Anhörung am 25. April 2001, also zweieinhalb Jahre nach der „Pallas“-Katastrophe, mal eben 100.000 DM. Das ist ein Politskandal erster Klasse!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

100.000 DM werden zum Fenster rausgeworfen für eine Anhörung, damit sich SPD und PDS später einmal eine Meinung zur Ostseesicherheit bilden können. Und dann kommt am 21. März 2001 der SPD/PDS-Antrag, wahrscheinlich vom U-Boot-Fahrer Dr. Klostermann, „Sicherheit der Seeschifffahrt in der Ostsee“. Ich betone, in der Ostsee, also unter Wasser, nachdem schon alles abge-soffen ist!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

Übrigens, am 12. März 2001 wurde durch unsere Initiative die Warnemünder Erklärung mit den Punkten verabschiedet, die die wirklichen Fachleute und wir seit langem fordern.

(Volker Schlotmann, SPD: Das haben Sie festgelegt?)

Der Kontrast zu Ihrem Antrag ist wie der Kontrast zweier Welten. Bei so viel Unverbindlichkeiten reden wir noch jahrelang über Ihre Problemstellungen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

In der Sache wird aber keine einzige der lebenswichtigen Forderungen für unser Land zeitgerecht umgesetzt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nur kurz zu Ihrem Antrag: „Die Ostsee gehört zu den am stärksten befahrenen Meeren der Welt.“ – eine sensationelle Erkenntnis!

(Barbara Borchardt, PDS: Aber nicht falsch.)

„Prüfungen ... der horizontal und vertikal verflochtenen Zuständigkeiten“ – die kennen wir. Was soll das?

„Der Landtag unterstützt Bestrebungen“ in Richtung „Hafenstaatskontrollen“ – das könnten wir selbst umsetzen. „Der Landtag sieht die Empfehlungen des sogenannten ‚Großbecker-Berichtes‘“ – und wieder nur Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen. „Der Landtag begrüßt ausdrücklich die Maßstäbe setzende Geschwindigkeit“ – wir wissen, dass nicht Sie es waren, sondern Frankreich, die nach der „Erika“-Katastrophe initiativ geworden sind. „Der Landtag sieht in Bezug ... durch ... multilaterale“ – bla, bla, bla! „Der Landtag sieht“, „Der Landtag unterstützt“ und „Vor dem Hintergrund der Bedeutung der Mecklenburg-Vorpommern der Sicherheit der Seeschifffahrt und ... der Ostseeküste beimisst ...“,

(Barbara Borchardt, PDS: Wir kennen unseren Antrag.)

„eine Reihe von Gesprächen ..., eine internationale Sachverständigenanhörung und eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme in die Wege geleitet“,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

„die erstmalig das gesamte rechtliche und organisatorische Koordinatensystem der maritimen Sicherheit aufzeigt“. Mein Gott, erstmals! Ich glaube, Sie wissen überhaupt nicht, wovon Sie reden und was los ist!

(Volker Schlotmann, SPD: Das trifft auf Sie zu. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Na, dafür haben wir ja Sie, Herr Thomas! Ein Glück, dass Sie wenigstens wissen, wovon Sie reden.)

Es ist mehr als peinlich, dass Politiker des am meistgefährdeten Küstenlandes so etwas nach der „Pallas“-Katastrophe in einem Antrag zusammenschreiben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Anders kann man das nicht mehr bezeichnen. Ihre Haltung, Ihr Antrag, Ihre Zitate sind der Beleg für den „Exxon-Valdez“-Spruch: „Wenn du denkst, Sicherheit ist teuer, dann lass es zum Unfall kommen!“ Dieser Ministerpräsident, dieser Bundeskanzler haben es letztlich zum Unfall kommen lassen!

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Dieser Ministerpräsident sah und sieht tatenlos zu, wie Dr. Klostermann und Co

(Zurufe von Erhard Bräunig, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD –
Glocke des Präsidenten)

dabei sind, das Rad „Sicherheitskonzept Ostsee“ neu zu erfinden.

(Erhard Bräunig, SPD:
Das ist doch wohl nicht wahr!)

Professor Methling hat das Problem viel eher erkannt,

(Barbara Borchardt, PDS: Oh!)

Dr. Ringstorff ließ ihn aber viel zu lange im Regen stehen. So viel Zeit haben wir aber nicht!

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und
PDS – Minister Dr. Wolfgang Methling:
Oh Gott! – Annegrit Koburger, PDS:
Womit haben wir das verdient?)

Die Katastrophe vor Møn hat uns gezeigt, diese Landesregierung und dieser Ministerpräsident tragen wegen ihrer Untätigkeit, wegen ihrer Arroganz in der Sache eine Mitschuld. Ein Ministerpräsident, der anderthalb Jahre lang alle praktischen Vorschläge von uns abgelehnt hat und erst zweieinhalb Jahre nach der „Pallas“-Katastrophe mehr Sicherheit für unsere Küstenregion im Bundesrat einfordert, der ist ein Sicherheitsrisiko für unser Land!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit
bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Dass der Ministerpräsident dafür noch in dem von Ihnen vorliegenden Antrag gelobt werden soll, ist schon mehr als makaber.

(Lutz Brauer, CDU: Siehe Bundeswehr. –
Volker Schlotmann, SPD: Sie haben
kein Recht, hier so zu reden.)

Herr Dr. Ringstorff, was Ihre Kollegen heute lauthals in der Öffentlichkeit fordern, aber über ein Jahr lang im Landtag abgeschmettert haben,

(Volker Schlotmann, SPD:
Das ist doch alles makaber.)

hätten Sie als Ministerpräsident schon lange zur Chef-sache machen und Bundeskanzler Schröder heftigst nötigen müssen,

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

die Expertenvorschläge, die auch unsere sind, sofort umzusetzen! Mit Lotsenpflicht und Radarüberwachung von unserer Küste aus hätten wir diese furchtbare Katastrophe unter Umständen nicht gehabt. Natürlich ist die Technik nicht hundertprozentig sicher, aber dazu hat er ja im Übrigen auch geschwiegen. Dafür redet jetzt plötzlich der Innenminister zum Sicherheitskonzept Ostsee. Da fällt mir nur noch ein: Hilfe, Timm kommt!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Unbegreiflich sind für uns auch die Kommentare nach der verheerenden Tankerkatastrophe vor unserer Küste. Das Interview von Professor Methling im „Nordmagazin“ vom 29.03.2001 war schon ein starkes Stück, ich glaube sogar, das war ein Skandal. Frage: Musste wirklich erst so eine Katastrophe passieren, ehe reagiert wird? Antwort: Na, ich hoffe nicht, aber wir haben natürlich immer ein so großes Risiko einzukalkulieren bei der starken Befahrung

der Ostsee. Gerade deswegen aber hätten Sie mehr tun müssen, als Briefe schreiben,

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

und nicht warten, bis unsere Küste im Öl erstickt! Wissen Sie immer noch nicht, dass diese Bundesregierung keinen ernst nimmt, der nur Briefe schreibt?

(Wolfgang Riemann, CDU: Und schon gar nicht
Briefe aus dem Osten. – Caterina Muth, PDS:
Von wo hätten Sie denn die Briefe
abgeschickt? Das ist doch nicht zu fassen! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Volker Schlotmann, SPD: Flaschenpost.)

Und dann verkünden Sie auch noch stolz, dass Sie am 29. März 2001, also zweieinhalb Jahre nach „Pallas“ und nach dem Super-GAU in der Ostsee vor dem Darß mit Umweltminister Trittin gesprochen haben, um sich zu verständigen

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

und sich deutlich in die politische Diskussion einzubringen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber
Ententräger werden ernst genommen.)

Zweieinhalb Jahre nach der „Pallas“-Katastrophe drängen Sie auf größeres Tempo, ansonsten aber sind nur und grundsätzlich die anderen schuld. Und weiter sagen Sie, man muss wohl in Weitsichtradar investieren und bei der Lotsenpflicht weiter energisch handeln.

(Angelika Gramkow, PDS:
Wieviel Redezeit hat er denn noch?!)

Ihr Brief nach dem Auflaufen der „Friendly Ocean“ war schon eine politische Bankrotterklärung. Mit diesem Interview haben Sie diese Bankrotterklärung noch weit übertroffen.

Am 30. März bezichtigen Sie, ausgerechnet Sie, die CDU in den Medien des Populismus. Im „Nordkurier“ sagen Sie: „Hin und wieder braucht man eine Katastrophe, um wachzurütteln.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, der Minister schon. –
Gabriele Schulz, PDS: Sie müssen es ja wissen.)

Sie und diese Landesregierung und diese Koalition haben diese Katastrophe gebraucht, um sich selbst wachzurütteln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Genau so ist es.)

Nach so einem ungeheuerlichen Satz müssten Sie eigentlich von jedem vernünftigen Regierungschef rausgeworfen werden.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS –
Volker Schlotmann, SPD: Dafür sind Sie
gestern hier rausgeworfen worden.)

Und Dänemark bezeichnen Sie im „Nordkurier“ schadenfreudig als die „Verweigerer“, die jetzt ihre Politik ausbaden müssen. Wie wollen Sie mit Dänemark, wie will Deutschland mit Dänemark noch nach solch böartigen Kommentaren reden?

Und für Dr. Klostermann diene dieser Unfall nur dazu, die Dänen zu etwas zu bewegen. Ich glaube, Sie haben sich mit diesen Kommentaren selbst dorthin gestellt, wo

Sie hingehören, nämlich ins Abseits. Diese Schadenfreude gegenüber den Dänen, die mit fast 3.000 Tonnen Schweröl kämpfen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist schamlos.)

und das politische Verkünden unserer Forderungen nach der Katastrophe ist schon erschreckend und zynisch zugleich.

Ich sage Ihnen noch einmal klar und deutlich: Werfen Sie Ihren Antrag endlich in den Papierkorb, weil Sie damit noch zehn Jahre reden,

(Lutz Brauer, CDU:

Und stimmen Sie unserem zu!)

anstatt wirklich und praktisch zu handeln! Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit Ihrem Antrag – und das sage ich Ihnen hier klar und deutlich – blamieren wir uns deutschlandweit, international und bei allen Experten bis auf die Knochen!

(Volker Schlotmann, SPD: Das haben wir gestern mit Ihnen getan. Das haben wir gestern gehabt. –
Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, auch für Ihre, Herr Schlotmann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Erhard Bräunig, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Muth von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Muth.

Caterina Muth, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Politikerinnen und Politiker sind ja auch Lernende. Was ich jetzt in den letzten zwei Stunden gelernt habe, scheinbar gibt es eine neue Zeitrechnung. Seit 1998 gibt es die Ostsee,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Volker Schlotmann, SPD: Ja, genau.)

seit 1998 gibt es Schiffe, die Öl transportieren, seit 1998 gibt es die Notwendigkeit,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aber erst seit Herbst. –
Zuruf von Dr. Henning Klostermann, SPD)

vorbeugende Politik zu realisieren, um Schiffsunglücke zu verhindern, seit 1998 gibt es die Notwendigkeit,

(Lutz Brauer, CDU: Reiner PDS-Zynismus.)

Nachsorgetechnik einzurichten, seit 1998 gibt es die Notwendigkeit, die Lotsenpflicht einzuführen und so weiter und so fort.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wann war denn das „Pallas“-Unglück? – Volker Schlotmann, SPD:
Und schuld daran war nur die SPD. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und genau das, was ich eben gesagt habe, zeigt das ganze Dilemma der Debatte um das wirklich wichtige und schwierige Thema Sicherheit in der Ostsee.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Lutz Brauer, CDU: Reiner PDS-Zynismus.)

Meine Damen und Herren, die Erhöhung der Sicherheit auf der Ostsee war und ist ein wichtiges Thema,

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

das weder dazu geeignet ist, kurzatmigen Populismus zu bedienen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sagt
Herr Methling auch seit ein paar Jahren.)

noch benutzt werden sollte, um medienrächige Effekthascherei zu betreiben,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

denn, meine Damen und Herren von der CDU, nicht jeder Zweck heiligt die Mittel.

(Volker Schlotmann, SPD: So ist es.)

In diesem Zusammenhang will ich nur eine Bemerkung zur unwürdigen Vorstellung der CDU von gestern Morgen machen. Nicht nur, dass Ihr äußerst billiger Auftritt dazu diente,

(Lutz Brauer, CDU: So billig war das nun auch
wieder nicht. – Volker Schlotmann, SPD:
Auch noch Steuergelder dafür verschleudert.)

populistische Angriffe gegen die Landesregierung zu inszenieren, vor allen Dingen haben Sie der Tourismusbranche in Mecklenburg-Vorpommern einen Riesenbärendienst erwiesen, einen Riesenbärendienst!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich kann gerne zitieren, Sie können ruhig abwinken, Herr Brauer,

(Lutz Brauer, CDU: Zwischen Rügen
und Møn liegen ganze 15 Kilometer.)

die ddp-Meldung gestern Vormittag: „Eklat im Landtag wegen Ölpest“. Im Schweriner Landtag sei es am Mittwoch Morgen zu einem Eklat gekommen. Abgeordnete der CDU-Fraktion hielten zu Beginn der Sitzung ölverschmierte Vögel von der Ostseeküste hoch und sorgten damit für turbulente Szenen. Und so weiter und so fort. Ölverschmierte Vögel von der Ostseeküste –

(Reinhard Dankert, SPD: Ja.)

die Reaktion darauf hat selbst der Umweltminister deutlich gemacht.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Wer nicht genau informiert ist, was in den letzten Tagen und Wochen gelaufen ist, konnte natürlich den Eindruck bekommen, dass wir hier vor Ort ein Problem haben, wie Sie es darstellen.

(Lutz Brauer, CDU: Wer schlechte
geographische Kenntnisse besitzt,
kommt zu solchen Schlussfolgerungen.)

Damit will ich weder die Katastrophe kleinreden noch dagegensprechen, dass man manchmal ungewöhnliche Mittel benutzen muss, die notwendig sind, um auf ein Problem aufmerksam zu machen. Jedoch worum ging es Ihnen wirklich?

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Um die Sicherheit auf der Ostsee.)

Um eine sachbezogene Debatte zur Problemlösung?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Natürlich.)

Um dringend notwendige Handlungen, die ohne Ihren Auftritt nicht realisiert worden wären?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Ging es Ihnen gar um den Schutz der Umwelt?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Methling ist tapfer.)

Um die Tiere, die Sie hier benutzten? Nein, darum ging es Ihnen absolut nicht!

(Lutz Brauer, CDU:
Jetzt hören wir, worum es ging.)

Politiktheater, Spektakel, ein Kurzzeitgedächtnis in Bezug auf eigene Verantwortung in Bundes- und Landespolitik,

(Volker Schlotmann, SPD: Ja, sonst haben sie auch nichts zu bieten.)

das haben Sie gestern betrieben und Sie betreiben es heute wieder!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und ich finde es wirklich schade, Herr Thomas, dass Sie nicht willens oder nicht fähig sind – ich kann das nicht so richtig einschätzen –,

(Heinz Müller, SPD: Ich hab' dazu meine Meinung. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sagen Sie doch mal! Sagen Sie die doch mal!)

zur Lösung des Problems beizutragen, indem Sie als Fachmann, dazu wären Sie ja, denke ich, in der Lage, sachorientiert diskutieren und Beiträge leisten.

(Gesine Skrzepski, CDU: Das ist ja wohl eine Unverschämtheit!)

Sie hätten natürlich die Möglichkeit gehabt, wenn Sie mit dem Koalitionsantrag nicht einverstanden sind, einen Änderungsantrag zu stellen,

(Friedbert Grams, CDU:
Weil wir ihn ablehnen wollen?)

aber darum ging es Ihnen gar nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Volker Schlotmann, SPD: Eben, eben. Dann hätte man ja keine Show machen können.)

Und, meine Damen und Herren von der CDU,

(Lutz Brauer, CDU:
Parlamentarisches Schachspiel.)

ich will auf einige Punkte Ihres Antrages kurz eingehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ihr Problem ist, dass Sie immer so kurz denken. Gehen Sie doch mal auf die Sache ein! Das wäre ganz schön. – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Ach, wissen Sie, Herr Jäger, wir können uns gerne noch 24 Stunden unterhalten, das ist kein Problem.

(Angelika Gramkow, PDS: Das schafft Herr Jäger nicht mit seiner Sachkenntnis zu diesem Thema.)

Aber ich mache Ihnen ein Angebot: Nutzen Sie doch das, was Dr. Klostermann heute schon klargemacht hat! Nutzen Sie doch die Gremien, die wir haben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Quasselbuden helfen uns nicht mehr, Briefe und so weiter. Es muss was getan werden.)

um zu debattieren und inhaltlich zu diskutieren! Das ist doch überhaupt nicht mein Thema!

(Reinhard Dankert, SPD: Herr Jäger bezeichnet die Ausschüsse als Quasselbuden. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber kommen wir jetzt zu Punkt 1 Ihres Antrages, in dem Sie die Einrichtung eines Havariekommandos mit monographischer Befehlsstruktur fordern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Jetzt will ich ja gar nicht behaupten, dass diese Forderung unvernünftig wäre.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das denke ich nicht. – Lutz Brauer, CDU: Sehen Sie, der Teufel steckt im Detail.)

Mir scheint nur, dass der Antragsteller nicht auf der Höhe der Zeit ist.

(Lutz Brauer, CDU: Es existiert schon alles.)

Wir alle wissen – und somit auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU –, dass nach der Auswertung der Havarie der „Pallas“ die Grobecker-Kommission am 16. Februar 2000 ihren ausführlichen Bericht vorgelegt hat. Dieser enthält 30 Empfehlungen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

zur Verbesserung des Notfallkonzeptes, der Sicherheit der Seefahrt, des Seerechts und des Seeversicherungsrechts.

(Lutz Brauer, CDU: Wie stopfe ich ein Tankerleck, oder wie?)

Sie wissen sicher auch, dass die in der Arbeitsgruppe V „Struktur“ organisierten Experten sich in einem Dialog zwischen den Stellen des Bundes und der Küstenländer auf die Bildung eines Havariekommandos verständigt haben.

(Lutz Brauer, CDU: Die haben sich bloß keine Termine geben lassen. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Am 25. April 2001 wird die Arbeitsgruppe zu ihrer nächsten Sitzung zusammenkommen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Prima, toll! Und dann?)

und diese Empfehlung verabschieden. Aller Voraussicht nach wird der zuständige Lenkungsausschuss auf seiner Maisitzung dann das Vorhaben beschließen. So viel zu dem Punkt 1. Und erzählen Sie mir nicht, dass Sie das nicht gewusst haben!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das weiß man bei denen aber nicht ganz genau. Sachkenntnis ist nicht ihre Stärke.)

Zu Punkt 2. Die CDU fordert die Fortsetzung des Tiefwasserweges durch die Kadet-Rinne. Ich könnte meine Kritik von Punkt 1 wiederholen, denn diesbezüglich verhält es sich wie folgt: Da es sich bei der Schifffahrtsroute durch die Kadet-Rinne um einen internationalen Seeweg handelt, haben die betroffenen Länder Dänemark und Deutschland einen entsprechenden Antrag bei der IMO gestellt. Das wissen Sie sicherlich.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

In Zusammenarbeit wurde ein Vorhaben zur Fortsetzung des Tiefenweges erarbeitet und dessen Realisierung beantragt. Und?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und jetzt? –
Lutz Brauer, CDU: Davon wird
sie nicht breiter und nicht tiefer.)

Punkt 3. Die Kadet-Rinne und der Tiefwasserweg sollen
in die Verkehrs- und Revierüberwachung durch die
Revierzentrale Warnemünde einbezogen werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Dazu gibt es zweierlei zu sagen: Auf der einen Seite
sollten wir nicht so tun, als wenn die CDU etwas Neues
erfunden hätte. Schließlich wird die Revierzentrale War-
nemünde mit einem modernen Schiffsidentifikationssys-
tem ausgestattet, das wissen wir.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die zweite Seite der Betrachtung ist dabei die, dass es
nach unserer Auffassung natürlich zu lange dauert – das
wissen Sie, das haben wir hier alle gesagt –,

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

bis sämtliche größeren Schiffe mit diesem System aus-
gestattet werden. Aber Sie werden mir Recht geben, dass
hier niemand in diesem Landtag, weder der Umweltminis-
ter noch die PDS, noch die SPD gesagt haben: Wir sind
zufrieden, wir brauchen nicht mehr zu streiten,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann tun Sie doch was!)

wir müssen auch gegenüber dem Bund nicht sagen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie müssen doch
einfach nur was tun. Ja, machen Sie!)

dass es nicht in Ordnung sei.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, machen Sie!)

Niemand hat hier gesagt, dass wir nicht mehr Druck
brauchen und wenig Zeit haben.

(Lutz Brauer, CDU: Darin wollen wir Sie doch
gerade unterstützen. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Aber doch nicht mit Ihrem Antrag.)

Nur, meine Damen und Herren, ich frage Sie, vorhin hat
Herr Riemann so schön dazwischengerufen „Briefe aus
dem Osten“: Was würden Sie denn tun?

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Würden Sie die autarke Republik Mecklenburg-Vor-
pommern ausrufen und jetzt alle Verträge mit sich selbst
machen?

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten
der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich könnte so Punkt für
Punkt Ihres Antrages auseinander nehmen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann lassen
Sie uns doch die Punkte beschließen!)

die Lotsenpflicht unter anderem. Sie werden hier nie-
manden gehört haben, der jemals gegen die Lotsenpflicht
gesprochen hat. Oder?

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Nee, aber Sie tun nichts dafür.)

Herr Thomas hat mich ja vorhin zitiert, in bewährter Art
und Weise natürlich bruchstückhaft

(Monty Schädel, PDS: Ja, das macht er ja immer.)

nur das Teilstück, was er brauchte.

(Volker Schlotmann, SPD: Das sind doch
die Gedächtnislücken bei den Menschen. –
Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Aber ich möchte ihn dann hier doch ergänzen, damit
das nicht so im Raum stehen bleibt, als er davon sprach,
wie ich mich zur Notschleppkapazität äußerte. Immer wie-
der fordern Sie ja Notschleppkapazitäten mit Freizügen
von 180 Tonnen und mehr. Diese Forderungen werden
aber von den Experten der Grobecker-Kommission nicht
gestützt. Warum hören Sie denn nicht mal auf die Exper-
ten, wenn sie eine andere Meinung als Ihre eigene haben?
Das frage ich Sie, Herr Thomas! Sie haben das vorhin ja
auch immerzu gefragt.

(Volker Schlotmann, SPD:
Ja, das passt ihm nicht in den Kram.)

Darüber können wir uns doch im Ausschuss dann mal
unterhalten.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Aber Herr Thomas bringt es ja nicht einmal übers Herz,
jetzt hier zuzuhören.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Er geht ja auch nicht in den Ausschuss.)

Ich sage ihm das dann heute Nachmittag in der
Umweltausschusssitzung.

(Barbara Borchardt, PDS: Meinst du, er kommt?)

Meine Damen und Herren, ich will jetzt nicht auf die
anderen Punkte eingehen. Ich will Ihnen nur eines sagen:
Ich denke, dass wir heute Ihren Antrag wieder ablehnen
können,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na prima.
Was muss eigentlich noch passieren?)

erstens, weil gehandelt wird, zweitens, wir sind uns
natürlich einig, dass vieles schneller gehen müsste, aber
wir leben nun einmal nicht allein auf diesem Globus. Es tut
mir herzlich Leid.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Mir nicht. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja,
und warum tun Sie dann nichts?)

Lassen Sie uns gemeinsam streiten! Lassen Sie uns für
schnelle Handlungen sorgen, aber nicht, indem Sie Politik
betreiben, wo Sie Ursachen falsch benennen, ganz
bewusst die Akteure diffamieren und damit schwächen,
das will ich auch deutlich sagen!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt so nicht.)

Natürlich!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

Lassen Sie uns Politik machen, wo Sie auch endlich
dazu kommen, nicht nur über Nachsorge nachzudenken
und diese einzufordern, sondern vor allen Dingen das Vor-
sorgeprinzip zu bedienen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:
Das steht doch alles in unserem Antrag drin.)

Und dann sage ich Ihnen ganz am Schluss, Not-
schleppkapazitäten vorzuhalten und Ähnliches, das sind
zwar Vorsorgen für den Katastrophenfall, aber uns muss

es doch noch um was ganz anderes gehen, nämlich Schifffahrt sicherer zu machen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Schifffahrt an sich, von Anfang an Prävention so, wie der Wirtschaftsminister es ja jetzt gesagt hat. Und da sage ich Ihnen noch einmal: Ihre Verantwortung bis 1998, wenn Sie es denn wirklich ernst meinen bei diesem Thema,

(Kerstin Kassner, PDS: Ja, genau.)

sollten wir ganz ernsthaft bereden. Denn wie gesagt, die Ostsee ist nicht zwei Jahre alt.

(Martin Brick, CDU: Das ist doch nicht entscheidend. Entscheidend ist, dass Sie jetzt regieren.)

Schiffe gibt es auch nicht erst seit zwei Jahren. Das Problem von Katastrophen kennen wir nicht erst seit 1998. Dass jede Katastrophe eine zu viel ist, darüber sind wir uns einig.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Wir alle wissen, dass es keine absolute Sicherheit auf den Meeren geben wird.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wollen nur nichts tun.)

Da sind wir uns einig, dass wir etwas tun müssen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber Sie tun es nicht. Dann tun Sie doch was!)

aber bitte doch nicht in der populistischen Art und Weise, wie Sie es hier betreiben!

Ich bitte um Zustimmung für unseren Antrag. – Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Klostermann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Dr. Klostermann.

Dr. Henning Klostermann, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es fällt mir schwer, nach diesen ungeheuerlichen Anschuldigungen des Abgeordneten Thomas hier darauf auch noch zu reagieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wahrheit tut weh, Herr Klostermann.)

Ich sage Ihnen nur eines: Sie reden hier laufend von drei abgeschmetterten Anträgen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, so ist das und der vierte folgt.)

Dass es einen Antrag gibt, der die Zustimmung aller fand, in dem die meisten Ihrer Punkte enthalten waren, ignorieren Sie völlig

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Die Wahrheit wollen sie gar nicht wissen! – Volker Schlotmann, SPD: Ja.)

Und dass es einen Antrag gab, der sich selbst erledigt hat, weil er den LKW-Firmen und den Passagieren eine Maut aufdrücken wollte, ebenfalls!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Erhard Bräunig, SPD: Ja!)

Damit ist das, was Sie sagen, schon total relativiert.

(Reinhard Dankert, SPD: Was im Zeitungsinterview ja dann abgelehnt wurde.)

Ich will Ihnen auch sagen: Ich warte immer noch darauf, dass Sie einmal in den Unterausschuss kommen, in den Unterausschuss,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann erwähnen Sie doch bitte auch, dass wir heute hier gemeinsam sitzen. – Volker Schlotmann, SPD: Waren Sie überhaupt da?)

der für den Landtag hier in Verantwortung gegangen ist. In diesem Ausschuss sitzen auch andere CDU-Abgeordnete, deren Aktivitäten ich vermisste.

(Volker Schlotmann, SPD: Ja.)

Reden Sie nicht miteinander oder wie ist das?

(Lutz Brauer, CDU: Also unsere Anträge haben wir doch in den Ausschüssen gehabt.)

Ich bin gespannt auf die heutige Sondersitzung, die Sie beantragt haben, die sehr kurzfristig stattfinden soll – das habe ich so aus Ihren Kreisen gehört –, die Sondersitzung des Innenausschusses und des Unterausschusses, nach diesem Termin der Landtagssitzung. Da bin ich sehr gespannt.

(Lutz Brauer, CDU: Nachdem Sie unsere Anträge abgelehnt haben.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, vor zwei Tagen erhielt ich einen Kartengruß mit folgendem Spruch:

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

„Ein Schiff ist im Hafen sicher, dafür wurde es aber nicht gebaut.“

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist wohl wahr.)

Wie wahr! Ich finde, das ist ein sehr sinniger Spruch, der mich zu meinem Geburtstag erreicht hat.

(Reinhardt Thomas, CDU: O Gott, o Gott!)

Und dann meine ich, auch diese Sichtweise ist eine sehr interessante. Nun fahren wir doch viele tausend Schiffe, die nach langen Jahren in Diensthaltung wohl nur noch in den Häfen sicher liegen. Die Welthandelsflotte ist mit vielen Risikoschiffen, teilweise Risikomannschaften sowie risikogenötigten Kapitänen auf Druck skrupellosen Wettbewerbs behaftet. So sind die Tatsachen! Auch wir als baltischer Anrainerstaat sind vor Havarien nicht gefeit. Insbesondere Öltanker bilden das höchste Gefährdungspotential für die Ostsee und gerade für unsere tourismusausgerichtete Region, Mecklenburg-Vorpommerns Küste.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, so ähnlich hätte ich vor dem Datum 29.03.2001 unseren Koalitionsantrag begründen wollen.

Erste Aussage. Der Ihnen vorliegende 10-Punkte-Entschließungsantrag gilt ohne die zugespitzte Dramatik der letzten Tage voll inhaltlich weiter.

(Beifall Andreas Bluhm, PDS)

Zweite Aussage. Die jetzt aufgewachte Hektik und der oppositionelle Aktionismus sind nicht angemessen, da wir

alle in Verantwortung stehen, und das nicht erst seit dem Aufreißen der „Baltic Carrier“.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Nomen est omen. Ausgerechnet der friedliche und junge Doppelhüllentanker muss in der Baltic sea – dem Балтийское море, das kennen Sie alle noch –, der Ostsee, eine Katastrophe auslösen. Kein antiker Name wie „Pallas“ oder ein romantischer wie „Erika“, nein, ein sachdienlicher wie „Ostseefrachter“ wird zu unserem Schicksal.

(Reinhardt Thomas, CDU: Mein Gott, was sülzt er da bloß?! – Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Dabei ist die Brisanz auch für Deutschland und die Ostsee wenigstens zehn Jahre alt. Es wurde eben schon darauf hingewiesen, nicht erst seit zwei Jahren gibt es die Ostsee, seit sie Herr Thomas entdeckt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Dr. Gerhard Bartels, PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist so.)

Ich erinnere hier zum wiederholten Male an die „Exxon Valdez“

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und das schnelle Handeln der US-Amerikaner vor zehn Jahren und der Weltmacht blieb es unangefochten, für ihre Küsten im Pazifik und Atlantik zu handeln. International hat sich aber leider kaum etwas bewegt. Damit meine ich die Internationale Maritime Organisation, auf die auch wir angewiesen sind. Wir sind nicht die Weltmacht Amerika und wir haben mehrere Anrainer in der Ostsee, die nicht einmal EU-Mitglied sind.

Was mich, meine Damen und Herren Abgeordnete, tief bewegt, ist die persönliche Ohnmacht als Betroffener und die Ohnmacht aller betroffenen Behörden und Gremien gegenüber den Ursachen von Tankerunfällen und Ölkatastrophen. Und ich sage es noch einmal mit Nachdruck: Die Freiheit der Meere als freies Navigationsrecht, ob schon 400 Jahre Völkerrecht und in der Pariser Seerechtsdeklaration 1856 anerkannt und in der Genfer Seerechtsdeklaration von 1958 erneut bestätigt, ist das Haupthindernis in der zügigen Durchsetzung moderner Regularien im Seeverkehr. Und solange Reeder und Verlader Billiganbieter und Substandardschiffe, schlecht ausgebildete Mannschaften, unzureichend qualifizierte Brückenbesatzungen, zu hohe Geschwindigkeiten und uralte nautische Karten nutzen, kommen wir nicht weiter. Meine Grundforderung ist daher, doch endlich die Freiheit der Meere zu deliberalisieren. Das klingt geschraubt und nicht modern, ist aber der Schlüssel für geordnete, überwachte und kontrollierte Seefahrt überhaupt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die Seeschifffahrt sollte endlich den relativ besseren Vorschriften der Luftfahrt, die etwa 100 Jahre alt sind, folgen

(Reinhardt Thomas, CDU:
Da können Sie aber noch 100 Jahre drauf warten, ehe Sie das durchkriegen!)

und nicht mehr antiken Vorschriften.

Wissen wir eigentlich, woher der Begriff „Kybernetik“ und die heute unverzichtbare Systemtheorie,

(Lutz Brauer, CDU:
Das ist der fliegende Holländer.)

die zu Erfolgen der Raumfahrt und vielen anderen führten, kommt? Aus der griechischen antiken Seefahrt! Steuerkunst, nichts anderes verbirgt sich dahinter. Und das ist heute ein Desaster, eben antik. Und auch Kapitängilden müssten selbst ihre so genannte seemännische Praxis, die mit diesem Mare liberum, der Freiheit der Meere, gekoppelt ist, auf den Prüfstand stellen. Auch das passiert momentan.

(Lutz Brauer, CDU: Ihr Beitrag hat ja echten Unterhaltungswert.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, in diesen Wochen läuft die maritime Unfallbekämpfung mit Ölaufnahme, Ölbeseitigung, Rettungs- und Tötungsaktionen, Kadaverbeseitigung von Seevögeln. Und da sprechen selbst Biologen, ein Herr aus Kiel, von geringen Umweltauswirkungen. Ungeheuerlich!

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das kann nicht wahr sein!)

Kritisch verlautet aus den Expertenkreisen des Deutschen Nautischen Vereins, ...

Herr Thomas, sind das keine Experten? – Schweigen im Walde.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Der einzige Experte ist Herr Thomas.)

... dass deutsche Seeämter hinsichtlich der in Stapeln vorliegenden Akten über die Havarien der letzten Jahre für Seeunfalluntersuchungen nicht gefragt waren, dass derzeitig ausreichende Kenntnisse über die tatsächlichen Unfallursachen fehlen, dass Simulationsuntersuchungen über das Manövrierverhalten großer und tiefergehender Schiffe in speziellen Seegebieten fehlen – Kadet-Rinne –, dass Eckpunkte für ein vorbeugendes und unfallbezogenes maritimes Managementsystem seit über zehn Jahren Forderungen dieses Deutschen Nautischen Vereins sind – fast vergeblich bis heute.

Wie sieht es nun auf den Küstenmeeren und auf hoher See aus? 90 Prozent des Welthandels realisiert die Schifffahrt mit zwei Milliarden Tonnen Öl und einer Welttonnage von 50 Prozent. Jährlich werden Verluste von 230 Schiffen mit etwa einer Million Bruttoregistertonnen und 1.000 Menschen registriert. Die Ursachen sind zu 60 bis 80 Prozent, so sagen Fachleute, menschliches Fehlverhalten und Kommunikationsprobleme. Und ich erinnere an das, was unser Wirtschaftsminister heute hier auch gesagt hat: Es gibt natürlich keine hundertprozentige Sicherheit, aber die 60 bis 80 Prozent menschlichen Fehlverhaltens, die können wir senken, und daran müssen wir arbeiten.

(Lutz Brauer, CDU: Da wollen wir doch gern mithelfen.)

Zweitens wird der wirtschaftliche Druck auf Kapitäne und Schiffsbesatzungen zur Außerachtlassung von Sicherheitsbestimmungen angeführt. Da Änderungen und Verschärfungen von Regelungen auf See nur international vereinbar sind und nicht durch einen Beschluss in diesem Landtag –

(Zurufe von Lutz Brauer, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

das muss in der CDU auch mal verinnerlicht werden –, muss man erforderliche Mehrheiten in der IMO besitzen.

Nun ist die Europäische Gemeinschaft dank des Drucks aus Frankreich – „Erika“ lässt grüßen, darüber haben wir ja auch schon des Öfteren im vorigen Jahr gesprochen – zu Änderungen willig, verfügt aber zurzeit nur über 15 Prozent der Welttonnage, allerdings nach der Erweiterung der Gemeinschaft über 27 Prozent in der IMO, und wäre damit dann der größte Interessenvertreter der maritimen Wirtschaft. Dann kann es einen Ruck geben in den internationalen Regularien.

Die Ostsee passieren 200 Millionen Tonnen Güter im Jahr, davon 50 Millionen Tonnen Mineralöl. Im Verkehrsschwerpunkt westliche Ostsee sind 60.000 Schiffe im Jahr gezählt worden, davon 75 Prozent Tanker.

(Lutz Brauer, CDU: Welches Lexikon haben Sie denn abgeschrieben?)

Interessant ist aber, dass von 148 Mitgliedern der IMO 95 Prozent zur Welthandelsschiffstonnage zählen, darunter aber alle Billigflaggen. Weiter werden aber 35 Prozent der Welttankerflotte von EU-ansässigen Firmen betrieben, die vorzugsweise auf Flaggen wie Liberia, Panama, Zypern, Malta und die Bahamas ausgewichen sind, da die hohen Betriebs- und Personalkosten in der EU nicht wettbewerbsfähig sind. Das Recht der friedlichen Durchfahrt in den Meeren und die garantierte Dienstleistungsfreiheit der Europäischen Gemeinschaft müssen in die Revision.

Meine Damen und Herren, und nun zu dem Antrag, der mit Dringlichkeit auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Wir haben uns dagegen nicht gestemmt. Herr Thomas, haben Sie das auch mal zur Kenntnis genommen?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ach, nicht doch! –
Götz Kreuzer, PDS: Er war doch gar nicht mehr da. Als es um die Sache ging, war er doch gar nicht mehr da!)

Zu dem Antrag 3/2025. Interessant, meine Damen und Herren, ist die Vorgeschichte.

(Unruhe bei Dr. Armin Jäger, CDU,
und Götz Kreuzer, PDS)

Der Abgeordnete Thomas hat vor einigen Wochen – er hat das Datum auch genannt, ich glaube, 12. März – in außerparlamentarischer Initiative und Weise reagiert, außerparlamentarisch, obwohl Abgeordneter, eine so genannte Warnemünder Erklärung in einer Versammlung verabschieden lassen, die mit viel Getöse am 30.03.2001 als, ich zitiere, „Sofortmaßnahmen Ostseesicherheit“ vorgestellt wurde, und jetzt und heute hier unter dem bereinigten Stichwort „Ostseesicherheit“. Sie haben selbst gemerkt, dass „sofort“ fehl am Platz ist. Hier taucht also diese Warnemünder Erklärung wieder auf in den neun Punkten.

Es sind keine Sofortmaßnahmen, weil es keine Sofortmaßnahmen geben kann. Es geht nur über lange Verhandlungen, weil ich alle mit an Bord nehmen muss. Abgesehen von der Selbstbeschmutzung des Abgeordnetenstatus, wenn Parlamentarier ihre Tätigkeit und den Rahmen ihrer Tätigkeit als Debattierklub bezeichnen – ich habe das auch heute hier wieder gehört –,

(Beifall Beate Mahr, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD)

könnte uns die gestrige Selbstentblößung in unwürdigster Form mit verendeten und verölten Seevögeln eher davon abraten, die legale Opposition überhaupt ernst zu nehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Wir haben mit viel Geduld und Beherrschung schließlich Ihrem Dringlichkeitsbegehren zugestimmt und versucht, das Spektakel außen vor zu lassen. Aber, meine Damen und Herren Abgeordnete, der Antrag selbst hätte als qualifizierter Änderungsantrag in einigen Passagen Chancen gehabt. Nun kommt es Ihnen aber bewiesenermaßen nicht auf die Substanz, sondern auf den Klamauk an. Ich habe im Ernst objektiv nicht verstanden, was dieses Sammelsurium an Empfehlungen und Forderungen – herausgegriffen aus der Grobecker-Kommission mit ihren 30 Empfehlungen, das wurde heute schon gesagt, und herausgenommen aus den Empfehlungen, die im „Erika-1“- und „Erika-2“-Paket der EU enthalten sind, und die enthalten sind in den in Berlin eingebrachten kurzfristigen Maßnahmen der Landesregierung – soll. – Übrigens gibt es darin Wortverwechselungen. Fremdwörter sind eben manchmal Glückssache. – Sie haben unkooperativ und unqualifiziert gearbeitet und Sie beweisen unparlamentarischen Stil.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wem und welcher Sache wollen Sie eigentlich nutzen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der Sicherheit.)

oder eher schaden, meine Damen und Herren von der Opposition? Die sachliche Prüfung zeigt, dass Ihre angeblich konkreten kurzfristigen Sicherheitsmaßnahmen – so steht es in der Begründung, nicht mal im Antrag – in anderen Handlungspapieren, einschließlich unserer Entschließung, implizit enthalten sind. Und deswegen ist der Antrag abzulehnen.

(Friedbert Grams, CDU: Also war die
Aufsetzung des Antrages eine Alibifunktion.)

Schade, schade, Sie hatten eine faire Chance.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was muss
eigentlich noch passieren?)

Wir werden Ihren Antrag folgerichtig ablehnen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Herr Klostermann, Sie hatten dreimal eine faire Chance,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Die CDU hat uns eine
faire Chance gegeben. Ist die CDU aber lieb!)

sich mit dem Thema Sicherheit auf der Ostsee auseinander zu setzen. Sie haben dreimal diese Chance nicht genutzt,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

im Januar 2000, im Mai 2000 und im Januar 2001. Sie haben dies mit einer politischen Ignoranz sondergleichen unternimmt

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Oje, oje! –
Gabriele Schulz, PDS: Oh!)

und ich zitiere – Zitate tun weh – noch einmal Herrn Methling vom 2. Februar 2000: „Ich halte es daher für verfrüht, einen ‚Katastrophenschutz Ostsee‘ zu fordern“ – und so weiter und so fort. Im Februar 2000!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Heute, über ein Jahr danach, Herr Klostermann, reden Sie von oppositionellem Aktionismus. Sie hätten die Chance gehabt, aber Sie ignorieren jeden sachlich-konstruktiven Vorschlag – und alle drei Anträge waren sachlich konstruktiv –

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

und vertun die Chance für die Ausschüsse, sich damit zu befassen.

Und eins, Herr Kollege Klostermann, lassen wir uns von Ihnen nicht vorschreiben: Wenn wir der Meinung sind, uns gemeinsam mit Fachleuten zusammenzusetzen und unsere Position zu beschreiben wie am 12. März in Warnemünde, dann werden wir dies auch weiterhin tun.

Ich will Ihnen ein Weiteres sehr klar und deutlich sagen – bin sofort fertig, Herr Präsident:

(Heinz Müller, SPD: Gott sei Dank!)

Wir werden weiter auf diesem Gebiet arbeiten

(Till Backhaus, SPD: Wir auch!)

und wir werden uns nicht durch Sie davon abhalten lassen.

(Till Backhaus, SPD: Wir auch!)

Uns ist die Sicherheit auf der Ostsee wichtig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich fand es gut, dass der Geschäftsführer des Tourismusverbandes am Dienstagabend in der Art und Weise in Berlin aufgetreten ist.

(Till Backhaus, SPD: Das fanden Sie gut?)

Nur so, glaube ich, hilft es uns weiter gegenüber Rot-Grün in Berlin. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1995. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS mit den Stimmen der SPD und PDS bei Stimmenthaltung der CDU angenommen.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2025 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2025 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei jeweils einer Enthaltung in diesen Fraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 13.45 Uhr fortgesetzt.

Unterbrechung: 12.43 Uhr

Wiederbeginn: 13.49 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Sofortprogramm Jugendarbeitslosigkeit, Drucksache 3/2000.

Antrag der Fraktion der CDU:
Sofortprogramm Jugendarbeitslosigkeit
– Drucksache 3/2000 –

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es ist ja hier schwierig nach der Mittagspause, aber vielleicht sollten Sie sich dazu entschließen, überhaupt keine Mittagspause mehr einzubeziehen.

Arbeitslosigkeit, Nullwachstum und demographisches Ausbluten des Landes – das sind die Herausforderungen, die unser Land zu bewältigen hätte. Leider habe ich bei dieser Landesregierung den Glauben verloren, dass diese Ziele jemals verwirklicht werden. Das beste Beispiel dafür bietet der 10. Oktober vergangenen Jahres. An diesem Tag wurde von der Landesregierung lauthals verkündet, dass Arbeitsminister Holter mit einem Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beauftragt worden ist. Innerhalb von zwei Wochen sollten strategische Maßnahmen vorgeschlagen werden, um jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern einen Arbeitsplatz und eine berufliche Perspektive zu bieten. Untermauert wurden die Aussagen durch die seitens des Kabinetts in Aussicht gestellten finanziellen Mittel zur Unterstützung des Projekts. Seither ist zwar rund ein halbes Jahr vergangen, passiert ist jedoch nichts, nichts jedenfalls, was unserem Land aus seiner mehr als schlechten wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Verfassung hätte helfen können. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache und da hilft es Ihnen auch nichts, wenn Sie die ewige Leier des Schlechtedens des Landes zum x-ten Mal wiederholen. Fakten sind in meinen Augen Fakten und diese Fakten zeigen eindeutige Fehlentwicklungen im Land auf.

Die Jugendarbeitslosigkeit zeigt solch eine eindeutige Fehlentwicklung im Land auf, die sich auch eindrucksvoll in den nackten Zahlen widerspiegelt. Im Februar waren zuletzt 23.483 junge Menschen im Land unter 25 Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen. Das ist die höchste Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe seit 1991! Allein während der letzten zwölf Monate bedeutet dies einen Anstieg von rund zehn Prozent. Ein leichter Rückgang im März auf 22.673 Arbeitslose ändert nichts an der bedrückenden Situation.

Auch Ihre einstigen Wahlkampfhelfer des DGB bescheinigen Ihnen ja mittlerweile absolutes Versagen in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Land.

(Beifall Dr. Christian Beckmann, CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

So war erst gestern der „Ostsee-Zeitung“ zu entnehmen: „Jetzt kann die Landesregierung keine Beschimpfungen mehr auf die Arbeitslosen loslassen“. Da erscheint es mir als regelrechter Hohn, wenn Sie sich hier

hinstellen und Ihre Politik des Nichtstuns und des politischen Stillstandes versuchen zu überdecken, zu überdecken mit fadenscheinigen Argumenten gegen meine Fraktion, es würde unsererseits nur alles schlecht geredet und keine eigenen Konzepte vorgelegt.

Meine Damen und Herren, zu unserer Entschließung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vom 16. November 2000: Ich will nur auf zwei oder drei Fakten eingehen: Wir haben damals gefordert in den Punkten 6 und 7: Die Sicherung einer hohen Investitionsquote, eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen und eine Verbesserung bei der Unternehmenskultur, Berücksichtigung im Bildungsbereich, verstärkte Förderung von Unternehmensgründungen, insbesondere von Hochschulabsolventen. Und Sie, Herr Minister Holter, haben damals gesagt: „Ich möchte hier nur sagen, der Antrag kommt zu spät, hat sich an und für sich selbst erledigt.“ Die Landesregierung handelt?! Herr Holter, wir haben es ein halbes Jahr später. Sie haben nichts, aber auch gar nichts getan!

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und, meine Damen und Herren, es sind noch nicht einmal drei Stunden vergangen, da haben Sie mit Ihren Stimmen einen Antrag meiner Fraktion zur wirtschaftlichen Entwicklung im Land „Zukunft Mecklenburg-Vorpommern“ abgelehnt. Dieser Antrag enthielt konkrete Handlungsvorschläge für einen nachhaltigen wirtschaftlichen und vor allem arbeitsmarktwirksamen Aufschwung und zeigte Möglichkeiten zur Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf. Wer substantielle Anträge der Opposition ohne inhaltliche Überprüfung ablehnt, muss sich solche Kritik gefallen lassen. Verschonen Sie uns also zukünftig mit derartigen Vorwürfen!

Es wäre bei weitem schlimm genug gewesen, wenn es die Landesregierung dabei belassen hätte, ein groß angekündigtes Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nicht vorzulegen. Wenn ich mir jedoch dazu noch die Presse der letzten Wochen und Monate vor Augen halte, fühle ich mich mehr als verschaukelt und auch die jungen Leute müssen sich mehr als verschaukelt fühlen. SVZ vom 25. Oktober 2000: „Zehn bis 20 Millionen Mark' für das Programm müssten, von der gesamten Landesregierung geschultert werden“, erklärte Holter gestern in Schwerin. „Ich“ – so Holter – „gehe davon aus, dass die Ministerien dem offen gegenüberstehen.“ ... Wie auch immer das Sofortprogramm aussehen soll, eine interministerielle Arbeitsgruppe werde bis zum 14. November konkrete Vorschläge erarbeiten, um das Programm noch im Haushalt 2001 verankern zu können, sagte Holter.“

Meine Damen und Herren! Weder vom Programm noch von der interministeriellen Arbeitsgruppe habe ich bisher Konkretes gehört. Stattdessen müssen wir uns von Herrn Holter auf der Landtagssitzung vom 16. November zu unserem Antrag „Entschließung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern“ sagen lassen: „Ich habe die Erfahrung gemacht, dass eine interministerielle Arbeitsgruppe, wenn sie tatsächlich zielorientiert arbeitet, viel schneller Ergebnisse auf den Tisch packt, als wenn ein Ministerium alleine Vorschläge macht und die Tippel-Tappel-Tour der Ressortabstimmung betreibt.“ Herr Holter, nur zur Erinnerung: Wir haben heute den 5. April 2001!

Meine Damen und Herren! Wie ernst es der Landesregierung mit der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

im Land ist, zeigen auch die kürzlich getroffenen Äußerungen der Finanzministerin und des Ministerpräsidenten. So stellt sich Frau Keler bei der IHK hin und hat nichts Besseres zu tun, als junge und gut ausgebildete Menschen dazu aufzufordern, aus Mecklenburg-Vorpommern wegzugehen.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Das ist ja unglaublich! Das ist ja unglaublich! –

Wolfgang Riemann, CDU: Die Besten sollen weggehen. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das haben Sie, glaube ich, vom ehemaligen Ministerpräsidenten gelernt. Der soll das ja mal erklärt haben. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es waren die Jahrgangsbesten der IHK Schwerin, die Absolventen der Winterprüfung. Die Jahrgangsbesten!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also der Herr Seite hat mehrfach solche Erklärungen abgegeben.)

Frau Keler, ich erwarte von verantwortlichen Politikern in diesem Land, dass man solch einer Gruppe junger Menschen sagt,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Bleibt hier! Bleibt hier!)

wir brauchen euch, wir brauchen euch in diesem Land. Und wenn ihr die Hochschulreife nicht habt, dann macht sie auf dem zweiten Bildungsweg nach! Geht auf unsere Fachhochschulen, geht auf unsere Universitäten – die Sie ja von der Landesregierung ständig hoch loben, die auch gut sind, das ist unsere feste Überzeugung als CDU – und geht den Weg in die Selbständigkeit! Füllt die Lücke von 18.000 fehlenden Unternehmern in Mecklenburg-Vorpommern, sucht eure Chance in Mecklenburg-Vorpommern!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Reinhardt Thomas, CDU: Das wollen sie doch gar nicht!)

Das muss doch verantwortliche Politik sein gegenüber diesen jungen Leuten und nicht, den Rat zu geben, dass sie abwandern sollen und dann vielleicht irgendwann wieder zurückkommen sollen. Frau Keler, Sie haben dies in Schwerin gesagt, in Westmecklenburg, wo durchaus Chancen bestehen, wenn ich Arbeitslosenquoten von 13,6 Prozent in Ludwigslust sehe oder knapp 16 Prozent in der Landeshauptstadt Schwerin. Wir können doch wirklich nicht als Politiker den jungen Menschen den Rat geben, geht weg und kommt dann zurück. Der Rat muss doch sein: Sucht eure Chance hier! Wir wollen den Rahmen so setzen, dass ihr eure Chancen hier habt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Reinhardt Thomas, CDU: Richtig.)

Und das fügt sich in die Reihe ein. Der Herr Ministerpräsident auf dem Jahresempfang der Katholischen Kirche vor zwei Tagen hier in Schwerin: Er wird von Kardinal Sterzinsky auf das Problem der Abwanderung angesprochen und Herr Ministerpräsident hat nichts anderes zu tun, als dieses Problem zu verniedlichen.

(Minister Dr. Peter Kauffold: Das stimmt doch so gar nicht.)

Und, Herr Ministerpräsident Ringstorff, man sollte sich vorher informieren, ehe man behauptet, dass Mecklen-

burg-Vorpommern eine geringere Abwanderung hat – und hören Sie gut zu: „...als Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Thüringen und Sachsen.“

(Reinhardt Thomas, CDU: Da hat er doch glatt gelogen. – Dr. Armin Jäger, CDU: Da war ich dabei. – Wolfgang Riemann, CDU: Wieder bei einer Unwahrheit erwischt! – Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Herr Ministerpräsident, ich habe mir die Zahlen besorgt. Ich kann Ihnen eine Empfehlung geben: Gehen Sie noch mal zur Grundschule und befassen Sie sich mit den vier Grundrechenarten!

Wir haben eine Abwanderung ...

(Andreas Bluhm, PDS: Aber doch nicht bei diesen Stundentafeln, Herr Rehberg! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Das stimmt, da lernt er es nie!)

Herr Kollege Bluhm, für diese Stundentafeln sind Sie seit zweieinhalb Jahren mitverantwortlich.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach, Herr Rehberg, geben Sie zu, das war wirklich gut!)

Ich finde es toll, dass Sie Ihre eigene Politik beklagen.

(Monty Schädel, PDS: Aber der war doch gut, Herr Rehberg, nicht?!)

Das finde ich sehr gut.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Der war doch wirklich gut.)

Aber nun zu den Rechenkunststücken unseres Herrn Ministerpräsidenten:

(Monty Schädel, PDS: Der kann noch nicht mal sagen, dass ein Witz gut war.)

4.500 junge Leute sind insgesamt abgewandert im Jahr 1999, davon 5.000 unter 25 Jahren. Herr Ministerpräsident Ringstorff, meine Damen und Herren der Landesregierung, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von SPD und PDS, Niedersachsen hat eine Zuwanderung von 35.100 zu verzeichnen, davon 20.000 junge Menschen unter 25. Schleswig-Holstein hat eine Zuwanderung von 14.000 Menschen zu verzeichnen, davon 6.400 unter 25. Sachsen hat eine Abwanderung von 10.600 und Thüringen eine Abwanderung von 4.000 zu verzeichnen.

Herr Ministerpräsident Ringstorff, wir haben die höchste Abwanderung in den neuen Bundesländern und deutschlandweit insgesamt, und die prozentualen Zahlen – ich habe es nachgerechnet – belegen dies auch. Hören Sie doch bitte endlich auf, hier Schönredereien zu betreiben, zu verniedlichen! Stellen Sie sich endlich diesen Problemen! Und als Erstes kann man sich diesen Problemen als Landesregierung stellen, indem man den Rahmen für junge Leute so setzt, dass hier Arbeitsplätze entstehen. Hier haben Sie vollkommen versagt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rehberg.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Arbeit und Bau Herr Holter.

Minister Helmut Holter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zuerst meinen herzlichsten Dank an die Opposition in diesem Hause. Nachdem wir in der schon erwähnten interministeriellen Arbeitsgruppe unter Federführung von Mitarbeitern meines Hauses das Jugendsofortprogramm in trockenen Tüchern haben, fordert die CDU, dieses nun fertig zu stellen und vorzulegen. Ich kann nur sagen, es ist ein begnadetes Timing. Ja, es ist richtig, es hat etwas länger gedauert als im Herbst angenommen, aber auch demokratische Prozesse spielen sich in einem Kabinett ab.

(Reinhardt Thomas, CDU: Es dauert alles etwas länger, als Sie in Ihrem Koalitionsvertrag geschrieben haben.)

Andererseits bin ich der Auffassung, lieber etwas Qualitatives und Substantielles vorzulegen, als hier einen Schnellschuss auf den Tisch zu packen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Wir werden als Kabinett in wenigen Tagen über die Vorlage zu diesem Programm befinden. Es ist also in der Ressortabstimmung. Das Programm kann im Mai starten. Vielen Dank also für die gute Gelegenheit, hier die Grundzüge dieses Programms, dieses neuen Programms vorzustellen.

Ich betone, das neue, weil es darauf ankommt, dass es sich von herkömmlichen Programmen sehr wohl unterscheidet. Es baut nicht darauf auf, viel Geld auszugeben, damit junge Menschen irgendwo geparkt und die Arbeitslosenstatistiken geschönt werden können, sondern es geht um einen Brückenschlag in zukunftsfähige Branchen des allgemeinen Arbeitsmarktes. Und ich erinnere mich sehr wohl, Herr Rehberg, an die Rede, die Sie heute Morgen gehalten haben, inwieweit denn die PDS in der sozialen Marktwirtschaft angekommen sei oder nicht. Ich denke, Sie haben die Aussage getroffen, dass wir meinen, dass man mit staatlichen Mitteln Arbeitsplätze schaffen könnte. Ich will hier nachweisen, dass es mit diesem Programm auch anders geht. Deshalb trägt dieses Programm den Namen „Jugend, Arbeit, Zukunft“, wir können uns auf den Kurznamen JAZ verständigen. Dieses Programm will jungen Fachkräften im Land eine Chance zur Arbeitsaufnahme in Mecklenburg-Vorpommern bieten. Es baut auf Eigeninitiative und hat die jeweilige regionale Infrastruktur im Blick.

Der Oppositionsführer hat hier einen Appell an Jugendliche gerichtet, sich selbständig zu machen. Und genau das ist der Hauptansatzpunkt, das ist eine Zielrichtung dieses Programms. Wir wählen einen völlig neuen Ansatz, der sich deutlich vom Ansatz in Programmen für ältere Arbeitslose unterscheidet. Dieses Programm „Jugend, Arbeit, Zukunft“ setzt auf junge Menschen, die im engeren wie im weiteren Sinne etwas unternehmen wollen. Wir haben schon mehrfach darüber gesprochen, dass wir ein Gründerklima im Lande brauchen, dass wir mehr Unternehmergeist und mehr Innovation durch junge Menschen unterstützen wollen. Das sind die Stichworte.

Die Förderung von Jugendbetrieben, das ist der erste Schwerpunkt in diesem Programm. Die zentrale Idee der Jugendbetriebe ist eine Existenzgründung durch mehrere

junge Fachkräfte. Sie sollen sich in diesem Land mit einer Unternehmensbildung eine Chance geben, sich selbst eine Chance geben. Natürlich fehlt es bei diesen jungen Existenzgründern an Erfahrung und sie sollen in Kooperation mit gestandenen Unternehmern, wenn man so will, mit Mutterbetrieben, diese Erfahrung dann auch erhalten, es soll diese Erfahrung eingeholt werden. Angesprochen werden Fachkräfte in zukunftssträchtigen Branchen und Handwerksbereichen, für die ein Ersatzbedarf vorausgesetzt wird.

Es gibt neben diesem größeren Baustein zum Thema Existenzgründung und Unternehmergeist noch einen kleineren Programmbaustein im JAZ, also „Jugend, Arbeit, Zukunft“. Dieses wird zusammen mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung bearbeitet. Die Rede ist von dem Programm „Enterprise“. Das hat sich in Brandenburg bewährt. Es hat die Unternehmensbildung durch einzelne junge Menschen im Blick. Sie erhalten neben einer Startförderung eine ehrenamtlich organisierte Fachbegleitung aus der Wirtschaft.

Zu einem zweiten Schwerpunkt: Hier geht es um Zukunftsbranchen. Mit diesem Schwerpunkt wird die Erfahrung aus dem bewährten Landesprogramm „Jugend baut“ aufgegriffen und die Idee weiterentwickelt. Ich weiß, dass das die Opposition anders sieht, aber auch das wird von der Wirtschaft inzwischen unterstützt, dass dieses Programm „Jugend baut“ nämlich nicht nur junge Leute in Arbeit bringt, sondern auch für Aufträge in der Bauwirtschaft selbst sorgt,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

wie man das im Bereich Güstrow ganz konkret nachweisen kann. Wie Sie wissen, bekommen junge Fachkräfte, die eine außerbetriebliche Ausbildung erhalten haben, durch gezielte Investitionszuschüsse des Landes an Kommunen und Träger eine Erstbeschäftigungschance in diesen Betrieben. Warum also nicht auch diese Idee aufgreifen und „Jugend baut“ ausdehnen auf den Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien? In meinem Haus wurde ein entsprechender Erweiterungsvorschlag hinsichtlich der Verbindung von Investitionsförderung mit Arbeitsmarkteffekten zur Erstbeschäftigung junger Menschen ausgearbeitet und bereits mit verschiedenen Unternehmen der Branche diskutiert und ergänzt. Und so wird die Idee aufgegriffen und wir wollen bei dieser Begrifflichkeit bleiben. „Jugend baut in Zukunftsbranchen“ heißt der zweite große Baustein des Programms „Jugend, Arbeit, Zukunft“. Ich bin sicher, dass die Zukunftsbranchen auf junge Leute bauen, regelrecht auf junge Leute warten.

Und als Drittes lassen Sie mich zwei weitere kleinere Bausteine nennen, ohne sie ausführlich zu beschreiben. Wir beginnen noch in diesem Jahr in der Hansestadt Wismar mit einer Jugendbauhütte. Dabei ist auch die Deutsche Stiftung Denkmalpflege mit im Boot. Junge Menschen werden sich berufsorientierend mit denkmalpflegerischer Arbeit vertraut machen und für ein Jahr als Freiwillige tätig werden. Und wir wollen jetzt eine schon hier debattierte und vorgestellte Rückkehragentur ins Leben rufen. Jungen bereits abgewanderten Fachkräften sollen gezielt individuell vorbereitete Rückwanderungsangebote unterbreitet werden. Dabei geht es sowohl um Arbeitsstellen, es geht aber auch um Wohnungs- und Kulturangebote, um also junge Menschen zu reizen, sie ins Land zurückzuholen. Und schließlich werden wir auch

Auslandspraktika junger Fachkräfte fördern und einen Teil der europäischen Freiwilligendienste mitfinanzieren.

Dieses Programm hat etwas Besonderes. Dieses Programm soll nicht in sich abgeschlossen sein, soll nicht nur aus diesen Bausteinen bestehen, sondern soll sich modular entwickeln und aufbauen. Deswegen, meine ich, wird dieses Jugendprogramm nach vorne offen bleiben. Und es wird nicht nur wissenschaftlich begleitet und in regelmäßigen Abständen evaluiert werden, sondern wir wollen die Erfahrungen und vielen Vorschläge, die aus dem politischen Raum und auch aus den Ministerien kommen, in dieses Programm aufnehmen und es somit weiterentwickeln. Und selbstverständlich sind auch die Sozialpartner gebeten, sich einzubringen. Dieses Programm soll und wird also durch eine offene Fortschreibung tatsächlich gewinnen.

Dieses Programm wird verzahnt mit dem neuen Landesprogramm für Arbeitsmarktpolitik, welches ab dem nächsten Jahr das gegenwärtige Programm „Arbeit und Qualifizierung Mecklenburg-Vorpommern 2000“ ersetzen wird. Und genau hier meint Verzahnung, dass es um die Umsteuerung geht, die in der Arbeitsmarktpolitik generell gefordert ist. Nicht zuletzt aufgrund des Operationellen Programms für den Europäischen Sozialfonds wird dieser Schwerpunkt „Existenzgründung“ gerade auch im Bereich der Jugend, der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit dieser Umsteuerung gerecht. Der Umsteuerung der bisherigen, der herkömmlichen Arbeitsmarktpolitik mit ihren bekannten Instrumenten hin zu einer wirtschafts- und unternehmensnahen Politik dient der Baustein Jugendbetriebe und dient der Baustein „Jugend baut in Zukunftsbranchen“.

Finanziell ist dieses Programm auch ausgestattet. Und die Frage ist ja immer: Wie schnell kann man solche neuen Programmpunkte umsetzen? Wie schnell können wir sie realisieren? Und Sie wissen, dass mit dem Haushalt 2001 erstmalig der Zukunftsfonds aufgelegt wurde. 10 Millionen DM sind für dieses Programm vorgesehen. Wir werden dieses Jahr mit 2 Millionen DM einsteigen. Aber das ist der Beginn. Über die Fortsetzung und den Aufbau dieses Programms ist inhaltlich wie finanziell auch weiterhin zu sprechen und zu verhandeln. Ich meine, Tendenz kann nur heißen: steigend in den nächsten Jahresscheiben.

Der Jugendarbeitslosigkeit, meine Damen und Herren, werden wir natürlich nicht mit diesem oder jenem Programm Herr, sondern nur mit einem Mix von Instrumenten, Programmen und Maßnahmen. Ich darf hier nur an das Jugendsofortprogramm der Bundesregierung erinnern. Gefragt im Lande ist nicht nur das Arbeitsministerium – und da sind wir uns in der Regierung einig –, sondern es wird eine gesamte, eine konzertierte Aktion der Landesregierung insgesamt sein müssen, aber nicht nur der Landesregierung, sondern der Sozialpartner, der Arbeitsämter. Und sicherlich ist auch hier der Bund in Größenordnung weiterhin gefragt.

Nun kann man fragen, was ist denn bisher auch im Arbeitsministerium geleistet worden. Ich kann hier berichten, dass knapp 33 Millionen DM für den Jugendbereich aus dem Haushalt meines Ministeriums eingesetzt werden. Faktisch jede vierte Mark aus dem entsprechenden Haushalt wird im Jugendbereich eingesetzt. Ich meine, das kann sich insgesamt sehen lassen.

Und auch angesichts der aktuellen Diskussion über die Situation und Zukunft von Jugendklubs und anderen

Jugendstrukturen müssen wir feststellen – das wird ja übrigens inzwischen auch von der CDU unterstützt –, dass die Landesinitiative „Jugend- und Schulsozialarbeit“ angenommen wird, begrüßt wird, unterstützt wird, und es werden Forderungen laut im ganzen Land, dass diese Initiative ausgebaut werden soll. Gegenwärtig haben wir bereits mehr als 400 Stellen geschaffen. Wir werden unseren Fahrplan einhalten und das gestellte Ziel am Ende der Legislaturperiode auch tatsächlich erreichen.

Meine Damen und Herren, die Zahlen hat Herr Rehberg hier genannt. Sie sprechen für sich. Sie sind nicht zu beschönigen. Ich habe allerdings nicht die Illusion, dass mit dem neuen Programm „Jugend, Arbeit, Zukunft“ alle jungen Arbeitslosen in Lohn und Brot kommen werden. Mir geht es darum, mit diesem Programm Anreize zu schaffen, Rahmenbedingungen, wie wir in der Politik sagen, zu schaffen, damit Zukunftschancen für junge Leute, die im Lande sind, aufgetan werden und Chancen eröffnet werden für diejenigen, die bereits unser Land verlassen haben.

Wir wenden uns also verstärkt denjenigen zu, die gut ausgebildet sind, die unternehmungslustig sind und die sich selbst ausprobieren wollen. Wir wenden uns jenen zu, die an der Spitze der Abwanderungsstatistik stehen. Und das ist die eigentliche Botschaft dieses Programms „Jugend, Arbeit, Zukunft“. Wir wenden uns an junge Leute, die qualifiziert, kreativ, mobil sind, die ihr eigener Chef werden wollen. Und wir wenden uns an sie mit dem Vorschlag, ihr Glück in Mecklenburg-Vorpommern zu versuchen. Dabei haben sie die Unterstützung der Landesregierung. Dafür reicht ihnen das Land die Hand. Sie sind herzlich willkommen, sie sollen hier bleiben. Ich meine, die Chance, die wir hier auf tun, sollte beim Schopfe gepackt werden. In der Gemeinsamkeit von jungen Leuten, Sozialpartnern und Regierung wird es gelingen, hier einen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu leisten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Finanzministerin Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es stimmt, Herr Rehberg, vor 14 Tagen habe ich auf einer Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin die Jugendlichen im Land aufgefordert, dorthin zu gehen, wo sie in ihrem erlernten Beruf arbeiten können, bevor sie hier im Land arbeitslos werden.

(Martin Brick, CDU: Das ist trotzdem nicht in Ordnung.)

Und ich habe dieselben Jugendlichen aufgefordert, unbedingt wiederzukommen, sobald sich ihnen hier in Mecklenburg-Vorpommern Chancen bieten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dass hier Chancen entwickelt werden, haben Sie gerade in dem Beitrag von Herrn Holter gehört.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU – Lutz Brauer, CDU: Gerade nicht.)

Und da ja heute schon des Öfteren Fakten angemahnt worden sind,

(Harry Glawe, CDU: Die haben Sie doch ganz schön im Stich gelassen, nicht?!)

will ich es Ihnen jetzt nicht ersparen, ein paar Fakten hier mal öffentlich darzulegen.

Mecklenburg-Vorpommern ist das jüngste Bundesland der Bundesrepublik. Das war auch schon früher so. Die Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg waren die jüngsten Bezirke der DDR. Heute sieht das konkret so aus, dass wir 77.000 Jugendliche im Alter zwischen 6 und 19 Jahren mehr als der Durchschnitt der alten Bundesländer haben. 77.000 Jugendliche! Und bezogen auf die neuen Bundesländer sind es 37.000 Jugendliche.

(Barbara Borchardt, PDS: Welch ein Glück für uns!)

Wir haben etwa gleich viel Einwohner wie Hamburg. Wir haben aber dreimal so viel Jugendliche wie Hamburg.

(Barbara Borchardt, PDS, und Angelika Gramkow, PDS: Das ist doch toll! – Harry Glawe, CDU: Ja, schon jahrelang. Das ist doch schon jahrelang so.)

Mecklenburg-Vorpommern ist aber das Bundesland mit dem geringsten Industrie...

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch keine neue Erkenntnis.)

Ja, aber Mecklenburg-Vorpommern ist das Bundesland mit dem geringsten Industriebesatz. Wir haben auf 1.000 Einwohner 24 Industriearbeiter. In den alten Bundesländern sind es 87 Industriearbeiter und in den neuen Bundesländern außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns sind es 39.

(Martin Brick, CDU: Aber das kann uns doch nicht beruhigen.)

Die Landesregierung sorgt seit Jahren dafür, dass Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern alle einen Ausbildungsplatz bekommen. Wir bilden seit Jahren über Bedarf aus und dafür möchte ich heute hier noch mal der privaten Wirtschaft ganz herzlich danken.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und, meine Damen und Herren, für diese Überbedarfsausbildung bietet der Landeshaushalt jedes Jahr mindestens 100 Millionen DM.

Der erste Arbeitsmarkt, denke ich, beschränkt sich eben nicht nur auf Mecklenburg-Vorpommern, sondern er umfasst alle Bundesländer und im geringen Umfang auch das Ausland. Ich denke, das ist nicht nur gut, wenn die Jugendlichen mit einer qualifizierten Ausbildung für ein paar Jahre Erfahrungen außerhalb unserer Landesgrenzen sammeln. Bekanntlich können nach dem Ende ihrer Ausbildung noch nicht alle einen Arbeitsplatz im Land finden. Und, meine Damen und Herren, ich höre ja immer wieder, dass die Beweglichsten und Besten weggehen. Ich warne vor dieser Pauschalierung und ich frage mich: Wie müssen eigentlich die jungen Leute, die hier bleiben und die sehr gut sind, wie müssen die das auffassen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sollten vor allen Dingen auch den jungen Leuten den Rücken stärken, die hier ihren Mann stehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist zwar richtig, aber die Statistik sagt was anderes aus.)

Und noch etwas: Die Behauptung, Mecklenburg-Vorpommern vergeise, wenn die Jugendlichen das Land verlassen, hält einer Überprüfung nicht stand. Trotz Abwanderung nimmt die Zahl der Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren noch zu, sagt das Statistische Landesamt.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Das ist nicht zu fassen! Das ist nicht zu fassen, was Sie hier zum Besten geben! – Harry Glawe, CDU: Wer hat Ihnen denn das alles aufgeschrieben?)

Das Statistische Landesamt, das glaube ich schon ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Hören Sie sich doch die Zahlen an! Ich merke schon, Fakten ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Es geht doch nicht um die Zahlen, es geht um Menschen.)

Ach, Herr Rehberg, Sie möchten ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Es geht um junge Menschen, Frau Keler, insbesondere. – Harry Glawe, CDU: Sie müssen prognostisch denken!)

Herr Rehberg, ich will Ihnen doch nur mal Fakten nennen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Keler, wie nehmen Sie denn Ihre Verantwortung wahr?! Wie nehmen Sie denn Ihre Verantwortung wahr?!)

Ich denke, ich nehme sie schon wahr, Herr Rehberg.

(Siegfried Friese, SPD: Fakten!)

Fakten! Also, nach den Erhebungen des Statistischen Landesamtes ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben wir die höchste Jugendarbeitslosigkeit seit 1990! – Beifall Dr. Christian Beckmann, CDU)

Ja, haben wir. Aber wir haben auch einen zunehmenden Bestand an jungen Leuten.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Bestand! Das kann ja wohl nicht wahr sein! – Harry Glawe, CDU: Bestand! – Reinhardt Thomas, CDU: Es geht doch um junge Leute! – Wolfgang Riemann, CDU: Es geht hier um junge Leute und nicht um Bestand.)

1996 waren es 151.606. 1997 waren es 156.875

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Was wollen Sie uns damit sagen?)

und 1999 sind es 172.777 Jugendliche,

(Harry Glawe, CDU: In Irland ist das Durchschnittsalter aller Bürger 30 Jahre.)

die hier im Land leben. Meine Damen und Herren, wer hier von Vergeisung spricht, der hat die Zahlen tatsächlich nicht im Kopf.

(Reinhardt Thomas, CDU: Wir sprechen nur noch von Vergeisung.)

Und jetzt kann ich Ihnen noch eines nicht ersparen: Es gibt eine Presseerklärung der Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern vom 22. März dieses Jahres.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

Ich zitiere daraus: „Frau Schnoor hat entweder nichts verstanden oder missbraucht gezielt die Jugendlichen im Lande für polemische Äußerungen. Wenn Jugendliche nicht die ihrer Qualifikation und Neigung entsprechende Arbeit und Ausbildung im Land finden, so ist es vernünftig, dass sie woanders danach suchen. Mobilität und Flexibilität wird laufend gefordert. Warum hier diese Einschränkungen?“

(Martin Brick, CDU: Frau Keler, das sind Unternehmer. Sie sind Politikerin.)

„Selbstverständlich müssen wir uns darum bemühen, dass Jugendliche im Land bleiben, aber dies ist nur zu verantworten, wenn sie ... ihre Potentiale und Fähigkeiten voll ausnutzen können, so weit das Zitat.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Jaja. Das ist doch!)

Ich kann schon feststellen, meine Damen und Herren, dass Sie von der CDU, als Sie früher in der Verantwortung waren,

(Harry Glawe, CDU: Da sah es besser aus. Da sah es deutlich besser aus.)

ganz anders gesprochen haben als jetzt. Und ich glaube, wir sollten uns an die Fakten halten

(Harry Glawe, CDU: Da hatten wir mehr Arbeitsplätze und dafür weniger Arbeitslose. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Abgewandert sind junge Leute hier die ganze Zeit.)

und sollten versuchen, möglichst viele Jugendliche hier zu halten, aber das mit einer gezielten Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Christian Beckmann, CDU: Und das war ein konstruktiver Beitrag?!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dankert von der Fraktion der SPD.

Reinhard Dankert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe anwesenden Jugendlichen! Ich glaube, man braucht gar nicht so viel hin und her zu reden. Herr Rehberg, ich gebe Ihnen in einem Punkt unumwunden Recht: Jugendliche sollten zuallererst hier eine Chance haben.

Wir wissen alle, dass es im Moment objektiv nicht die Arbeitsplätze gibt, die jedem Jugendlichen hier auf einer zweiten Schwelle Erfolg bescheiden. Demzufolge ist dann auch der Ruf nach einem Jugendsofortprogramm sehr groß. Und wir alle sollten aufhören zu suggerieren –

(Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

und das hat der Minister auch sehr deutlich gesagt –, dass mit einem Jugendsofortprogramm, auch nicht mit JUMP, mit 2 Milliarden DM ausgestattet, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit beseitigt werden kann. Es kann bestenfalls punktuell gemildert werden. Und ich denke, mit so viel Ehrlichkeit und so viel Offenheit sollte man es

insbesondere auch den jungen Leuten ganz klar ins Gesicht sagen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

denn so bekloppt sind die nämlich alle nicht, dass sie es nicht kapieren. Und ich glaube, die Wahrheit in diesem Punkt ist besser, als wenn wir ihnen was vormachen wollen.

Ich denke, unsere neuen Programme – und Herr Minister Holter hat das vorgelegt, was er im Moment vorlegen kann – sollten in Zukunft darauf ausgerichtet sein, dass junge Menschen durch spezielle Maßnahmen, Landesmaßnahmen, von mir aus auch in Kombination mit Bundes- und EU-Programmen, eigene Zukunftschancen erkennen können und sie auch ergreifen.

Die Förderinstrumente für junge Menschen sollten aber auch regional ausgerichtet sein und vor allen Dingen der Stärkung der regionalen Strukturen dienen. Und ich denke, jeder Jugendliche ist immer froh, wenn er zuerst vor der Haustür Arbeit findet, denn das Geld alleine, das man im Westen verdient, ist nicht immer und nicht ausschließlich der Grund wegzugehen. Alle, die Kinder in dem Alter haben, wissen das auch ganz genau, dass es zu Hause nach wie vor doch am schönsten ist, und nicht nur wegen des Hotels Mama.

Die Stärkung des Fachkräftebedarfs für die Zukunft – das ist ein ganz entscheidender Punkt, der muss ange-dockt werden. Das kann nicht ein Arbeitsmarktprogramm allein. Herr Holter sagte das auch schon. Das beginnt in der Schule. Das beginnt mit der Berufsfrühorientierung und das beginnt mit besserer Schulausbildung, als wir sie zurzeit haben.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und der nächste Punkt ist: An der zweiten Schwelle ist das Problem, nicht mehr an der ersten Schwelle, denn da schaffen wir es regelmäßig und jährlich durch Wahnsinnsprogramme – die Zahl wurde von der Finanzministerin genannt, 100 Millionen DM –, dass die Jugendlichen eine Ausbildung bekommen. Aber dann kommt die zweite Schwelle und dann knallt es meistens. An der zweiten Schwelle muss die Arbeit zwischen den Akteuren Arbeitsamt, Wirtschaft, Schule und Berufsschule verbessert werden. Ich denke, eine ganz hohe Bindungswirkung für das Land hat die Qualifikation. 75 Prozent unserer Jugendlichen haben eine Ausbildung und in der Regel auch eine gute Ausbildung. Und sie sind dann auch nicht länger als ein halbes Jahr arbeitslos. Ich will das nicht beschönigen, aber das gehört auch zur Wahrheit und zu den klaren Zahlen, die man immer wieder ablesen kann. Es ist schon schlimm genug, wenn man ein halbes Jahr arbeitslos ist. Das gebe ich voll und unumwunden zu. Am besten wäre es, gleich nach der Lehre in den richtigen Betrieb rein, und dann wissen sie auch, wie es langgeht. Aber manchmal ist nur eine bestimmte Zusatzqualifikation neben einer normalen Facharbeiterausbildung nötig, um in einem bestimmten Betrieb, in einer bestimmten Region und zu einer bestimmten Zeit einen Arbeitsplatz zu ergattern. Und da ist manchmal die Kluft, dass das nicht zusammenpasst. Also muss man rechtzeitig während der Lehre anfangen, den Bedarf in der Region zu ermitteln. Und für den Fall, dass in einem Jahr vielleicht diese oder jene Zusatzqualifikation erreicht werden muss, muss man das organisieren. Das ist sehr aufwendig, da sind die

Arbeitsämter auch noch nicht so richtig darauf vorbereitet. Und ich denke, gerade die Träger auf dem zweiten Arbeitsmarkt und die Strukturen, die wir haben, könnten hier eine sehr große und gute Arbeit leisten. Und das kostet nicht mal unbedingt so viel mehr Geld.

Aber immerhin sind es inzwischen 25 Prozent der Jugendlichen, die länger als ein halbes Jahr arbeitslos sind, und die entwickeln sich dann zu den Problemfällen. Es sollten jedoch auch jene, die nicht so bedarfsgerecht ausgebildet sind und nicht sofort eine Arbeitsstelle kriegen, durch Qualifikation, durch Zusatzqualifikation in den Basisqualifikationen, die sie für jeden Job brauchen, zusätzlich ausgebildet werden. Auch dann würden sie ein wenig länger hier bleiben und eher eine Chance suchen.

Die Existenzgründung für junge Absolventen von unseren zahlreichen vorhandenen Hochschulen und Fachhochschulen, glaube ich, ist inzwischen von allen bejaht und es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir da mehr tun wollen.

Herr Holter hat ein Programm vorgelegt und insbesondere höre ich auch von der Opposition und insgesamt von vielen Verbänden, an diesem „Jugend baut“ gibt es Kritik. Nun weiß ich nicht so recht, was die Opposition immer an dem Punkt will. Ich denke, die Philosophie von „Jugend baut“ ist, Investitionen im kommunalen Bereich mit Beschäftigung von Jugendlichen zu verbinden. Ich weiß gar nicht, was Sie dagegen haben. Sie jammern doch herum, dass gerade im Baubereich keine Investitionen erfolgen. Sie bemängeln zu Recht, denke ich, die Kürzungen im ABM-Bereich, im soziokulturellen Strukturbereich. Genau da setzt zum Beispiel für Investitionen auch das Jugendbauprogramm an. Und so ganz nebenbei entsteht Beschäftigung für Jugendliche. Ich weiß gar nicht, was da so schlecht dran sein soll. Und ich denke, Sie sollten sich langsam mal darauf einigen, was Sie denn wollen. Einmal wollen Sie es so rum, einmal so rum. Das, denke ich, wird mit der Zeit bei Ihnen aber auch abklingen.

Insofern möchte ich dem Minister ausdrücklich danken für das Vorlegen des Sofortprogramms. Ihr Antrag ist damit überflüssig geworden.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:
Schon wieder mal!)

Weiterhin, so ein Programm ist nicht ein Ausruhkissen, ich sage das ganz deutlich. Der Arbeitsminister hat das Programm vorgelegt. Ich denke, alle Ministerien sind aufgefordert, in diesem Bereich etwas zu tun. Wir haben das Gender-Mainstreaming-Prinzip bei den Frauen durchgesetzt. Ich denke, so was Ähnliches müssen wir für ein Jugendprogramm „Jugend in Arbeit im Land“ auch durchsetzen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Bei allem, was wir tun, müssen wir an unsere Jugend denken. Jugend ist Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dankert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Jugendsofortprogramm

der Landesregierung war angekündigt am 10. Oktober vorigen Jahres.

(Reinhard Dankert, SPD: Das hat Ihr Chef doch schon gesagt.)

Damals sollte es innerhalb von 14 Tagen einen Entwurf dazu geben. Mittlerweile sind 180 Tage vergangen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Haben Sie sich auch nicht verzählt?)

Und es bedurfte eigentlich unseres Antrages erst, dass Sie überhaupt was auf den Weg bringen, meine Damen und Herren.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten
der PDS – Barbara Borchardt, PDS:
Oho, die Helden heute hier!)

Und dann stellen Sie uns hier ein Programm vor, meine Damen und Herren, ja, da muss man sich ja schon wundern, was Sie daraus alles so machen.

Also, im Oktober vorigen Jahres haben Sie es unter dem Eindruck der wachsenden Jugendarbeitslosigkeit angekündigt und da hat Herr Holter ja auch gesagt, im Kabinett, er hat es ausgewertet, die Situation sei äußerst schwierig und auch dramatisch, er möchte ein Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit im Land Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg bringen, und hat um Unterstützung aus den Ministerien gebeten. Ich kann heute hier nur feststellen, dass die Unterstützung aus den anderen Ministerien – davon haben wir ja genug im Land – ausgeblieben ist. Man hat Herrn Holter einfach alleine gelassen.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Im Regen stehen gelassen und keinen Schirm dabei gehabt.)

Meine Damen und Herren, Herr Minister, 20 Millionen DM wollten Sie mal auf den Weg bringen. Heute kommen Sie mit 2 Millionen DM. Und dazu können wir eigentlich nur sagen, das ist ein wunderbares Nischenprogramm.

(Dr. Christian Beckmann, CDU:
Das ist was für die Schultüte.)

Um kreativ zu sein, um mobil zu sein, um den Jugendlichen hier Hoffnung zu geben im Land Mecklenburg-Vorpommern, dazu reicht es allerdings nicht aus. Ich denke, darüber sind wir uns doch wohl einig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hat Frau Keler ja auch gesagt.)

Das ist heute eher eine recht schlechte Vorstellung der Landesregierung, wie sie die Arbeitsmarktlage in Mecklenburg-Vorpommern in den Griff bekommen will.

(Martin Brick, CDU: Da gibt sie noch
'ne Empfehlung zur Auswanderung. –
Ministerin Sigrid Keler: Wenn sie
arbeitslos sind, ja.)

Ich will Ihnen noch mal ins Gedächtnis rufen: Wir hatten im November 2000 19.876 jugendliche Arbeitslose bis 25 Jahre. Im Dezember, und da wollten Sie auch das Jugendsofortprogramm vorlegen, hatten wir dann 20.590, im Januar 22.169 und im Februar 23.483, meine Damen und Herren. Und jetzt sind die Zahlen etwa gleich. Das ist, denke ich mal, die falsche Richtung, die Sie hier einschlagen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir kommen gut vorwärts, sagt der Ministerpräsident.)

Sie haben, als Sie 1998 gewählt worden sind, versprochen mehr soziale Gerechtigkeit besonders im Osten, mehr Arbeit für Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern.

Sie wollten die Arbeitslosenzahlen um 20.000 drücken. Sie haben sie, das können Sie sich selbst ansehen, heute auf einen Stand von 180.000 gebracht. Sie haben es fertig gebracht, 23.000 jugendliche Arbeitslose sozusagen im Land zu produzieren. Sie loben die Bundesregierung. Das kann ich eigentlich auch nicht so richtig verstehen,

(Reinhard Dankert, SPD:
Sie produzieren gar nichts.)

denn die Landesregierung hat ja auch Kontakte zur Bundesebene nach Berlin. Da will ich Ihnen noch mal ein bisschen was ins Stammbuch schreiben. Rot-Grün in Berlin hat zusammen mit den Förderprogrammen, die ja auch im Haushalt stehen unter sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung, Folgendes bekommen: Wir hatten 1999 noch 305,3 Millionen DM zur Verfügung für alle Programme, wir hatten im Jahr 2001 251,2 Millionen DM zur Verfügung und wir hatten im Jahr 2000, das will ich der Vollständigkeit halber noch sagen, 260 Millionen DM zur Verfügung. Das heißt, Sie haben diese Töpfe gekürzt

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

um 45 Millionen und jetzt noch mal um weitere 9, das heißt auf 54 Millionen Mark. Und dann sagen Sie, Sie wollen die Dinge im Land lösen, ohne dass Sie sich in Berlin Verstärkung holen. Sie lassen sich in Berlin Geld abzocken.

(Barbara Borchardt, PDS: Das stimmt doch überhaupt nicht. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie verlieren beim Arbeitsmarktdikator für das Land Mecklenburg-Vorpommern 100 Millionen alleine für Zuweisungen an Geldern für SAM und ABM und sagen: Na ja, das ist nun mal Mecklenburg-Vorpommern. Wir können uns auf Bundesebene in den einzelnen Gremien nicht durchsetzen. Aber hier rufen Sie auf, die Jugend soll kreativ sein, sie soll mobil sein. Sie wollen sogar noch ein Ausbluten verhindern, Sie wollen noch Dinge auf den Weg bringen, die sozusagen Rückholaktionen organisieren, meine Damen und Herren. Das ist vielleicht auch richtig, ist auch nützlich, nur die Jugend heute braucht Zukunft. Sie muss wissen, wann sie im Oktober in die Lehre geht. Sie muss nach dem 20. Lebensjahr wissen, welches Unternehmen im Land Mecklenburg-Vorpommern bereit ist einzustellen. Und da sage ich, hier sind wir beim Thema. Wir haben eine strukturelle Strukturkrise.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir brauchen 17.000 Unternehmen im Land Mecklenburg-Vorpommern. Da müssen Sie ansetzen. Sie müssen endlich auch Großprojekte ins Land holen. Bis jetzt sind Sie den Beweis schuldig geblieben, dass Sie das können, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten
der PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber
Sie haben es. Vor allen Dingen in Ribnitz-Dam-
garten haben Sie etwas auf den Weg gebracht.)

Wir haben Einiges auf den Weg gebracht. Ohne uns wären die Werften nicht gewesen, Kollege Schoenenburg.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Die Spanplatte Ribnitz.)

Das hätten Sie alles nicht hingekriegt, jawohl.

(Annegrit Koburger, PDS: Ja, Sie
sind die größten Plattmacher!)

Ihre Diskussionen zu den Themen können Sie alle
nachlesen. Das kennen wir.

Meine Damen und Herren, Sie haben den A3XX nicht
nach Mecklenburg-Vorpommern gekriegt und Sie haben
auch den Transrapid aus dem Land getrieben,

(Peter Ritter, PDS: Der Transrapid hätte so viele
Ausbildungsplätze geschaffen für die jungen
Leute, oh ja, ja, ja! – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Lassen Sie sich doch mal was Neues einfallen,
Herr Glawe! – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

der heute in München fahren wird, in China sowieso
schon fährt, und er wird in Nordrhein-Westfalen bei Ihren
Genossen unterwegs sein, meine Damen und Herren. Das
ist Ihre Bilanz.

(Peter Ritter, PDS: Sagen Sie
doch mal, wie viel Arbeitsplätze Ihre
Regierung geschaffen hat für Mecklenburg-
Vorpommern! Diese Luftblasen immer!)

Ich fordere Sie auf, endlich etwas für die Jugend im
Land zu tun, endlich die Arbeitsmarktpolitik anzu-
packen und nicht nur Schaulaufenreden zu halten.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist doch!)

Noch eins: Wer das Sagen hat, kann nicht nur reden,
der muss auch handeln. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Peter Ritter, PDS: Tritrara, Herr Glawe
ist da! Mein Gott!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr
Glawe.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von
der Fraktion der PDS.

Barbara Borchardt, PDS: Frau Präsidentin! Meine
Damen und Herren!

Herr Glawe, zur Wahrheit gehört auch – vielleicht haben
Sie das nicht zur Kenntnis genommen –, dass Herr Holter
vor ungefähr 14 Tagen im Bundestag gesprochen hat,
und zwar zur Arbeitsmarktsituation im Land Mecklenburg-
Vorpommern,

(Martin Brick, CDU: Donnerwetter! –
Harry Glawe, CDU: Donnerwetter! Und
einen Brief hat er auch geschrieben! –
Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

und er hat deutlich gemacht, dass wir in Mecklenburg-
Vorpommern und insbesondere auch die ostdeutschen
Länder andere Arbeitsmarktprogramme brauchen als in
den Altbundesländern

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

und das, was im Moment läuft, überhaupt nicht geeig-
net ist, um hier im Land Mecklenburg-Vorpommern etwas
zu verändern. Sie sollten nicht immer so tun, als wenn
diese Landesregierung nichts tut.

(Harry Glawe, CDU: Er fährt auch zu Riester,
steht hier drin. Er fährt auch zu Riester. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Donnerwetter!)

Was Sie in den vergangenen Jahren gemacht haben,

(Harry Glawe, CDU: Zwei Millionen
für mehr Programme aufgesetzt. –
Martin Brick, CDU: Das ist zum Lachen.)

das werde ich Ihnen noch kurzfristig erzählen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie haben ganz genau gewusst, dass wir demographi-
sche Entwicklungen haben und dass wir auf der zweiten
Schwelle Probleme bekommen in Bezug auf die Arbeits-
losigkeit.

(Martin Brick, CDU: 2 Millionen!)

Sie haben konzeptionell überhaupt nichts gemacht.

(Harry Glawe, CDU: Sie sollen Arbeitsplätze
schaffen, Sie sollen Strukturen schaffen, Sie
sollen den Arbeitsmarkt verbessern.)

Sie haben gewartet nach dem Motto, der Markt wird es
regeln.

(Harry Glawe, CDU: Sie werden sowieso ab-
gewählt. – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Monty Schädel, PDS)

„Die CDU polemisiert auf dem Rücken der Jugendli-
chen.“,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach, ja!)

dieser Satz stammt nicht von mir, leider. Nein, das war
die Überschrift einer Pressemitteilung des Geschäftsfüh-
rers der Vereinigung der Unternehmerverbände, Herrn
Trepte.

(Torsten Koplin, PDS: Hört, hört!)

Damit reagierte er auf die Äußerungen der CDU-Lan-
desvorsitzenden, Frau Steffie Schnoor, in Bezug auf die
Arbeit des Bündnisses für Arbeit. Recht hat er und nichts
anderes verfolgen Sie, meine Damen und Herren von der
CDU, mit Ihrem Antrag heute.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh Gott!
Ich kann es nicht mehr hören!)

Weiter heißt es: „Dass die CDU keine eigenen Konzep-
te vorlegen kann,“

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja.)

„hat Frau Schnoor in ihrer eigenen so genannten
Zukunftsoffensive deutlich gemacht.“ Eigentlich ist
dem nichts hinzuzufügen, aber so einfach will ich es Ihnen
und auch uns nicht machen. Die Arbeitslosigkeit, insbe-
sondere in den neuen Bundesländern, hat sich weiter ver-
festigt.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Nachhaltige Erfolge sind leider nicht zu vermeiden.
Dazu kommt, dass die Bundesregierung die Mittel für die
aktive Arbeitsmarktpolitik gekürzt hat mit der Folge, dass
in unserem Land weniger Geld für die aktive Arbeits-
marktpolitik zur Verfügung steht. In den Verwaltungsaus-
schüssen wurde beschlossen – übrigens auch mit Stim-
men der CDU, die ja auch im Verwaltungsausschuss der

Arbeitsämter sitzt –, dass diese Kürzungen zu Lasten von ABM durchgeführt werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was sagt sie denn immer über CDU-Leute? – Zuruf von Martin Brick, CDU)

ABM-Stellen werden zurückgefahren mit der Folge, dass Erwerbslose keine Arbeit finden und die soziokulturelle Infrastruktur in unserem Land zu zerbrechen droht. Dazu kommt, dass immer mehr Jugendliche von Arbeitslosigkeit betroffen sind und unser Land verlassen, wie auch in anderen neuen Bundesländern. Gleichzeitig werden die Betroffenen beschimpft, sollen neue Wege zur Erhöhung des Anreizes gefunden werden frei nach dem Motto: „Zuckerbrot und Peitsche“. Diese Kampagne wird dann leider auch noch vom Ministerpräsidenten unseres Landes unterstützt,

(Wolfgang Riemann, CDU: Hört, hört!)

wohlwissend, dass wir das Arbeitsplatzdefizit haben, dass immer weniger Erwerbslose ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Es ist doch auch Ihr Ministerpräsident! Den tragen Sie doch wohl mit!)

Aber wir kritisieren das auch.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, Sie tragen ihn doch wohl mit!)

Was haben Sie früher immer getan,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

als Herr Seite hier und draußen gesagt hat, dass unsere Jugendlichen das Land verlassen sollen,

(Beifall Peter Ritter, PDS)

und als er in Amerika gesagt hat „Bodensatz“? Wir kritisieren es wenigstens noch.

(Peter Ritter, PDS: Als Herr Seite vom „Bodensatz“ gesprochen hat, hat Herr Rehberg nicht protestiert. – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Arthur König, CDU)

Das haben Sie sich ja niemals gewagt.

(Wolfgang Riemann, CDU: „Arbeit her!“ haben Sie gerufen.)

... wohlwissend, dass wir ein Arbeitsplatzdefizit haben ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Wohl ein sehr breit angelegtes Beschäftigungsprogramm!)

Wollen Sie zum Problem reden oder wollen Sie sich jetzt hier irgendwie ausspucken?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich kann warten.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das richtige Wort hast du dich nicht getraut zu sagen, was?!)

Ich dachte, das ist nicht parlamentarisch.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte doch um eine sachliche Diskussion! Das Wort hat die Abgeordnete Frau Borchardt.

Barbara Borchardt, PDS: ... wohlwissend, dass wir ein Arbeitsplatzdefizit haben, dass immer weniger Erwerbslose die ihnen zugewiesene Arbeit ablehnen und damit Einkommensverluste in Kauf nehmen. Schauen wir uns doch mal die freien Stellen an. Der größte Teil von ihnen sind Billigjobs und da frage ich: Wer von uns wäre bereit, für 8 DM die Stunde arbeiten zu gehen? Ich denke, doch wohl keiner. Aber die Betroffenen, die sollen es tun. Dann sagen Sie nicht, die Sozialleistungen sind zu hoch. Nein, im Gegenteil, die Löhne sind eindeutig zu niedrig.

(Beifall Annegrit Koburger, PDS – Zuruf von Martin Brick, CDU)

Und Sie, meine Damen und Herren von der CDU, tun so scheinheilig, als ob Sie diese Politik nicht befürworten, als ob Sie die Interessenvertreter der Erwerbslosen sind. Das ist doch wohl mitnichten so! Alles das, was jetzt durch die Bundesregierung in Gang gebracht wurde,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo sind denn Ihre 1.000 Sozialarbeiter, die Sie versprochen haben, und die 5.000 im öffentlichen Beschäftigungssektor? 400 schaffen Sie mit den Mitteln!)

entspricht doch genau Ihrer politischen Vorstellung.

Sie sind doch auf dem Weg. Warten Sie doch mal ab! Wir haben gesagt, bis zum Ende der Legislaturperiode.

(Martin Brick, CDU: Ist doch schon ein gutes Ziel, die anderen sind abgewandert.)

Warten Sie doch ab!

Vielleicht darf ich Sie an dieser Stelle an Ihre Vorleistungen in Ihrer Regierungszeit auf diesem Gebiet erinnern: Veränderungen des Arbeitsförderrechts mit einschneidenden Verschlechterungen für die Erwerbslosen und der Erhöhung des Drucks auf die Erwerbslosen, Novellierung des Bundessozialhilfegesetzes mit der Maßgabe Kürzung der Sozialhilfe, Verschlechterung der Bedingungen für ABM, Aberkennung der Qualifizierung für Langzeitarbeitslose, Anrechnung der Abfindung auf Arbeitslosigkeit und, und, und. Ich kann mich noch ganz genau erinnern, wie Sie gegen den hohen Bestand an ABM-Stellen in unserem Land gewettert haben, wo Sie aufgefordert haben, dass die Subventionierung von Arbeit beendet werden muss, Sie gegen die Angleichung der Tarife in Ost und West waren, den Jugendlichen unseres Landes vermittelt und sie aufgefordert haben, das Land zu verlassen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

oder an die Forderungen im Rahmen der Haushaltsdebatte, die Mittel für das Arbeitsministerium weiter zu kürzen. Also hören Sie auf mit den plakativen Forderungen und lassen Sie die Kirche im Dorf!

(Martin Brick, CDU: Wir schon! – Harry Glawe, CDU: Wir bauen sie wieder auf, die Kirchen.)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unabhängig von der Scheinheiligkeit und der Konzeptionslosigkeit der CDU bereitet uns die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Sorgen. Und ich sage es hier ganz deutlich: Hier ist der Bund gefragt, aber nicht nur der und auch nicht nur der Arbeitsminister, sondern die gesamte Landesregierung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Volker Schlotmann, SPD)

Dieses gemeinsame Engagement vermissen wir.

Ich möchte auch darauf verweisen, dass es einen Landtagsbeschluss gibt, in dem wir uns ausdrücklich für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für die Jugendlichen nach der Lehre ausgesprochen haben. Die vom Arbeitsminister vorgestellten ersten Bausteine für das Programm reichen aus unserer Sicht bei weitem nicht aus, aber es ist entwicklungsfähig,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Scheibchen, Scheibchen!)

nicht nur von den Inhalten, sondern auch von der finanziellen Untersetzung. Auch hier sind wir alle gefragt.

Uns ist die angespannte Situation unseres Haushaltes bewusst. Aber – und das frage ich ganz ernsthaft – können wir die Argumentation, dass wir keine Neuverschuldung zu Lasten der nachkommenden Generation zulassen wollen, aufrechterhalten? Was ist mit der jetzt lebenden Generation? Nein, ich will keine Neuverschuldung um jeden Preis. Aber wenn wir daran festhalten wollen, dass wir gleichzeitig die Arbeitslosigkeit in unserem Land senken wollen, dann müssen wir auch die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Es kann doch nicht sein, dass wir politisch alles wollen, aber es darf bitte schön kein Geld kosten. Wenn wir ernsthaft etwas verändern wollen,

(Lutz Brauer, CDU: Sie haben ja mehr Probleme als die Opposition.)

dann sind auf der einen Seite alle Ministerien gefragt, in ihren Bereichen die Möglichkeiten der Schaffung von Arbeitsplätzen zu prüfen,

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

und auf der anderen Seite sind die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Dabei erkenne ich nicht die vorhandenen Ansätze.

(Monty Schädel, PDS: Da bleibt Ihnen die Spucke weg, was?! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Harry Glawe, CDU – Monty Schädel, PDS: Jetzt können Sie gar nichts mehr sagen, ne?! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und auch wir sind gefragt. Schauen wir doch gemeinsam mal in unseren Regionen, welche Möglichkeiten wir zur Schaffung von Arbeitsplätzen haben. Und da will ich nur ein Beispiel nennen: Wenn das DRK in Neustrelitz oder das DRK in Mecklenburg-Vorpommern

(Harry Glawe, CDU: Aha.)

zur Versorgung der Patienten nur Großverbraucheraufträge annehmen und unsere eigenen kleinen Lieferanten und Betriebe außen vor lassen, dann frage ich Sie: Was haben wir hierzu geleistet,

(Harry Glawe, CDU: Und woran liegt das? Woran liegt das?)

um Arbeitsplätze zu schaffen? Auch nur unter Geld-einsparung.

(Monty Schädel, PDS: Und wer ist Landesvorsitzende des DRK? – Glocke der Vizepräsidentin)

Aber was ist denn nun wichtiger?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS – Monty Schädel, PDS: Fragen Sie doch mal beim Vorstand des DRK nach!)

Was ist denn nun wichtiger, unsere Wirtschaft hier zu stärken

(Harry Glawe, CDU: Nee.)

oder die Großverbraucher immer mehr ins Land zu holen und unsere eigene Wirtschaft zu erdrücken?

(Wolfgang Riemann, CDU: Und was macht die Landesregierung?)

Darüber machen Sie sich überhaupt keine Gedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Erhard Bräunig, SPD – Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig! – Martin Brick, CDU: Und jetzt ist das Rote Kreuz schuld. – Wolfgang Riemann, CDU: Und was macht die Landesregierung?)

In diesem Sinne sollten wir alles überprüfen, da, wo wir Verantwortung tragen.

(Harry Glawe, CDU: Jetzt werden die Wohlfahrtsverbände schon verantwortlich gemacht. Das ist ja unverantwortlich, was hier läuft!)

Und dass es nicht genug Arbeit in unserem Land gibt, ist doch wohl unumstritten. Beispiele haben wir alle genug. Ich verweise auf die Debatte von heute Morgen zum Agenda-21-Prozess.

(Harry Glawe, CDU: Jetzt sind die Verbände schuld. Wer ist denn daran schuld?)

Schauen wir uns den Bereich Kultur und Soziales an, Bereiche, die wir über arbeitsmarktpolitische Instrumente abdecken. Aber das ist eben nicht Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik und das wissen wir alle. Es ist eben falsch, bei der Lösung ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Glawe, möchten Sie hier vorkommen? Ich glaube, ich habe jetzt das Rederecht.

(Lutz Brauer, CDU: Ich glaube, Sie sehen mehr Probleme, als wir erkannt haben.)

Und es ist eben falsch, bei der Lösung der Probleme in erster Linie das Arbeitsministerium anzuschauen, wie es Herr Rehberg heute Vormittag und auch jetzt wieder getan hat. Wenn wir heute mit der entstandenen Situation konfrontiert werden, dann auch wegen der jahrelangen Konzeptionslosigkeit der Regierung der CDU. Die Senkung der Arbeitslosigkeit ist Sache aller. Die Arbeitsmarktpolitik kann nur unterstützend wirken und das wissen wir auch alle ganz genau. Und, meine Damen und Herren von der CDU, ob Sie es nun wahrhaben wollen oder nicht, ohne die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln wird es uns nicht gelingen. Ich frage Sie: Woran misst man eigentlich die Wertschöpfung?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Woran messen Sie die Wertschöpfung zum Beispiel eines Professors, der ganz, ganz wichtig ist? Und Leute, die im soziokulturellen Bereich arbeiten, die leisten auch zur Wertschöpfung ihren Beitrag. Da machen Sie immer permanent Ihre Unterschiede.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Peter Ritter, PDS: Eine Jugendclub-
leiterin wirft keinen Profit ab.)

Die Wirtschaft allein, und das ist uns auch allen klar, wird dieses Arbeitsplatzdefizit nicht abbauen können. Seien Sie doch mal ehrlich, die heute entstandene Situation bei der Jugendarbeitslosigkeit war doch aufgrund der demographischen Entwicklung in unserem Land schon abzusehen. Und nichts, aber auch gar nichts haben Sie getan.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Sie haben immer auf die Kräfte des Marktes gesetzt. Damit ich nicht falsch verstanden werde, ich will nicht, wie Sie es immer getan haben, die Schuld auf andere abwälzen.

(Zurufe von Martin Brick, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Ich habe, denke ich, deutlich gemacht, dass wir auch die Arbeit in der Regierung kritisch sehen, aber es ist eben eine traurige Wahrheit. Die falsche Politik kann man nicht im Hauruckverfahren heilen. Das haben Sie übrigens auch im Zusammenhang mit dem Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche gefordert. Vielleicht sollten Sie sich mal entscheiden, was Sie wollen.

(Harry Glawe, CDU: Vielleicht erst mal Sie.)

Die PDS-Fraktion lehnt den Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Da
hast du aber ordentlich geschimpft.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Borchardt.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2000. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke.

(Harry Glawe, CDU: Die haben noch
nichts kapiert hier. – Martin Brick, CDU:
Hör doch auf, dich darüber aufzuregen!)

Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2000 bei Zustimmung der Fraktion der CDU, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und PDS)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Umwandlung stationärer Einrichtungen nach § 72 Bundessozialhilfegesetz, Drucksache 3/1992.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Umwandlung stationärer Einrichtungen
nach § 72 Bundessozialhilfegesetz (BSHG)
– Drucksache 3/1992 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der PDS.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Bleib ruhig dabei!)

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Aufgabe aller sozialen Hilfen ist es, ein Leben zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Der heute vorgelegte Antrag zur Prüfung einer zielgenaueren Hilfeleistung in Form teilstationärer beziehungsweise ambulanter Angebote für Personen, die in stationären Einrichtungen nach Paragraph 72 des BSHG untergebracht sind, resultiert aus unserer verfassungsrechtlichen Verantwortung für diese Aufgabenstellung. Der Antrag berührt einen besonderen Aspekt unter einer Vielzahl von Problemlagen, die dazu führen, dass soziale Hilfeleistungen notwendig sind.

Die Fraktionen von PDS und SPD wenden sich mit einer Angelegenheit an den Landtag, die Menschen in besonderen Lebensverhältnissen mit sozialen Schwierigkeiten betrifft. Es geht uns um die Situation, vor allem aber um die Perspektiven von Menschen, die in stationären Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe untergebracht sind, weil sie wohnungslos wurden, zumeist ohne gesicherte Existenzgrundlage auf der Straße oder in ungesicherten Ersatzunterkünften leben, Menschen, deren defizitären Lebensbedingungen neben der Wohnungslosigkeit von weiteren sozialen Schwierigkeiten geprägt waren, beispielsweise gesundheitlichen Einschränkungen, darunter auch Suchterkrankungen, oder Verschuldungssituationen. In vielen Fällen handelt es sich um langzeitarbeitslose Personen, solchen ohne Ausbildung oder längere Berufserfahrung und mit fehlenden Ansprüchen gegenüber der Arbeitsverwaltung. Manche sind nach früherer Entlassung aus psychiatrischen Einrichtungen weder angemessen mit Wohnraum noch ambulant versorgt und pendeln in den Hilfesystemen der Wohnungslosenhilfe, der Suchtkrankenhilfe und der Psychiatrie hin und her. Viele litten und leiden unter fehlenden sozialen Kontakten, einem subjektiven Gefühl der Verunsicherung und Isolation, Versagensängsten und mangelnden Selbsthilfekräften. Der Antrag der Koalitionäre bezieht sich also auf die soziale Lage und zugleich auf die Zukunft der wohl sozial schwächsten Personengruppe in unserem Land.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn hier und heute von Wohnungslosen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten gesprochen wird, ist es zugleich notwendig, auf die Ursachen und Zusammenhänge einzugehen, die zu einer solchen Lebenslage führen können. So gibt es unseres Erachtens Zusammenhänge zwischen der Beschäftigungssituation, der Einkommensverteilung und der Wohnungslosigkeit, Zusammenhänge zwischen der Struktur des Wohnungsmarktes und der Wohnungslosigkeit sowie individuellen Faktoren und Wohnungslosigkeit.

Unser gegenwärtiges Beschäftigungssystem ruft eine sehr ungleiche Einkommensverteilung hervor. Arbeitnehmer der unteren Lohngruppen erzielen häufig nur Einkommen, die knapp über dem Existenzminimum liegen. So suchten mich jüngst Beschäftigte eines Neubrandenburger Unternehmens auf,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die darauf hinwiesen, dass sie nur 6,50 DM für die Arbeitsstunde verdienen würden. So berichtete mir vor kurzem die Leiterin des Sozialamtes des Uecker-Randow-Kreises sorgenvoll von der Zunahme der Zahl der Hilfeebedürftigen, die, obwohl sie täglich acht Stunden arbeiten gehen würden, nicht in der Lage wären, aus dem erzielten Arbeitsentgelt ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Das Risiko der Verarmung ist außerdem umso größer, je kleiner der Haushalt ist.

(Harry Glawe, CDU: Wir sind doch nicht bei der Landesarmutskonferenz hier! – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was brabbelt der Glawe hier heute immerzu rum?!)

Die sozialen Transferleistungen kompensieren die Einkommenseinbußen bei größeren Haushalten stärker. Modellrechnungen, die von Studenten der Fachhochschule Neubrandenburg veröffentlicht wurden,

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

belegen ...

Sie sollten dennoch Interesse zeigen an dem Thema.

(Harry Glawe, CDU: Wenn Sie erst mal zum Thema reden, dann höre ich auch zu. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ein bisschen disziplinierter, Herr Glawe! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das kann Herr Glawe nicht.)

Man muss, denke ich, Herr Glawe, wenn man ein Problem darlegen will und einen Antrag – hören Sie mir mal zu –, den Hintergrund dieses Themas auch ein bisschen erläutern. Dass Sie nun in der vorzüglichen Situation sind, bereits alles zu wissen, was ich sagen will,

(Harry Glawe, CDU: Ja, dann habe ich das verstanden. Das ist in Ordnung, ja.)

und der Meinung sind, dass es eine Frage der Landesarmutskonferenz wäre,

(Harry Glawe, CDU: Ja, die haben Sie jetzt vorgetragen! Die haben Sie jetzt vorgetragen.)

da sind Sie leider auf dem Holzweg. Im Übrigen ist die PDS-Fraktion zumindest stolz darauf, dass wir gute Kontakte zur Landesarmutskonferenz pflegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Gabriele Schulz, PDS)

Es würde auch Ihnen ganz gut zu Gesichte stehen.

Also, ich sprach davon, Herr Glawe, sehr geehrte Damen und Herren, dass Modellrechnungen von Studenten der Fachhochschule Neubrandenburg veröffentlicht wurden, die belegen, dass bei Alleinlebenden, wenn sie ausschließlich von Arbeitslosengeld leben, die Einkommenseinbuße 38 Prozent gegenüber der vorherigen Erwerbsarbeit beträgt. Diese Einbuße beträgt bei einem 5-Personen-Haushalt in gleicher Situation lediglich 26 Prozent, da hier wiederum andere Hilfeleistungen kompensierend wirken. Wohnungsnot steht, das liegt somit auf der Hand und ist biographisch nachweisbar, im engen Zusammenhang mit der Einkommenslage der Bürgerinnen und Bürger. Geringer werdende verfügbare Einkommen oder Einkommenseinbußen durch Arbeitslosigkeit bei unveränderten Mieten können mit der Konsequenz des drohenden oder des realen Wohnungsverlustes verbunden sein.

Eine weitere Ursache der Inanspruchnahme von Hilfen nach Paragraph 72 BSHG kann im Zusammenhang zwischen der Struktur des Wohnungsmarktes und der Entstehung der Wohnungslosigkeit gesehen werden. Der Wohnungsmarkt besteht genau gesehen aus verschiedenen Teilmärkten. Über die Anzahl und die Struktur der angebotenen Wohnungen, die Zahlungsfähigkeit und die

soziale Akzeptanz der Wohnungsnachfrage werden die Zugangsmöglichkeiten zu den einzelnen Teilmärkten bestimmt. Menschen in sozial schwierigen Situationen gehören fast ausschließlich zu den Einkommensarmen mit geringen Mietzahlungsfähigkeiten, was zur Folge hat, dass diesen Menschen nur beschränkte Segmente des Wohnungsmarktes zur Verfügung stehen. Dies sind in der Regel preiswerte Wohnungen, die vergleichsweise gering ausgestattet sind und nicht zur allgemein bevorzugten Wohnlage gehören. Sollten die sozialen Schwierigkeiten ein Ausmaß angenommen haben, das es dem jeweiligen nicht mehr ermöglicht, auf dieses verbleibende Segment an Wohnungsangeboten zurückzugreifen, so besteht die ernsthafte Gefahr des so genannten Abrutschens in die Wohnungslosigkeit.

Die Inanspruchnahme von Hilfen nach Paragraph 72 BSHG muss auch unter dem Blickwinkel des Zusammenhangs von individuellen Faktoren und Wohnungslosigkeit betrachtet werden. Unter individuellen Faktoren sind Verhaltensweisen und Einstellungen von Menschen zu verstehen, die es ihnen nicht ermöglichen, ihre materielle Existenz zu sichern, wie es anderen Personen in der gleichen Situation möglich ist. Geringere Verarbeitungsfähigkeiten und Handlungsspielräume in prekären materiellen Situationen sind dabei oftmals bei gering Qualifizierten anzutreffen. Die Fähigkeiten, in sozialen Schwierigkeiten über ausreichende Ressourcen zur Selbstbestimmung und Selbstverantwortung zu verfügen, hat in hohem Maße auch etwas mit dem Bildungsniveau, insofern auch mit der Bildungspolitik zu tun.

Sehr geehrte Damen und Herren! Auf eines möchte ich jedoch gerade wegen der aufgezeigten Zusammenhänge hinweisen, und das ist mir die wichtigste Passage in dieser Einbringungsrede. Wer undifferenziert oder missverständlich Arbeitslose als Arbeitsunwillige stigmatisiert, der diskriminiert wegen des Zusammenhangs von Wohnungslosigkeit und Arbeitslosigkeit indirekt auch die Menschen, die wohnungslos sind und sich in sozialen Schwierigkeiten befinden. Wer so Arbeitslose wie Wohnungslose pauschal anprangert, trägt zumindest in einem gewissen Umfang zu der offenen oder verdeckten Gewalt gegen Wohnungslose bei. Vor einem solchen Verhalten möchte ich an dieser Stelle mit aller Ernsthaftigkeit warnen, denn die Gewaltbereitschaft gegenüber Wohnungslosen hat in den letzten Jahren spürbar zugenommen. Die in der Vergangenheit bekannt gewordenen und zutiefst verabscheuungswürdigen Tötungsdelikte sind nur die Spitze des Eisbergs. Ungezählt bleiben die Fälle von sexueller Gewalt gegen wohnungslose Frauen und die Fälle, in denen Wohnungslose auf das Übelste beschimpft, im Schlafsack zusammengetreten oder bestohlen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Für Betroffene, die sich in einer Lebenslage befinden, in der die besagten besonderen Lebensverhältnisse mit den dargestellten sozialen Schwierigkeiten verbunden sind, und die sich aus ihrer Situation nicht aus eigener Kraft befreien können, gibt es Hilfeangebote nach Paragraph 72 BSHG. Mit den Hilfeangeboten wird das Ziel verbunden, die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dabei geht es um die Sicherstellung der Primärversorgung wie Unterkunft, Verpflegung und Bekleidung, um Unterstützung und Begleitung bei der Beseitigung der bestehenden sozialen Schwierigkeiten, also auch um die Hilfe bei existenziellen Problemen, wie zum Beispiel bei Strafverfahren, Schuldentilgung, der gesundheitlichen Versorgung und in mentalen Krisensituationen.

Die Hilfeleistungen werden – darüber gibt uns auch der Bericht der Landesregierung zur Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit aus dem Juli vergangenen Jahres Auskunft – als ambulante, teilstationäre oder stationäre Maßnahmen durchgeführt. Maßgabe ist dabei, dass die mit den Hilfen verbundenen Ziele im stationären und teilstationären Bereich spätestens nach 18 Monaten erreicht werden. Eine verlängerte Hilfestellung bedarf der besonderen Begründung. Während teilstationäre und ambulante Hilfen miteinander verflochten sind, hat die stationäre Hilfe im Rahmen der Hilfe nach Paragraph 72 BSHG einen gesonderten Status.

Dem Bericht der Landesregierung zur Vermeidung beziehungsweise Behebung von Wohnungslosigkeit ist zu entnehmen, dass in acht Einrichtungen 161 stationäre Plätze vorhanden sind. An Sozialhilfemitteln stellt das Land Mecklenburg-Vorpommern für diese Plätze sowie für die Betreuung in Tagesstätten etwa 5 Millionen DM bereit. Das Zur-Verfügung-Stellen derartiger Plätze wird auch zukünftig notwendig sein. Insofern möchte ich allen Argumenten jetzt schon die Spitze abbrechen, die da meinen, wir würden mit dem Antrag heraufbeschwören wollen einen Abbau dieser Plätze. Jedoch gilt es aus unserer Sicht zu prüfen, inwiefern die für die Betroffenen in den stationären Einrichtungen aufgewandten Mittel in Form eines variablen Budgets auch für deren Betreuung bei teilstationären und ambulanten Hilfen nach Paragraph 72 BSHG eingesetzt werden können.

Um das an einem Beispiel zu dokumentieren, nehme ich mal eine Person, die aus Neubrandenburg im Obdachlosenheim stammte und in das Heim nach Zühlen eingewiesen wurde – eine stationäre Unterbringung nach Paragraph 72 BSHG, weil man in Neubrandenburg in der Obdachlosenunterkunft nicht mehr adäquat helfen konnte. Die Persönlichkeitsstruktur der Person hat sich dort entsprechend festigen können und die besonderen sozialen Schwierigkeiten wurden überwunden. Es wäre also angezeigt, sie wieder in die Stadt zurückzuholen. Vom Heim jedoch wieder in eine Wohnung ohne begleitende Betreuung wäre ein unzumutbar großer Schritt und birgt die Gefahr, dass die Person dann früher oder später wieder in einem solchen Heim nach Paragraph 72 stationär untergebracht werden müsste. Deshalb erfolgt nunmehr die Unterbringung über die vollen 18 Monate in der stationären Einrichtung. Hilfreich wäre, so meine ich, die Person bedarfsgerecht und unkompliziert in stationärer und teilstationärer Betreuung begleiten zu können.

Nun kann gesagt werden, mit der in Vorbereitung befindlichen Übertragung der Zuständigkeit des überörtlichen Sozialhilfeträgers auf den örtlichen wäre sozusagen die Sache geklärt und es wäre ein Stoß ins Leere. Zum einen verweise ich darauf, dass die Rechtslage ja so noch nicht besteht, zum anderen sage ich, dass der Prozess dieser Prüfung, die wir hier anstreben, begleitet sein muss von einer Definition qualitativer Standards, die wir dringend – und nach Paragraph 93 BSHG auch vorgeschrieben – brauchen. Es scheint also durchaus lohnenswert, fließende Grenzen zwischen den stationären, teilstationären und ambulanten Hilfen herzustellen, und das aus mehreren Gründen:

1. Die Hilfeleistung könnte sich noch konsequenter an der Lebenslage der Hilfeberechtigten ausrichten. Selbsthilfekräfte könnten sich noch intensiver entwickeln.

2. Eine während der stationären Unterbringung und vor Ablauf der 18-monatigen Frist erzielte Stabilisierung der Persönlichkeit hin zu mehr Selbstbestimmung, hin zum Abbau sozialer Schwierigkeiten könnte dem Betroffenen helfen und verstärkt werden, indem die für ihn zur Verfügung stehenden Hilfen problemlos in eine teilstationäre oder ambulante Betreuung überführt werden.
3. Die Zäsur in der Lebenssituation des Betroffenen könnte nach Ablauf der Hilfestellung geringer ausfallen, wenn diese nicht allein in einer stationären Einrichtung erfolgt.
4. Eine an der Situation des Betroffenen orientierte wahlweise Hilfestellung innerhalb des Zeitraums der Hilfen würde der Entstehung oder Verfestigung von Abhängigkeitssymptomen, die durch stationäre Betreuung entstehen können, entgegenwirken.

Sehr geehrte Damen und Herren, was spricht also gegen die Vision einer stationären Hilfe mit einem relativ begrenzten Platzangebot, zum Beispiel in einem Haupthaus und mehreren kleinen WGs oder Einzelwohnungen? Damit würde die stationäre Hilfe nicht mehr die Sackgasse sein, als die sie oft noch von vielen Betroffenen betrachtet wird, sondern sie wäre eine individuelle Hilfe mit echten Alternativen. Damit bestünde eine thematische Nähe zum betreuten Wohnen, die Chance zu einer sinnvollen Vernetzung von stationärer und ambulanter Hilfe. Damit diese Vernetzung jedoch gelingt, muss auch der Kostenträger von der Erforderlichkeit des Ineinandergreifens der Hilfeform überzeugt sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sehen, es gibt gute Gründe zu prüfen, inwiefern wir die Hilfeberechtigten nach Paragraph 72 BSHG zielgenauer unterstützen, begleiten und betreuen können. Es gibt gute Gründe zu prüfen, inwiefern wir das Geld, das wir landesseitig einsetzen, sozialpolitisch noch wirksamer werden lassen. Die Prüfung muss aus unserer Sicht einzig und allein solchen sozialpolitischen Grundsätzen folgen wie:

- der Selbstbestimmung und Teilhabe der Hilfesuchenden, die so zu berücksichtigen sind, dass keinerlei Fremdbestimmung erzeugt wird. Die Hilfeberechtigten sind als mündige Bürgerinnen und Bürger zu respektieren.
- der sich an der Lebenswelt der Betroffenen orientierenden Angebote, die an den Bedürfnissen, Fähigkeiten und der Bereitschaft der Hilfeberechtigten ansetzen.
- der Förderung der Selbständigkeit und der Selbstverantwortung.

Dabei geht es keinesfalls um eine versteckte Bereinigung der Trägerlandschaft. Nein, im Gegenteil, mehr denn je bedarf die Hilfe für Wohnungslose zahlreicher engagierter, hochqualifizierter und motivierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die geschilderten flexiblen Rahmenbedingungen im Sinne der ihnen anvertrauten Menschen anzuwenden verstehen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Herr Glawe, Sie schon wieder?!)

Harry Glawe, CDU: Ja.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen!

Dr. Schoenenburg, ich schon wieder! Ich kann nichts dafür,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der
SPD, CDU und PDS)

aber ich will es dieses Mal auch kurz machen.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner
übernimmt den Vorsitz.)

Zur Umwandlung stationärer Einrichtungen nach Paragraph 72 Bundessozialhilfegesetz: Herr Koplin, es ist ja schön, wenn Sie große Reden halten und große Dinge aus der Landesarmutskonferenz hier vortragen. Entscheidend ist, denke ich, ...

(Gabriele Schulz, PDS:
Das sind Tatsachen, Herr Glawe!)

Ja, Tatsachen. Ich will nur mal sagen, was Tatsachen sind.

(Irene Müller, PDS: Da sind wir aber mal
gespannt. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Woher wollen Sie das wissen? –
Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Das Sozialgesetzbuch lässt sich vom Grundsatz her davon leiten, nämlich von den Besonderheiten eines Einzelfalles. Das heißt, wenn eine Person in Not geraten und Sozialhilfeempfänger ist, ...

(Torsten Koplin, PDS: Darum geht's.)

Genau.

... dann besteht für ihn auch das Recht auf Hilfe. Und dann ist zu klären, wer zuständig ist, erste Frage. Ich bin dann vielleicht auch zuständig,

(Torsten Koplin, PDS: Politik immer.)

aber in dem Falle eher mit der Frage, ob ich örtlicher oder überörtlicher Träger der Sozialhilfe bin. Und da ich weder Angestellter einer Kreisverwaltung noch Landesbediensteter bin, gehe ich davon aus, dass ich das eher politisch begleite.

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Und dann sind Sie, Frau Ministerin, zuständig oder mein Landrat Molkentin in Nordvorpommern.

Meine Damen und Herren, Art, Form und Maß der Sozialhilfe richten sich nach den Besonderheiten des Einzelfalles und vor allem nach der Person des Hilfeempfängers, nach der Art des Bedarfes und nach den örtlichen Verhältnissen. Und da sind wir bei einem Thema. Es geht also um die örtlichen Verhältnisse, es geht um den Hilfe-

bedarf. Dann kann nach einem Hilfeplanverfahren, wenn man diesen erstellt hat, entschieden werden, ob es eine ambulante Form wird, eine stationäre oder eine teilstationäre Form der Betreuung.

Meine Damen und Herren, das hat also nichts damit zu tun, was Sie unterstellen wollen, dass irgendwelche Personen bevorteilt, benachteiligt oder sozusagen in stationären Einrichtungen gehalten werden und ihre Freiheit sozusagen nicht ausleben können. Das ist, denke ich, nicht Grundsatz.

Herr Koplin, eines will ich Ihnen noch ins Stammbuch schreiben:

(Torsten Koplin, PDS: Bitte.)

Es kann nicht sein, dass wir hier sozusagen Prüfaufträge erteilen, die völlig normal sind im Regierungshandeln, denn dazu gibt es eine Verordnung. Und diese tritt erst am 1. August diesen Jahres in Kraft.

(Annegrit Koburger, PDS,
und Torsten Koplin, PDS: 1. Juli!)

Na gut,

(Zuruf von Irene Müller, PDS)

erst im Juli, sechs Monate nach Verkündung. Also nach meiner Meinung wäre das denn der 1. August, aber vielleicht wäre es auch der 1. Juli, da will ich mich jetzt nicht streiten.

Meine Damen und Herren, was will ich sagen? Entscheidend ist, denke ich, dass auch die Beteiligung der Fachausschüsse oder zum Beispiel der Liga stattfindet. Die hat bisher nicht stattgefunden. Und auf der anderen Seite gebe ich Ihnen auch Recht, Sie haben es ja selbst ausgeführt, zurzeit wird gerade verhandelt über einen höheren kommunalen Verband – Zusammenlegung von überörtlichen und örtlichen Trägern der Sozialhilfe. Das sind schwierige Verhandlungen. Da müssen Daten erhoben werden. Da werden alle Dinge zusammengetragen. Da muss man sich über Dinge verständigen, die zukunftsweisend sind.

(Irene Müller, PDS: Sie sollten Referent
bei der Sozialministerin werden.)

Sie belasten jetzt einen nach dem anderen. Und deswegen meine ich eigentlich, die Dinge, die Sie hier einfordern, werden sowieso gemacht.

(Zuruf von Irene Müller, PDS)

Die gehören zum laufenden Geschäft einer Kreisverwaltung, zum laufenden Geschäft auch im Sozialministerium. Deswegen meine ich eigentlich, dass dieser Antrag überflüssig ist, und wir werden ihn ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Torsten Koplin, PDS: Schade. –

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na gut, das halten wir aus. – Zuruf von Irene Müller, PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Glawe.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Reißmann für die SPD-Fraktion.

Dr. Manfred Reißmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie Herr Koplin schon

deutlich gemacht hat, zielt der Antragsentwurf auf eine Umwandlung von stationären Einrichtungen gemäß Paragraph 72 BSHG in teilstationäre beziehungsweise ambulante Angebote. Es sollte geprüft werden, inwieweit es notwendig und möglich ist, stationäre Einrichtungen in teilstationäre beziehungsweise ambulante umzuwandeln.

Nach dem BSHG sind Personen mit besonderen Lebensverhältnissen, mit sozialen Schwierigkeiten, mit Hilfen zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu unterstützen. Die Hilfen sind zu gewähren, wenn sie dazu aus eigener Kraft zur Überwindung dieser Schwierigkeiten nicht in der Lage sind. So weit, so gut.

Nach dem Runderlass des Sozialministeriums, Nummer 33 von 1998, nachzulesen in einer Landtagsdrucksache 3/1417, ist stationäre Betreuung in der Regel dann notwendig, wenn die Maßnahmen im ambulanten und teilstationären Bereich nicht ausreichen, um das Ziel, helfen zu können, zu erreichen.

Die stationären Maßnahmen sind durch speziell integrierte Hilfeangebote auf den individuellen Hilfebedarf zugeschnitten. Die Hilfe laut Paragraph 72 umfasst alle Maßnahmen, die notwendig sind, um Schwierigkeiten abzuwenden, zu beseitigen, zu mildern oder eine Verschlimmerung aufzuhalten, zu verhindern. Dazu gehört auch Beratung, persönliche Betreuung für den Hilfesuchenden wie für seine Angehörigen, Hilfen zur Ausbildung, eventuell wieder in eine Arbeit zu kommen, Erlangung und Sicherung eines Arbeitsplatzes sowie Maßnahmen bei der Erhaltung und Beschaffung einer Wohnung.

Die Leistungen müssen für den Einzelfall zugeschnitten werden, stationär, teilstationär oder ambulant dann realisiert werden. Das wird von den Sozialämtern, also auf kommunaler Ebene betrieben. Die Kosten für die stationäre Unterbringung trägt das Land, die für die ambulante tragen die Kommunen. Bei teilstationären Unterbringungen werden diese Kosten geteilt. In dem Zusammenhang halte ich es für sehr richtig, dass die geplante Übertragung von Aufgaben im Bereich der überörtlichen Sozialhilfe auf die Kommunen ein sinnvolles Anliegen ist, das in den nächsten Tagen und Wochen, hoffe ich, ein bisschen besser transparent und im Konsens auch vermittelt, erläutert und durchgeführt werden kann. Selbstverständlich wird dabei mit allen Betroffenen, da haben Sie natürlich Recht, Herr Glawe, auch insbesondere mit der Liga zu reden sein.

Die Empfehlungen des Deutschen Städtetages zur Sicherung der Wohnungsversorgung in Wohnungsnotfällen und zur Verbesserung der Lebensbedingungen in sozialen Brennpunkten von 1987, ich zitiere hieraus einen Teil: „Es gibt eine kleine Zahl Menschen, die nicht voll reintegrierbar sind. Wegen ihrer geringen Zahlen lassen sich für sie soziale Nischen beziehungsweise Freiräume finden, in denen sie auch mit eigenem Wohnraum versorgt werden können. Die Nische muss ihnen die Möglichkeit geben, die Normabweichung zu leben, ohne dass sie dadurch in ständige Konflikte mit Nachbarn geraten. Die Verringerung des oft hochgespielten harten Kerns macht es möglich, dass für diese wenigen Fälle jeweils Individuallösungen gefunden werden können. Das Konzept einer Individualisierung ist für diesen Personenkreis von besonderer Bedeutung. Die Zusammenfassung in einer eigenen Einrichtungsform, sei es eine Obdachloseneinrichtung, eine therapeutische oder eine beschützende Einrichtung, würde erneut zur Potenzierung der Probleme und damit

wieder zum Wachstum der Problemgruppe führen.“ So weit das Zitat und die Einsichten schon 1987.

Meine Damen und Herren, Individualisierung in diesem Zusammenhang bedeutet nach Meinung der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, dass bei entsprechendem Bedarf auch differenzierte Hilfsangebote gemacht werden können, zum Beispiel in Richtung Individualwohnraum, in Richtung betreutes Wohnen oder in Richtung betreutes Gruppenwohnen. Leitorientierung sollte demnach eine möglichst große Nähe zur Normalität und eine soziale, rechtliche Absicherung der Betroffenen sein.

Nach Auffassung der Liga liegen unter anderem folgende Gründe vor, warum Wohnungslose nicht in höherem Maße in Wohnraum vermittelt werden können, einmal ein regionaler Mangel an preiswertem Wohnraum, zum anderen, vorhandener Wohnraum weist teilweise Standards auf, die keine Stabilisierung der Betroffenen erwarten lassen, und zum Dritten Vorurteile gegenüber diesen Personen.

Meine Damen und Herren, der Ausschluss von Menschen ohne eigene Wohnung aus dem Wohnungsmarkt wird nach Angabe der Bundesarbeitsgemeinschaft „Wohnungslosenhilfe e.V.“ von den Akteuren auf unterschiedlichste Weise vollzogen. Man muss sehr differenziert an dieses Problem herangehen. Es kann sich um befürchtete zukünftige Risiken vom Wohnungsgeber aus gesehen handeln. Zum Beispiel erwartet er ein gepflegtes Erscheinungsbild desjenigen, der eine Wohnung vermittelt bekommen soll. Wird dem nicht entsprochen, bedeutet das aus Sicht der Vermieter ein Risiko. Er bleibt draußen. Wird befürchtet, dass die Kommunikation mit dem Mieter problematisch werden könnte, dass grundsätzlich Probleme mit Nachbarn auftreten könnten, bleibt er draußen. Grundsätzlich skeptisch wird reagiert, wenn eine Wohnung in Anspruch genommen werden soll und der vorhergehende Wohnort das Gefängnis war, ein Wohnheim oder eine bekannte städtische Übernachtungsstelle. In der Regel sind die Gründe dafür nicht bekannt und der Wohnungsvermieter fragt auch im Grunde gar nicht danach, sondern für ihn ist das ein Grund, die Wohnung nicht an so jemanden abzugeben.

Auch wenn die Vermittlung über eine soziale Dienststelle erfolgt, gibt es Vorbehalte. Bedenken bestehen ebenso bei Arbeitslosigkeit und bei allen niedrigen Einkommen. Bedenken bestehen auch bei Alleinstehenden und bei allein erziehenden Frauen besteht grundsätzliche Skepsis.

Das sind alles Gründe, die eigentlich bei einer individuellen Betrachtung und bei einer fundierten und guten, organisierten Hilfeleistung keine Gründe sein oder bleiben müssten. Wenn mehrere solcher Merkmale zusammenkommen, potenzieren sich die Befürchtungen und das Problem lässt sich noch schwieriger lösen ohne die entsprechende Hilfe.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung sollte bei der Prüfung der Umwandlung stationärer Einrichtungen deshalb auch alle eben genannten Problemfelder mit in den Blick nehmen. Wir halten einen solchen Antrag für sinnvoll und werden ihn unterstützen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Reißmann.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Koburger für die PDS-Fraktion.

Annegrit Koburger, PDS: Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Betrachtet man die vielfältigen Problemlagen der betroffenen Menschen, die stationäre Hilfe nach Paragraph 72 BSHG in Anspruch nehmen, so wird deutlich, dass dieses Angebot für einen Teil wohnungsloser Menschen durchaus seine Berechtigung hat. Es sind Menschen, die aus Einsamkeit in ein Dickicht von Problemen gerutscht sind, sei es durch Sucht- und Drogenabhängigkeit, durch psychische Krankheiten oder hohe Überschuldungen. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren muss es Ziel sein, diese Menschen zu befähigen, aus dieser Einsamkeit und zuweilen einer Nichtüberschaubarkeit ihres Lebens wieder herauszukommen. Also Hilfe zur Selbsthilfe! Es sind Menschen, die mit jeder Art des Alleinwohnens zu diesem Zeitpunkt überfordert wären. Sie haben die entsprechenden sozialen und emotionalen Fähigkeiten zum Alleinwohnen und -leben teilweise verloren und verlernt. Diese Menschen brauchen Hilfe, um die Fähigkeiten erst Schritt für Schritt wieder aufbauen zu können. Professionelle Hilfe und Unterstützung sind deshalb erforderlich. Menschen ohne Bindungen und Orientierung, auf der Suche nach einer Gemeinschaft, einem Ort, an dem sie sich aufgehoben und wirklich zu Hause fühlen, brauchen die Hilfe der Gesellschaft.

In jüngster Zeit prägen zwei stereotype Aussagen die Debatte über Obdachlosigkeit in den neuen Bundesländern. Zum einen steige die Zahl der von Obdachlosigkeit Betroffenen kontinuierlich an, zum anderen bleibe das Verhältnis der Anzahl obdachloser Menschen zur Gesamtbevölkerung deutlich hinter dem der alten Bundesländer und den vormals ausgesprochenen Befürchtungen zurück.

In diesen Aussagen dokumentiert sich eine Doppelbotschaft. Zwar wächst ein Problem, aber es ist noch nicht so gravierend, wie befürchtet wurde. Also alles nicht so schlimm? Doch, es ist schlimm. Jede Wohnungslose, jeder Wohnungslose ist eine oder einer zuviel! Wir wollen nicht erst warten müssen, bis es auch in Mecklenburg-Vorpommern so schlecht bestellt ist wie in den alten Bundesländern. Auch wenn die Wohnungslosenhilfe schon recht gut in den neuen Bundesländern organisiert ist, auch dank der Unterstützung der in den alten Bundesländern schon mit langen Erfahrungen Behafteten, wir möchten eigentlich, dass alle Menschen in die Lage versetzt werden, ihre Wohnung zu bezahlen und auch ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Und wir möchten, dass dies erreicht wird mit der Zielstellung, wie wir sie in anderen sozialen Bereichen haben: ambulant vor stationär. Dazu ist es notwendig, die Betroffenen und ihre konkrete Lebenssituation in den Mittelpunkt zu stellen und daraus ableitend die erforderlichen Unterstützungen anzubieten. Und dazu ist es wiederum notwendig, von purem Ressortdenken wegzukommen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine Personengruppe besonders unter diesem Aspekt näher betrachten – wohnungslose Frauen.

Aus der Unterrichtung der Landesregierung zur Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit lassen sich leider keine geschlechtsspezifischen Angaben entnehmen. Zum wiederholten Mal und mit Nachdruck fordern

wir, dass Daten geschlechtsspezifisch erhoben werden, um auf dieser Grundlage auch zu spezifischen, an den Bedarfen der Betroffenen ausgerichteten Entscheidungen zu kommen.

Wie notwendig das ist, will ich an der Problematik der Wohnungslosigkeit von Frauen verdeutlichen. Ursachen der Wohnungslosigkeit sind bei Frauen oftmals Gewalt gegen Frauen und Kinder im häuslichen Bereich, finanzielle und personelle Abhängigkeiten von den Partnern, auch nach Trennung und Scheidung, sowie die hohe Überschuldungssituation. Erfahrungen zeigen, dass viele wohnungslose Frauen, um einen so genannten gesicherten Schlafplatz zu erhalten, eine Beziehung zu einem so genannten Schlafplatzgeber eingehen. Studien sagen aus, dass circa ein Fünftel der Frauen angeben, sich für diese Unterkunft und auch für Speis und Trank zu prostituieren. Dies führt dann wiederum zu einem neuen Abhängigkeitsverhältnis, das häufig von sexualisierter Gewalt, Angst und damit verbundenen hohen psychischen und physischen Belastungen geprägt ist. Dass dies zum Auftreten von psychiatrischen Erkrankungen wie Neurosen oder Depressionen und auch Chronifizierungen von Krankheiten führen kann, ist naheliegend.

Ein Grund für dieses Verhalten ist wohl darin zu sehen, dass das Rollenverständnis und Bild von Frauen solche Zweckpartnerschaften geradezu befördern, denn als Frau sollte man ja nicht so auffällig in der Öffentlichkeit dastehen. Ein weiterer Erklärungsansatz für diesen frauenspezifischen Lösungsweg dürfte in dem schwerpunktmäßig auf wohnungslose Männer ausgerichteten Hilfesystem zu finden sein.

Die so genannte latente Wohnungslosigkeit verhindert zudem eine wahre Einschätzung und Beurteilung der Probleme, die bei Obdachlosigkeit von Frauen auftreten. Erst wenn wieder latente zu manifester Wohnungslosigkeit geworden ist, wird dieses Problem augenscheinlich. Es gibt Untersuchungen für die Frequentierung niedrigschwelliger medizinischer Versorgungsstellen, wo circa 15 Prozent wohnungslose Frauen sich wiederfinden. Das entspricht ungefähr dem Anteil an den Wohnungslosen insgesamt.

Mit der Wohnungslosigkeit gehen insbesondere für Frauen Traumata einher. Und das ist im Gegensatz zu den Männern gerade ein frauenspezifisches Problem. Nach uns vorliegenden Daten der Konferenz für Armut und Gesundheit vom Dezember vergangenen Jahres wurden wohnungslose Frauen zu 56 Prozent bereits ein- oder mehrmals ausgeraubt, zu 34 Prozent körperlich angegriffen und mehr als zwei Drittel vergewaltigt und sexuellen Nötigungen und anderen Sachen ausgesetzt. Ein wichtiges Fazit ist die Feststellung, dass Frauen in verstärktem Maße Gewalttätigkeiten ausgesetzt sind und daher einen besonderen, auch konkret räumlichen Schutzbereich benötigen.

Ein weiterer Grund für die scheinbar geringe Anzahl wohnungsloser Frauen besteht in der Tatsache, dass in Not geratene Frauen oftmals mit Kindern auch in Frauenschutzhäusern Zuflucht oder Schutz und Betreuung suchen und finden. Insofern verdecken auch andere Hilfesysteme den Anteil von Frauen an Wohnungs- und Obdachlosigkeit.

Aus dem Gesagten ergibt sich die Forderung, dass frauenspezifische Lebenslagen in der persönlichen Hilfe besondere Berücksichtigung finden müssen, zum Bei-

spiel durch die Beratung, auch hier bei den entsprechenden speziell befähigten Sozialarbeiterinnen oder Sozialarbeitern, in ambulanten, teilstationären Einrichtungen, aber auch möglicherweise stationären Einrichtungen.

Ich bin sehr froh, dass es wenigstens in Rostock und hier in Schwerin durchaus schon gute und nennenswerte Erfahrungen gibt, um hier auch geschlechtsspezifisch arbeiten zu können. Hier gibt es eine ganze Reihe von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, die diesem spezifischen Hilfebedarf auch gerecht werden. Aber das Land besteht eben aus mehr als Rostock und Schwerin. Und ich denke, überall, in allen Regionen dieses Landes gibt es wohnungslose Frauen. Wir möchten also hier mit unserem Antrag auch dazu beitragen, dass wir uns im Vorgriff, das sage ich ganz bewusst, bei der Inkraftsetzung der Verordnung zur Durchführung des Paragraphen 72 an neuen Herangehensweisen mit beteiligen.

Die Beteiligung der Hilfesuchenden bei der Ermittlung ihres Hilfebedarfs und der Aufstellung eines solchen Gesamtplans zur Überwindung ihrer Notlagen ist ganz wichtig, weil ohne deren Beteiligung auch die Hilfen nicht entsprechend angewendet werden können. Aber wir brauchen dazu eine viel größere Kooperation und Planung auf allen Ebenen. Und ich denke, da ist das, was hier schon ausgeführt wurde, die neuen konzeptionellen Ideen zur Überführung von Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe auf den örtlichen Träger, ein guter Schritt, den man hierfür, also auch für diese betroffene Gruppe mit Nutzen kann und mit Nutzen sollte. Wir möchten auch, dass mittels dieser Neustrukturierung und auch für diesen Bereich die Qualität und die qualitativen Standards der Hilfen festgeschrieben werden, weil ich möchte, dass obdachlose und wohnungslose Menschen in diesem Land, egal, ob sie im Uecker-Randow-Kreis oder in Rostock leben, den gleichen Anspruch in der Qualität der Hilfemaßnahmen haben. Das muss mittels dieser Neustrukturierung auch entsprechend geklärt werden.

Ich möchte auf ein weiteres Problem aufmerksam machen, das sich in diesem Zusammenhang darstellt. Wir haben eine ganze Reihe von Kindern, die aufgrund der Lebenssituation ihrer Eltern mit betroffen sind. Sie sind aber von Hilfemaßnahmen oftmals ausgeschlossen, weil sie entweder vom BSHG nicht erfasst werden beziehungsweise die Hilfen aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz nicht greifen. Hier muss es neue Ansätze, neue Überlegungen geben, um diesen Kindern, ohne sie von den Eltern wegnehmen zu müssen, die gleiche Hilfe andeuten zu lassen, damit sie in die Lage versetzt werden, ihr Leben später selber mal in die Hand zu nehmen und besser meistern zu können.

Ich möchte Sie daher bitten, unserem Antrag zuzustimmen, damit wir hier Lösungsansätze neu beginnen können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Dr. Manfred Reißmann, SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Koberger.

Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1992. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Die Gegenstimmen bitte. – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung.

Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD mit den Stimmen der Fraktion der SPD, bis auf eine Ausnahme, eine Enthaltung gab es, mit den Stimmen der PDS-Fraktion und bei Gegenstimmen durch die CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Verstöße der Staatskanzlei des Landes Mecklenburg-Vorpommern gegen den Datenschutz. Dazu liegt Ihnen die Drucksache 3/1999 vor.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Verstöße der Staatskanzlei des Landes Mecklenburg-Vorpommern gegen den Datenschutz
– Drucksache 3/1999 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion.

Steffie Schnoor, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Bürger fühlt sich ungerecht behandelt und wendet sich deshalb an den Ministerpräsidenten, einen Minister, den Landtag oder die Bürgerbeauftragte. Er hat damit die Hoffnung, dass sich infolge seines Schreibens mit dem Handeln der Verwaltung neu auseinander gesetzt wird und aufgetretene Probleme für ihn gelöst werden.

Viele Menschen wenden sich so in dieser Weise über die Jahre hinweg nach Schwerin. Dies ist nicht ungewöhnlich, sondern es ist kennzeichnend für das Vertrauen, das die Menschen in unserem Land der Landesregierung, dem Landtag beziehungsweise seinen Institutionen entgegenbringen. Solche Schreiben bezeichnen wir als Petition. Und entsprechend dem Petitionsrecht des Landes dürfen Bürgern, die sich so an Regierung und Landtag wenden, keine Nachteile hieraus entstehen. Und genau das ist der entscheidende Punkt.

Offenbar ist es nun aber dem aufziehenden Wahlkampf um die kommunalen Verwaltungsspitzen geschuldet, dass sich der Umgang mit Bürgeranliegen verändert. Da passiert es plötzlich, dass ein Bürger von seinem Arbeitgeber abgemahnt wird, weil er an den Herrn Ministerpräsidenten geschrieben hat. Die CDU will, dass sich die Menschen in unserem Land auch künftig ohne Angst vor Repressalien an den Landtag, die Landesregierung, die Bürgerbeauftragte und natürlich auch an den Ministerpräsidenten wenden können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das ist schön von der CDU.)

Meine Damen und Herren, deshalb erwarten wir von der Landesregierung, dass sie in dem hier konkret genannten Fall Stellung nimmt. Dazu gehört auch eine Bewertung der Vorgänge, die innerhalb der Stadt Wittenburg zu einer Abmahnung des betreffenden Bürgers führte.

Die Beantwortung meiner Kleinen Anfrage ist in diesem Punkt mehr als unbefriedigend. Die Landesregierung kann sich nicht einfach mit dem Verweis, es handele sich um einen Vorgang in der Zuständigkeit der Stadt Wittenburg, aus der Verantwortung ziehen. Die Schreiben der Bürger wurden nämlich der Stadt Wittenburg von der Staatskanzlei übersandt.

Meine Damen und Herren, die CDU hat eigentlich aus diesem Grunde erwartet, dass Herr Ministerpräsident

heute auch eine Bewertung hierzu abgeben wird, ob die Vorgehensweise in Wittenburg mit dem Petitionsrecht des Landes vereinbar ist. Er ist heute nicht anwesend, aber er hat ja einen Stellvertreter. Zweifelsohne stellt eine Abmahnung infolge eines Briefes an den Herrn Ministerpräsidenten einen erheblichen Nachteil dar.

Meine Damen und Herren, um Entwicklungen wie in Wittenburg ein für allemal einen Riegel vorzuschieben, wollen wir außerdem, dass sich der Landtag noch einmal eindeutig zum Petitionsrecht der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern bekennt. Und ich denke, dieser klaren Positionsbestimmung kann jeder in diesem Hohen Hause wohl zustimmen.

Meine Damen und Herren, anlässlich der letzten Kommunalwahlen in den Jahren 1994 und 1999 gab es einen intensiven, aber sehr fairen Wahlkampf.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heinz Müller, SPD: Na?! Na?!)

Allerdings hat sich mit der ersten Direktwahl im vergangenen Sommer in Demmin dies sehr verändert.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Da haben wir aber andere Erinnerungen. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Erinnern wir uns noch einmal: Aus haltlosen Vorwürfen wurden disziplinarrechtliche Ermittlungsverfahren gezimert,

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

die das Innenministerium gezielt in die Öffentlichkeit lancierte.

(Heinz Müller, SPD: Staatsanwaltliche Verfahren laufen. – Till Backhaus, SPD: Warum ermittelt jetzt der Staatsanwalt?)

Zwei Kandidaten meiner Partei wurden so in der Öffentlichkeit diskreditiert und zogen daraufhin ihre Kandidatur zurück.

(Erhard Bräunig, SPD: Welcher Zynismus, Frau Schnoor!)

Aber kaum hatte die SPD die Wahl sang- und klanglos verloren,

(Erhard Bräunig, SPD: Fassen Sie sich mal an die eigene Nase!)

wurden die Verfahren still und heimlich eingestellt.

(Erhard Bräunig, SPD: Jaja.)

Hier kann wohl kaum die Rede sein von einem fairen Wahlkampf.

(Beifall Lorenz Caffier, CDU – Till Backhaus, SPD: Und wo ziehen Sie überall die Strippen, Frau Schnoor?)

Meine Damen und Herren, das Ringen um die Gunst des Wählers ...

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Wer Unrecht hat, schreit, das ist immer so.

(Till Backhaus, SPD: Darüber muss ich aber lachen.)

... scheint einige Strategen doch aus der Ruhe zu bringen und zu undemokratischen Mitteln greifen zu lassen.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Mittels mieser Tricks, die in übler Nachrede

(Zuruf von Hannelore Monegel, SPD)

und persönlichen Verunglimpfungen ihre Höhepunkte erfahren,

(Heike Polzin, SPD: So ist es.)

will man Kandidaten verunsichern oder mundtot machen

(Erhard Bräunig, SPD: Hören Sie auf, so einen Unsinn zu reden da vorne! – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

und gleichzeitig die Menschen beeinflussen, die vermeintlich richtigen Kandidaten anzukreuzen. Meine Damen und Herren, so etwas nenne ich vordemokratisches Verhalten. Dies ist insbesondere einer Landesregierung unwürdig.

Meine Damen und Herren, ich erwarte von den Mitgliedern der Landesregierung, dass sie sich im Kommunalwahlkampf zurückhalten,

(Till Backhaus, SPD: Sie auch, Sie auch. – Heiterkeit bei Hannelore Monegel, SPD, und Heike Polzin, SPD)

und, sehr geehrter Herr Innenminister, dass Ministerien in Wahlkampfzeiten nicht für parteipolitische Zwecke missbraucht werden.

(Beifall Lorenz Caffier, CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wie die CDU das immer gemacht hat, ne? – Till Backhaus, SPD: Wie die Blackies das immer gemacht haben.)

Und, meine Damen und Herren, deshalb wollen wir auch, dass der Landtag noch einmal alle,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Da sollten Sie sich aber mal ein bisschen mehr zurückhalten, oh!)

die um die Gunst der Wähler kämpfen, zur Fairness aufruft.

(Heiterkeit bei Erhard Bräunig, SPD, und Dr. Gerhard Bartels, PDS – Zuruf von Till Backhaus, SPD)

Im Vorfeld der nächsten Direktwahlrunden am 22. April, am 6. und 13. Mai sollten wir gemeinsam dazu beitragen, dass Wahlkämpfe nicht in persönlichen Schlammschlachten enden.

(Heike Polzin, SPD: Ach so?! – Till Backhaus, SPD: Ach ja?! Darf ich dann mal eine Frage stellen?)

Ich wünsche mir, dass sich die Kontrahenten auch nach einer Wahl noch in die Augen sehen können.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heinz Müller, SPD: Sie wollen ja gar keine Kontrahenten haben! – Reinhardt Thomas, CDU: Das ist ja schlimmer als zu DDR-Zeiten.)

Aber Voraussetzung hierfür ist, dass man fair miteinander umgeht.

(Der Abgeordnete Till Backhaus meldet sich für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ruhe zu wahren. Wir haben eine Einbringung, Herr Backhaus, da ist keine Anfrage möglich.

(Till Backhaus, SPD: Schade.)

Steffie Schnoor, CDU: Tut mir Leid, ich hätte mich gerne mit Ihnen auseinander gesetzt, Herr Backhaus.

Aber wie weit es mit der Fairness her ist,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

merkt man auch bei meiner Rede, wie Sie da handeln.

(Gabriele Schulz, PDS: Deshalb haben Sie ja so einen Antrag gestellt.)

Meine Damen und Herren, ich bitte die Landesregierung um eine Stellungnahme und die Fraktionen um ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Reinhardt Thomas, CDU: Genau, richtig.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit 30 Minuten vereinbart. Kann ich davon ausgehen, dass das so gewollt ist? – Dann eröffne ich die Aussprache.

Zu Beginn hat das Wort der Justizminister Herr Seling. Bitte sehr.

Minister Erwin Seling: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich bei diesem Antrag darauf beschränken, im Wesentlichen etwas zu Ziffer 1 zu sagen.

Frau Schnoor, zu Ziffer 2 nur so viel: Selbstverständlich wendet sich die Staatskanzlei bei Bürgerbegehren an die betroffene Behörde und fordert eine Stellungnahme ein. Das ist ja wohl klar. Zu Ziffer 3, meine Damen und Herren von der CDU: Vorsicht mit solchen Appellen! Die letzte Mahnung, an die ich mich sehr gut erinnere, mit einem Wahlkämpfer rücksichtsvoll umzugehen, bezog sich auf den damaligen Demminer Landrat.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS – Reinhardt Thomas, CDU: Das ist wohl ein Witz! So, wie damit umgegangen worden ist im Innenministerium!)

Nun aber zu Ziffer 1 des Antrages. Damit wird die Landesregierung aufgefordert, über die Prüfung des Datenschutzauftrags in dem konkreten Fall eines Wittenburger Bürgers zu berichten. Die Landesregierung hat den Sachverhalt zwar bereits in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Schnoor ausführlich dargelegt, aber selbstverständlich komme ich dem Wunsch der CDU-Fraktion hier noch einmal gerne nach.

Eine wichtige Feststellung gleich zu Beginn: Der Landesdatenschutzbeauftragte hat den Vorgang anhand sämtlicher der Landesregierung vorliegender Unterlagen geprüft und keine Beanstandung festgestellt.

(Reinhardt Thomas, CDU: Zufälle.)

Der Vorgang ist damit für den Landesdatenschutzbeauftragten abgeschlossen. Damit ist eigentlich alles gesagt.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Um die Sache vielleicht aber wirklich endgültig ad acta zu legen, ohne dass noch weiter viel Papier von Ihnen

beschrieben wird, will ich die Eckpunkte noch einmal kurz umreißen.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Welche Zufälle es alles gibt!)

Herr Groß, das ist der Petent, hat sich seit November 2000 insgesamt siebenmal an den Ministerpräsidenten gewandt. Dabei hat er zwei Anliegen vorgetragen, die jeweils an das zuständige Fachressort weitergegeben worden sind. Beide Ressorts bemühten sich und bemühen sich weiterhin, Herrn Groß weiterzuhelfen. Der Vorgang „Einzeldenkmal Frauengefängnis Wittenburg“ ist in der Sache noch nicht abgeschlossen, wird weiter bearbeitet. Hingegen ist dem Anliegen von Frau Annett Groß, geborene Schnoor, hinsichtlich ihrer Einstellung als Lehrerin entsprochen worden.

(Till Backhaus, SPD: Was für ein Zufall! – Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Bei den beiden Schreiben, durch die die Angelegenheit hier auf die Tagesordnung kam, handelt es sich um eine E-Mail vom 05.01. und ein Fax vom 17.01. Die E-Mail hat Herr Groß zeitgleich zur Info an den Landtag gefaxt.

In dem Bemühen, die erwähnten Probleme schnell zu lösen, wurde am 18.01. Kontakt zum Mitglied des Petitionsausschusses Frau Dr. Seemann aufgenommen, die sich bereits im vergangenen Jahr mehrfach um eine Klärung bemüht hatte und die Angelegenheit auch durch Gespräche im Bildungsministerium kannte. Ziel war es, den Sachverhalt unter Einbeziehung aller bisher an dem Sachverhalt Beteiligten zu erörtern und einer Lösung zuzuführen.

Dass diese Herangehensweise der Landesregierung nicht nur sachgerecht war, sondern aus datenschutzrechtlicher Sicht auch korrekt, hat der Landesdatenschutzbeauftragte der Landesregierung inzwischen eindeutig bestätigt. Frau Schnoor, ich fände es deshalb angemessen, wenn Sie sich von der Überschrift Ihres Antrages distanzieren könnten. Vielleicht gelingt es sogar, im Ältestenrat ganz allgemein zu verabreden, dass förmlich gestellte Anträge der Fraktionen in Zukunft von solchen Formulierungen frei bleiben. Dies würde sicherlich zu einem besseren parlamentarischen Klima beitragen, was uns allen sehr gut tun würde. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schulz von der PDS-Fraktion.

Gabriele Schulz, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, was sollte dieser Antrag?

(Heinz Müller, SPD: Rabatz!)

Ist es ein verspäteter Aprilscherz oder wie sollen wir in diesem Hohen Haus damit umgehen? Auch Frau Schnoors Einbringung hat mich in den Erkenntnissen nicht bedeutend weitergebracht. Ich würde eher sagen, sie hat dazu beigetragen, dass populistischer Wahlkampf hier in diesem Hohen Haus geführt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es bleibt also nur zu sagen, meine Damen und Herren von der CDU, Sie beschämen uns mit derartigen Anträgen

(Beifall Ute Schildt, SPD)

genauso wie mit toten Vögeln, denn Sie beschädigen damit die Würde dieses Landtages.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –

Wolfgang Riemann, CDU: Das müssen Sie gerade sagen mit Ihren stasibelasteten Leuten! Das müssen Sie gerade sagen! – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Mit guten parlamentarischen Gepflogenheiten hat das aber auch gar nichts mehr zu tun.

Herr Riemann, ich würde mich zurückhalten

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

mit solchen Äußerungen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja. – Reinhardt Thomas, CDU: Vizepräsidentin!)

Es will mir auch nicht so recht in den Kopf gehen, dass der Text dieses Antrages vielleicht sogar aus der Feder von Herrn Caffier geflossen ist, denn, verehrter Herr Kollege Caffier, ein Parlamentsantrag ist doch wohl kein Potpourri, kein Papier, in dem man Kraut und Rüben, Äpfel und Birnen sinnlos zusammenschmeißt.

Eins aber ist auf alle Fälle klar: Das Vorgehen der Antragsverfasser ist doch ziemlich billig und oben drein noch peinlich. Warum? Man bildet, wie im Antrag ersichtlich, eine möglichst tendenziöse Überschrift, die da lautet: „Verstöße der Staatskanzlei ... gegen den Datenschutz“.

(Zuruf von Irene Müller, PDS)

Das heißt, man weiß schon im Voraus, dass die Staatskanzlei gesündigt hat.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das tut sie jeden Tag.)

Und dann fügt man unter dieser Überschrift als Lämmerchwanz oder, man muss besser sagen, als Rattenschwanz

(Reinhardt Thomas, CDU: Wir glauben eben nicht nur an Zufälle.)

gleich noch eine deftige Bekräftigung und einen flammenden Appell, sozusagen einen CDU-Parteistandpunkt hinzu. Fertig ist die Soße!

(Heike Polzin, SPD: Ja.)

Wir mögen also nach dem Wunsch der CDU, so entnehmen wir es dem Antrag, beschließen, dass wir das Recht einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers bekräftigen, dass sie sich in allen Angelegenheiten an die Landesregierung und den Landtag wenden können und dass das vertraulich zu behandeln ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Ja, ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Wer hat denn das jemals bestritten,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

so dass wir es jetzt neu beschließen müssten?

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU: Die Praxis! – Wolfgang Riemann, CDU: Das ist ja wohl die Praxis.)

Das ist doch konkrete, ganz ordentliche und

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Praxis ist genau andersherum ausgeübt worden. – Harry Glawe, CDU: Sie kommen doch aus der Gegend da.)

gegenwärtige Verfassungslage, meine Damen und Herren von der CDU.

(Lorenz Caffier, CDU: Warum regen Sie sich überhaupt so auf?!)

Deshalb werden wir das gewiss nicht noch einmal beschließen oder bekräftigen müssen. Wenn Sie aber schon derart abheben, liebe Kollegen der CDU,

(Harry Glawe, CDU: Wat?)

dann sollten Sie es wenigstens auch juristisch stimmend tun. Es steht nämlich wirklich die Frage: Wo ist denn hier der Verstoß der Staatskanzlei? Das zur Bekräftigung in Ziffer 2 Ihres Antrages.

Aber was will die CDU weiter? Nun, wir sollen, meine Damen und Herren, in Punkt 3 gleich noch einen Appell beschließen, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den kommunalen Direktwahlen einen fairen und offenen Wahlkampf führen möchten. Nun, ich gestehe, dass ich mir zumindest vorzustellen vermag, was ein fairer Wahlkampf ist,

(Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD: Ja. – Ute Schildt, SPD: Ja, wir auch.)

denn da gehört, glaube ich, nicht viel an Einsicht dazu. Meist ist es das Gegenteil von dem, was die CDU in Wahlzeiten so sagt und treibt,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

als da sind, ich erinnere nur an Wahlplakate mit roten Socken und blutroten SPD/PDS-Einheitshänden,

(Harry Glawe, CDU: Soldaten sind Mörder. – Till Backhaus, SPD: Und schwarzen Koffern! – Wolfgang Riemann, CDU: Soldaten sind Mörder. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Rufmordkampagnen gegen Kandidaten anderer Parteien,

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Schmutzkampagnen gegen Politiker – die Kette ließe sich fortsetzen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Stoiber gleich Hitler. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Hier könnte die CDU,

(Wolfgang Riemann, CDU: Stoiber gleich Hitler.)

bevor sie uns einen derartigen Appell abverlangt, die Einkehr oder Umkehr in den eigenen Reihen befördern. Dann würde ein Schuh daraus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Dr. Gerhard Bartels, PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Fassen Sie sich erst mal selber an die Nase!)

Und, meine Damen und Herren, früher sagte man dazu Selbstkritik.

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Also, was ein fairer Wahlkampf ist, weiß ich somit.

(Harry Glawe, CDU: Hasch an Schulen – PDS!)

Was nun allerdings „offener Wahlkampf“ bedeutet, kann ich mir dann doch nicht so richtig vorstellen,

(Gerd Böttger, PDS: Das Ergebnis ist offen.)

oder es sei denn, man geht davon aus, Herr Rehberg, Herr Caffier und die Kollegen der CDU-Fraktion, Sie hätten bisher Ihren Wahlkampf zu Hause im Parteikämmerlein oder im Dunkeln geführt.

(Irene Müller, PDS: Undercover!)

Ich frage also ganz einfach: Wollen Sie uns mit diesem Antrag ganz und gar für dumm verkaufen? Und wo ist denn hier der Verstoß der Staatskanzlei?

(Till Backhaus, SPD: Wir sind doch hier nicht im Mediamarkt.)

Wie es Ihnen nicht um einen fairen und offenen Wahlkampf geht, so geht es Ihnen auch nicht um die Ernsthaftigkeit des Eingaberechts, das gefährdet sei, wie Sie es in Punkt 1 Ihres Antrages vorgeben. Ihnen geht es um Haupt- und Staatsaktionen hier im Landtag, um Getöse, um Provinzpossen. Ich will das nicht weiter ausführen.

(Zuruf von Irene Müller, PDS)

Sie tun mit Ziffer 1 nichts anderes als das, was im Volksmund umschrieben wird: „Man würde mit der Wurst nach dem Schinken werfen.“

(Wolfgang Riemann, CDU:
Irgendwas bleibt schon hängen.)

Auf billige und ganz unredliche Art und Weise wollen Sie bereits wieder, wie heute Vormittag, wie gestern geschehen, dem Ministerpräsidenten und dieser Regierung ans Leder. Das ist doch des Pudels Kern!

(Harry Glawe, CDU:
Und dann sind Sie abgewählt.)

Insoweit haben wir den Hintersinn Ihres Antrages schon begriffen. Allerdings frage ich mich nun ernstlich, was denn die CDU dermaßen auf die Palme gebracht hat, dass der Landtag, das heißt, dass das gesetzgebende Organ, die Stätte der politischen Willensbildung sowie die Kontrollinstanz des politischen und exekutiven Handelns der Regierung

(Wolfgang Riemann, CDU: Von Kontrolle ist bei Ihnen nicht viel zu spüren.)

in diesem konkreten Einzelfall bemüht werden muss. Nun, der Antrag besagt, die CDU hätte davon gehört beziehungsweise es ist ihr gesteckt worden, einem ganz bestimmten Wittenburger Bürger, der der CDU natürlich bestens bekannt ist und den sie vor Ort bereits als Wahlkandidaten geparkt hat,

(Harry Glawe, CDU: Den kennen Sie doch auch.)

sei auf nicht saubere und faire Weise ein Schreiben an den Ministerpräsidenten als Echo um die Ohren geschlagen worden und es sei ein Bumerangeffekt eingetreten. Na wenn das so stimmt, meine Damen und Herren, dann kann man natürlich sagen, das ist nicht in Ordnung.

(Till Backhaus, SPD: Der Bürgermeister war doch mal ein Schwarzer.)

Aber was mich dann doch wundert, ist, warum Sie sich so lauthals darüber aufregen und nicht in erster Linie der Betroffene sein Vetorecht wahrnimmt, sondern die CDU als die Partei der Gerechten hier auftritt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir kümmern uns eben um jeden Menschen. – Heiterkeit bei den Abgeordneten)

„Völker der Welt“, rufen Sie empört.

Genau das haben Sie eben gesagt, Herr Riemann.

(Till Backhaus, SPD: Sie kümmern sich nur um sich selbst. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Der Herr Riemann liebt sie alle.)

Und so verstehe ich auch Ihren Antrag.

„Völker der Welt! Schauen Sie auf diese Staatskanzlei, schauen Sie auf diesen Ministerpräsidenten!“

(Wolfgang Riemann, CDU: Guckt lieber nicht hin! – Zuruf von Dr. Henning Klostermann, SPD)

„Wird da doch ein friedliebender, demokratischer Bürger, der außerdem noch gerade der CDU angehört, vom Ministerpräsidenten geschurigelt und diszipliniert, nur weil er seinem Landesvater einen Brief geschrieben hat.“

(Till Backhaus, SPD: Geschnoorriegelt. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ja, Entschuldigung. Da habe ich mich versprochen.

(Till Backhaus, SPD: Na, geschnoorriegelt.)

Darf man denn auf derartige Weise die Liebe eines Landeskinds erwidern?

(Zuruf von Till Backhaus, SPD)

Liebe Kollegen von der CDU,

(Harry Glawe, CDU: Was?)

hoffentlich sind Sie nicht hier einer alltäglichen Intrige aufgesessen. Und haben Sie denn nicht zur Kenntnis genommen, dass der Landesdatenschutzbeauftragte sich um diesen Fall kümmert? Haben Sie Ihrem Wittenburger Parteifreund denn nicht gesagt, welche gewaltigen und vielfachen Möglichkeiten er hat, sich beispielsweise im kommunalen Rahmen, ferner im Dienstrecht, im Rahmen des Verfassungs-, Verwaltungs- und auch des Strafrechts dagegen zu wehren, wenn ihm Unrecht geschehen sein sollte. Sie haben doch sonst, meine Damen und Herren von der CDU, den Rechtsstaat so mit Löffeln gefressen.

Was soll denn der Landtag mit Ihrem Getöse tun, frage ich Sie. Vielleicht entlassen wir gleich den Chef der Staatskanzlei und den Ministerpräsidenten dazu, wenn es nach Ihnen geht?!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Der ist doch schon getürmt.)

Aber im Ernst, ich habe überhaupt keine Befürchtungen,

(Harry Glawe, CDU: Der sitzt jetzt im Wirtschaftsministerium. – Wolfgang Riemann, CDU: Da hat er sich versteckt.)

dass der angesprochene Sachverhalt genau dort erörtert und behandelt wird, wo er hingehört.

(Till Backhaus, SPD: Und was passiert jetzt mit Herrn Groß?)

Und dies passiert, das möchte ich Ihnen auch deutlich sagen, ganz und gar ohne Nachhilfe der CDU-Landtagsfraktion.

(Till Backhaus, SPD: Wer wird denn MP?)

Aber eins wird mit diesem Antrag erneut klar: Wer sich nur um politischen Kleinkram und Klamauk kümmert, kann eben nicht die verantwortungsvolle Rolle einer Opposition im Landtag ausüben.

(Beifall Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Ich sage noch einmal: Das Land hätte wahrlich eine andere, eine verantwortungsvolle Opposition verdient.

(Heiterkeit bei
Wolfgang Riemann, CDU: SPD/PDS.)

Und abschließend, meine Damen und Herren von der CDU, ich habe auch den Eindruck, dass bei Ihnen wirklich nicht die rechte Hand weiß, was die linke tut. Denn warum Sie neben einem Antrag noch über Frau Schnoor eine Kleine Anfrage zum selben Sachverhalt mit zwei Dutzend Fragen ableiten, das will mir doch nicht in den Kopf. Und was wollen Sie denn über die Kleine Anfrage noch wissen, wenn Sie Ihren Antrag zum Thema hier heute schon im Landtag erörtern? Alles in allem, dunkel ist und bleibt des Antrags Sinn.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Doppelt hält besser.)

Zum Punkt 1 haben Sie eine Antwort erhalten über die Anfrage der Kollegin Schnoor. Da wäre der Bericht sowieso überflüssig. Appelle zu Selbstverständlichkeiten wie in Punkt 2 oder 3 Ihrer Drucksache sind überflüssig, denn der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ist kein CDU-Parteitag. Und es ist also wohl klar, wir können Ihren Antrag nur ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Caffier von der CDU-Fraktion.

(Till Backhaus, SPD: Dann bist
du ja doch der Antragschreiber, wa?
Das hätte ich wohl nicht gedacht von dir.)

Lorenz Caffier, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Die Aufgeregtheit von Ihnen, Frau Schulz, kann ich überhaupt nicht verstehen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Frau Schulz ist
keineswegs aufgeregt. – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Frau Schulz ist doch ganz ruhig. Wir haben sie
noch nie aufgeregt erlebt.)

Das muss ich hier zur Kenntnis nehmen.

(Till Backhaus, SPD: Bei Herrn
Caffier sind die Haare hoch.)

Und wenn Sie die Beschwerden von Bürgern als politischen Kleinkram bezeichnen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ach, das hat sie doch ...)

dann, muss ich sagen, meine Damen und Herren,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr
Caffier, das hat sie doch gar nicht gemacht.)

haben einzelne Abgeordnete in diesem Haus ein seltsames Demokratieverständnis.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das hat sie doch gar nicht gemacht. –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Natürlich hat sie eben hier von politischem Kleinkram bei diesen ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ihren Antrag
hat sie damit gemeint, nicht die Sache.)

Also, dann ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Sie müssen einfach mal zuhören!)

Ich höre zu, ich habe sogar ganz vorne gesessen und ganz genau zugehört. Und ich weiß genau, was sie gesagt hat.

(Heinz Müller, SPD: Sie haben genau
das gehört, was Sie hören wollten.)

Ich denke, es ist ein legitimes Recht, dass man so ein Thema als Fraktion auch aufgreifen kann.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, die
Abgeordneten sind ja frei, Herr Caffier. –
Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Und wir haben zu Punkt 1 die Ausführungen des Justizministers zur Kenntnis genommen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Sie dürfen doch alles erzählen.)

Aber es ist eben der Punkt 2 ganz konkret noch mal deswegen wichtig gewesen, weil den Bürgern Nachteile entstanden sind. Denn es ist ja dadurch, dass er sich an die Regierung beziehungsweise an den Landtag gewandt hat, ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

(Beifall Steffie Schnoor, CDU,
und Reinhardt Thomas, CDU)

Und wenn das in diesem Land Schule macht, dass man, wenn man sich irgendwo hinwendet,

(Reinhardt Thomas, CDU:
Zufälle gibt's nämlich nicht.)

aufgrund von Vorgängen dafür bestraft wird, dann, denke ich, müssen wir als Abgeordnete in diesem Landtag was dagegen tun.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: So ist es. Genau! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

In diesem Sinne gilt der Antrag und dazu kann ich nur aufrufen und darum bitten, nicht, dass die Botschaft in diesem Land umhergeht, wer sich Hilfe suchend an das Land, sprich Regierung oder den Landtag, wendet, kann gegebenenfalls die Unterlagen nachher bei seinem Arbeitgeber nachlesen, seine Einwände.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Gabriele Schulz, PDS: Bleiben
Sie doch bei der Wahrheit, Herr Caffier! –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Nein,
nein. – Zuruf von Irene Müller, PDS)

Dies darf nicht Einzug halten und darum bitten wir in diesem Antrag. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Caffier, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Backhaus? (keine Zustimmung)

(Till Backhaus, SPD:
Das habe ich mir doch gedacht!)

Tut mit Leid, Herr Backhaus.

(Till Backhaus, SPD: Das hab' ich genau gewusst! – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dankert von der SPD-Fraktion.

(Unruhe bei den Abgeordneten –
Lutz Brauer, CDU: Wer flüstert, lügt. –
Harry Glawe, CDU: Da hätten Ihr auch öffentlich diskutieren können.)

Reinhard Dankert, SPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Das Temperament von Frau Schulz habe ich nicht und auch nicht die Vehemenz von meinem Kollegen.

(Volker Schlotmann, SPD: Nun bin ich aber baff.)

Aber wie immer landen solche Spezialanträge beim PGF, nicht wahr, Herr Caffier?

(Peter Ritter, PDS: Nicht nur.)

Und ich muss hier ehrlich sagen, ich war überwältigt von dem Antrag.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich war, was mir nicht allzu oft passiert, minutenlang sprachlos

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

und habe lange überlegt, was macht man nun damit.

(Heike Polzin, SPD: Schiffchen falten.)

Aber vielleicht denken auch einige CDU-Abgeordnete so. Was macht man denn mit so einem Antrag? Und ich bin ziemlich sicher, dass er auf einem fiktiven CDU-Parteitag, Frau Schulz, so nie angenommen worden wäre.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS –
Heinz Müller, SPD: So schlecht ist nicht mal ein CDU-Parteitag.)

Aber vielleicht fangen wir einfach mal von hinten an, frei nach Adenauer.

Der dritte Punkt, Fairness und CDU – ein riesengroßes Fragezeichen.

(Heike Polzin, SPD: Ja.)

Dieses Geld mit der Nichtfarbe vorweg – ich weiß nicht, was das soll. Es mag inzwischen auch keiner mehr hören, ich auch nicht. Die Verbrecherplakate wurden erwähnt. Das war natürlich sehr offen im Wahlkampf, aber keineswegs fair.

(Heike Polzin, SPD: Das ist die neue Offenheit.)

Der Bruch der Hausordnung im Landtag wird billigend in Kauf genommen. Das war sehr offen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, Herr Backhaus hat das auch schon mal gemacht, mit Eiern. – Unruhe bei Abgeordneten der CDU und PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Hören Sie doch auf! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Was pfeifen denn, meine Damen und Herren, was pfeifen denn ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Und der Faschingsklub, der da hinten aufgetreten ist, das war auch nicht gegen die Landtagsordnung. – Glocke der Vizepräsidentin – Till Backhaus, SPD: Bin ich hier mit toten Hühnern rumgelaufen, oder was?)

Der Faschingsklub hat sich vernünftiger benommen als Sie, Herr Riemann.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Jawohl! –
Till Backhaus, SPD: Er hat die Eier mit größtem Genuss gegessen.)

Was pfeifen denn die Plauerer Spatzen von den Dächern? Da gibt es ein Flugblatt, parteiunabhängig. Und wenn ich so was schon lese, geht das meist nicht besonders christlich und demokratisch zu.

(Harry Glawe, CDU: Der ist hier wie ein kleiner Hühnergott rumgelaufen.)

Was ist mit dem 4-zu-3-Ergebnis – manchen Fußballer würde es erfreuen –, was ist mit dem 4-zu-3-Ergebnis in Nordwestmecklenburg? Wieso scheuen Sie da den offenen und fairen Wahlkampf

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

und lassen nicht die Wähler entscheiden, was sie von der Person halten?

(Beifall bei der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Wieso hat Ihr Landkreis so ein dämliches Formblatt entworfen?)

Die verfassungsmäßigen Rechte, jetzt bin ich bei Punkt 2.

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Sie sind ja so fair, dass Sie den eigentlichen Anlass, der ja sehr billig ist – und dazu wurde schon eine ganz Menge gesagt –, dann in solche Forderungen einkleiden, die man eigentlich gar nicht ablehnen kann. Aber warum stellen Sie das Recht, das Grundrecht eines Bürgers in Frage, wenn Sie es noch bekräftigen wollen? Doch offensichtlich nur, weil Sie es in Frage stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Reinhardt Thomas, CDU: Ho!)

Wir stellen es nicht Frage. Demzufolge nehmen wir auch das Risiko in Kauf, hinterher von Ihnen beschimpft zu werden, dass wir dieses Recht sogar ablehnen, weil wir den Antrag ablehnen werden.

(Till Backhaus, SPD: Man sieht ja auch, wie das Interesse ist bei den Schwarzen.)

Aber nun kommen wir zu Punkt 1 und die ganze Begründung zielt ja nur darauf ab, dass der Punkt 1 das Wichtigste ist an Ihrem Antrag. Aber Sie haben die Ant-

wort gehört zu den Problemen. Das reicht. Und ich setze noch einen drauf. In der Pressemitteilung des Datenschutzbefragten heißt es: „Die Übermittlung der Daten an den Bürgermeister der Stadt Wittenburg zum Zweck der Zuarbeit in der Sache ist aus datenschutzrechtlicher Sicht nicht zu beanstanden. Die Datenübermittlung ist insoweit geklärt.“

Meine Damen und Herren, vielleicht kann sich noch jeder von Ihnen an die interessante Debatte zu Herrn Trittin im Bundestag erinnern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Tritt ihn!)

Da machte der von uns allen verehrte Bundeswirtschaftsminister Müller nur eine Bemerkung, indem er eigentlich stolz auf die Opposition sein wollte. Entscheiden Sie bitte selbst, ob man auf so einen Antrag stolz sein kann,

(Reinhardt Thomas, CDU: Also Trittin hier ins Spiel zu bringen ist schon makaber.)

auch wenn er mir wirklich die Sprache verschlug!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Fast so makaber wie die Enten von Greenpeace. – Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Aber da fiel mir mein Großvater ein, der mir früher einmal sagte:

(Harry Glawe, CDU: Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein.)

„Nur was ich denk und tu, das traue ich auch andern zu.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heike Polzin, SPD: Ja. – Till Backhaus, SPD: Der CDU.)

So weit zur Überschrift.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und, meine Damen und Herren, ich könnte Wetten darauf abschließen,

(Harry Glawe, CDU: Was?)

dass solche Anträge erst dann ausbleiben, wenn die CDU wieder Regierungspartei im Lande ist. Sie betteln ja förmlich mit jedem Antrag darum. Also werden wir wohl solche Anträge noch eine recht lange Zeit haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Gerd Böttger, PDS: Malen Sie nicht den Teufel an die Wand! – Wolfgang Riemann, CDU: Wenn bis September 2002 für Sie eine lange Zeit ist?!)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Kollege.

Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1999. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Vielen Dank. Die Gegenstimmen? – Danke sehr. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen von SPD- und PDS-Fraktion abgelehnt, da er nur die Stimmen der CDU auf sich vereinigen konnte.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Mobilfunk-Sendeantennen: Gesundheitsgefahren vorbeugen, Akzeptanz erhöhen, Forschung intensivieren, Zusammenarbeit verbessern, auf Drucksache 3/1993.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Mobilfunk-Sendeantennen: Gesundheitsgefahren vorbeugen, Akzeptanz erhöhen, Forschung intensivieren, Zusammenarbeit verbessern
– Drucksache 3/1993 –

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Herr Dr. Reißmann von der SPD-Fraktion.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Der würde auf einem SPD-Parteitag
auch durchfallen, dieser Antrag.)

Dr. Manfred Reißmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Jahren sind Mobilfunk und andere Sender elektromagnetischer Strahlungen in den Blickpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt. Immer mehr telefonieren mobil. Gleichzeitig fürchten viele Menschen Gesundheitsschäden und es wird versucht, den Aufbau von Sendemasten zu verhindern.

Die Investoren, die fast 100 Milliarden – 100 Milliarden, etwa das Siebenfache unseres Landeshaushaltes – in die Lizenzen zum Ausbau der Netze investiert haben, stehen natürlich unter enormem Zeitdruck, ihre Investitionen in Rentabilität zu führen.

Das Wachstum der Mobilfunkbranche ist ungebrochen. Über 50 Millionen Menschen in Deutschland nutzen mittlerweile die Möglichkeiten der mobilen Kommunikation. Verbraucherschutzverbände beziffern die erwartete Zunahme der Basisstationen von 33.000 auf über 80.000. Notwendig ist aus unserer Sicht, Gespräche über eine Vereinbarung mit den Mobilfunkbetreibern aufzunehmen, um zu erreichen, dass Sendestandorte einschließlich der durch UMTS-Technik notwendigen neuen Sendeanlagen möglichst gemeinsam genutzt werden und die betreffenden Kommunen frühzeitig über benötigte Sendestandorte informiert werden sowie Entscheidungen über die Standorte einvernehmlich getroffen werden und dass eine begleitende Abschätzung von Folgen, eine Folgenabschätzung, und ein Monitoring durchgeführt werden. Weiterhin soll ein Landesnetzplan für die benötigten Standorte vorgelegt beziehungsweise fortgeschrieben werden.

Ich finde es gut, dass wir hier eine Grundlage aus der vergangenen Legislaturperiode, auf der Drucksache 2/4066 veröffentlicht, das Konzept für Antennenanlagen der Mobilfunknetze in Mecklenburg-Vorpommern und den Bericht über gesundheitliche Risiken, die von Antennenanlagen ausgehen können, vorliegen haben. Forschungsvorhaben zu Gesundheitsgefahren durch elektromagnetische Strahlung, insbesondere durch Mobilfunk, sowie ein Effektmonitoring im Umkreis von Kurzwellensendern sollten im Rahmen dieser Fortschreibung einbezogen werden. Insbesondere die Problematik Handy, die uns alle betrifft, sollte nicht außen vor gelassen werden.

Auch Handys empfangen Strahlen, senden Strahlung aus. Sie erzeugen damit auch gesundheitliche Effekte. Es ist uns allen bekannt, dass fast jeder Jugendliche, ja beinahe fast jedes Kind ein eigenes Handy besitzt, und, meine Damen und Herren, es ist auch bekannt, dass der kindliche Organismus nicht nur auf Medikamente, son-

dern auch auf äußere Reize aller möglichen Gattungen und Arten anders reagiert, und es ist heute niemand in der Lage zu sagen, ob all diese Einflüsse harmlos sind. Deswegen, um unsere Jugend vor gesundheitlichen Schädigungen zu schützen, sollte über eine generelle Handyzurückhaltung, wenigstens in den Schulen, diskutiert werden.

Und hinsichtlich des großen Verschuldungsgrades bei Handyrechnungen, ein Problem, das besonders bei den Jugendlichen zu beachten ist, ist es auch geboten, Gespräche über ein freiwilliges Werbeverbot der Mobilfunkbetreiber gegenüber der Zielgruppe Kinder und Jugendliche zu führen und eine Vereinbarung darüber abzuschließen. Dazu gehört zum Beispiel auch die einfache Variante, wenn man denn Handys kauft, sich zielbewusst nicht nur nach einer bestimmten Angebotspalette zu richten, sondern auch die Strahlungsintensität mit zu berücksichtigen, wenn denn von Strahlung auch eine Gefährdung für die Gesundheit ausgehen kann.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung prüft im Rahmen der Novellierung der 26. Bundesimmissionschutzverordnung, inwieweit zusätzliche Vorsorgeregulungen notwendig und gerechtfertigt sind. Dabei berücksichtigt sie die am 12. Juli von der EU verabschiedete Empfehlung zum Schutz der Bevölkerung vor elektromagnetischen Feldern, die im Grundsatz mit der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung übereinstimmende Regelungen enthält. Diese gelten ausdrücklich auch für den Schutz von Personen, die sich in Krankenhäusern, Kindergärten, Schulen, Alten- und Pflegeheimen aufhalten. Die Bundesregierung hat hier zudem erklärt, dass sie wissenschaftliche Diskussionen zu möglichen Gefahren durch elektromagnetische Felder mit großer Intensität verfolgt und begleitet sowie nationale als auch internationale Vorhaben auf diesem Gebiet mit Forschungsmitteln unterstützt.

Das sollten meiner Meinung nach auch wir nutzen. Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern versteht sich als Tourismus-, ja fast als Gesundheitsland. Da muss es doch eigentlich selbstverständlich sein, mögliche Einflüsse auf Gesundheit und Wohlbefinden zu kennen, zu erfassen, zu erforschen oder auszuschließen, so zu einer sachlichen Klärung und zum Abbau eventuell unberechtigter oder zur Begründung und zum Angehen von berechtigter Angst einen Beitrag zu leisten.

Es sollte ein Minimierungsgebot aufgenommen werden in die 26. Bundesimmissionsschutzverordnung. Es sollten wissenschaftliche Studien zu den Gefahren, die es in großer Zahl inzwischen gibt, konkretisiert werden, da es bislang nur allgemeine Informationen gibt über Schlafstörungen, Migräneattacken, Herzbeschwerden, die von Betroffenen angeführt werden, und kein eigenständiges Krankheitsbild, das sich ausschließlich auf diesen Strahleneinfluss beziehen lässt.

Bei einer kürzlich durchgeführten Anhörung der Bundesärztekammer, speziell vom Ausschuss für Gesundheit und Umwelt, fasste Professor Hajo Eckel am Schluss zusammen, dass offenbar eine zunehmende Zahl von Menschen empfindlich auf elektromagnetische Felder reagiert und nach Einschätzung dieser Experten nach der Anhörung mit einer Zunahme von Gesundheitsbeschwerden zu rechnen ist. Die Größenordnung, in der man mit Elektrosensibilität in der Bevölkerung rechnen kann, liegt bei etwa einem Prozent. Aber, meine Damen und Herren, das hängt ab von der Position, in der sich die Menschen,

die solch einer Strahlung ausgesetzt sind, befinden. Richtfunkstrecken oder ähnliche Strahlungsquellen betreffen ja nur einen geringen Teil der Bevölkerung. Und wenn man dabei schon mit einem Prozent an Elektrosensibilität rechnen muss, ist also ein großes Fragezeichen dahinter, in welcher Weise denn tatsächlich Beeinträchtigungen vorhanden sind.

Meine Damen und Herren, auch Ängste vor solchen technischen Neuerungen können natürlich krank machen. Aber darauf will ich jetzt nicht noch im Einzelnen zu sprechen kommen. Die psychosomatischen Erkrankungen, bei denen jemand aus einer gestörten Sensibilität, einer schwierigen psychischen Situation das auf bestimmte Organsysteme projiziert, sind ein Erkrankungsfeld, das möglicherweise auch mit der Klärung solcher Einflüsse einer besseren Kenntnis zugeführt werden kann. Im Rahmen einer Risikoanalyse müssen mögliche Gefahren für die Gesundheit von Nutzern und Anwohnern durch die Ausweitung des Mobilfunks, auch durch Mobilfunkstandards des UMTS erwartet, identifiziert und nach Möglichkeit verringert werden. Nur durch entschlossenen vorbeugenden Verbraucherschutz ist die Akzeptanz auch bei Neuerungen der Technik in der Bevölkerung herzustellen.

Und, meine Damen und Herren, wenn wir seitens der SPD-Fraktion meinen, wir sollten diese Angelegenheit zunächst unter diesem gesundheitlichen Aspekt im Sozialausschuss behandeln, dann schließt das nicht aus, dass nach Anhörung und Verdichtung von Kenntnissen, Erkenntnissen und Möglichkeiten der Abhilfe im Selbstbefassungsrecht sich auch andere Ausschüsse an diesem Anliegen beteiligen. Ich fordere Sie dazu auf, Ihr Interesse und Ihre Kompetenz zu diesem Punkt, zu diesem Antrag einzubringen. Meine Fraktion bittet um die Überweisung in den Sozialausschuss. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Reißmann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Dazu gibt es offensichtlich keinen Widerspruch. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat der Umweltminister. Bitte sehr, Herr Professor Methling.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich finde es erstaunlich, dass Sie den Antrag so kommentiert haben, Herr Riemann, dass ein solcher Antrag selbst auf einem CDU-Parteitag keine Chance hätte durchzukommen.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Auf einem SPD-Parteitag.)

Nein, nein, Sie haben von Ihrem gesprochen,

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU –
Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Dieser Antrag wie der vorhergehende.)

denn im Jahre 1998 im Juni haben Sie einen solchen Antrag hier eingebracht in den Landtag und zum gleichen Thema.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Insofern bin ich erstaunt, dass Sie einen solchen Kommentar abgeben.

Mit dem vorliegenden Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird ein sehr kontrovers diskutiertes Thema im Landtag behandelt. Ich glaube, es ist vielleicht ganz günstig, dass wir eine Besuchergruppe haben, bei der so viele junge Leute dabei sind, weil sie dieses Thema wahrscheinlich auch sehr interessiert. Ich will mal mit drei Fragen beginnen und sie dann auch gleich selbst beantworten, um damit das Problem deutlich zu machen.

Eine erste Frage könnte lauten: Wer von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, besitzt ein Handy? Ich denke, die Antwort ist,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

praktisch jeder von uns besitzt ein Handy.

(Harry Glawe, CDU: Na, wer besitzt kein Handy? Das hätten wir auch fragen können.)

Die zweite Frage: Wie viele Ihrer Kinder sind im Besitz eines eigenen Handys? Die Antwort würde sicherlich lauten, eine sehr große Anzahl Ihrer Kinder im Alter ab 14 besitzt ein Handy.

Und eine dritte Frage:

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Wer hat die Handys gekauft?)

Ja, die können Sie dann stellen.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Das hatte ich in meiner Rede auch drin.)

Wer von Ihnen sieht sich durch die Benutzung seines Handys und die damit verbundene elektromagnetische Strahlung ernsthaft gesundheitlich gefährdet? Die Antwort darauf würde sicherlich lauten, kaum jemand sieht eine reale Gefährdung der eigenen Gesundheit durch die Benutzung der Handys. Trotzdem gibt es dazu – und, ich denke, berechtigt – eine gesellschaftliche Diskussion.

(Harry Glawe, CDU: Ja, selbst im Vatikan.)

Auf diesem Gebiet des Mobilfunks ist in den letzten Jahren sehr massiv und sehr schnell ein Konsumentenbedürfnis geweckt worden, erzeugt worden, das sicherlich bei mehr als 80 Prozent der Handybesitzer nicht wirklich eine erforderliche Voraussetzung für die Arbeit oder für das Wohlbefinden ist. Gleichwohl wurde hier in den letzten Jahren eine Konsumentenpower erzeugt, die nicht mehr aufzuhalten ist. Das Handy ist in. Es ist ein Statussymbol geworden und jede realistische Lageeinschätzung muss davon ausgehen, dass dieser Boom nicht zu stoppen ist, sondern sich weiterentwickeln wird. Dennoch gibt es in der Öffentlichkeit erhebliche Bedenken wegen der Belastungen durch hochfrequente Strahlungen, im Übrigen auch von denen, die diese Technik nutzen. Der Begriff „Elektrosmog“ steht synonym dafür.

Eingangs ist festzuhalten, dass die Anzahl der Mobilfunkstationen, die unsere Landschaft verzieren, direkt proportional mit der Zahl der Handys ist, denn jeder Umsetzer kann nur eine bestimmte Anzahl von Gesprächen gleichzeitig führen. So erfordert die Unzahl von Mobiltelefonen, die inzwischen die Zahl der Festnetzanschlüsse überboten hat, eine Vielzahl von entsprechenden Antennen und Sendemastanlagen. Eigentlich müsste auch jeder informierte Bürger wissen, dass die größte Gefährdung nicht von den Sendeanlagen ausgeht, sondern von der unmittelbaren Benutzung des Handys zum Gespräch.

Völlig unterschätzt in der Öffentlichkeit wird auch, dass die schnurlosen Festnetztelefone permanente Sendeanlagen sind, die auch dann, wenn keine Gespräche geführt werden, ständig eine Trägerfrequenz im unmittelbaren Wohnbereich absenden.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Aber die sind so schön praktisch!)

Aber selbst, wenn alle Gefahren transparent und bekannt wären, kann wohl nicht davon ausgegangen werden, dass dadurch die Zahl der Mobiltelefone sinken würde, sondern der Trend ist ungebrochen positiv oder, ich werde frei sagen, steigend, denn ob er positiv ist, ist sicherlich eine andere Bewertung. Und daran wird, mit Verlaub gesagt, wohl auch eine Landtagsdebatte nichts ändern, zumal die hier vorgetragenen Punkte einer vertieften Diskussion in den Ausschüssen bedürfen und meines Erachtens so nicht beschlussfähig sind. Insofern denke ich, die Überweisung ist in den Sozialausschuss auch richtig empfohlen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Umweltausschuss aber auch!)

Ja, ich würde mich freuen, wenn Sie mich auch dazu einladen würden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das wollte ich nämlich noch beantragen!)

Sie berühren mehrere Tätigkeitsfelder der Landesregierung, so dass ich als Umweltminister, der hier heute federführend für die Landesregierung zu Ihnen spricht, auch Sachverhalte darzustellen habe, die einer fachlichen Bewertung in meinem Hause nicht direkt zugänglich sind.

Lassen Sie mich eingangs einige Bemerkungen zu den Ziffern 5 und 6 des Antrages machen, die das Umweltministerium direkt betreffen und die sich mit der Definition der Grenzwerte in der 26. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz befassen. Dazu müssen Sie jedoch wissen, dass Immissionsschutzrecht ausschließlich Bundesrecht ist und eine gesetzgeberische Kompetenz der Länder hier nicht besteht. Die Länder haben lediglich den Vollzug der Verordnung sicherzustellen. Insofern hält mein Haus weder Personal- noch Fachkompetenz vor, um eine solide Bewertung der Problematik zu ermöglichen. Damit hat sich das Bundesamt für Strahlenschutz, das wissen Sie sicherlich, zu beschäftigen. Dieses Bundesamt verfügt über entsprechende Mittel und auch die entsprechenden Empfehlungen und Beschlussentwürfe werden von diesem Bundesamt vorbereitet.

Mir ist bekannt, dass die Bundesregierung, Herr Reißmann hat auch darauf hingewiesen, beabsichtigt, die 26. Bundesimmissionsschutzverordnung noch im Laufe dieser Legislaturperiode zu novellieren. Dabei geht es um die Berücksichtigung der EU-Empfehlung, die einen größeren Frequenzbereich definiert, als das zurzeit im deutschen Recht vorgesehen ist. Neben der Erweiterung des Frequenzbereiches und der Überprüfung der geltenden Grenzwerte muss eine Novellierung auch dazu genutzt werden, Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung bei der Standortwahl vorzusehen.

Gegenwärtig enthält die Bundesimmissionsschutzverordnung keine Regelungen zur Vorsorge bei der Errichtung von Hochfrequenzanlagen, da die entsprechenden Befunde zum Teil widersprüchlich sind und der Nachweis einer pathogenen, also krankheitserregenden Rolle der in

Frage stehenden Effekte meines Wissens noch nicht endgültig erbracht ist. Ich weiß aber von meinem ehemaligen Kollegen an der Universität in München, dass neuere Untersuchungsergebnisse zu Wirkungen auf Tiere vorliegen, die eine Berücksichtigung finden müssen, zumindest bei den weiteren Diskussionen eine große Rolle spielen sollten.

Ich gehe davon aus, dass durch die zuständigen Behörden der wissenschaftliche Erkenntnisstand durch die Sachverständigen soweit analysiert wird, dass die bei der Novellierung der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung neu festzusetzenden Grenzwerte auch Vorsorgecharakter haben, was wir im Moment noch nicht wissen. Dahin gehende Initiativen und Entwürfe der Bundesbehörden werde ich persönlich unterstützen. Ich bitte allerdings um Ihr Verständnis, dass ich selbst dazu nicht initiativ werden kann, da es mir und meinem Haus nicht möglich ist, eine solide und wissenschaftlich fundierte Vorlage dazu zu erarbeiten.

Die Einhaltung und Überwachung der festgestellten Personenschutzgrenzwerte im Zusammenhang mit der Errichtung von ortsfesten Sendefunkanlagen obliegt der so genannten Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post. Im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens ist für jeden geplanten Bau eines Antennenträgerstandortes eine von der Regulierungsbehörde ausgestellte Standortbescheinigung vorzulegen, in der der erforderliche Sicherheitsabstand festgelegt wird. Genutzte Antennenträgerstandorte werden in den Raumordnungskatastern der Ämter für Raumordnung und Landesplanung registriert. Von daher ist die Forderung im Antrag nach einer landesweiten Datenbank über genutzte Sendestandorte bereits realisiert. Diese Datenbank existiert.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Dann haben wir gut was erledigt.)

Richtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sehe durchaus umweltmedizinischen Forschungsbedarf. Ich sehe mich jedoch gegenwärtig nicht in der Lage, wie im Antrag gefordert, Forschungsvorhaben zu Gesundheitsgefahren durch elektromagnetische Strahlung, insbesondere durch Mobilfunk sowie Effektmonitoring im Umkreis von Kurzwellensendern, zu fördern. Dafür sind in meinem Haushalt keine Mittel vorgesehen. Ich gehe auch davon aus, dass die Sozialministerin andere Schwerpunkte gesetzt hat. Sofern das Parlament, und Sie sind ja unser Dienstherr, wenn man so will, dieser Aufgabe einen politischen Schwerpunkt zumessen sollte ...

(Dr. Henning Klostermann, SPD:
Nicht nur, wenn man es will.)

Auch wenn man's nicht will, ja, Herr Klostermann, richtig.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Henning Klostermann, SPD:
Danke schön. Das war gut, ja.)

Sofern das Parlament also dieser Aufgabe einen politischen Schwerpunkt zumessen sollte, müsste es entsprechende Haushaltsmittel im Rahmen der nächsten Haushaltsdebatte zur Verfügung stellen.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut. –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Im Übrigen besteht für Effektmonitoring im Umkreis von Kurzwellensendern in Mecklenburg-Vorpommern kein Bedarf, da öffentlich-rechtliche oder andere bedeutende Kurzwellensender in unserem Lande nicht betrieben werden. Ich will das mal einschränkend sagen, ob es in der Bundeswehr solche Betreibungen gibt, ist uns nicht bekannt. Sehr vernünftig sind die Überlegungen, möglichst Sendeanlagen gemeinsam zu nutzen und auch auf bereits bestehenden Masten mit anderer Zweckbestimmung zu installieren. Allerdings ist die Idee nicht neu. Der Landtag hat sich bereits auf Antrag von SPD und CDU im Jahr 1998 unter dem Thema „Landesweites Konzept für Antennenanlagen der Mobilfunknetze Mecklenburg-Vorpommern“ damit beschäftigt. Auf der Drucksache 2/4066 liegt eine entsprechende Unterrichtung der damaligen Landesregierung vor, die die grundsätzlichen Aspekte darstellt und die aus meiner Sicht noch heute zutreffend ist.

Ich kann feststellen, dass Gespräche zur gemeinsamen Nutzung von Antennenträgern bereits seit 1997 durch die Landesplanungsbehörde nicht nur mit Mobilfunknetzbetreibern, sondern mit allen bekannten Funknetzbetreibern durchgeführt wurden. Im Ergebnis dieser Gespräche, bei denen sich die Beteiligten freiwillig bereit erklärt haben, Antennenträger gemeinsam zu nutzen, erfolgen in etwa zweijährigem Abstand Koordinierungsberatungen in den Ämtern für Raumordnung und Landesplanung. Auf der Grundlage der eingereichten Plankonzepte der Netzbetreiber für die nächsten zwei Jahre werden durch die Ämter Standortoptimierungsverfahren für jeden Landkreis vorgenommen. Für die verbleibenden, nicht vermeidbaren Antennenträger wird eine landesplanerische Komplexabstimmung durchgeführt, an denen öffentliche Planungsträger einschließlich der Kommunen beteiligt werden. In diesen landesplanerischen Komplexabstimmungen haben die Kommunen dann die Möglichkeit, ihre Belange in die Standortwahl einzubringen. Innerhalb eines Baugenehmigungsverfahrens kann der raumordnerisch befürwortete Standort innerhalb eines circa einen Kilometer großen Radiusbereiches modifiziert werden.

Der konkrete Bedarf an Sendeanlagen resultiert aus den von den Netzbetreibern vorgesehenen Netzverdichtungen und bedarf einer ständigen Fortschreibung. Die technischen Daten, soweit sie für die Koordinierung von Bedeutung sind, werden durch die Ämter für Raumordnung und Landesplanung erfasst. Die optimale Wahl von Standorten für Antennenträger kann wegen der Vielseitigkeit der zu berücksichtigenden Belange nur in einem Optimierungsverfahren ermittelt werden. Ein Landesnetzplan im vorgeschlagenen Sinne ist wegen der Komplexität nicht durchgängig zu erstellen. Dies gilt umso mehr, als mit Mitteln der Raumordnung nur im Außenbereich koordiniert werden kann. Im Innenbereich regelt sich vieles über privatrechtliche Verträge.

Der Betrieb von Sendeanlagen ist bei Einhaltung der baurechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Belange vom Land aus nicht wesentlich zu steuern. Aber die Gemeinden selbst haben aufgrund ihrer Planungshoheit, beispielsweise über Gestaltungssatzungen, Möglichkeiten, die Verteilung von Mobilfunksendern zu beeinflussen. Dazu möchten wir die Gemeinden ermuntern.

Die Nutzung von Handys, meine sehr geehrten Damen und Herren, durch Kinder ist sicher ein spezifischer Sachverhalt. Hierauf Einfluss zu nehmen ist meines Erachtens aber keine staatliche Aufgabe. Das kann und muss der

Entscheidung in erster Linie der Eltern überlassen werden, die sich ja ohnehin infolge der nicht unerheblichen Folgekosten, jeder von Ihnen hat sicherlich Erfahrungen mit den Folgekosten einer solchen Anschaffung,

(Heiterkeit bei Norbert Baunach, SPD)

damit auseinander zu setzen haben. Zumindest kann Punkt 9 des Antrages – ich gehe davon aus, dass es nicht so gemeint ist –

(Wolfgang Riemann, CDU:
War alles nicht so gemeint.)

wohl nicht ganz wörtlich genommen werden, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, über eine generelle Handyzurückhaltung in den Schulen zu diskutieren.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,
Wolfgang Riemann, CDU,
Dr. Gerhard Bartels, PDS, und
Angelika Gramkow, PDS)

Das sollten wohl besser die Lehrer tun und hierbei gibt es viel mehr zu diskutieren als übrigens die Frage des Elektrosmogs. Aus meiner Sicht muss es sich dabei auch um Fragen handeln, zum Beispiel welche Anforderungen aus der Sicht der Nachhaltigkeit überhaupt an eine moderne Informationsgesellschaft zu stellen sind.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann muss der Professor Kauffold 'ne Kabinettsvorlage machen.)

Ja, wenn Sie dann Kabinettsmitglied sind, Herr Riemann, dann können Sie solche Vorlagen immer erarbeiten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Harry Glawe, CDU:
Er ist schon dabei. Er macht schon eine.)

Die Diskussion über eine Handyzurückhaltung in den Schulen läuft übrigens bereits. In Lehrerfortbildungen wurde und wird auf die Gefahren der Mobilfunktelefonvernetzung für die Schüler aufmerksam gemacht. Insbesondere im Rahmen der Gesundheitserziehung könnte die eventuelle Gefährdung Jugendlicher durch das Telefonieren mit Mobilfunkanlagen zur Behandlung im Unterricht empfohlen werden. Als Resultat zeigte sich, in Schulkonferenzen wurde beschlossen beziehungsweise in Hausordnungen festgelegt, dass Handys während der Unterrichtsstunden grundsätzlich auszuschalten sind. Diese Festlegungen sind Sache der einzelnen Schule. Das Telefonieren während der Pausen und das Mitbringen von Handys in Schulen lässt sich nicht untersagen.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch eine persönliche Mitteilung. Ich selbst habe mein persönliches Handy fast ständig ausgeschaltet, zum Leidwesen meiner Mitarbeiter. Aber ich halte mich an den Spruch eines schlaun Menschen, der einmal zutreffend gesagt hat: „Nur Laufburschen müssen immer erreichbar sein.“ – Danke schön.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten
der PDS – Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und CDU –
Zurufe von Norbert Baunach, SPD,
und Reinhard Dankert, SPD –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Recht hat er aber.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Riemann von der CDU-Fraktion.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Herr Riemann macht Presseschau.)

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Minister, da sind wir ja schon zwei. Ich wollte meine Rede eigentlich beginnen, ich eigne mich sehr gut als Werbeträger an den Schulen, weil – ich habe gar kein Handy.

(Angelika Gramkow, PDS: Du kannst
es nur nicht bedienen. Sei ehrlich! –
Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Ich kann das bedienen. Ich habe auch schon damit telefoniert.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS:
Entschuldige, Wolfgang!)

Es liegt wie gesagt zu Hause und ist ausgeschaltet, weil der Wahn, man muss immer erreichbar sein, eigentlich nichts über die Wichtigkeit der Arbeit aussagt, was man tut.

Meine Damen und Herren, es gibt andere Möglichkeiten, Nachrichten zu erhalten, da brauche ich das Handy nicht. Beim Autofahren halte ich es sowieso für gefährlich, genauso gefährlich wie vielleicht auch das Rauchen während der Fahrt.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag ist durchaus ernst zu nehmen und die Befürchtungen von Eltern kleinerer Kinder sind durchaus auch ernst zu nehmen. Aber vielleicht sollten wir, wenn wir dann in den Ausschüssen diese Thematik beraten, uns das Gutachten, welches der schleswig-holsteinische Umweltminister Klaus Müller am gestrigen Tage in Kiel vorgestellt hat, dann mit zur Beratung heranziehen. Der Minister versicherte, er nehme die Furcht der Bevölkerung und namentlich von Eltern kleiner Kinder vor dauerhaften Schäden durch Elektrosmog sehr ernst. Es gebe aber keinen wissenschaftlich begründeten Anlass zu Befürchtungen. So weit Minister Klaus Müller auf Grundlage des Gutachtens, was Schleswig-Holstein dort in Auftrag gegeben hat. Wir sollten uns dieses Gutachten auch hier in dieses Land hineinziehen und dann auswerten.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die CeBIT hat uns in der vergangenen Woche erneut vor Augen geführt, dass die neue Kommunikationswelt vor allen Dingen eine Welt des mobilen Telefonierens, des Faxens, des Fernsehens, des SMS und des E-Mailens,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Nicht Emil! –
Minister Dr. Wolfgang Methling:
E-Mail heißt das.)

der E-Mails sein wird. Vielleicht beschert uns die schöne neue Welt ja auch irgendwann einmal vernünftige Begriffe dazu. Aber dieses sei nur am Rande erwähnt.

Und wie jeglicher Fortschritt hat auch dieser eine Kehrseite. Dieses wird täglich gesehen im gesellschaftlichen Wandel. Alles wird schnell wichtig. Jeder ist und soll zu jeder Zeit erreichbar sein und die Nervosität angesichts allumfassender und allsekündlicher Informationen wächst und wächst. Die Dialogbereitschaft der Kinder wird einerseits gesteigert, andererseits auf eine Kürzelsprache

reduziert, die im Land der Dichter und Denker vielleicht doch nicht das Ziel der Erziehung sein sollte. Kaum jemand kann noch in Ruhe in einem Restaurant zu Abend essen, ohne dass es piept und trötet. Selbst der Kulturgebrauch im Theater ist manchmal nicht mehr ungestört.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Das ist wohl wahr.)

Gott sei Dank, wenigstens hier im Landtag befinden wir uns meistens in einer handyfreien Zone, zumindest in einer Zone der Stillschaltung der Geräte.

(Caterina Muth, PDS: Aber auch
nur, weil es sonst Mecker gibt.)

Aber natürlich gibt es auch die technischen Probleme. Wir alle wissen, dass wir uns schon vor dem GPRS- unter dem kommenden UMTS-Zeitalter um die wahrlich nicht zierlichen Sendemasten gestritten haben, und dabei ist ja erwähnt worden, dass wir auch 1998 solch einen Antrag hatten. Dabei fällt es nicht leicht zu sagen, dass das Ganze nicht gesundheitsgefährdend ist, solange man so einen Mast nicht im eigenen Vorgarten hat oder aber auch im Vorgarten der Schule der Kinder.

Spektakulär wird diese Situation gerade in Rom zwischen dem italienischen Umweltministerium und dem Vatikanstaat verdeutlicht. Dort befürchten Anwohner der Sendemasten von Radio Vatikan gesundheitliche Gefährdungen bis zum Blutkrebs. Doch dort, das macht den Fall relativ einmalig, wird scheinbar zugunsten der Empfangsstärke regelmäßig die Höchstgrenze von sechs Volt Abstrahlung überschritten.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Der Papst
braucht den Kontakt nach oben. – Heiterkeit
bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Und da stimme ich Ihnen vollständig zu. Es ist notwendig, potentielle Gefahren dieser Technik in jedem Falle zu prüfen. Inwieweit das Ganze aber jetzt, nachdem schon meterweise Expertisen vorliegen – ich habe gerade auch auf das neueste Gutachten in Schleswig-Holstein hingewiesen –, noch einmal durch die Landesregierung gefördert werden muss, erschließt sich mir derzeit noch nicht. Ich glaube, es liegen genügend Materialien vor und der Minister hat es eben gerade ausgeführt, ein Teil des Antrages ist schlicht und einfach schon erfüllt und wir müssen aus diesen Materialien auch die richtigen Schlüsse ziehen.

Ihre Begründung, diese Bemerkung gestehen Sie mir zu, überzeugt ganz und gar nicht. Angesichts der Tatsache, dass wohl jeder von uns mindestens ein Handy hat, haben Sie in Ihrem eigenen Antrag sogar über eine Handyzurückhaltung an Schulen diskutieren wollen, weil auch dort die Geräte längst auf der Siegerstraße sind. So heißt es in Ihrem Antrag: „Nur durch entschlossenen vorbeugenden Verbraucherschutz ist die Akzeptanz von Mobilfunkanlagen in der Bevölkerung zu erwarten.“ Das kann ich nicht nachvollziehen. Wer dermaßen progressiv Handys nutzt, schimpft nicht darüber, dass zu viele Sendemasten da sind, sondern im Gegenteil, vielleicht über das Funkloch im Waldstück hinter Neustrelitz

(Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

oder auf der Straße nach Koserow.

Ich stimme Ihnen darüber hinaus zu, dass wir aufpassen müssen, nicht einen Wald von Sendemasten ver-

schiedener Anbieter zu installieren. Allerdings ist eine Bedingung, die die Erwerber der UMTS-Lizenzen erfüllen müssen, getrennt voneinander existierende Netze aufzubauen. Aber ich glaube, auch da sind wir mit den schon von der vorherigen Landesregierung ausgelösten Aktivitäten und von der jetzigen Landesregierung fortgeführten Aktivitäten auf einem richtigen Weg und ich glaube, das sollten wir weiterverfolgen und dann im Ausschuss diskutieren.

Meine Damen und Herren, und dann halte ich es ehrlich gesagt für ein wenig unsystematisch, wie Sie eher technische Details mit einem quasi Jugendschutzgebot in Sachen Handys vermengen. Ich halte hier eine Trennung sowohl sachlich als auch fachlich für günstiger. Ich persönlich meine, dass es schon ein Armutszeugnis ist, wenn wir über eine generelle Handyzurückhaltung an Schulen diskutieren wollen. Und ich erwarte von jedem Lehrer im Land Mecklenburg-Vorpommern die Autorität, dafür zu sorgen, dass die Handys in den Klassenräumen abgeschaltet sind. Diskussionen darüber würde ich mir dann als Lehrer auch verbitten.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Zum Glück sind Sie nicht Lehrer.)

Auch das freiwillige Werbeverbot gegenüber der Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen – da fällt mir nur ein: Ja, ist denn heut' schon Weihnachten?!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das verstehe ich gar nicht.)

Wer der hier Anwesenden, da kann ich wieder den Minister bekräftigen, hat nicht seinem halbwüchsigen Sprössling oder Enkel ein Handy geschenkt?

(Caterina Muth, PDS: Ich!)

Und haben wir uns nicht teilweise daran gewöhnt, dass wir von unseren Kindern erwarten, dass sie uns regelmäßig anrufen, wenn sie längere Zeit unterwegs sind? Liegt es nun an der Werbebranche? Liegt es daran, dass wir unsere Kinder, auch indem wir ihnen ein Handy geben,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Meine
Kinder haben noch kein Handy.)

Kommunikationskompetenz beibringen wollen? Liegt es an unserem eigenen Sicherheitsempfinden als Eltern oder liegt es daran, dass wir schlicht und einfach unsere Ruhe haben wollen, weil schließlich alle Klassenkameraden so ein Gerät haben? Sind da die Kinder der Werbebotschaft erlegen oder sind wir es, die Eltern?

Sie sehen, Ihr Antrag wirft mehr Fragen auf, als er Antwort gibt. Lassen Sie uns deshalb lieber noch einmal im Sozial-, im Kultus- und im Umweltausschuss,

(Caterina Muth, PDS: Nee.)

vielleicht auch in einer gemeinsamen Sitzung, darüber reden, ob er so, wie er derzeit formuliert ist, sachlich richtig und gesellschaftlich sinnvoll ist. Lassen Sie uns auch über das Gutachten, was ich angeführt habe, reden. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Caterina Muth, PDS: Aber doch nicht in den
Umweltausschuss, Herr Riemann.)

Doch, in den Umweltausschuss auch, wegen der Umwelt.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Kollege.

Das Wort hat noch einmal der Abgeordnete Herr Dr. Rißmann für die SPD-Fraktion.

Dr. Manfred Rißmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass der Antrag eine so rege Diskussion ausgelöst hat,

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

dass er eine ganze Reihe an Fragen an die Substanz des Antrages, an den Inhalt, an das Vorhaben, an das, was wir im Lande machen können, hier zutage gefördert hat. Darüber kann man sich ja eigentlich auch mal freuen, dass ein Antrag Grund für eine sachliche Diskussion ist. Ich freue mich auf diese Diskussion in den Ausschüssen,

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

wenn Sie denn einverstanden sind, dass wir ihn in die drei Ausschüsse überweisen. Aber ich kann mir auch vorstellen, dass in einer gemeinsamen Behandlung die interessierten Abgeordneten in einen Ausschuss kommen können. Ich überlasse es der Präsidentin, die Vorschläge entsprechend, die hier gemacht worden sind, zur Abstimmung zu stellen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, für die ehrliche und faire Diskussion über das Problem. Auf die Diskussion in den Ausschüssen bin ich natürlich gespannt. Vielleicht kommen wir zu einer vernünftigen Lösung, die vermitteln kann, dass die Akzeptanz neuer Entwicklungen nicht mit Gefahren verbunden sein muss, und die dazu beitragen kann, nicht berechnete Ängste abzubauen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Rißmann.

Ich schließe damit die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1993 in diverse Ausschüsse zu überweisen.

(Reinhard Dankert, SPD: Nein, in den Sozialausschuss. – Volker Schlotmann, SPD: Sozialausschuss.)

Ich lasse darüber gesondert abstimmen und bitte erst einmal darüber zu entscheiden, ob wir diesen Antrag in den Sozialausschuss überweisen wollen.

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Ja. – Caterina Muth, PDS: Aber nicht in den Umweltausschuss! – Minister Dr. Wolfgang Methling: Freilich muss der in den Umweltausschuss.)

Dann bitte ich um das Handzeichen, wer dafür ist. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Danke. Dieser Überweisungsvorschlag ist angenommen worden mit Stimmen aus allen Fraktionen bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung in der PDS-Fraktion.

Des Weiteren ist beantragt worden, in den Kultusausschuss zu überweisen. Wer ist dafür ...

(Andreas Bluhm, PDS: Haben wir nicht. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Es gibt keinen Kultusausschuss.)

In den Bildungsausschuss, selbstverständlich.

(Andreas Bluhm, PDS: Genau. – Wolfgang Riemann, CDU: Wegen der Schulen. Das ist Erziehung, Gesundheitserziehung.)

Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke.

(Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

Wer ist dagegen? – Danke schön.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist nicht deutlich. – Minister Dr. Wolfgang Methling: Auszählen! – Harry Glawe, CDU: Das ist sehr deutlich. – Volker Schlotmann, SPD: Ich krieg' hier noch mal 'ne Krise!)

Stimmenthaltungen bitte? – Danke sehr. Dieser Überweisungsvorschlag ist abgelehnt. Er hat 14 Fürstimmen, 16 Gegenstimmen und eine Stimmenthaltung bekommen.

(Harry Glawe, CDU: War das richtig gezählt? – Wolfgang Riemann, CDU: Wir glauben der Präsidentin.)

Das war richtig gezählt.

Des Weiteren ist vorgeschlagen worden, mitberatend in den Umweltausschuss zu überweisen. Wer diesen Vorschlag unterstützen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Andreas Bluhm, PDS: In Umwelt muss er. – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, PDS und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vielen Dank.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Jetzt bitte die Gegenstimmen. – Danke schön.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Da bin ich ja enttäuscht.)

Stimmenthaltungen? – Danke schön. Dieser Vorschlag ist ebenfalls abgelehnt, da er nur acht Prostimmen auf sich vereinigen konnte. Damit ist nur der Überweisungsvorschlag in den Sozialausschuss angenommen.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Verbesserung der Situation der in der DDR politisch verfolgten Schülerinnen und Schüler, auf Drucksache 3/1996(neu).

Antrag der Fraktion der CDU:
Verbesserung der Situation der in der DDR politisch verfolgten Schülerinnen und Schüler – Drucksache 3/1996(neu) –

Das Wort zur Einbringung des Antrages hat der Abgeordnete Herr Helmrich von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Herbert Helmrich, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir bringen einen Antrag ein, der die Feinabstimmung beabsichtigt von Zahlungs-, Leistungs- und Rehabilitierungsgesetzen, die bereits in Kraft sind. Wir erleben bei solchen Gesetzen immer wieder die Situation, dass in diesem Gesetz im Endergebnis einige von den Kriterien, die eigentlich erfasst werden sollten, nicht erfasst werden und durch den Rost fallen.

Hier haben wir es mit einer Gruppe zu tun, die Verwaltungsunrecht erlitten hat. Für diese Gruppe gilt normaler-

weise, dass Schüler, die in der Schule, in der Ausbildung Nachteile erlitten haben, durch das schon vorhandene Rehabilitierungsgesetz die Möglichkeit haben, gefördert zu werden bei der beruflichen Fortbildung, bei der Umschulung. Dafür muss allerdings eine bestimmte Altersgrenze nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz eingehalten werden. Und sie haben einen Förderungsanspruch bei der Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt, sie werden anderen gegenüber bevorzugt. Wenn nun aber, wie das vielfach der Fall ist, diese Menschen bereits zu alt sind, um noch in der Berufsausbildung gefördert zu werden, oder wenn sie arbeitsunfähig sind und auch keine Arbeitsvermittlung mehr erhalten können, weil sie etwa zu alt sind – nehmen Sie mich zum Beispiel, mir ist das als Schüler passiert Anfang der 50er Jahre –, wenn ich heute auf solche Leistungen angewiesen wäre, wäre das für mich auch zu spät.

(Gerd Böttger, PDS: Sie wären ja kein Sozialfall.)

Ich falle sowieso nicht unter das Gesetz, weil ich bei der Wende nicht hier auf dem ehemaligen Gebiet der DDR gelebt habe. Also ich würde, nur gesetzt den Fall, ich hätte hier gewohnt, auch rausfallen.

Deshalb haben wir, weil etliche durch diese Gesetze nicht mehr gefördert werden können, gesagt, dass wir ...

(Monty Schädel, PDS: Das ist wie mit den NS-Zwangsarbeitern.)

Ja, so was Ähnliches.

(Monty Schädel, PDS: Ja, aber nur ähnlich: die einen deutsch, die anderen Ausländer. – Zuruf von Irene Müller, PDS)

Ich weiß nicht, das hat doch damit gar nichts zu tun.

(Irene Müller, PDS: Doch, doch!)

Quakerei!

(Zuruf von Irene Müller, PDS)

Also, es geht hier darum, dass wir denen noch eine Leistung zukommen lassen wollen, und zwar 10.000 DM. Wir haben uns hier angelehnt an eine vergleichbare Regelung, die in Sachsen schon gilt, und ich meine, dass wir das ohne große Schwierigkeiten im Lande selbst machen können. Die Länder – das ist ja nicht nur ein Problem, das in Mecklenburg-Vorpommern besteht, sondern in allen neuen Bundesländern –, die Länder Sachsen und Thüringen hatten bereits einen solchen Antrag gestellt im Bundesrat und wollten, dass das zu einer Regelung auf Bundesebene wird. Das ist aber nicht gelungen. Deshalb hat Sachsen jetzt als Erstes einen Vorstoß gemacht und regelt eine Leistung der genannten Art, also 10.000 DM, auf Landesebene, und zwar durch eine Verwaltungsvorschrift. Wir schlagen Ihnen also vor, eine solche Regelung hier auch vorzunehmen, damit diese Schüler, die heute von den sonstigen Leistungen des Gesetzes nicht mehr profitieren können, wenigstens noch eine solche kleine Wiedergutmachungsleistung erfahren.

Zum Verfahren schlagen wir vor, dass dieses Verfahren beim Amt für Rehabilitierung und Wiedergutmachung läuft. Dort ist der Personenkreis, den wir meinen, zum überwiegenden Teil bereits bekannt, denn sie haben Anträge gestellt. Doch mit diesen Anträgen kommen sie nicht weiter, eben weil sie da durch den Rost fallen. Wir haben also in aller Regel bei diesem Personenkreis keine langen Antragsverfahren mehr. Es mag einige geben, die

den Antrag noch gar nicht gestellt haben. Deshalb haben wir gesagt, die Antragsfrist kann laufen bis zum 30.06.2002. Und bei den Verfahren, die sozusagen beim Amt ohnehin schon laufen oder bekannt sind, macht es keine Probleme, das Ganze dann auch abzuhandeln bis zum 31.12.2002.

Wir bitten, dass die, die auf dem Gebiet von Mecklenburg-Vorpommern wohnen und leben und hier antragsberechtigt sind, nicht schlechter gestellt werden als die Sachsen. Es ist ein Programm, das, auch was die Größenordnung des Geldes anbetrifft, niemanden vom Stuhl reißen kann. Es handelt sich nach unseren Ermittlungen – ausgehend von denen, die die Anträge bereits gestellt haben – wahrscheinlich um einen Personenkreis, der liegt in der Größenordnung unter 150, auf jeden Fall. Ich meine, das sollte das Land ruhig tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Helmrich.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich gehe davon aus, dass das so beschlossen ist und eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zu Beginn der Justizminister. Bitte schön, Herr SELLERING.

Minister Erwin SELLERING: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Versöhnung, zu der sich diese Regierung ausdrücklich bekannt hat, Versöhnung setzt vor allem voraus, dass Unrecht klar als solches benannt wird, dass strafbare Handlungen gesühnt werden und dass vor allem den Opfern Genugtuung widerfährt. Dieser Genugtuung der Opfer, Herr Helmrich, dienen die Rehabilitierungsgesetze, also die Gesetze zur strafrechtlichen, beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitation. Mit diesen Gesetzen wird vor allem die Möglichkeit geschaffen, klar als Unrecht festzustellen, was Unrecht gewesen ist. Das ist das Wichtigste für die Opfer und ich denke, diese Aufgabe ist im Großen und Ganzen sehr gut bewältigt worden.

Die Rehabilitierungsgesetze gehen aber weiter. Sie wollen den Opfern so weit wie möglich auch finanzielle Wiedergutmachung gewähren. In den letzten zehn Jahren sind auf dieser gesetzlichen Grundlage ganz erhebliche Leistungen erbracht worden. Allein in unserem Bundesland sind nur an Kapitalentschädigungen deutlich über 82 Millionen DM gezahlt worden. Bei der finanziellen Wiedergutmachung stoßen wir aber klar an Grenzen. Erstens sind die Mittel beschränkt und zweitens lassen sich selbstverständlich nicht alle Benachteiligungen in Mark und Pfennig ausrechnen.

Das ist ganz offensichtlich auch bei den Schülern der Fall, um die es Ihnen geht. Welche finanziell messbaren Auswirkungen zum Beispiel ein 1965 ausgesprochener rechtswidriger Schulverweis hatte, mit der anschließenden Versagung der Möglichkeit, die Hochschulreife zu erlangen, das lässt sich sicherlich nicht seriös feststellen. Ich denke, das versteht sich von selbst. Die Grundentscheidung des Bundesgesetzgebers, des damaligen Bundesgesetzgebers, der Ihnen ja politisch nicht ganz fremd ist, hat die Rehabilitierung politisch verfolgter Schüler daher im Wesentlichen darauf beschränkt, dass die Verfolgungseigenschaft festgestellt werden kann, also das erlittene Unrecht als solches benannt wird. Darüber hinausgehende Leistungen sind aus den guten Gründen, die

ich Ihnen gerade vorgetragen habe, nur in ganz besonderen Fällen vorgesehen. Auf eine Kapitalentschädigung ist für diesen Personenkreis bewusst völlig verzichtet worden.

Bei diesem Rechtszustand sollten wir es belassen. Ich sehe keinen Grund und auch nicht die finanziellen Möglichkeiten, hier als Land Mecklenburg-Vorpommern einen Sonderweg zu beschreiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Kreuzer für die PDS-Fraktion.

Götz Kreuzer, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gestehe eingangs ganz ehrlich: Es fällt mir schwer, bei der Doppelzüngigkeit dieses Antrages überhaupt ruhig und sachlich bleiben zu können.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Der vorliegende Antrag ist aus meiner Sicht lediglich interessant und aufschlussreich über das politische Gebaren und Gehabe der CDU, mehr allerdings nicht, denn er suggeriert etwas, was in der Sache nie gewollt war und heute dann auch nicht mehr zu machen ist. Er gibt nämlich vor, die Situation der in der DDR verfolgten Schülerinnen und Schüler verbessern zu wollen – gewiss ein ganz edles und ehrenwertes Vorhaben der CDU. Man will also etwas über den Rahmen des bisher geltenden Gesetzes Hinausgehendes tun. Kurzum, man will weitergehende Wohltaten an die Frau beziehungsweise an den Mann bringen und dieses mit dem Markenzeichen der CDU versehen. Also uneigennützig ist dieser Antrag nicht.

Um allerdings von Anbeginn eine bestimmte Sentimentalität nicht aufkommen zu lassen, meine Damen und Herren, es geht nicht um Hilfsleistungen für Kinder und Minderjährige. Nimmt man nämlich den Verfolgungszeitraum der Rehabilitierungsgesetze, also grob gesagt 1945 bis 1989/90, dann würden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Frauen und Männer in Betracht kommen, die wenigstens das Volljährigkeitsalter erreicht haben, bis hin zum reiferen Vorrentenalter.

(Herbert Helmrich, CDU:
Das habe ich doch gesagt.)

Jawohl.

Das wird im Prinzip nicht anders, wollte man eine so genannte Nachfolgeverfolgungszeit über das Datum des 3. Oktober 1990 hinaus, das Ende der DDR, einräumen. Es sind also keine akuten und aktuellen Sachverhalte, wo sich unmittelbar heute und jetzt aus einer früheren Verweisung von Schulen und Universitäten und Nichtzulassungen zum Abitur und zur Universität – und darum wird es sich ja im Wesentlichen handeln – rechtliche Handlungserfordernisse herleiten. Nein, das Problem existiert ja schon seit 1990.

(Thomas Nitz, CDU: Richtig. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Es bestand
eigentlich auch schon vorher.)

Sie beachten bitte dieses Datum, denn, meine Damen und Herren, Rehabilitierungsgesetze bestanden und

bestehen beginnend mit dem Volkskammergesetz vom 6. September 1990, das dann auch ganz schnell nach Gründung der neuen Bundesrepublik gründlich in seiner Substanz von der damals herrschenden CDU-Mehrheit regelrecht ausgeplündert wurde, und den drei nachfolgenden Rehabilitierungsgesetzen. Herr Justizminister Selering hat sie bereits im Einzelnen aufgeführt.

Demzufolge kommt man zu folgenden Schlussfolgerungen:

Erstens. Eine Rehabilitierung von politisch verfolgten Schülerinnen und Schülern in dem Sinne, wie sie im Antrag genannt werden, ist von der CDU nie als besondere Gruppe gewollt worden, nie zugelassen worden, nie definiert worden. Diese Nische haben Sie nie gewollt, nie erkannt und jetzt plötzlich neu entdeckt und auch eine entsprechende Bevölkerungsgruppe dazu. Punkt 1.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, der
Gesetzgeber muss lernfähig sein.)

Ja, und insofern, ich habe Ihnen das schon mal gesagt, insofern wünsche ich mir, dass der Zustand, dass die CDU in der Opposition ist und lernfähig bleibt,

(Heiterkeit bei Irene Müller, PDS)

uns auch über einen langen Zeitraum erhalten bleibt, vielleicht zum Nutzen des Landes.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Volker Schlotmann, SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Dann passen Sie mal auf,
dass wir nicht zu viel lernen. Dann sind Sie weg
vom Fenster. – Heiterkeit bei Abgeordneten der
PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zurufe von Volker Schlotmann, SPD,
und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Und mit diesen Gesetzen, die damit im Wesentlichen auch in ihrer Substanz und in ihrer Leistungsfähigkeit ausgereizt sind, sind vollendete Tatsachen geschaffen worden. Ich bitte das ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen.

Zweitens, wenn Sie je festgestellt haben, dass Sie für Ihre Rehabilitierungsgesetze, für deren Verbesserung es ja diverse Vorschläge auch unserer damaligen Bundestagsgruppe der PDS gegeben hat, noch Nachbesserungen brauchen, weil Ihnen besondere Gruppen von Anfang nicht klar oder entglitten waren oder für die Sie ein besonderes Herz entdeckt hätten, dann haben Sie acht Jahre lang Zeit gehabt im Bund wie auch im Land, diese Nachbesserungen durchzuführen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was spricht
denn dagegen, es jetzt zu tun?)

Sie haben diese acht Jahre Kompetenz, diese acht Jahre Erkenntnis und auch diese acht Jahre Verfügung über die entsprechenden finanziellen Mittel natürlich nicht dafür genutzt. Und dreimal darf man fragen, warum!

Drittens, ich darf in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, dass auch wir hier in diesem Landtag und von dieser Stelle aus, und zwar vor drei Jahren, Anfang 1998, einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet haben, nämlich den Entwurf der PDS-Fraktion zu einem Rehabilitierungs- und Entschädigungsgesetz für Opfer staatlicher Gewalt, der keine Gnade gefunden hat bei Ihnen. Selbst dann hätten Sie zur Einsicht kommen können, wir sind lernfähig – muss ja nicht gleich von der PDS sein, aber von der Sache her –

(Heiterkeit bei Irene Müller, PDS)

und wir werden uns diesem Vorschlag dann auch öffnen und anschließen. Wir hatten eine Stiftungsregelung – es könnte genauso gut eine andere sein – für alle Opfer politischer Gewalt vorgeschlagen, soweit sie durch die Maschen der bisher geltenden Entschädigungsregelungen durchgefallen waren. Es war also im Prinzip eine Härtefallregelung. Aber auch dazu sagte die CDU bezeichnenderweise nein.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das war zu global.)

Einer Konkretisierung von Ihrer Seite hinsichtlich dessen, was möglich und was gewollt ist, stand ja überhaupt nichts im Wege. Sie haben sich auf das No beschränkt zum Grundsatz, eine Nachbesserung durchführen zu wollen. Und damals hatten Sie alle noch die entsprechenden Voraussetzungen dafür.

Vor einem solchen Hintergrund, meine sehr verehrten Damen und Herren, entpuppt sich dieser Antrag wie auch zum wiederholten Male die CDU als Januskopf und ich denke, es gibt überhaupt keine Voraussetzungen, diesem Antrag zustimmen zu wollen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Danke, Herr Kollege Kreuzer.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Polzin für die SPD-Fraktion.

Heike Polzin, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine momentane Stimmung würde an und für sich eher nach sich ziehen, dass ich jetzt noch mal richtig draufhau, aber es ist meine persönlich Referenz an mindestens ein Mitglied der CDU-Fraktion, von dem ich weiß, dass hinter diesem Antrag ein ehrliches Anliegen steht, und insofern meine ich, damit fair umgehen zu müssen, was im Übrigen ja auch in der bisherigen Debatte so gelaufen ist.

Der vor uns liegende Antrag der CDU-Fraktion klingt zunächst – bei oberflächlichem Lesen und für nicht informierte Leser – überdenkenswert. Anerkennung und Gerechtigkeit gegenüber politisch Verfolgten, dies ist ein Anliegen, dem sich die SPD bereits seit 1990 verschrieben hat, und zwar wesentlich konkreter als mit blumigen Absichtserklärungen, wie ich im Folgenden noch herausstellen werde. Da jedoch weder das oberflächliche Lesen noch die Desinformiertheit über den komplexen Sachverhalt unseren Umgang mit diesem Antrag auszeichnen, tritt eine Reihe von Fragen und Widersprüchen auf, die ich in die Bewertung des CDU-Anliegens zwingend einfließen lassen muss:

1. Welche Härtefälle von Verfolgungen fasst die CDU bei ihrem Antrag ins Auge und wie soll hier ein konkreter Nachteil nachgezeichnet werden?

Aus der Antragsbegründung wird deutlich, dass die Voraussetzung für eine Einmalzahlung der Anerkennungsstatus als verfolgte Person im Sinne des Paragraphen 3 Berufliches Rehabilitierungsgesetz ist. Da diese Gruppe einschließlich verfolgter Schüler schon aufgrund der geltenden Rechtslage mit Rechtsansprüchen geschützt ist, die Genugtuung und materielle Wiedergutmachung für zugefügte gewichtige Beeinträchtigungen schaffen – zu

nennen wären hier vor allem Ansprüche auf bevorzugte berufliche Fortbildung, Umschulung sowie Ansprüche auf Ausbildungsförderung –, kann es also im Antrag in der Tat nur um Menschen gehen, die aus politischen Gründen nicht zum Abitur zugelassen waren oder denen aus eben diesen Gründen ein Studium verwehrt wurde.

So wünschenswert eine grundsätzliche Einbeziehung dieses Verfolgungssachverhaltes auch ist, gab es in den letzten Jahren bekanntermaßen jedoch fundierte Ablehnungsgründe. Einen davon möchte ich besonders Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, in Erinnerung rufen, er stammt aus dem Gesetzentwurf der Bundesregierung von 1993 zum Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz. Dort findet man unter den Erläuterungstexten des Paragraphen 1, Punkt 19: „Mangels hinreichender Konkretisierung des Berufswunsches reicht dagegen der Schulverweis oder das Verwehren des Zugangs zu einer höheren Schulbildung nicht aus. Das Nachzeichnen hypothetischer Kausalverläufe ohne Anhaltspunkt für das Einschlagen einer bestimmten beruflichen Richtung über einen Zeitraum von bis zu 40 Jahren ist nicht durchführbar.“ Dies klingt für mich insofern plausibel, als ein nicht erreichter Abitur- oder Studienabschluss nicht zwangsläufig gleichzusetzen war mit nachhaltiger Beeinträchtigung der DDR-Biographie, und zieht für mich die nächste Frage nach sich:

2. Würde mit einer solchen Regelung nicht neue Ungerechtigkeit erreicht?

Da die Zulassung oder Delegation zur Erweiterten Oberschule streng quotiert war, wurde nicht nur politisch unbequemen Schülern der Abiturzugang verwehrt, sondern auch leistungsstarken Schülern, die nicht ins soziale Raster passten. Primär galt die Förderung den Arbeiter- und Bauernkindern. Kinder aus der so genannten Intelligenzschicht oder dem Selbständigenbereich hatten da häufig das Nachsehen, wenn die Quote erfüllt war. Von Rechts wegen müsste auch diese Ungleichbehandlung analog zu bewerten sein. Könnten Sie sich die Konsequenzen ausmalen?

Außerdem wird die Betrachtung des Sachverhaltes aus heutiger Sicht den Gegebenheiten des DDR-Alltags keinesfalls gerecht. So stand eine Entlohnung der Studienberufe in ganz anderem Verhältnis zur Bezahlung in Ausbildungsberufen als heute. Zwei kleine, persönliche Beispiele mögen dies ansatzweise verdeutlichen: Ein Schulkamerad von mir verließ nach der 8. Klasse die Schule freiwillig (null Bock mehr). Nach seiner Berufsausbildung, drei Jahre, im Tiefbau verdiente er fünf Jahre früher erheblich mehr als ich mit meinem Abitur und vierjährigem Lehrrerstudium. Er nahm dies bei Klassentreffen großzügig zum Anlass, mir mal ordentlich einen auszugeben.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Na, das ist doch schön.)

Zweites Beispiel: Mein Schwiegervater, gelernter Schlosser und Lokfahrer, ließ sich überreden, ein Fachschulstudium nachzuholen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Da hat er aber einen Fehler gemacht. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Das kann man laut sagen.

Mit dem Ingenieurabschluss und als frisch eingesetzter Leiter der Parchimer Dienststelle durfte er als Belohnung 200 Mark monatlich Gehaltseinbuße entgegennehmen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

DDR-Alltag hieß also keinesfalls, dass ein nicht absolviertes Studium zwangsläufig eine gravierende Schlechterstellung nach sich ziehen musste.

Es ist also nahezu unmöglich, hypothetisch nachzuzeichnen, worin die gravierende Beeinträchtigung bestand, wenn der Verfolgungstatbestand ausschließlich in teilweiser Bildungsverweigerung liegt. Alle anderen Verfolgungssachverhalte werden bereits gesetzlich geregelt. Dies führt zu meiner dritten Frage:

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Frau Polzin, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Helmrich?

Heike Polzin, SPD: Sehr geehrter Herr Helmrich, im Anschluss bitte.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Im Anschluss bitte.

Heike Polzin, SPD: Also meine Frage:

3. Weshalb kommt der Antrag zu diesem Zeitpunkt?

Die Diskussion und die Rechtsprechung um die Wiedergutmachung von DDR-Unrecht umfasst viele Kapitel. Acht Jahre lang hatte die CDU die Möglichkeit, diese entscheidend mitzuschreiben. Die politische Auseinandersetzung zeugte dabei vom gemeinsamen Willen, der sich jedoch in den Gesetzestexten nur teilweise niederschlug. Bis zum Ende der Kohl-Ära waren Kardinalfragen nicht gelöst, so zum Beispiel die einheitliche Kapitalentschädigung sowie eine Aufstockung, die Einbeziehung von Hinterbliebenen ohne Ansehen ihrer wirtschaftlichen Situation, die Verlängerung der Antragsfristen für Opfer und die Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden. Diese Probleme wurden durch die jetzige Bundesregierung 1999 zügig im Zweiten Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR gelöst. Dieses war und ist das richtige Signal gegenüber den Opfern und bringt ein Stück mehr Gerechtigkeit und Wiedergutmachung.

Nun jedoch starten die einstigen Ausbremsler durch und überholen die Karawane flugs, um zu rufen: Jetzt wollen wir aber noch mehr! Dies führt mich zur nächsten Frage:

4. Was, bitte schön, hat zu diesem Umdenkungsprozess geführt, gegen eigene Begründungen, ich zitierte sie vorhin, zu argumentieren? Neue Sachverhalte oder gar eine üppigere Haushaltsausstattung, die eine solche Kehrtwendung gestatten?

Ich denke, diese Frage kann ich rhetorisch so stehen lassen, da jeder die Antworten sehr genau kennt. Damit komme ich zu meiner abschließenden Frage:

5. Welchen Sinn macht eine Landesregelung, die neben der stark verbesserten Bundesgesetzgebung eine zusätzliche freiwillige Aufgabe übernimmt und ergo auch finanzieren muss?

Hier müssen wir klar und deutlich sagen, dass die Haushaltslage uns eine solche Zusatzregelung nicht gestattet. Wie immer und wohl in Kenntnis der Situation fehlt im Antrag jeglicher Hinweis auf Möglichkeiten der Kompensierung, selbst eine vorstellbare Größenordnung sucht man dort vergeblich, aber, ich korrigiere, Herr Helmrich hat das ja in seiner Einbringung formuliert.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Frau Polzin, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Riemann?

Heike Polzin, SPD: Sehr geehrter Herr Riemann, wenn ich Herrn Helmrich jetzt schon mal abblitzen lasse, dann Sie erst recht. Bitte hinten anstellen!

(Heiterkeit bei den Abgeordneten –
Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Welcher Bereich soll denn der CDU zufolge Einschnitte erfahren,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

um nötige Mittel zu erschließen? Ich möchte nicht falsch verstanden werden, wir alle tragen die moralische und gesellschaftliche Verantwortung gegenüber dem Schicksal der Opfer des SED-Regimes.

(Unruhe und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Auch das Land stellt sich dieser Verantwortung durch die Beteiligung an der verbesserten Situation für die Opfer.

Soll ich ein bisschen leiser reden, Herr Riemann, um Sie nicht zu stören?

Darüber hinaus sehen wir in der von der CDU thematisierten Erweiterung nicht den richtigen Weg und lehnen den Antrag ab.

Und da ich Sie ja nun so erheitert habe, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU,

(Heinz Müller, SPD: Vor allem die Herren.)

bin ich jetzt auch gerne bereit, die Fragen in der Reihenfolge zu beantworten, wenn die Frau Präsidentin es denn zulässt.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Bitte sehr, Herr Helmrich, stellen Sie Ihre Frage.

Herbert Helmrich, CDU: Sowohl der Herr Minister als auch Sie haben darauf hingewiesen, dass es Fälle gibt, in denen man im Grunde genommen die Schädigung kaum berechnen kann. Hierin sind wir uns auch in unserer Antragsbegründung einig. Und deshalb muss ich die etwas provozierende Frage stellen: Haben Sie nicht verstanden, dass wir gerade solche Fälle meinen und deshalb eine kleine pauschalierte Zahlung von 10.000 DM beantragt haben? Geht das nicht deutlich genug aus unserem Antrag hervor oder wollten Sie bloß an unserem Antrag vorbeireden?

Heike Polzin, SPD: Herr Helmrich, nun kam zum Schluss ja tatsächlich noch die Frage. Ich könnte genauso gegenfragen: Haben Sie meiner Rede nicht zugehört?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:
Nee, davon war nichts zu hören.)

Wenn ich mal rübergeguckt habe, war das offensichtlich nicht so durchgängig der Fall. Ich meine schon, dass ich sehr genau verstanden habe, welchen Personenkreis Sie meinten. Das steht ja in der Antragsbegründung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

dieses habe ich sogar erwähnt. Und dennoch meine ich, wenn es sich ausschließlich um den Tatbestand der Schulbildungsverweigerung in diesem Moment handelt, ist das ganz, ganz schwierig festzustellen, das Ganze hypothetisch über Jahrzehnte teilweise nachzuverfolgen und wirklich nach dem Motto: Was wäre, wenn?

Herbert Helmrich, CDU: Und weil das nicht geht, haben wir gesagt 10.000 DM.

(Andreas Bluhm, PDS: Sie sind gar nicht dran.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Helmrich, bitte keinen Kommentar. Jetzt ist nur die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Herr Riemann soll auch noch zum Zug kommen. Bitte sehr.

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Polzin, ich musste mit 17 die Erweiterte Oberschule in Güstrow verlassen

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Es geht um Riemann eigentlich.)

und bin verurteilt worden. Ich musste mich dann mit 21 auch noch ein Jahr an der Seite der Arbeiterklasse bewähren,

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Hat nichts gebracht.)

weil ich in der Jungen Gemeinde war. Sind Sie mit mir einer Auffassung, dass mir die DDR dort Lebenszeit gestohlen hat

(Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, das ist zum Lachen für euch Sekretäre. Das ist zum Lachen!)

in der Ausbildung und dass mir die DDR auch meinen Berufswunsch gestohlen hat, den ich nicht wahrnehmen konnte, weil ich eben wegen versuchter Republikflucht verurteilt wurde?

(Zuruf von Monty Schädel, PDS)

Ich will die Entschädigung nicht, nicht von der Bundesrepublik und nicht von diesem Land, weil das nicht daran schuld ist,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was ist das für eine Frage? – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Wo ist die Frage?)

aber ich meine, dass junge Menschen, denen Lebenszeit gestohlen wurde, denen der Berufswunsch gestohlen wurde, durchaus einen Anspruch auf Entschädigung haben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Hat er nur eine Meinung oder hat er auch eine Frage?)

Sind Sie da mit mir einer Auffassung?

Heike Polzin, SPD: Herr Riemann, Ihre Frage kommt mir sehr gelegen, weil Sie im Grunde ein sehr typisches Beispiel sind für diese Frage. Sie haben sehr richtig gesagt, dass Ihnen in früher Jugend Unrecht widerfahren ist und dass Sie einen wirklichen Knick in Ihrer Biografie dadurch hatten. Sie stellen aber jetzt, denke ich, in Ihrer ganzen Persönlichkeit

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

ganz deutlich dar, dass es sehr schwierig ist, in diesem Zusammenhang eine nachträgliche Beeinträchtigung zu sehen,

(Beifall Irene Müller, PDS)

das muss ich schon mal ganz deutlich sagen. Und da ich dieses Thema wirklich nicht zum Klamauk verkommen lassen möchte, möchte ich es einfach mit dieser Antwort so weit bewenden lassen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Nitz von der CDU-Fraktion.

Thomas Nitz, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz wies in einer schriftlichen Anfrage die Bundesrepublik darauf hin, dass die argentinische Regierung mit dem Gesetz 24043 den Opfern politischer Haft – und jetzt hören Sie zu, weil wir so sehr viel über Mittel reden, und wir sind ja so ein armes Land – umgerechnet 4.200 DM pro Haftmonat zugesteht und den Hinterbliebenen sogar noch eine erhöhte Entschädigung.

Sehr geehrter Herr Minister Selling, es geht nicht um finanzielle Wiedergutmachung. Ich glaube nicht, dass irgendjemand ermessen kann, was dort wirklich kaputtgemacht wurde. Das Geld ist in der Tat nur symbolisch materialisierte Hilfe, materialisierte Anerkennung und setzt ein Zeichen. Und ich denke, wir reden gern und oft über Zivilcourage, fordern Zivilcourage und fördern, dass man mit dem breiten Strom schwimmt. Ich will Ihnen versuchen zu erklären, warum Sie eigentlich gar nicht anders können, als hier zuzustimmen, auch wenn alles richtig wäre, was bisher gesagt wurde.

Wer als Schüler verfolgt wurde, leidet oftmals heute noch. Und dass die Politik bisher versagt hat an dieser Stelle, das stellt ja gar keiner in Abrede. Nur dass wir selbst bei diesem Thema bei Schuldzuweisungen bleiben, anstatt zu gucken, wie man dort weiterkommt, das erschüttert mich eigentlich sehr. Hier muss ganz einfach an dieser Stelle korrigiert werden und jemand muss diese eigentlich schon seit längerem anstehende Forderung der Opferverbände einbringen und wir tun das hier sehr gerne. Der Zeitpunkt ist auch deshalb gut und günstig, weil derzeit das 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz im Bundestag am 17. oder 16. Juni, wenn ich richtig informiert bin, behandelt wird. Auch da ist es wichtig, von hier aus ein Zeichen zu setzen.

(Zuruf von Götz Kreuzer, PDS)

Es gibt sehr viele verschiedene Einzelschicksale mit den unterschiedlichsten Auswirkungen, die alle davon gekennzeichnet sind, dass die Benachteiligung bis heute fortwirkt. In vielen Fällen sind diese Menschen bereits anerkannt als Opfer politischer Willkür, gesellschaftlicher Irrtümer, aber sie erhalten nichts. Es ist eine Lücke im Gesetz, genau wie ich es gestern auch im Zusammenhang mit den Zwangsausgesiedelten und den Zivildeportierten jenseits von Oder und Neiße gesagt habe.

Es muss noch mal wiederholt werden: Es geht hier nicht in erster Linie um Geld.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Nur um Geld!)

Und auch die Summe wäre nach den bisherigen Einschätzungen und Erkenntnissen, die es durchaus gibt, überschaubar. Erinnert sei noch mal: Argentinien als nicht so reiches Land wie Deutschland gewährt eine weitaus höhere Summe als wir.

Ich möchte jetzt auch nicht weiter über Indikatoren und Modalitäten sprechen. Das hieße wahrscheinlich, den Rahmen zu sprengen. Aber, liebe Kollegen, gestatten Sie

mir, Ihnen eine einfache Geschichte einfach vorzulesen, die ist aktueller, als Sie denken: Man stelle sich einen Schulhof vor, Krawall, Fröhlichkeit, Gerangel, kurz: Lebensfreude. Abseits ein kleines Mädchen, mal ist ein kleiner Junge dabei, der Bruder. Sie sind immer allein. Ihr Glaube ist stärker als die allzu deutsche Eigenschaft, sich anzupassen. Das ist unwissenschaftlich und zurückgeblieben, sagt man. Manche lachen sie aus. Das müssen wir fördern, das Auslachen, sagt der Apparat. Er hat es getan. Er hätte es gar nicht tun müssen. Sie waren so eifrig, die Lacher, beim Ausgrenzen. Schwester und Bruder wurden ausgelacht, sie sind zurückgedrängt, zurückgeblieben, eiskalt zurückgelassen worden,

(Monty Schädel, PDS: Das ist wie in der heutigen Zeit.)

staatsfern abgesondert, in eine Oppositionsrolle gedrängt, die oft gar nicht gewollt war, immer verdächtig, immer hinterfragt. Die anderen marschierten die gut gelernten markigen Lieder singend an ihnen vorbei. Sie sagen heute, es war nicht so schlecht, das Singen, das Laufen, das Fußball spielen und das Schwimmen im Klassenkampf. Wir waren doch wer. Man war doch eine große Gemeinschaft. Der Einzelne musste sich einfügen, sich unterordnen, erst mal was leisten, also die Klappe halten, die Zähne zusammenbeißen, nur nicht denken. Es ging ja schließlich allen so, also war es in Ordnung. Die haben es weit gebracht, sieht man manch Anwesen, manch Reisevideo, manche Rente. Das System hat es nicht weit gebracht. Es war schlimm, weiß man heute und hört es nicht gern. Man sieht auch gar nicht so gern hin, dass da noch andere sind, auch heute aus dem Kollektiv ausgeschlossen. Wir haben doch so schön mitgesungen, fleißig mitgemacht, nun stört manche Erinnerung eben.

Und nun kommen wir wieder zu dem Geschwisterpaar. Aus den Kindern sind inzwischen ältere Leute geworden, sie sind allein, sehr bitter, verschlossen, etwas wunderlich – mag sein. Die kamen doch noch nie klar, sagt man in so Runden, weißt du noch, mit dem Kollektiv damals auf dem Zeltplatz. Das waren noch Zeiten, als nicht nur das Geld zählte. Warum sind sie heute dazu gezwungen, dass nur das Geld zählt? Aber sie kommen klar. Wenn so unbequeme Fragen kommen, wehrt man sich, kollektiv, versteht sich, und zeigt oft: Schaut sie euch doch an, unsere großen Revolutionäre, damals mit den komischen Kerzen! Als Erste rausgeflogen sind sie. War doch klar, dass die sich nicht anpassen können. Kennen wir alles. Immer wieder dieses komische Wir. Und außerdem, da war doch mal was mit der Polizei und so. Na ja, die kannten eben ihre Pappenheimer.

Bruder und Schwester kamen nie auf einen grünen Zweig. Die Wege, die ihnen damals versperrt wurden, konnten sie einfach nie wieder beschreiten. Es war zu viel passiert, zu viel vorgefallen, sie waren in eine Verteidigerrolle gedrängt und hatten sich auch persönlich verändert.

Herr Helmrich hat es schon gesagt, nach den beruflichen Rehabilitierungsgesetzen können sie bei ihrer beruflichen Förderung unterstützt werden. Die Zeitgrenze für das BAföG ist außer Kraft für diesen Personenkreis, aber aus Altersgründen greift das alles nicht. Und in dem Gesetz ist die Frage „Was wäre, wenn?“ ausgeschlossen, deshalb die symbolische Gewährung einer Summe je nach Schwere des Schicksals bis zu 10.000 DM, wie Sachsen es für sich auch beschlossen hat. Sachsen hat versucht, die Gerechtigkeitslücke auf Bundesebene zu schließen. Das ist nicht gelungen und so hat man diesen

Weg gewählt, den verfolgten Schülern noch ein Stück Wiedergutmachung zukommen zu lassen. Und noch mal der Hinweis: Es geht nicht in erster Linie um das Geld. Darüber kann man reden. Auch über den Weg, wie man es umsetzen will, kann man reden, nur, man muss es tun und deshalb dieser Antrag und die Bitte, ihn auch zu überweisen, um darüber reden zu können.

Die Geschichte, die ich Ihnen vorgelesen habe, ist unspektakulär und die handelnden Personen begegnen uns täglich. Ich bitte Sie hier an dieser Stelle, in dieser Zeit, in diesem Raum, dass wir, um ein klein wenig mehr Gerechtigkeit herzustellen, unabhängig vom politischen Bekenntnis an dieser Aufgabe mitarbeiten. Und wenn Sie helfen wollen, stimmen Sie bitte zu. Wenn Sie nicht zustimmen, nehmen Sie dem Landtag die Möglichkeit zu helfen, und das können Sie aus meiner Sicht ernsthaft nicht wollen. Über das Wie, wie gesagt, kann man sich ganz bestimmt einigen. Es geht nicht um Wählerpotential und es geht auch nicht darum, irgendjemandem die Vergangenheit um die Ohren zu schlagen. Wie wollen Sie eine Brücke bauen, wie es immer gesagt wird, wenn es nicht einmal ein Gespräch über die Opfer dieser tragischen Irrwege geben darf,

(Zuruf von Monty Schädel, PDS)

nur Gespräche? Das Mindeste ist doch, dass man zur Kenntnis nimmt und Aufmerksamkeit widmet. Das können Sie nicht nicht wollen.

(Monty Schädel, PDS: Ich habe das aber auch in diesem Staat erlebt. Genau dasselbe!)

Und wenn am Ende eines langen Weges jeder sagen kann, das und jenes habe ich schlimm falsch gemacht,

(Monty Schädel, PDS: Ich habe das in diesem Staat erlebt, obwohl ich so jung war. Genau dasselbe, in diesem Staat!)

aber ich helfe mit, es wieder gutzumachen oder dafür zu sorgen, dass es nie wieder passiert, darf meiner Ansicht nach unser Volk auch einen kurzen Augenblick stolz auf sich sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Kollege.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1996(neu) zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer diesen Vorschlag unterstützt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Die Gegenstimmen bitte. – Danke. Stimmenthaltungen? – Vielen Dank. Der Überweisungsvorschlag ist angenommen mit den Stimmen der CDU-Fraktion, mehrheitlich den Stimmen der SPD-Fraktion, einigen Stimmen der PDS-Fraktion, bei einigen Gegenstimmen der PDS-Fraktion und Stimmenthaltungen in der SPD- und PDS-Fraktion.

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Professor Dr. Eggert hat gemäß Paragraph 43 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung um das Wort zur Abgabe einer persönlichen Erklärung gebeten.

Bitte schön, Herr Professor Eggert, Sie haben das Wort.

Dr. Rolf Eggert, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Meine sehr verehrten Abgeordneten! Mit der Übernahme des neuen Amtes lege ich mein Mandat im Landtag mit Ende des Monats nieder und deshalb gestatten Sie mir vielleicht einige wenige Worte, nach über zehn Jahren Mitgliedschaft im Landtag Mecklenburg-Vorpommern einige persönliche Worte: Ich glaube, alle, die mit mir gemeinsam im Jahre 1990 – und das sind immerhin 27 MdL hier im Raum, sie sind nicht alle da, ich will stellvertretend nennen Andreas Bluhm, Claus Gerloff und Friedbert Grams – hier in Schwerin antraten, hatten den Mut, den bekanntlich Churchill von den Abgeordneten, von den Politikern forderte, um etwas zu ändern, etwas voranzubringen. Ich denke, eins kann man mit Fug und Recht sagen, wir waren alle Lernende, keiner hatte einschlägige Parlaments- oder gar Verwaltungserfahrung und wir nahmen gerne Ratschläge an und auf, wir waren sozusagen offen dafür. Für diesen Rat und auch das persönliche Engagement ganz vieler Menschen in dieser Zeit möchte ich stellvertretend für alle heute hier Herrn Bahr, der von Anfang an der Landtagsverwaltung angehörte, meinen ganz persönlichen Dank aussprechen.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Angetreten waren wir alle, um die Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern aufzubauen. Eine der wichtigsten Arbeiten war, die Verfassung des Landes zu erarbeiten und möglichst im Konsens zu verabschieden. Wir nahmen uns damals die Zeit, selbst auch hier zu lernen, zu begreifen und auch heftigste und kontroverse Debatten, Herr Schoenenburg, zu den entscheidenden Themen zu führen. Selbstverständlich ging es dabei um wichtige Werte einer demokratischen Gesellschaft wie Freiheit, wie Gewaltenteilung, Rechte von Minderheiten, aber auch Verantwortung, soziale Verantwortung, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit. Warum sage ich das zum Schluss?

Ich meine, diese Werte stehen für sich. Bei allen kontroversen Auffassungen, Demokraten sollten diese in eine Verfassung festgezurrt Werte nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Lassen Sie mich zum Abschluss Heiner Geißler zitieren, der jüngst in der „Zeit“ sagte: „Wenn moderne Zeiten heißt, dass die Begriffe von den Werten wie Schlamm auf den Straßen sind, den es wegzusaugen gilt, sind wir alle verloren.“ Dass es nicht dazu kommt, dafür lassen Sie uns einstehen und Mut haben, Sie hier im Landtag und ich dann in einer neuen Funktion. Danke für die Zusammenarbeit mit Ihnen.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Professor Eggert.

Ich denke, dass ich im Namen aller Kollegen hier im Hause spreche, wenn ich Ihnen alles, alles Gute wünsche und Ihnen mit auf den Weg gebe für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe: Vergessen Sie nicht unser Land! Vergessen Sie nicht Mecklenburg-Vorpommern! Ich denke, Sie können da viel auch für uns tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen frohe Feiertage, ein bisschen Zeit für die Familie, Muße, um über Einiges nachzudenken, und ich hoffe, dass wir uns alle gesund und fröhlich bei der nächsten Landtags-sitzung am Mittwoch, dem 16. Mai 2001 wiedersehen. Um 10.00 Uhr beginnt diese Sitzung, die heutige ist geschlossen.

Schluss: 17.20 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Arthur König, Bärbel Nehring-Kleedehn, Rainer Prachtl, Dr. Harald Ringstorff, Johann Scheringer und Dr. Margret Seemann.